

GENDER

Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft

Trappe | Kompatibilität oder Konkurrenz? Zum Verhältnis von Frauen- und Gleichstellungspolitik

Beckmann, Ehnis | Familienpolitik und Geschlechterkultur – Frankreich zwischen Emanzipation und Traditionalisierung

Vogel | Zur Doppelbödigkeit des sozialen Feldes nach Bourdieu

Pieper-Seier | Studentinnen und Professorinnen in der Mathematik

Schmidt-Bernhardt | Wir kämpfen uns da zusammen durch. Bildungserfolg junger Aussiedlerinnen

Seemann | Gender Mainstreaming und Schule: Erfolgsfaktoren und Gegenkräfte. Eine Studie zur Implementierung in Schweden

Sabisch | Hoffnungslos durchseucht. Zur diskursiven Infektiosität des Humanen Papilloma Virus in den deutschen Medien, 2006–2009

Lewalter, Geppert, Baer | Leitprinzip Gleichstellung? – 10 Jahre Gender Mainstreaming in der deutschen Bundesverwaltung

Habermann-Horstmeier, Bierfreund, Kempf, Stoll | „Und der Karriereknick kam eigentlich immer, wenn die Kolleginnen dann mit dem Kind lieber Teilzeit gearbeitet haben.“ Eine Studie zu Aufstiegschancen deutscher Managerinnen

1 | 09

1. Jahrgang

ISSN 1868-7245

GENDER

**Zeitschrift für Geschlecht,
Kultur und Gesellschaft**

Heft 1

1. Jahrgang 2009

ISSN 1868-7245

GENDER**Zeitschrift für Geschlecht,
Kultur und Gesellschaft**

Vorwort		7
----------------	--	---

Aufsatz

Heike Trappe	Kompatibilität oder Konkurrenz? Zum Verhältnis von Frauen- und Gleichstellungspolitik	9
Sabine Beckmann, Patrick Ehnis	Familienpolitik und Geschlechterkultur – Frankreich zwischen Emanzipation und Traditionalisierung	28
Ulrike Vogel	Zur Doppelbödigkeit des sozialen Feldes nach Bourdieu	46
Irene Pieper-Seier	Studentinnen und Professorinnen in der Mathematik	59
Angela Schmidt- Bernhardt	Wir kämpfen uns da zusammen durch. Bildungserfolg junger Aussiedlerinnen	73
Malwine Seemann	Gender Mainstreaming und Schule: Erfolgsfaktoren und Gegenkräfte. Eine Studie zur Implementierung in Schweden	88
Katja Sabisch	Hoffnungslos durchseucht. Zur diskursiven Infektiosität des Humanen Papilloma Virus in den deutschen Medien, 2006–2009	107

Aus Forschung, Politik und Praxis

Sandra Lewalter, Jochen Geppert, Susanne Baer	Leitprinzip Gleichstellung? – 10 Jahre Gender Mainstreaming in der deutschen Bundesverwaltung	125
---	---	-----

Lotte Habermann-Horstmeier, Janika Bierfreund, Yvonne Kempf, Marie-Isabell Stoll	„Und der Karriereknick kam eigentlich immer, wenn die Kolleginnen dann mit dem Kind lieber Teilzeit gearbeitet haben.“ Eine Studie zu Aufstiegschancen deutscher Managerinnen	142
--	---	-----

Tagungsbericht

Birgit Erbe	Europa auf dem Weg zur Wissensgesellschaft – Re-Vision aus feministischer Perspektive Tagung vom 24.-25. Oktober 2008 in München	150
Rita Schäfer	Internationale Frauenrechte – Frauenbewegung stärken Tagung vom 14.-17. November 2008 in Kapstadt	154

Rezension

Dorothea Krüger	Andrea Fleschenberg, Claudia Derichs, 2008: Handbuch Spitzenpolitikerinnen	163
Sabine Schäfer	Rita Casale, Barbara Rendtorff (Hrsg.), 2008: Was kommt nach der Genderforschung? Zur Zukunft der feministischen Theoriebildung	165
Ulrike Vogel	Sigrid Metz-Göckel, Christina Möller, Nicole Auferkorte-Michaelis, 2009: Wissenschaft als Lebensform – Eltern unerwünscht? Kinderlosigkeit und Beschäftigungsverhältnisse des wissenschaftlichen Personals aller nordrhein-westfälischen Universitäten	168
Nicole Klinkhammer	Angelika Koch, 2008: Allzeitverfügbar? Rechtsansprüche auf Teilzeit in der betrieblichen Praxis bei Hochqualifizierten	170
Sigrid Metz-Göckel	Leonie Herwartz-Emden (Hrsg.), 2007: Neues aus alten Schulen – empirische Studien in Mädchenschulen	173

GENDER

Journal for Gender, Culture and Society

Foreword 7

Essay

Heike Trappe	Compatibility or Competition? On the Relationship of Family Policy and Gender Equality Policy	9
Sabine Beckmann, Patrick Ehnis	French Gender Relations – Family Policy in France between Emancipation and Traditionalization	28
Ulrike Vogel	About the Ambiguity of Bourdieu's Concept of the Social Field	46
Irene Pieper-Seier	Women Students and Professors in Mathematics	59
Angela Schmidt-Bernhardt	Educational Success of Young Female Resettlers	73
Malwine Seemann	Gender Mainstreaming in the School System – Factors of Success and Counter-forces. Results of an Empirical Study	88
Katja Sabisch	"Hopelessly infested." The Discursive Infectivity of the Human Papillomavirus in German Media, 2006-2009	107

From Research, Politic and Practice

Sandra Lewalter, Jochen Geppert, Susanne Baer	Gender Equality as a Guiding Principle? – 10 Years of Gender Mainstreaming in the Federal Administration of Germany	125
---	---	-----

Lotte Habermann-Horstmeier, Janika Bierfreund, Yvonne Kempf, Marie-Isabell Stoll	„And the Career Dip Actually Always Appeared when the Female Colleagues, now with a Child, Preferred to Work Part-time.“ A Study of the Promotion Prospects of German Female Managers	142
--	---	-----

Conference Proceedings

Birgit Erbe	Europe on Its Way to a Knowledge Society: ReVision from a Feminist Perspective Conference from 24th to 25th of October 2008 in Munich	150
Rita Schäfer	International Women’s Rights – Strengthening Women’s Movements Conference from 14th to 17th of November 2008 in Cape Town, South Africa	154

Book Reviews

Dorothea Krüger	Andrea Fleschenberg, Claudia Derichs, 2008: Handbuch Spitzenpolitikerinnen	163
Sabine Schäfer	Rita Casale, Barbara Rendtorff (Hrsg.), 2008: Was kommt nach der Genderforschung? Zur Zukunft der feministischen Theoriebildung	165
Ulrike Vogel	Sigrid Metz-Göckel, Christina Möller, Nicole Auferkorte-Michaelis, 2009: Wissenschaft als Lebensform – Eltern unerwünscht? Kinderlosigkeit und Beschäftigungsverhältnisse des wissenschaftlichen Personals aller nordrhein-westfälischen Universitäten	168
Nicole Klinkhammer	Angelika Koch, 2008: Allzeitverfügbar? Rechtsansprüche auf Teilzeit in der betrieblichen Praxis bei Hochqualifizierten	170
Sigrid Metz-Göckel	Leonie Herwartz-Emden (Hrsg.), 2007: Neues aus alten Schulen – empirische Studien in Mädchenschulen	173

Vorwort

Mit *GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* betritt eine Zeitschrift die Bühne, die der Frauen- und Geschlechterforschung sowie den Gender Studies ein fachübergreifendes Forum für wissenschaftliche Debatten, aber auch für die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Praxis bietet.

Das Spektrum der Zeitschrift umfasst gesellschaftliche und kulturelle Themen – sozialpolitische Fragen zu Gleichheit und Gerechtigkeit haben ebenso Platz wie Fragen nach den Inszenierungen und kulturellen Deutungen von Geschlecht. Intendiert ist ein breites Spektrum von Themen und wissenschaftlichen Disziplinen, in denen Frauen-, Männer- und Geschlechterfragen reflektiert werden. Dem multidisziplinären Charakter der Zeitschrift entsprechend sind soziologische, erziehungswissenschaftliche, politikwissenschaftliche, ökonomische, kulturwissenschaftliche und historische Analysen willkommen, die dem interdisziplinären Charakter der Geschlechterforschung entsprechen. Dabei geht es überdies um die Analyse lokaler, regionaler und globaler Einflüsse auf Geschlechterbeziehungen und -verhältnisse.

Mit dem Titel *GENDER* verbinden wir ein Verständnis von Geschlecht, das die Dichotomie von Männern und Frauen als soziale Konstruktion versteht und die Verhältnisse und Beziehungen, in denen die Geschlechter gemacht werden, in den Blick nimmt. Dabei geraten jedoch die sozialen Strukturen in ihrer Festgefahrenheit und Veränderlichkeit sowie die Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung nicht aus dem Blick.

Insofern ist die Zeitschrift *GENDER* offen für unterschiedliche Positionen. Theoretische und theoriepolitische Auseinandersetzungen und Kontroversen sind ebenso erwünscht wie theoriegeleitete empirische Studien. Von Interesse sind hierbei insbesondere Studien, die ihren Blick auf soziale und kulturelle Veränderungen richten und das Handlungspotenzial jenseits tradierter geschlechtlicher Zuschreibungen ausloten.

Herausgeberinnen, Redaktion, Verlag

GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft stellt sich höchsten wissenschaftlichen Standards. Dafür stehen nicht nur renommierte Autorinnen und Autoren, ein einschlägig ausgewiesener Verlag und ein engagierter Herausgeberinnenkreis, sondern auch die Begutachtung der Beiträge im Doppel-Blind-Verfahren (Peer Review). Eingeleitet ist der Prozess, in den internationalen Zitationsindex aufgenommen zu werden. Die Herausgeberinnen Prof. Dr. Ruth Becker, Dr. Heike Kahlert, Dr. Beate Kortendiek, Prof. Dr. Sigrid Metz-Göckel und Dr. Sabine Schäfer bilden ein eingespieltes Redaktionsteam, das sich nach einigen Turbulenzen um die Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien entschlossen hat, eine neue Zeitschrift zu gründen. In Barbara Budrich haben wir eine erfahrene Verlegerin gefunden, die die Zeitschrift mit großem Interesse inhaltlich und organisatorisch unterstützt. Dies gilt auch für den wissenschaftlichen Beitrag (siehe Liste im Impressum), dessen wichtige Funktionen vor allem in der Begutachtung und dem Einwerben von Beiträgen liegen. Wir freuen uns, dass wir so viele Wissenschaftler/innen für den Beirat gewinnen konnten, die unsere Arbeit unterstützen. Aktuelle Informationen erhalten Sie auf der Website der Zeitschrift: www.gender-zeitschrift.de

Erscheinungsweise und Aufbau

GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft erscheint dreimal jährlich jeweils mit einem thematischen Schwerpunkt und einem Jahresumfang von rd. 480 Sei-

ten. Neben den begutachteten Beiträgen innerhalb des Schwerpunktthemas und des offenen Teils werden regelmäßig Beiträge in der Rubrik „Aus Forschung, Politik und Praxis“ sowie Tagungsberichte und Rezensionen erscheinen. Im Startjahr 2009 erscheinen zwei Ausgaben mit mehreren kleineren Schwerpunkten. Ab 2010 wird es neben der Druckfassung eine Onlineausgabe geben, hierdurch soll die Zeitschrift auch zur Basisliteratur für die neuen Studiengänge der Gender Studies und für interessierte Studierende werden. Die Schwerpunktheft des Jahres 2010 beziehen sich auf „Religion und Geschlecht“ (1/10), „Gender and Diversity“ (2/10) und „Transformation/Postsozialismus“ (3/10).

Zum aktuellen Heft

In der Erstausgabe, unserem Premierenheft, spiegeln sich aktuelle theoretische und sozialpolitische Debatten wider, die sich insbesondere mit der Beziehung zwischen Familienpolitik und Gleichstellungspolitik auseinandersetzen: Konkurrieren Familien- und Gleichstellungspolitik miteinander? Ist die Familienpolitik in Frankreich eher emanzipatorisch oder traditionell? Welche Erklärungskraft besitzt das bourdieusche Konzept der Doppelbödigkeit zu Karrierechancen an Hochschulen, bei denen sich fachkulturell unterschiedliche Auffassungen über Beruf und Familie auswirken? Wie verhält es sich mit den Aufstiegschancen deutscher Managerinnen unter dem Aspekt der Vereinbarkeit?

Ein weiterer Schwerpunkt bezieht sich auf Fragen von (schulischer und universitärer) Bildung, dabei geht es um Professorinnen und Studierende in der Mathematik, um die Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Schule und um den Bildungserfolg junger Aussiedlerinnen. Des Weiteren enthält das erste Heft eine diskursanalytische Untersuchung der aktuellen Kampagne zur „Impfung gegen Krebs“ (HPV). Neben den interessanten Tagungsberichten und Buchbesprechungen möchten wir Sie noch auf den Beitrag in der Rubrik „Aus Forschung, Politik und Praxis“ hinweisen, hier finden Sie einen kritischen Blick auf den Implementierungsprozess von Gender Mainstreaming in der Bundesverwaltung in den letzten zehn Jahren.

Vernetzung und Einladung

Die Frauen- und Geschlechterforschung hat inzwischen akademische Reputation erreicht und ist durch Professuren, Sektionen und Kommissionen der wissenschaftlichen Gesellschaften und in einigen Studiengängen als Gender Studies institutionalisiert sowie im Netzwerk Frauenforschung NRW und anderen Organisationsformen verstetigt. Zu Beginn des Jahres 2010 wird die neue Fachgesellschaft ‚Gender Studies‘ gegründet. Die Vernetzung im internationalen Kontext – und hier insbesondere im deutschsprachigen Raum – kann und soll weiter ausgebaut werden. Wir hoffen, dass *GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* ein Sprachrohr und Ausdrucksmedium für diese Entwicklungen sein kann, und möchten Sie herzlich einladen, sich aktiv daran zu beteiligen.

Dortmund, Rostock, Bielefeld und Opladen im September 2009
Ruth Becker, Heike Kahlert, Beate Kortendiek, Sigrid Metz-Göckel, Sabine Schäfer
und Barbara Budrich
(Herausgeberinnen und Verlegerin)

Heike Trappe

Kompatibilität oder Konkurrenz? Zum Verhältnis von Familien- und Gleichstellungspolitik

Zusammenfassung

Zurzeit befinden sich Familien- und Gleichstellungspolitik in Deutschland häufig in einem Konkurrenzverhältnis zueinander, obwohl und gerade weil es große Überschneidungsbereiche zwischen ihnen gibt, z.B. in Bezug auf die Verbindung von Familie und Erwerbstätigkeit. Dadurch werden Ungleichheitsbeziehungen zwischen Männern und Frauen weiter verstetigt, wie der Beitrag anhand der Dimensionen Geschlecht, Elternschaft und Bildung zeigt. Dabei stellt sich heraus, dass eine deutlich engere Verzahnung von Familien- und Gleichstellungspolitik zu einer gerechteren Arbeitsteilung einerseits und zum Abbau von Polarisierungstendenzen bei der Familienbildung andererseits führen kann.

Schlüsselwörter

Familienpolitik, Gleichstellungspolitik, Erwerbsarbeit, Elternschaft, Geschlechterbeziehungen, Bildung

Summary

Compatibility or Competition? On the Relationship of Family Policy and Gender Equality Policy

Currently family policy and gender equality policy often compete with each other in Germany, although and because there are huge areas of interference between them, e.g. concerning the connection between family and employment. That intensifies relations of inequality between men and women as the paper shows with the dimensions gender, parenthood, and education. In doing so it emerges that a tighter interlocking of family policy and gender equality policy can generate a more just division of labor on the one hand and reduce tendencies of polarization at starting a family on the other hand.

Keywords

Family policy, gender equality policy, employment, parenthood, gender relations, education

„In der politischen Öffentlichkeit hat die Aufmerksamkeit für Familienpolitik in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Spätestens seit der Bundestagswahl im Jahre 2002 ist eine neue Fokussierung auf die ‚Familienfrage‘ feststellbar. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie steht relativ weit oben auf der politischen Agenda – als Thema nicht nur für Frauen (...). Auch die Frage nach den Kindern stellt sich deutlicher als zuvor – auch als bevölkerungspolitische Frage.“ (Baer/Lepperhoff 2007: 7)

Dieses knappe Zitat verdeutlicht recht gut die große Relevanz, welche der Familienpolitik seit einigen Jahren in Deutschland beigemessen wird. Die sozialen Herausforderungen einer alternden und schrumpfenden Gesellschaft, deren Konturen allmählich stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken, haben daran einen entscheidenden Anteil. Selbst in hochkarätigen (natur-)wissenschaftlichen Zeitschriften wird mittlerweile darüber diskutiert, welche Ursachen der vergleichsweise niedrigen Geburtenneigung in Deutschland und anderen entwickelten Gesellschaften zugrunde liegen.¹ Neben den mehrheitlich als

1 So wurde in einer Ausgabe des Wissenschaftsmagazins Science in einem Beitrag, der mit einem Foto der derzeitigen deutschen Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula

negativ wahrgenommenen Folgen einer zunehmend kinderlosen, alternden und kleiner werdenden Gesellschaft² gibt es weitere Gründe für die Dringlichkeit, die der Familienpolitik gegenwärtig zugesprochen wird. So muss Familienpolitik an veränderte Familien- und Lebensverhältnisse angepasst werden, um auf sich wandelnde Lebensentwürfe und Geschlechterrollenvorstellungen Bezug zu nehmen. Der Wandel privater Lebensformen und der Wandel der Geschlechterverhältnisse sind eng aufeinander bezogene Prozesse gesellschaftlicher Veränderungen (Baer/Lepperhoff 2007). Aktuelle Veränderungen der Familienpolitik können somit auch als eine nachholende Modernisierung gedeutet werden (Bertram 2007), mit denen auf eine größere Vielfalt privater Lebensformen und Gleichstellungsforderungen reagiert wird.

Zugleich wird der Bedeutungsgewinn der Familienpolitik auch als Bedeutungsverlust klassischer Gleichstellungspolitik interpretiert. Mit der Fokussierung auf die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird zwar ein altes gleichstellungspolitisches Thema aufgegriffen, eine umfassende Gleichstellungspolitik kann sich darin jedoch nicht erschöpfen (Klenner 2007). Es ist von einem „Paradigmenwechsel von der Frauen- zur Familienpolitik“ (Kahlert 2006: 18) die Rede, mit dem letztlich ein reduktionistisches Verständnis der Gleichstellung der Geschlechter verbunden sei.

Vor diesem Hintergrund thematisiert der vorliegende Beitrag zunächst auf konzeptioneller Ebene das Verhältnis von Familien- und Gleichstellungspolitik. Im Anschluss daran werden die familienpolitischen Rahmenbedingungen zur Gestaltung von Geschlechterbeziehungen, am Beispiel der Bedingungen zur Verbindung von Familie und Erwerbstätigkeit, umrissen. Es folgt in konzentrierter Form eine Bestandsaufnahme und Synthese der empirischen Forschungsliteratur zum Ausmaß der Ungleichheit zwischen Frauen und Männern in vier Dimensionen und zur Verwirklichung von Kinderwünschen. Zentral für die Analyse der Wirkungen von Familien- und Gleichstellungspolitik ist eine sozialstrukturell differenzierte Betrachtung dieser Ungleichheitsdimensionen entlang der Merkmale Geschlecht, Elternschaft und insbesondere Bildung. Die besondere Berücksichtigung dieser sozialstrukturellen Binnendifferenzierungen beruht auf der Annahme, dass gleiche ökonomische und sozialpolitische Rahmenbedingungen für unterschiedliche soziale Gruppen je nach Lebenssituation und verfügbaren Ressourcen ganz unterschiedliche Optionen der persönlichen Lebensgestaltung beinhalten. Abschließend wird aus der Zusammenschau der empirischen Befunde die These entwickelt, dass eine deutlich engere Verschränkung von Familien- und Gleichstellungspolitik eine wesentliche Voraussetzung einer gerechteren Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern auf verschiedenen Ebenen der sozialen Hierarchie einerseits und eines Abbaus der Polarisierungstendenzen in der Familienbildung andererseits darstellt.

von der Leyen, und ihren sieben Kinder eröffnet wurde, über die Wirkungen pronatalistischer Elemente in der Familienpolitik diskutiert. Hier wurde insgesamt ein eher skeptischer Ausblick auf die Enge des Zusammenhangs zwischen einer derartigen Familienpolitik und der Geburtenneigung gegeben (Balter 2006).

2 Eine bemerkenswerte Ausnahme in der Bewertung der Folgen des Geburtenrückgangs stellt deren überwiegend positive Einschätzung in der postum erschienenen Veröffentlichung von Karl Otto Hondrich (2007) dar.

1 Familien- und Gleichstellungspolitik: Zum Verhältnis beider Politikfelder

In der Familien- und Gleichstellungspolitik werden durchaus unterschiedliche Ziele verfolgt; dabei berühren sich ihre Gegenstandsbereiche in wesentlichen Aspekten. In dem hier präferierten weit gefassten Verständnis von Familienpolitik besteht deren vorrangiges Ziel darin, die Chancen zu sozialer Teilhabe und individueller Wohlfahrt aller Familienmitglieder zu sichern. Erreicht werden soll dies durch die Stärkung familialer sozialer Beziehungen und die Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dafür, dass Familien ihre vielfältigen Leistungen erbringen können (Huinink 2003). Letzteres beinhaltet auch den Aspekt der materiellen Umverteilung innerhalb der Gesellschaft im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Da die Leistungen von Familien neben der biologischen Reproduktion beispielsweise auch die Sozialisation und soziale Platzierung der nachwachsenden Generation sowie die Gestaltung von Generationenbeziehungen insgesamt umfassen, gründet sich Familienpolitik auf eine Vielzahl von Motiven. So ist Familienpolitik immer auch Geschlechterpolitik, wenn auch nicht zwangsläufig Gleichstellungspolitik, in dem Sinne, dass sie Geschlechterbeziehungen auf der individuellen bzw. Paarebene und Geschlechterverhältnisse auf der gesellschaftlichen Ebene beeinflusst (Ostner 2006).³

Gleichstellungspolitik ist jedoch nicht in jedem Fall auch Familienpolitik. Ihr Ziel ist die soziale Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen und schließt damit sowohl die persönliche als auch die öffentliche Sphäre ein. Sie richtet sich auf die Vielfalt unterschiedlicher Lebensentwürfe auch jenseits familienzentrierter Orientierungen, auf den Abbau geschlechtsspezifischer Diskriminierungen und die Herstellung realer Chancengleichheit sowie auf die Verbesserung der Möglichkeiten einer eigenständigen Existenzsicherung für beide Geschlechter. Diese Ziele werden mit verschiedenen und im Verlauf der Zeit unterschiedlich akzentuierten Mitteln angestrebt, die von kompensatorischer Frauenförderpolitik bis zum umfassenden Konzept des Gender Mainstreaming reichen. Gleichstellungspolitik ist ihrem Selbstverständnis nach eine Querschnittsaufgabe, die alle Lebensbereiche betrifft. Jedoch erweist sich die politische Durchsetzbarkeit des Gleichstellungsanspruchs im privaten Lebensbereich als noch schwieriger als in den verschiedenen Bereichen der Öffentlichkeit.⁴

Eine der Schnittmengen beider Politikfelder besteht in der konkreten Ausgestaltung der Bedingungen zur Verbindung von Familie und anderen Lebensbereichen, insbesondere der Erwerbstätigkeit, im Kontext der jeweiligen Geschlechterbeziehungen und -verhältnisse. Hier kann Familienpolitik gleichstellungsrelevante Wirkungen erreichen, indem sie auf der individuellen Ebene die innerfamiliäre geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und auf der gesellschaftlichen Ebene die Teilung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit beeinflusst und damit jeweils auch spezifische Leitbilder unterstützt. Gleichstellungspolitik kann indessen darauf hinwirken, dass die traditionel-

3 Darüber hinaus weist Familienpolitik enge Bezüge zur Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik allgemein auf.

4 Ausdruck dessen ist die lang anhaltende rechtspolitische Diskussion über das Konfliktfeld Familie, in der die Vor- und Nachteile einer zunehmenden Verrechtlichung gegeneinander abgewogen werden (vgl. genauer Berghahn 1996).

le geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nicht als alleinige Ursache der Ungleichheit der Geschlechter wahrgenommen wird. Die Vielzahl weiterer Faktoren, welche die Chancen eines selbstbestimmten Lebens für beide Geschlechter ermöglichen, stehen ebenfalls im Zentrum einer aktiven Gleichstellungspolitik. Demnach hat eine solche Politik Auswirkungen auf Frauen und Männer in verschiedenen Lebensformen, indem der Gleichstellungsgrundsatz auf beide Geschlechter innerhalb und zwischen verschiedenen Lebensformen und in verschiedenen Lebensbereichen, wie Erwerbsarbeit *und* Familie, bezogen wird.

Trotz der gemeinsamen Schnittmenge im Bereich der Vereinbarkeitspolitik wird die Beziehung beider Politikfelder häufig als sehr spannungsreich reflektiert. Je nach Weltanschauung und disziplinärem Hintergrund wird aus ganz unterschiedlichen Gründen eine Unvereinbarkeit von Familien- und Gleichstellungspolitik suggeriert. Exemplarisch dafür seien zwei Auffassungen genannt, die unterschiedliche Pole des gleichstellungspolitischen Spektrums repräsentieren. Den deutschen Demographen Karl Schwarz treibt die Sorge um, dass Familienpolitik, insbesondere ihre bevölkerungspolitische Komponente, durch Gleichstellungspolitik gefährdet wird:

„Als Rezept wird nunmehr auch für Deutschland empfohlen, Kindererziehung weitgehend Institutionen zu überlassen, die das mit ausgebildeten Kräften ja viel besser können sollen als die Mütter derjenigen, die heute als Erwachsene darüber entscheiden. Damit ist Bevölkerungs- und Familienpolitik unversehens und wohl auch gewollt – Frauenpolitik geworden, die sich vor allem diejenigen leisten können, die als gut Verdienende die Kindererziehung an Haushaltshilfen und Kindermädchen abgeben. Dass es daneben Frauen gibt, die wenig verdienen oder keinen Arbeitsplatz finden und für verlängertes Erziehungsgeld auch bereit wären, ihre Kinder in der Familie großzuziehen, wird dabei leicht vergessen. Leicht vergessen wird oft auch, dass institutionelle Kindererziehung sehr teuer ist und es unter den Ländern, die als Vorbild dienen, so gut wie keines mehr mit Kinderzahlen über dem Reproduktionsminimum gibt.“ (Schwarz 2007: 35)

Ganz anders motiviert befürchten die österreichischen feministischen Politikwissenschaftlerinnen um Eva Kreisky, dass die Gleichstellungspolitik in der Familienpolitik aufgeht:

„(...) Rückkehr traditioneller Familienpolitik beinhaltet auch eine – mehr oder weniger – offene Absage an die Frauen- und Gleichstellungspolitik vergangener Jahrzehnte. Jenseits eines Minimalstandards scheinen Frauenpolitik und Familienpolitik wie kommunizierende Gefäße zu funktionieren, entweder findet sich das eine oder das andere verstärkt auf der politischen Agenda. Es lässt sich ein beträchtliches Maß an Inkompatibilität beider Politikausrichtungen annehmen.“ (Kreisky et al. 2003: 371)

Der Realitätsgehalt dieser Befürchtungen kann an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Vielmehr soll der Spannungsbogen des politischen Spektrums veranschaulicht werden, innerhalb dessen das Verhältnis von Familien- und Gleichstellungspolitik interpretiert wird.

2 Familienpolitische Rahmenbedingungen zur Gestaltung von Geschlechterbeziehungen

Die Rahmenbedingungen zur Verknüpfung von Familien- und Erwerbsarbeit begünstigen *in ihrer Gesamtheit* ein modernisiertes Ernährermodell, d.h. eine Konstellation, in

der zumeist der Mann einer Vollzeitberufstätigkeit nachgeht, während seine Partnerin in deutlich geringerem Maße erwerbstätig ist. Helga Krüger (2003; 2006a) hat in ihren Arbeiten wiederholt darauf hingewiesen, dass Deutschland, insbesondere Westdeutschland, hinsichtlich der Verknüpfung von Familien- und Erwerbsarbeit über ein Lebenslaufregime mit erstaunlich starker institutioneller Rahmung verfügt, welches sich noch immer weitgehend auf ein traditionelles Familienmodell, im Sinne eines modernisierten Ernährermodells, gründet. Damit verbunden ist auch ein hart gerahmtes Geschlechterregime, das den männlichen und weiblichen Lebenslauf geschlechtsspezifisch strukturiert (Krüger 2006a).

Als wesentliche Eckpfeiler dieses Lebenslaufregimes werden die Geschlechtersegmentierung von Berufsstrukturen und Karrierewegen, eine Lohngestaltung, welche frauen- und männerdominierte Tätigkeiten tendenziell ungleich bewertet, die Inflexibilität täglicher Arbeitszeiten und das Subsidiaritätsprinzip, welches die vorrangige Verantwortung der Familie für die Wohlfahrtsproduktion ihrer Mitglieder vorsieht, benannt (Krüger 2003). Damit geht die sozialpolitische Zementierung einer traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung innerhalb von Ehen durch Transferleistungen und Steuersubventionen in Gestalt der kostenlosen Mitversicherung nicht erwerbstätiger Haushaltsmitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung, der Hinterbliebenenversorgung in der Rentenversicherung und des Ehegattensplittings einher. Aus diesem Verständnis heraus ist Geschlechterungleichheit in den verschiedenen den individuellen Lebenslauf prägenden Institutionen noch immer vorgesehen, entfaltet sich aber insbesondere an wesentlichen Schnittstellen im Lebenslauf (wie dem Erwerbseinstieg oder der Gründung einer Familie), an denen unterschiedliche Institutionenlogiken individuell oder partnerschaftlich aufeinander abgestimmt werden müssen (Krüger 2003).

Historisch ermöglicht wurde das westdeutsche Modell durch die Erwerbs- und Bildungsdifferenz zwischen den Geschlechtern sowie durch die weite Verbreitung Familien ernährender Arbeitsplätze mit entsprechenden Einkommen. Vielfach wird konstatiert, dass diese externen Stützpfeiler tradierter Familienrollen zunehmend der Vergangenheit angehören (Bertram 2007; Krüger 2006b). Dennoch wurde in Deutschland erstaunlich lange, auch über den Prozess der Wiedervereinigung hinaus, ein Modell der Familienführung institutionell gestützt, das sich auf asymmetrische Geschlechterbeziehungen gründet (Trzcinski 2000).⁵ Daher wird geschlussfolgert, dass eine Neuorientierung der Familienpolitik, welche die Chancengleichheit der Geschlechter in allen Lebensbereichen ernst nimmt, längst überfällig ist. Von den Autorinnen und Autoren des Siebten Familienberichts wird ein wesentlicher Aspekt einer zukunftsweisenden Familienpolitik darin gesehen, dass „Familien- und Erwerbsarbeit nicht über eine *Geschlechter*-, sondern über eine *zeitperspektivische Lösung* miteinander verbunden werden“ (Krüger 2006b: 200 – Hervorhebungen im Original). Dies beinhaltet vor allem eine auf beide Partner orientierte Zeitpolitik. Dabei handelt es sich um ein perspektivisches Ziel, dessen konkrete Umsetzung aufgrund des Beharrungsvermögens institutioneller Struktu-

5 Ob die deutsche Wiedervereinigung tatsächlich die Chance einer grundsätzlichen Umorientierung der Familienpolitik bot, kann hier nicht diskutiert werden. Festzustellen ist allerdings, dass in der DDR ein grundsätzlich anderer Weg der Verbindung von Familien- und Gleichstellungspolitik beschritten wurde, der in einigen Bereichen zu einem geringeren Ausmaß von Geschlechterungleichheit und zu moderneren, im Sinne von unabhängigeren privaten Lebensformen beigetragen hat (Rosenfeld et al. 2004).

ren, aber sicher auch aufgrund politischer Differenzen zur Notwendigkeit einer modernen gleichstellungsorientierten Familienpolitik einen längeren Zeitraum beanspruchen wird.

Welche Entwicklungen vollziehen sich nun auf der *Ebene der Realpolitik*? Seit Beginn des neuen Jahrtausends befindet sich Deutschland auf dem Weg zur Zwei-Erwerbstätigen-Familie. Damit ist ein Paradigmenwechsel in der westdeutschen, nicht jedoch in der ostdeutschen Familienpolitik verbunden, da die Neuorientierung eine familienpolitische Annäherung des Westens an den Osten impliziert (Ostner 2006: 167). Der Leitbildwechsel zur stärkeren Akzeptanz der berufstätigen Mutter und der vorsichtigen Förderung einer stärkeren Beteiligung der Väter an der Familienarbeit wird durch eine Reihe entsprechender Maßnahmen unterstützt. Dazu zählen das Teilzeit- und Befristungsgesetz, das Tagesbetreuungsausbaugesetz, die Neuregelungen zu Elternzeit und Elterngeld sowie der jüngst beschlossene Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur (Klenner 2007). Die alte feministische Forderung nach gleichen Erwerbchancen von Frauen kommt nun instrumentalisiert zum Zuge im Sinne einer Individualisierung der Existenzsicherung von Frauen als wirksamster Schutz vor ökonomischen Härten (Ostner 2006).

Allerdings wird häufig beklagt, dass der Paradigmenwechsel inkonsequent erfolgt (z.B. angesichts der Diskussion um die Einführung eines Betreuungsgeldes), dass eine tradierte innerfamiliäre Arbeitsteilung weiterhin sozialpolitisch subventioniert wird und dass arbeitsmarkt- und familienpolitische Reformen gemeinsam keinem erkennbaren familialen Leitbild folgen (Kaufmann 2007; Klenner 2007). Damit werden inkohärente und widersprüchliche Anreizstrukturen auch in die Zukunft fortgeschrieben. Dies wird beispielsweise an der stärkeren Vereinbarkeitsförderung einerseits und arbeitsmarktpolitischen Reformen andererseits deutlich, welche die Förderung der Erwerbsbeteiligung von Müttern nur halbherzig unterstützen (BMFSFJ 2006).

Im Folgenden soll es nicht darum gehen einzuschätzen, welche Wirkungen die bislang absehbaren familienpolitischen Neuerungen haben oder voraussichtlich haben werden und welche Anreize zur Gestaltung von Geschlechterbeziehungen mit dieser Politik gesetzt werden (vgl. dazu BMFSFJ 2008; Henninger et al. 2008). Vielmehr möchte ich einen Schritt zurückgehen und zunächst zeigen, wie sich die Situation der Gleichstellung der Geschlechter im Hinblick auf die Erwerbsbeteiligung, die Arbeitszeiten, die Erwerbseinkommen, die Verteilung der nicht bezahlten Arbeit und bezogen auf die Verwirklichung von Kinderwünschen vor dem Hintergrund der bislang gegebenen Vereinbarkeitsbedingungen darstellt. Eine derartige Bestandsaufnahme halte ich für dringend erforderlich, um eine realistische und sozialstrukturell differenzierte Basis für die Beurteilung aktueller und künftiger Entwicklungen zu haben.

Der hier vorgestellte Vergleich sozialstruktureller Binnendifferenzierungen zur Geschlechtergerechtigkeit geht über die üblicherweise betrachteten Erwerbsdimensionen hinaus, da auch die innerfamiliäre Arbeitsteilung und die Verwirklichung von Kinderwünschen einbezogen werden. Wann immer die verfügbaren empirischen Ergebnisse es zulassen, werden Unterschiede zwischen Bildungsgruppen und Unterschiede zwischen Eltern und kinderlosen Personen berücksichtigt.⁶ Die Unterscheidung zwischen Eltern

6 Theoretisch wünschenswert wäre hier ein umfassenderer Ansatz, der alle Personen, die in irgendeiner Weise regelmäßig Fürsorgeverantwortung übernehmen, von denjenigen unterscheidet, die

und Kinderlosen orientiert sich an der Relevanz der Verbindung von Familien- und Erwerbsarbeit für die Reproduktion von Geschlechterungleichheit in beiden Lebensbereichen. Die Unterscheidung verschiedener Bildungsgruppen geht auf die Annahme zurück, dass gerade vor dem individuellen und partnerschaftlichen Bildungshintergrund die Opportunitätsstrukturen zur Verbindung von Familie und Beruf unterschiedlich reflektiert werden und davon unterschiedliche Anreize für die persönliche Lebensgestaltung ausgehen. Vor dem Hintergrund sozialstrukturell differenzierter Wirkungen der Vereinbarkeitsbedingungen eröffnen sich neue Perspektiven auf die Frage nach der Kompatibilität von Familien- und Gleichstellungspolitik.

3 Bestandsaufnahme der empirischen Befunde zur Geschlechtergerechtigkeit

Die nicht mehr vorhandene Übereinstimmung des modernisierten Ernährermodells mit den sozialstrukturellen Grundlagen, die es einstmal stabilisierten, hat in Deutschland, und insbesondere in Westdeutschland, zu bedeutsamen sozialstrukturellen Verwerfungen beigetragen. Diese äußern sich einerseits in einer deutlichen Polarisierung der Stellung im Erwerbssystem entlang den Dimensionen Geschlecht und Elternschaft für Angehörige unterschiedlicher Bildungsgruppen. Andererseits differenzieren sich die Möglichkeiten, den Wunsch eines Zusammenlebens mit Kindern zu realisieren, ebenfalls in Abhängigkeit der Bildung und des Geschlechts unterschiedlich aus. Beide Prozesse sind zwei Seiten einer Medaille, so meine These, die mit der folgenden Zusammenschau empirischer Befunde belegt werden soll.

3.1 Erwerbsbeteiligung und Arbeitszeiten

Ein OECD-Vergleich zeigt, dass sich Deutschland – was die Erwerbsbeteiligung kinderloser Frauen betrifft – international gut behaupten kann. Es fällt jedoch erstaunlich weit im Ranking der Staaten zurück, wenn es um den Vergleich der Erwerbsbeteiligung von Müttern geht. Das Vorhandensein von Kindern beeinträchtigt die Erwerbsarbeit von Müttern deutlich stärker als in anderen vergleichbaren Staaten (Rüling/Kassner 2007). Während es im Jahr 2004 in Deutschland keinen Unterschied in der aktiven Erwerbsbeteiligung kinderloser Frauen und Männer gab, existierte ein deutlicher Unterschied zwischen Müttern und Vätern.⁷ Die starke Geschlechterdiskrepanz in der Erwerbsbeteiligung von Eltern betrifft vor allem Mütter und Väter in Westdeutschland, wo sich auch die Anzahl und das Alter der Kinder sehr viel stärker differenzierend auf die Erwerbsbeteiligung von Müttern auswirken als in Ostdeutschland. Zurückgeführt wird die nach wie vor deutlich höhere Erwerbstätigkeit von Müttern gerade kleiner Kinder in den

dies nicht tun. Da es nur sehr wenige empirische Studien gibt, welche die Fürsorge für Ältere oder Kranke geschlechtsspezifisch untersuchen, konzentriert sich die vorliegende Darstellung auf das Kriterium der Elternschaft.

7 Zur Interpretation herangezogen wird hier der prozentuale Anteil der aktiv erwerbstätigen 25- bis 54-jährigen Frauen und Männer ohne vorübergehend Beurlaubte an der Bevölkerung im gleichen Alter. Für Mütter betrug diese Erwerbstätigenquote 64 Prozent und für Väter 88 Prozent (BMFSFJ 2005).

neuen Bundesländern auf qua Sozialisation erworbene geringere Vorbehalte gegenüber der Erwerbsarbeit von Müttern und der außerhäuslichen Betreuung auch kleiner Kinder, auf eine deutlich besser ausgebaute Infrastruktur der Kinderbetreuung sowie auf eine stärkere ökonomische Notwendigkeit aufgrund der geringeren Erwerbseinkommen und der deutlich instabileren Erwerbspositionen der Väter. Dennoch bleibt anzumerken, dass von allen bislang betrachteten Gruppen lediglich Mütter in Westdeutschland in der zurückliegenden Dekade ihre Erwerbsbeteiligung merklich erhöht haben. Jedoch geht dieser Anstieg nahezu ausschließlich auf eine stärkere Beteiligung an regulärer Teilzeitarbeit und an geringfügiger Beschäftigung zurück (BMFSFJ 2005). Damit wird auch nachvollziehbar, dass sich die Schere zwischen den Geschlechtern hinsichtlich der durchschnittlichen Arbeitszeiten in den letzten Jahren weiter geöffnet hat (Klenner 2007). Die sogenannte Arbeitszeitlücke bei Frauen, welche die Differenz zwischen der Anzahl der Beschäftigten und dem Arbeitsvolumen beschreibt, ist gerade in der familienintensiven Lebensphase besonders groß („Familiendip“), während bei Vätern ein Arbeitszeitüberhang feststellbar ist (Allmendinger et al. 2008: 21).

Tabelle 1: Umfang der Erwerbsbeteiligung von Müttern und Vätern (15 bis 64 Jahre) im Jahr 2005 (Zeilenprozente)

	Vollzeitanteil	Teilzeitanteil	Nicht erwerbstätig (auch vorübergehend beurlaubt)
	Mütter		
Deutschland	19,9	39,7	40,4
Westdeutschland (ohne Berlin)	15,5	42,9	41,6
Ostdeutschland (einschließlich Berlin)	39,3	25,3	35,4
	Väter		
Deutschland	83,7	3,4	12,9
Westdeutschland (ohne Berlin)	85,3	3,2	11,5
Ostdeutschland (einschließlich Berlin)	75,9	4,6	19,5

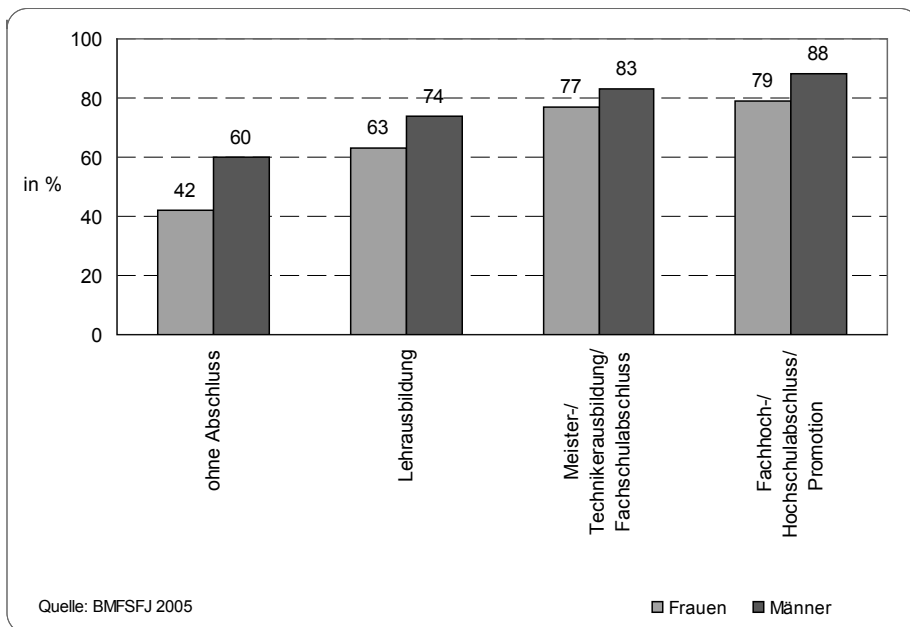
Quelle: Statistisches Bundesamt 2007a, eigene Berechnungen; Umfang der Erwerbsbeteiligung nach Selbsteinstufung im Mikrozensus.

Ein genauerer Blick auf den Umfang der Erwerbstätigkeit von Eltern zeigt, dass Teilzeitarbeit als Strategie der Verknüpfung von Familien- und Erwerbsarbeit nach wie vor eine Domäne von Müttern darstellt (vgl. Tabelle 1). Allerdings sind die Unterschiede im Voll- und Teilzeitanteil zwischen Müttern in beiden Teilen Deutschlands markant und treten noch deutlicher hervor, wenn Alter und Anzahl der Kinder berücksichtigt werden. Teilzeitarbeit bei Vätern und bei Müttern in den neuen Bundesländern ist partiell darauf zurückzuführen, dass keine Vollzeitstellen verfügbar sind. Der etwas höhere Teilzeit-

anteil von Vätern in Ostdeutschland gründet sich überwiegend nicht auf Freiwilligkeit, sondern ist gemeinsam mit der höheren Betroffenheit von Arbeitslosigkeit ein Anzeichen für die stärker vorangeschrittene Erosion der ökonomischen Position von Männern in Ostdeutschland (Trappe/Sørensen 2006).

Die hier besonders interessierende Unterscheidung der Erwerbsbeteiligung und –intensität nach Bildung und Geschlecht offenbart weitere interessante Differenzierungen.

Abbildung 1: Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern (30-64 Jahre) nach dem höchsten berufsbildenden Abschluss im Jahr 2004



So zeigt sich, dass Frauen und Männer mit höheren beruflichen Abschlüssen zu deutlich höheren Anteilen erwerbstätig sind als diejenigen mit moderaten Qualifikationen oder ohne berufsbildenden Abschluss (vgl. Abbildung 1). Gerade am unteren Ende der Qualifikationsskala sind die Geschlechterunterschiede in der Erwerbsbeteiligung besonders groß. Als mögliche Ursache wird angenommen, dass Frauen mit geringen Qualifikationen noch stärker als Männer auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt werden und dass ein Teil dieser Frauen die Familienrolle vorzieht, weil vor dem Hintergrund der sozialpolitischen Regelungen zur Unterstützung des Ernährermodells und ihrer erzielbaren Einkommen ein Verzicht auf Erwerbsarbeit vergleichsweise attraktiv ist. Auch ist bemerkenswert, dass lediglich Angehörige der höchsten Qualifikationsgruppen und hier insbesondere Frauen seit Beginn der 1990er-Jahre Beschäftigungsgewinne (vorrangig im Dienstleistungsbereich) realisieren konnten (BMFSFJ 2005).

Ausgehend von einer Langzeitanalyse der Bildungsungleichheit des Erwerbsverhaltens von Müttern in Westdeutschland lassen sich die dargestellten Tendenzen in ihrer

zeitlichen Dynamik noch einmal präzisieren (Kreyenfeld et al. 2007). Die Polarisierung der Vollzeitwerbstätigkeit nach Bildung hat bei Müttern seit der Wiedervereinigung zugenommen, eine Tendenz, die gleichermaßen in Ostdeutschland gilt (Trappe/Sørensen 2006). Vollzeitwerbstätigkeit und eine damit einhergehende ökonomische Eigenständigkeit ist in erster Linie zu einem Privileg von Müttern mit höherer Bildung geworden. Im Verlauf der letzten drei Jahrzehnte ist in Westdeutschland ein zunehmend positiver Zusammenhang zwischen der Bildung und dem Erwerbsverhalten von Müttern zu verzeichnen. Hochschulabsolventinnen mit Kindern sind am häufigsten in Vollzeit erwerbstätig und bildungshomogame hochqualifizierte Paare praktizieren am häufigsten ein Doppelernährermodell der Familie. Insgesamt hat dieses Modell in Westdeutschland jedoch nicht an Bedeutung gewonnen und in Ostdeutschland deutlich an Verbreitung eingebüßt, was mit dem abnehmenden Erwerbsarbeitsvolumen von Müttern mit geringer Bildung zusammenhängt. Gründe dafür sind die strukturelle Nichtvereinbarkeit von Beruf und Familie, der schrittweise Ausbau von Anreizen zur Unterbrechung des Erwerbsverlaufs und die Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation, insbesondere für Geringqualifizierte (Kreyenfeld et al. 2007).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in Deutschland bis in die jüngste Gegenwart Frauen in geringerem Umfang als Männer am Erwerbsleben partizipieren. Dies gilt in besonderem Maße für Mütter. Hinter diesem allgemeinen Tatbestand verbergen sich jedoch bedeutsame sozialstrukturelle Differenzierungen, denn es sind gerade Frauen und Mütter mit niedriger und mittlerer Bildung, die in deutlich geringerem Ausmaß als andere Frauen und als Männer erwerbstätig sind. Die in Deutschland existierenden Rahmenbedingungen zur Verbindung von Familie und Erwerbstätigkeit haben zu einer Verstärkung dieser Polarisierung im Zeitverlauf beigetragen.

3.2 Erwerbseinkommen

Im europäischen Vergleich gilt Deutschland als eines der Länder mit einem besonders ausgeprägten Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern (BMFSFJ 2005). Das Einkommen von Frauen liegt bei gleicher Arbeitszeit mindestens 20 Prozentpunkte unter dem von Männern. Die Einkommensrelationen Vollzeit beschäftigter Frauen und Männern stellte sich im Jahr 2002 in Ostdeutschland wesentlich günstiger als in Westdeutschland dar (92 Prozent verglichen mit 76 Prozent).⁸ Als Ursachen des deutlich geringeren geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiedes in Ostdeutschland werden stabilere Erwerbsbiographien, ein geringerer Teilzeitanteil im Lebenslauf, der überproportionale Anteil von Beschäftigten, insbesondere Frauen im Öffentlichen Dienst sowie eine stärkere Selektion der erwerbstätigen Frauen nach Qualifikation angeführt. Das Selektionsargument bezieht sich darauf, dass gerade niedrig qualifizierte Frauen in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre zu großen Teilen und dauerhaft aus dem Erwerbsbereich ausgeschlossen wurden, so dass die erwerbstätigen Frauen auch aus diesem Grund über ein deutlich höheres Qualifikationsniveau verfügen als Frauen in Westdeutschland. Daraus resultierte in Ostdeutschland eine deutliche und für viele so nicht erwartete Annä-

⁸ Diese Angaben beziehen sich auf Analysen auf Basis der IAB-Beschäftigtenstichprobe und des Beschäftigtenpanels der Bundesagentur für Arbeit (BMFSFJ 2005). Vergleichbare Ergebnisse zeigen sich jedoch auch auf Basis neuerer Daten des Statistischen Bundesamtes, der Verdienststrukturerhebung 2006 (Droßard 2008).

herung der Einkommen erwerbstätiger Frauen und Männer (Hunt 2002). Insofern ist es nicht verwunderlich, dass sich die erwartbaren Unterschiede im Einkommen von Frauen und Männern verschiedener Qualifikationsgruppen vor allem in Westdeutschland zeigen: Hier ist die Einkommenskluft vollzeitbeschäftigter Frauen und Männer bei Hochqualifizierten deutlich geringer als bei Geringqualifizierten, und diese Tendenz hat sich im Zeitverlauf verstärkt (BMFSFJ 2005).

Elternschaft wird gemeinhin als wichtiger Indikator betrachtet, um die Persistenz der Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern zu verstehen. Erwerbsunterbrechungen sowie die Inanspruchnahme von Teilzeitarbeit als weit verbreitete Strategien der Abstimmung von Familien- und Erwerbsarbeit tragen zu einem Einkommensnachteil von Müttern gegenüber kinderlosen Frauen bei. Der Einkommensbonus von Vätern gegenüber kinderlosen Männern wird mitunter als Selektionseffekt von Männern mit hohem Einkommenspotenzial in Ehe und Elternschaft interpretiert (Barg/Beblo 2007), aber auch als Effekt einer positiven Wahrnehmung von Vätern als besonders verlässlichen Arbeitskräften seitens der Arbeitgeber (und damit entgegengesetzt der noch immer verbreiteten statistischen Diskriminierung von Frauen).

Innerhalb der international vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung wurde darüber hinaus ermittelt, dass Einkommenseinbußen bei Müttern infolge von erziehungsbedingten Erwerbseinbußen in den Ländern besonders hoch sind, in denen Erziehungszeiten sehr lange gewährt werden, wie bislang auch in Deutschland (Gornick/Meyers 2003).⁹ Hier liegt zumindest die Schlussfolgerung nahe, dass gerade Frauen mit geringer Qualifikation von den sozialpolitisch unterstützten Angeboten zur Verbindung von Familie und Beruf deutlich stärker Gebrauch machen als Frauen mit höherer Qualifikation und dass sich der geschlechtsspezifische Einkommensunterschied dadurch verstärkt. Aufschlussreich ist, dass auch in der Gegenwart in Westdeutschland eine Vaterschaft für Männer immer noch die Wahrscheinlichkeit von beruflicher Aufwärtsmobilität (gemessen am Einkommen) erhöht. Dabei handelt es sich vor allem um innerbetriebliche Einkommenssteigerungen und nicht um gezielte Wechsel der Tätigkeit oder des Betriebes. Als Ursachen kommen sowohl verbesserte Aufstiegschancen als auch ein verstärkter Druck, das Familieneinkommen zu erhöhen, in Betracht. Insbesondere gut qualifizierte Väter verzeichnen überproportional hohe Einkommensanstiege und damit verstärken sich ihre Vorteile im Privatbereich und in der Erwerbsarbeit (Pollmann-Schult/Diewald 2007). Ganz ähnlich wie beim Einkommen und als davon nicht unabhängige Tendenz zeigt sich auch beim Zugang zu Führungspositionen: Väter üben derartige Positionen häufiger als kinderlose Männer aus, während Mütter dies deutlich seltener als kinderlose Frauen tun (BMFSFJ 2005).

Insgesamt sind Frauen gegenüber Männern bezüglich ihrer Erwerbseinkommen weiterhin im Nachteil, ein Nachteil, der sich mit der Familiengründung deutlich manifestiert. Die geschlechtsspezifische Einkommenskluft ist gerade bei Personen mit geringer und mittlerer Qualifikation besonders ausgeprägt und hat sich im Zeitverlauf bei den Hochqualifizierten am deutlichsten verringert. Dies bedeutet auch, dass sich bei ressourcenreichen Paaren mit Kindern die Möglichkeiten einer eigenständigen Exi-

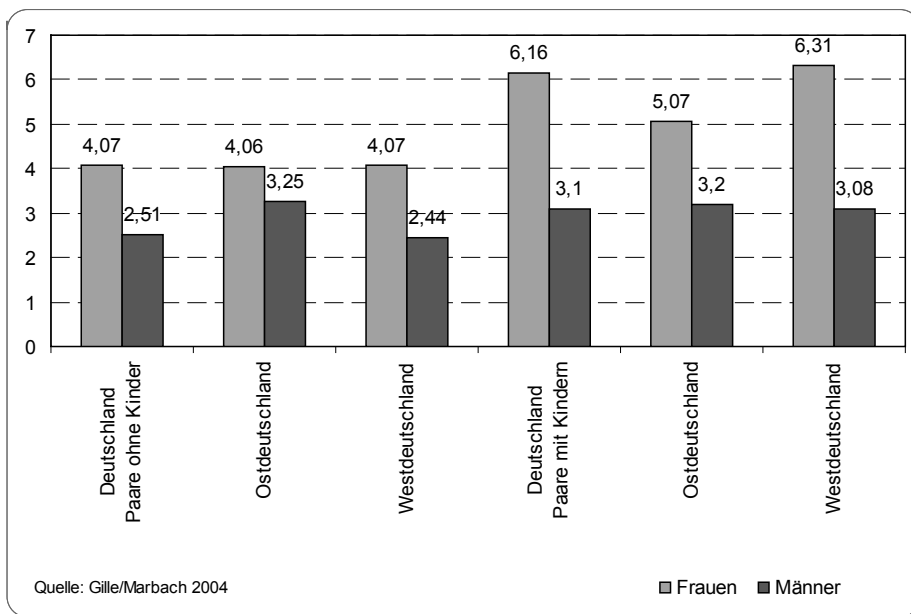
⁹ Auch daraus resultiert die zwiespältige Beurteilung der seit 1986 mehrfach verlängerten Erziehungszeiten in Westdeutschland im Hinblick auf die kurz- und langfristigen Folgen für die Erwerbsverläufe von Frauen (Ziefle 2004).

stanzsicherung von Frauen und Männern verbessert haben, während für den Großteil der Eltern in Deutschland eher eine zunehmende ökonomische Abhängigkeit innerhalb der Partnerschaft bzw. vom Staat kennzeichnend ist.

3.3 Die Aufteilung unbezahlter Arbeit

Nach den Angaben der in den Jahren 2001/02 durchgeführten Zeitbudgeterhebung verrichteten Frauen im Durchschnitt in der Woche 31 Stunden unbezahlte Arbeit und Männer 19,5 Stunden (Gille/Marbach 2004). Bezogen auf Paarhaushalte leisten Eltern mehr unbezahlte Arbeit als Kinderlose. Dies gilt auch für Väter, die sich durchschnittlich sowohl beruflich als auch im Haushalt stärker engagieren als kinderlose Partner. Insgesamt zeigt sich eine etwas ausgeglichene Arbeitsteilung in den neuen Bundesländern bei insgesamt höherer Gesamtarbeitszeit als in den alten Bundesländern. Am wenigsten traditionell ist die innerfamiliäre Arbeitsteilung, wenn beide Partner erwerbstätig sind (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Unbezahlte Arbeit bei erwerbstätigen Paaren unter 60 Jahren im Jahr 2001/02 (in Stunden und Minuten je Tag)



Noch unterscheiden sich nicht nur die Erwerbsmuster der Frauen in beiden Teilen Deutschlands, sondern auch deren Zeiteinsatz für Hausarbeit. Als Mütter leisten Frauen in Westdeutschland wesentlich mehr Haus- und Familienarbeit. Insgesamt zeichnet sich eine Gesamttendenz zu einer etwas stärker egalitären innerfamiliären Arbeitsteilung in den letzten zehn Jahren ab: Frauen verringerten ihren Anteil an unbezahlter Arbeit (um knapp 10 Prozent seit Beginn der 1990er-Jahre) und Männer erhöhten diesen leicht.

Die Rolle der Bildung hinsichtlich der Aufteilung der unbezahlten Arbeit in Haushalten ist bislang kaum systematisch untersucht worden und ist innerhalb der Literatur gerade für Männer umstritten. Bisherige Ergebnisse deuten darauf hin, dass mit steigendem Bildungsniveau eine zunehmende Egalisierung der innerfamiliären Arbeitsteilung bezogen auf Routinehausarbeiten zu verzeichnen ist, dass sich jedoch hinsichtlich der Aufteilung von Elternaufgaben kaum systematische Bildungsunterschiede zeigen (Zippel 2008).

Insgesamt stellt die ungleiche Verteilung der Haus- und Familienarbeit zwischen Frauen und Männern noch immer ein wesentliches Hindernis für eine Gleichstellung von Frauen im Erwerbssystem dar, denn beide Bereiche sind im individuellen Lebenslauf aufeinander abzustimmen. Strukturelle Vereinbarkeitsprobleme können auf der individuellen Handlungsebene zu schwierigen Entscheidungssituationen führen. Der wiederholt nachgewiesene, mit der Familiengründung einhergehende Traditionalisierungsschub der innerfamiliären Arbeitsteilung vollzieht sich in allen Bildungsgruppen (BMFSFJ 2006). Offensichtlich gelingt es jedoch Paaren aus höheren Bildungsgruppen, beispielsweise durch die Inanspruchnahme von Dienstleistungen, am ehesten, die mit Haus- und Familienarbeit verbrachte Zeit zu reduzieren.

3.4 Die Verwirklichung von Kinderwünschen

Auf Basis eigener deskriptiver Analysen möchte ich abschließend auch die Möglichkeiten der Verwirklichung von Kinderwünschen sozialstrukturell differenziert betrachten. Die Darstellung dieses Aspekts der Lebensführung ist gerade deshalb wichtig, um zumindest im Ansatz auch Hinweise auf sozialstrukturelle Polarisierungen der Familienbildung zu erhalten. Die dargestellten Ergebnisse wurden auf Basis des im Jahr 2005 erhobenen „Generations and Gender Survey“ ermittelt.¹⁰

Table 2: Kinderwunsch und Kinderzahl bei Frauen und Männern im Jahr 2005

	Frauen		Männer		Hohe berufliche Bildung		Mittlere berufliche Bildung	
					Frauen	Männer	Frauen	Männer
Alter	Kinderwunsch							
18-29	1,66	1,10	1,99	1,29	1,60	1,10		
30-39	1,75	1,39	1,67	1,52	1,76	1,29		
40-49	1,80	1,55	1,59	1,73	1,84	1,50		
	Kinderlosigkeit (in %)							
40-49	13	26	18	23	12	26		
	Durchschnittliche Kinderzahl							
40-49	1,78	1,49	1,56	1,63	1,82	1,44		

Quelle: Generations and Gender Survey 2005, eigene Berechnungen (gewichtete Ergebnisse).

¹⁰ In dieser Befragung wurden Frauen und Männer nicht danach gefragt, wie viele Kinder sie sich insgesamt wünschen, sondern sie wurden vor dem Hintergrund ihrer derzeitigen biografischen Situation danach gefragt, ob sie sich Kinder wünschen und wie viele (weitere) Kinder sie sich noch wünschen. Dies impliziert, dass bereits vorhandene Kinder immer auch als gewünschte Kinder betrachtet werden. Insofern sind die Angaben zur absoluten Höhe des Kinderwunsches ganz sicher nicht mit denen anderer Erhebungen vergleichbar.

Auffallend ist, dass Frauen in allen Altersgruppen einen stärker ausgeprägten Wunsch nach Kindern haben als Männer (vgl. Tabelle 2). Auch der Anteil der Kinderlosigkeit bei den über 40-Jährigen ist bei Männern deutlich höher als bei Frauen, ein Ergebnis, das mit Befunden anderer Studien übereinstimmt (Schmitt/Winkelmann 2005). Infolgedessen ist die durchschnittliche Kinderzahl bei Männern in diesem Alter deutlich niedriger als bei Frauen.¹¹ Besonders hoch ist der Anteil der Kinderlosigkeit unter den Männern mit mittlerer beruflicher Bildung und auch ihre durchschnittliche Kinderzahl ist sehr gering. Möglicherweise gehören sie teilweise zu den Verlierern auf dem Partnermarkt, denen es immer weniger gelingt, eine Familienbildung auch ökonomisch abzusichern.

Interessant ist nun, dass in allen betrachteten Bildungsgruppen der Kinderwunsch bei jüngeren Menschen geringer ausfällt als bei älteren Befragten. Dies erklärt sich vor allem daraus, dass in der Untersuchung danach gefragt wurde, wie viele Kinder zusätzlich zu den bereits vorhandenen Kindern gewünscht werden (vgl. Anmerkung 10). Die Tendenz des mit zunehmendem Alter steigenden Kinderwunsches gilt für alle Befragten mit Ausnahme der Frauen mit hoher beruflicher Bildung (Fachhochschul- oder Hochschulabschluss). Bei ihnen fällt der Kinderwunsch mit jeder der betrachteten Altersstufen geringer aus. Da die zugrundeliegenden Daten keine Längsschnittdaten sind, ist es unzulässig diesen Befund als Lebenslaufeffekt in dem Sinne zu interpretieren, dass hoch qualifizierte Frauen ihren Kinderwunsch im Verlauf ihres Lebens der Realität anpassen, denn es ist nicht bekannt, ob der Kinderwunsch der heute über 40-Jährigen in ihrer Jugend so ausgeprägt war wie bei den heute sehr jungen Frauen mit hoher Qualifikation. Dennoch deutet der geringe Kinderwunsch der älteren hoch qualifizierten Frauen vor dem Hintergrund ihrer gleichfalls vergleichsweise geringen durchschnittlichen Kinderzahl darauf hin, dass gerade diese Frauen ihren Wunsch nach Kindern in geringerem Maße realisieren konnten als Frauen anderer Bildungsgruppen. Mögliche Ursachen für eine solche Entwicklung sind vielfältig und sicher nicht ausschließlich, jedoch auch, in unzureichenden Vereinbarkeitsbedingungen zu suchen, denn gerade Akademikerinnen in Westdeutschland beklagen ein Vereinbarkeitsproblem zwischen Kindern und beruflichen sowie sonstigen Interessen (BZgA 2005). Andere Untersuchungen weisen darüber hinaus gerade in den alten Bundesländern substanzielle bildungsgruppenspezifische Unterschiede im Alter bei der ersten Geburt nach bzw. zeigen einen mit dem Bildungsniveau steigenden Anteil der Kinderlosigkeit, Zusammenhänge, die bislang in den neuen Bundesländern nur in deutlich abgemilderter Form existierten (Kreyenfeld 2007; Statistisches Bundesamt 2007b).

Die nicht abschließend interpretierbaren sozialstrukturellen Unterschiede in den Kinderwünschen signalisieren weiteren Forschungsbedarf. Dieser besteht vor allem in der konsequenten Verortung dieses Konzepts im Lebensverlauf. Bislang vorliegende Untersuchungsergebnisse erlauben keinen klaren Schluss bezüglich der zeitlichen Stabilität des Wunsches nach Kindern im individuellen Leben, legen aber nahe, dass es flexible und hartnäckige Anpassungsstrategien des Kinderwunsches an wechselnde Lebensumstände gibt (Schröder 2007). Erst eine lebensverlaufsbezogene Kinderwunschforschung wird Aussagen darüber ermöglichen, wie sich generative Entscheidungen

11 Bei diesem Vergleich ist zu beachten, dass Männer den Übergang zur Elternschaft im Durchschnitt einige Jahre später vollziehen als Frauen und dass ihre jeweiligen Partnerinnen daher im Mittel etwas jünger sind.

tatsächlich vollziehen und welche Relevanz dabei sich verändernden Vereinbarkeits- und Lebensbedingungen zukommt. Dann wird auch klar, ob gerade Frauen mit hoher Bildung ihren Wunsch nach einem Leben mit Kindern mit zunehmendem Alter in Anpassung an die realen Lebensumstände relativieren und welche Bedeutung dabei beispielsweise beruflichen und partnerschaftlichen Bedingungen zukommt.

4 Fazit zum Verhältnis von Familien- und Gleichstellungspolitik

In ihrer Gesamtheit unterstreichen die dargestellten empirischen Befunde zur Geschlechtergerechtigkeit im Erwerbs- und Familienbereich eindrucksvoll, welche sozialstrukturell unterschiedlichen Auswirkungen mit den für Deutschland charakteristischen Rahmenbedingungen zur Verknüpfung beider Lebensbereiche verbunden sind. Dabei handelt es sich nicht allein um eine Reproduktion bestehender sozialstruktureller Differenzierungen, sondern in weiten Teilen tatsächlich um eine Polarisierung, verstanden als eine im Zeitverlauf zunehmende Auseinanderentwicklung der Vereinbarkeitsbedingungen und der Handlungsstrategien.

Insbesondere hoch qualifizierten Frauen gelingt es, gemessen an ihrer Erwerbsbeteiligung und den von ihnen realisierten Einkommen, vergleichsweise gut, sich im Erwerbssystem zu behaupten. Dies ist allerdings häufig an die Voraussetzung gebunden, ein von umfassenden Fürsorgeaufgaben freies Leben zu führen. Entscheiden sie sich beispielsweise zur Gründung einer Familie, und dies möglicherweise mit einem ebenfalls hoch qualifizierten Partner, gelingt die Vereinbarkeit häufig nur mit Abstrichen im beruflichen Bereich, die noch immer überwiegend zulasten der Frauen gehen (Henninger et al. 2007).

Vor dem Hintergrund der unzulänglichen strukturellen Möglichkeiten zur Vereinbarkeit beider Lebensbereiche haben sich die Erwerbschancen von Frauen, stärker noch als die von Männern, entlang der Bildungshierarchie polarisiert. Insbesondere Frauen und Mütter mit geringer und mittlerer Bildung, die sich häufig an den sozialpolitisch unterstützten Vereinbarkeitsstrategien mit vergleichsweise langen Erwerbsunterbrechungen und ausgedehnten Teilzeitphasen orientiert haben, zählen aus gleichstellungspolitischer Perspektive zu den Verliererinnen im Erwerbssystem. Gleiches gilt im Hinblick auf die Verteilung der Reproduktionsarbeit. Insofern ist die im Zusammenhang mit der Neujustierung der Familienbildung geäußerte Befürchtung einer „exklusiven Emanzipation“ für hoch qualifizierte Frauen (Henninger et al. 2008) im Erwerbsbereich längst Realität.

Unmittelbar einhergehend mit der zunehmenden qualifikatorischen Aufspaltung der Erwerbschancen von Frauen hat sich quasi mit umgekehrtem Vorzeichen die sozialstrukturelle Differenzierung der Familienbildung verstärkt. Insbesondere Frauen, die viel Zeit und Energie in ihre Bildung investiert haben, tendieren stärker als andere dazu, Kinder spät zu bekommen oder auf eigene Kinder zu verzichten, auch wenn dies nicht ihren ursprünglichen Intentionen entspricht. Mit der so verstandenen doppelten Polarisierung verstärken sich Ungleichheiten nach Geschlecht und Bildung innerhalb der Familie und im Erwerbsbereich. Diese offenbaren auch familien- und gleichstellungspolitische Versäumnisse der Vergangenheit.

Ausgehend davon sollten sich die Akteurinnen und Akteure beider Politikfelder im Bereich ihrer gemeinsamen Schnittmenge, der konkreten Ausgestaltung der Bedingungen zur Verbindung von Familien- und Erwerbsarbeit, stärker als bisher aufeinander zubewegen. Familien- und Gleichstellungspolitik sind durchaus kompatibel, auch wenn beide Politikfelder nicht ineinander aufgehen. Ein stärkeres Ineinandergreifen familien- und gleichstellungspolitischer Bestrebungen könnte einen aktiven Beitrag dazu leisten, um die sozialstrukturellen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern im Erwerbsbereich und die sozialstrukturellen Differenzierungen der Familienbildung zu verringern.

Eine moderne Familienpolitik ist eine wesentliche, jedoch nicht die einzige Voraussetzung für die Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsbereich und in der Familie. Das Ausmaß der Modernität würde sich daran messen lassen, dass das Ziel der Gleichstellung der Geschlechter systematisch verfolgt und die Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern als Teil des Vereinbarkeitsproblems reflektiert wird. Von einem Abbau der Anreize für die modernisierte Versorgerehe würden längerfristig vor allem Frauen mit geringer und mittlerer Bildung sowie deren Partner profitieren, allerdings nur, wenn die stärkere individuelle Existenzsicherung dieser Frauen auch durch entsprechende infrastrukturelle Unterstützungs- und Dienstleistungsangebote abgesichert wird.

Gleichstellungspolitik sollte stärker als bislang akzentuieren, dass insbesondere Mütter auf dem Arbeitsmarkt und bezüglich der Arbeitsteilung im Haushalt benachteiligt sind und dass sich diese Benachteiligung zu einem beträchtlichen Teil auf traditionell gerahmte Geschlechterverhältnisse gründet. Diese haben jedoch nicht nur Auswirkungen auf den Erwerbsbereich, sondern ebenso auf das Familienleben und zunehmend auch auf die Realisierung von Kinderwünschen (insbesondere bei hoch qualifizierten Frauen). In diesem Sinne sollten gleichstellungspolitische Forderungen in der Diskussion um den demografischen Wandel deutlicher als bisher artikuliert werden. Gleichmaßen bedeutsam erscheint mir in diesem Kontext, die Übernahme von Fürsorgeverantwortung für andere, einschließlich eines Lebens mit Kindern, als soziales Recht für alle wirksam zu vertreten.

Literaturverzeichnis

- Allmendinger, Jutta, Leuze, Kathrin & Blanck, Jonna M. (2008). 50 Jahre Geschlechtergerechtigkeit und Arbeitsmarkt. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte Heft 24-25*, 18-25
- Baer, Susanne & Lepperhoff, Julia. (2007). Gleichberechtigte Familien? Eine Einführung. In: Susanne Baer & Julia Lepperhoff (Hrsg.), *Gleichberechtigte Familien? Wissenschaftliche Diagnosen und politische Perspektiven* (S. 7-17). Bielefeld: Kleine Verlag
- Balter, Michael. (2006). The Baby Deficit. In: *Science* 312, 1894-1897
- Barg, Katherin & Beblo, Miriam. (2007). The Male Marital Wage Premium in Germany: Selection versus Specialization. In: *Schmollers Jahrbuch* 127 (1), 59-73
- Berghahn, Sabine. (1996). Die Verrechtlichung des Privaten – allgemeines Verhängnis oder Chance für bessere Geschlechterverhältnisse? In: *Leviathan* 24 (2), 241-271
- Bertram, Hans. (2007). Die vergessene Moderne: Familie heute. In: Susanne Baer & Julia Lepperhoff (Hrsg.), *Gleichberechtigte Familien? Wissenschaftliche Diagnosen und politische Perspektiven* (S. 18-43). Bielefeld: Kleine Verlag

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). (2005). *Gender Datenreport. 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland*. Zugriff unter: www.bmfsfj.de/Publikationen/genderreport/root.html
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). (2006). *Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Siebter Familienbericht*. Zugriff unter www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/siebter-familienbericht,property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). (2008). *Elterngeldbericht*. Zugriff unter: [www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Redaktion BMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/elterngeldbericht-2008,property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf](http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Redaktion%20BMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/elterngeldbericht-2008,property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf)
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). (2005). *Kinderwunsch und Familiengründung bei Frauen und Männern mit Hochschulabschluss*. Zugriff unter www.bzga.de/?uid=e7f3a6e53a05fd48af40c93c89c2768b&id=medien&sid=88&idx=1273
- Droßard, Ralf. (2008). *Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern*. STATmagazin. Zugriff unter www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Publikationen/STATmagazin/2008/Verdienste2008__8,templateId=renderPrint.psml__nnn=true
- Gille, Martina & Marbach, Jan. (2004). Arbeitsteilung von Paaren und ihre Belastung mit Zeitstress. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Alltag in Deutschland: Analysen zur Zeitverwendung*. Forum der Bundesstatistik, Band 43 (S. 86-113). Wiesbaden: Statistisches Bundesamt
- Gornick, Janet C. & Meyers, Marcia K. (2003). *Families That Work: Policies for Reconciling Parenthood and Employment*. New York: Russell Sage
- Henninger, Annette, Wimbauer, Christine & Spura, Anke. (2007). Zeit ist mehr als Geld – Vereinbarkeit von Kind und Karriere bei Doppelkarriere-Paaren. In: *Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien* 25 (3+4), 69-84
- Henninger, Annette, Wimbauer, Christine & Dombrowski, Rosine. (2008). Demography as a Push toward Gender Equality? Current Reforms of German Family Policy. In: *Social Politics* 15 (3), 287-314
- Hondrich, Karl O. (2007). *Weniger sind mehr: Warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für unsere Gesellschaft ist*. Frankfurt am Main, New York: Campus
- Huinink, Johannes. (2003). Die hervorragende Zukunft der Familienpolitik. In: *Zeitschrift für Familienforschung* 15 (3), 294-298
- Hunt, Jennifer. (2002). The Transition in East Germany: When is a Ten-Point Fall in the Gender Wage Gap Bad News? In: *Journal of Labor Economics* 20 (1), 148-169
- Kahlert, Heike. (2006). Emanzipation in der schrumpfenden Gesellschaft: Der Geburtenrückgang im Fokus der aktuellen Debatten über den demographischen Wandel im deutschen Wohlfahrtsstaat. In: *Berliner Debatte Initial* 17 (3), 9-23
- Kaufmann, Franz-Xaver. (2007). Warum Politik für Familien? In: *Zeitschrift für Soziologie* 36 (5), 380-384
- Klenner, Christina. (2007). Gleichstellungspolitik vor alten und neuen Herausforderungen – Welchen Beitrag leistet die Familienpolitik? In: *WSI Mitteilungen* 60 (10), 523-530
- Kreisky, Eva, Rosenberger, Sieglinde & Grabner, Petra. (2003). Editorial. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 32 (4), 371-373
- Kreyenfeld, Michaela. (2007). Bildungsspezifische Unterschiede im Geburtenverhalten in Ost- und Westdeutschland. In: Eva Barlösius & Daniela Schiek (Hrsg.), *Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands* (S. 83-112). Wiesbaden: VS Verlag
- Kreyenfeld, Michaela, Konietzka, Dirk & Böhm, Sebastian. (2007). Die Bildungsungleichheit des Erwerbsverhaltens von Frauen mit Kindern: Westdeutschland im Vergleich zwischen 1976 und 2004. In: *Zeitschrift für Soziologie* 36 (6), 434-452

- Krüger, Helga. (2003). Familienleben – mit Weitblick? Institutionenlogiken und staatliche Interventionspolitik. In: Jutta Allmendinger (Hrsg.), *Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002. Teil 2* (S. 836-851). Opladen: Leske + Budrich
- Krüger, Helga. (2006a). Kulturelle Ungleichheit, Institutionen des Lebensverlaufs und die Zukunft der Geschlechterdifferenz. In: Karl-Siegbert Rehberg (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit, Kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004. Teil 1* (S. 144-158). Frankfurt am Main, New York: Campus,
- Krüger, Helga. (2006b). Geschlechterrollen im Wandel – Modernisierung der Familienpolitik. In: Hans Bertram, Helga Krüger & Katharina C. Spieß (Hrsg.), *Wem gehört die Familie der Zukunft? Expertisen zum 7. Familienbericht der Bundesregierung* (S. 191-206). Opladen: Verlag Barbara Budrich
- Ostner, Ilona. (2006). Paradigmenwechsel in der (west)deutschen Familienpolitik. In: Peter A. Berger & Heike Kahlert (Hrsg.), *Der demographische Wandel: Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse* (S. 165-199). Frankfurt am Main, New York: Campus
- Pollmann-Schult, Matthias & Diewald, Martin. (2007). Auswirkungen der Familiengründung auf den Berufsverlauf von Männern. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 59 (39), 440-458
- Rosenfeld, Rachel A, Trappe, Heike & Gornick, Janet C. (2004). Gender and Work in Germany: Before and After Reunification. In: *Annual Review of Sociology* 30, 103-124
- Rüling, Anneli & Kassner, Karsten (2007). *Familienpolitik aus der Gleichstellungsperspektive. Ein europäischer Vergleich*. (Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft). Berlin. Zugriff unter: <http://library.fes.de/pdf-files/do/04262.pdf>
- Schmitt, Christian & Winkelmann, Ulrike. (2005). Wer bleibt kinderlos? Was sozialstrukturelle Daten über Kinderlosigkeit bei Frauen und Männern verraten. In: *Feministische Studien* 23 (1), 9-23
- Schröder, Torsten. (2007). Geplante Kinderlosigkeit? Ein lebensverlaufstheoretisches Entscheidungsmodell. In: Dirk Konietzka & Michaela Kreyenfeld (Hrsg.), *Ein Leben ohne Kinder: Kinderlosigkeit in Deutschland* (S. 365-399). Wiesbaden: VS Verlag
- Schwarz, Karl. (2007). Zur Problematik von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit als Mittel zur Förderung des Kinderwunsches. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 32 (1-2), 35-50
- Statistisches Bundesamt. (2007a). *Leben und Arbeiten in Deutschland. (Sonderheft 2: Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ergebnisse des Mikrozensus 2005)*. Zugriff unter: www.beruf-und-familie.de/files/dldata//7517c976fc62ef713cf059c8b73f72a0/destatis_LebenArbeiten_mikrozsonderheft205.pdf
- Statistisches Bundesamt. (2007b). *Geburten in Deutschland*. Zugriff unter: www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/Bevoelkerung/BroschuereGeburtenDeutschland,property=file.pdf
- Trappe, Heike & Sørensen, Annemette. (2006). Economic Relations between Women and Their Partners: An East and West German Comparison after Reunification. In: *Feminist Economics* 12 (4), 643-665
- Trzcinski, Eileen. (2000). Family Policy in Germany: A Feminist Dilemma? In: *Feminist Economics* 6 (1), 21-44
- Ziefle, Andrea. (2004). Die individuellen Kosten des Erziehungsurlaubs. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56 (2), 213-231
- Zippel, Janin. (2008). Arbeit im Haushalt: Verteilung im partnerschaftlichen Kontext in Abhängigkeit vom Bildungsniveau. (Unveröffentlichte Magisterarbeit). Universität Rostock

Zur Person

Heike Trappe, Prof. Dr., Universitätsprofessorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt Familien-
demographie, Institut für Soziologie und Demographie der Universität Rostock. Arbeitsschwer-
punkte: Lebensverlaufs-, Familien- und Arbeitsmarktforschung.

Kontakt: Universität Rostock, Institut für Soziologie und Demographie, Ulmenstr. 69, 18057 Ro-
stock. E-Mail: heike.trappe@uni-rostock.de

Familienpolitik und Geschlechterkultur – Frankreich zwischen Emanzipation und Traditionalisierung

Zusammenfassung

Im Zusammenhang mit einer fördernden Familien- und Sozialpolitik haben sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Frankreich und damit das Geschlechterverhältnis maßgeblich verändert. Inwieweit sich im Kontext familienpolitischer Rahmenbedingungen und geschlechterkultureller Faktoren auch Veränderungen der geschlechtlichen Verteilung von Haus- und Familienarbeit und der Rolle von Männern ergeben haben, ist Ausgangsfrage des vorliegenden Beitrags. Sie soll behandelt werden, indem die Entwicklung der Familienpolitik mit einem besonderen Fokus auf Männlichkeit nachvollzogen wird, Daten zur familialen Arbeitsteilung betrachtet und geschlechterkulturelle Veränderungen im Hinblick auf das Männlichkeitsbild einbezogen werden. Die Analyse des Geschlechterregimes in Frankreich zeigt, dass sich auf der einen Seite soziale Dimensionen mit Genderdimensionen von Familienpolitik koppeln und insbesondere zu einer Arbeitsmarktverdrängung von sozial schlechter gestellten Frauen führen können, dass es auf der anderen Seite aber gerade auch das traditionellen Männlichkeitsbild ist, das das Geschlechterregime in Frankreich und die geschlechtliche Arbeitsteilung prägt.

Schlüsselwörter

Frankreich, Familienpolitik, geschlechtliche Arbeitsteilung, Männer, Geschlechterkultur, Wohlfahrtsstaatsforschung

Summary

French Gender Relations – Family Policy in France between Emancipation and Traditionalization

In France, women's labour market participation has increased and the gender relations have altered, supported by family and social policy. This paper focuses on modifications of the gendered division of unpaid work and of men's attitudes and values within the context of policy frameworks and gender cultural dimensions. Firstly, the development of family policy in France will be highlighted, with a focus on masculinity. Secondly, we analyse the gender regime of France by incorporating gender cultural dimensions of masculinity and by using data on the division of domestic work. Our results show on the one hand that social and gender dimensions of French family policy encourage socially disadvantaged women to withdraw from the labour market, and on the other hand the impact of traditional masculinity on the gender regime in France and on the gendered division of work.

Keywords

France, family policy, gendered division of work, men, gender culture, welfare state research

1 Einführung

In Frankreich war es vor allem der Ausbau staatlich organisierter und geförderter Kinderbetreuung, der in den 1980er-Jahren Frauen zunehmend ermöglichte, Mutterschaft und Erwerbstätigkeit miteinander zu vereinbaren. Seitdem hat sich in Frankreich manches im Geschlechterverhältnis verändert: Die Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern

mit kleinen Kindern ist zur Selbstverständlichkeit geworden, eine langjährige Erwerbsunterbrechung der Frau nach der Geburt des Kindes ist für die Mehrzahl der Familien nicht mehr notwendig, die Hegemonie des Modells des männlichen Familienernähers ist vom Modell der dual breadwinner abgelöst worden und entsprechend hat sich die Autonomie von Frauen erhöht (vgl. Fagnani 2000). Das Beispiel Frankreich zeigt in diesem Kontext, inwieweit sozialstaatliche Rahmenbedingungen zu einem Wandel der geschlechtlichen Arbeitsteilung in der Erwerbssphäre beitragen können.

Aus gendersensibler Perspektive ist die Angleichung von Erwerbsquoten zwischen Männern und Frauen eine unzureichende Messlatte für mehr Geschlechtergerechtigkeit (vgl. Beckmann 2007). Es muss vielmehr nach der Qualität von Arbeits- und Lebensbedingungen für Männer und Frauen gefragt werden. Dies schließt eine Beschäftigung mit den vielfältigen politischen und sozialen Dimensionen von Arbeit und Geschlecht sowie eine Auseinandersetzung mit den politischen Handlungsoptionen für die Herstellung von Geschlechterdemokratie ein (vgl. Janczyk 2005). Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nach der Geburt eines Kindes stellt dabei nach wie vor eine zentrale Kategorie für die Herstellung von Geschlechterungleichheit in den Lebens- und Berufsbiografien von Männern und Frauen dar. Im Rahmen einer gendersensiblen Bewertung familienpolitischer Maßnahmen geht es daher nicht zuletzt um die Frage, ob eine zunehmend egalitäre Verteilung von Haus- und Familienarbeit zwischen Frauen und Männern beobachtbar ist. Dabei wird davon ausgegangen, dass nicht nur das Erwerbsverhalten, sondern auch das Careverhalten von Menschen in Bezug zu sozialstaatlichen Regulierungen steht (vgl. Beckmann 2007).

Anhand der Entwicklung von öffentlicher Kinderbetreuung und der Regelungen zur bezahlten Erziehungsfreistellung werden in diesem Artikel zunächst die familienpolitischen Rahmenbedingungen dargestellt, in deren Kontext die Steigerung der Erwerbsquoten von Frauen in Frankreich beobachtet werden konnte (Abschnitt 2).

In Abschnitt 3 wird anschließend aufgezeigt, inwieweit sich in Frankreich mit der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen ein Wandel im Privaten wie auch ein Wandel von Männlichkeit vollzogen. Konkret: Wie ist es um die geschlechtliche Verteilung von Haus- und Familienarbeit im Staate Frankreich bestellt und inwieweit haben sich Männer von ihrer Rolle als männlicher Familienernährer verabschiedet und partizipieren nun an der Versorgung und Betreuung von Kindern und anderen pflegebedürftigen Familienangehörigen? Zur Beantwortung der Fragen werden Zahlen aus Zeitbudgetstudien dargelegt, die die Partizipation von Männern an der Haus- und Familienarbeit zeigen. Untersuchungen zum geschlechterkulturellen Wandel von Männlichkeit, zu Normen, Werten und Leitbildern in der französischen Gesellschaft geben zudem Aufschluss darüber, inwieweit sich Männer an einem neuen Rollenbild orientieren oder ob sich eine Persistenz von traditioneller Männlichkeit feststellen lässt.

Legt man einen solchen „doppelten“ Fokus auf die Betrachtung der geschlechtlichen Arbeitsteilung, ergeben sich detaillierte Erkenntnisse über die Wirkung der französischen Familienpolitik auf die Erziehungsarrangements von Männern und Frauen wie auch über die Bedeutung geschlechterkultureller Faktoren. So zeigen die Einbeziehung von Careaspekten und der Fokus auf die Rolle von Vätern, ob und inwieweit die staatliche Geschlechterpolitik eine Umgestaltung der geschlechtlichen Arbeitsteilung und die Partizipation von Männern an Fürsorgetätigkeiten systematisch in den Blick genommen

hat. Des Weiteren zeigt die Untersuchung die ambivalente Wirkungsweise der französischen Familienpolitik, deren sozialpolitische Maßnahmen in einer Verschränkung der Genderdimensionen von Erwerbstätigkeit und Fürsorgetätigkeiten mit sozialen Konstellationen münden. Auch können Traditionalisierungstendenzen und Emanzipationspotenziale einer auf die Erwerbssphäre fokussierten Vereinbarkeitspolitik aufgezeigt werden. Als Fazit (Abschnitt 4) werden aufgrund dieser Befunde geschlechterpolitische Schlussfolgerungen präsentiert, die nicht nur für Frankreich, sondern auch für Deutschland wichtige Hinweise für eine Weiterentwicklung des Vereinbarkeitsregimes bieten.

2 Familienpolitische Rahmenbedingungen und Frauenerwerbstätigkeit seit 1980

Viele Jahre zeichnete sich Frankreich durch eine in erster Linie natalistische Familienpolitik aus, deren Ziel einer expliziten Geburtenförderung mit staatlicher Neutralität gegenüber der Familienform einherging. Diese beiden politischen Leitlinien bestimmten daher auch den Richtungswechsel der Familienpolitik im Laufe der 1970er Jahre, als sich eine zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen abzeichnete. Der Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung und die Einführung des bezahlten Erziehungsurlaubes ab dem dritten Kind – eine Regelung, die im Zusammenhang mit der besonderen Unterstützung kinderreicher Familien stand – sollten Müttern erlauben, zwischen Erwerbstätigkeit oder Erwerbsunterbrechung zu wählen. Beide Regelungen sollten die Stabilität der Geburtenrate und der Familienstrukturen unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen stützen. Denn die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit ging zunächst mit einem Rückgang der Geburtenrate einher, so dass sich die Politik im Zugzwang fühlte, Frauen eine Vereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit zu ermöglichen.

2.1 Kinderbetreuungspolitik

Öffentliche Kinderbetreuung hat in Frankreich eine lange Tradition, denn Ganztagschule und *école maternelle* (Vorschule) bieten seit vielen Jahrzehnten eine umfassende Versorgung und Bildung für Kinder ab dem Alter von drei Jahren. Mit der Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit baute der französische Staat daher vor allem die Betreuung der unter dreijährigen Kinder aus sowie die Versorgung rund um die Schul- und während der Ferienzeit. Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Anpassungsleistung des französischen Staates an die gesellschaftlichen Veränderungen, die durch die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen hervorgerufen wurden. Diese war die wesentliche Antriebsfeder für die Veränderungen der Familienpolitik. Durch die staatliche Neutralität gegenüber der Familienform – also ob Alleinernährer- oder Doppelverdienermodell – wurden die Veränderungen der Familienpolitik begünstigt.

Heutzutage steht Eltern ein Betreuungsangebot zur Verfügung, das insbesondere im städtischen Raum die Versorgung von Kindern für bis zu zwölf Stunden am Tag bietet. Mit Eintritt der Dreijährigen in die *école maternelle* ist die Betreuung zudem kostenlos.

Die *écoles maternelles* sind die in Frankreich wichtigste Betreuungsform, jedes Kind hat vom dritten Geburtstag an das Recht auf einen Platz in der nachbarschaftlichen *école*

maternelle. Da diese dem Schulsystem zugeordnet sind, sind viele der *écoles maternelles* an eine Grundschule angegliedert und orientieren ihre Öffnungszeiten an den regulären Unterrichtszeiten. Das pädagogische Konzept der *école maternelle* beinhaltet auch den Erwerb von Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben, Rechnen in durchaus spielerischer Form, aber an einem festen nationalen Curriculum orientiert. Eventuell vorhandene Defizite einzelner Kinder aufgrund des familiären Hintergrundes sollen somit ausgeglichen werden, um gleiche Bildungschancen zu gewährleisten. Der Besuch der *école maternelle* ist jedoch nicht verpflichtend. Der neben der *école maternelle* existierende *jardin d'enfant*, dem klassischen deutschen Kindergarten entsprechend, verliert mehr und mehr an Bedeutung. 2001 bestanden noch etwa 10 000 Plätze in Frankreich (OECD 2004: 21).

Daneben existieren Betreuungsformen für Kinder außerhalb der regulären Öffnungszeiten von *écoles maternelles* und Schulen, die während der Ferien oder am schulfreien Mittwoch die Betreuung garantieren sollen, wie etwa die *haltes-garderies*¹ oder die *établissements multi-accueil*.²

Für Kinder unter drei Jahren wurden seit den 1980er Jahren der Ausbau von Kinderkrippen und die Beschäftigung von staatlich anerkannten Tagesmüttern, den *assistantes maternelles agréées*, gefördert. Im Gegensatz zur *école maternelle* ist die Betreuung der unter Dreijährigen nicht kostenlos, jedoch erhalten Eltern einen finanziellen Zuschuss für die Beschäftigung einer registrierten Tagesmutter. Diese Regelung wurde 1991 eingeführt und galt bis 2004. Der staatliche Zuschuss beinhaltete die vollständige Übernahme der Sozialkosten der Tagesmutter sowie einen Anteil an ihrem Lohn (Letablier 2004: 197). Zusätzlich bekamen die Eltern einen steuerlichen Nachlass. Seit 2004 werden die Betreuungsbeihilfen durch die Leistung *complément de libre choix du mode de garde* geregelt, die einen Zuschuss zur Betreuung des Kindes durch eine Tagesmutter oder Hausangestellte, die Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge für die Tagesmutter (zu 100 Prozent) oder für die Hausangestellte (zu 50 Prozent) sowie eine steuerliche Vergünstigung beinhaltet. Ein Minimum von 15 Prozent des Gehaltes der Tagesmutter müssen die Eltern selbst bezahlen; darüber hinaus ist der Zuschuss für das Gehalt der Tagesmutter umso höher, je geringer das Erwerbseinkommen des Haushaltes ist. Die Erwerbseinkommensgrenzen hängen wiederum von der Anzahl der Kinder ab, so dass Familien mit mehreren Kindern höhere Einkommensgrenzen zur Verfügung stehen und somit begünstigt werden.³

Diese umfassenden staatlichen Angebote zur Kinderbetreuung stehen im Zusammenhang mit der Verantwortung, die der Staat für die Betreuung und Erziehung von Kindern übernimmt. Familie wird in Frankreich

„nicht als Privatangelegenheit, sondern als eine durch und durch öffentliche Angelegenheit („une affaire d'Etat“) betrachtet, die intensive staatliche Interventionen rechtfertigt. Es ist der Staat und nicht die Familie, der die Normen setzt und den Familienalltag durch die Ganztagsbetreuung in den ‚écoles maternelles‘ und in den Schulen strukturiert.“ (Veil 2007: 29)

Durch wohlfahrtsstaatliche Rahmenbedingungen in Form von öffentlicher Kinderbetreuung und durch kulturelle Gegebenheiten, die die Erziehung und Betreuung von Kindern

1 Einrichtungen zu Kurzzeitbetreuung

2 Einrichtungen mit mehreren Betreuungsformen unter einem Dach

3 Genaueres hierzu siehe www.caf.fr/cataloguepaje/GardPajeEmploi.htm. Download 15.1.2009.

nicht ausschließlich den Müttern zuwies, erhöhte sich die Erwerbstätigkeit von Frauen seit den 1980er Jahren konstant und das Leitbild der Vollzeit erwerbstätigen Mutter etablierte sich in der französischen Gesellschaft (Fagnani/Letablier 2005: 146). So stieg die Erwerbstätigenquote von Frauen an und lag 2007 bei 60 Prozent. Besonders die Erwerbstätigenquote der Mütter war hoch, sie lag 2003 bei Müttern mit Kindern unter zwölf Jahren bei etwa 65 Prozent.⁴ Frauen, deren jüngstes Kind im Alter von null bis zwei Jahren war, waren zu etwa 55 Prozent erwerbstätig, betrug das Alter des jüngsten Kindes drei bis fünf Jahre, so lag die Quote schon bei fast 70 Prozent, und stieg mit der Zunahme des Alters des jüngsten Kindes auf sechs bis elf Jahre auf fast 80 Prozent (Eurostat 2005: 3). Mütter mit nur einem Kind sind besonders häufig erwerbstätig, hier liegt die Erwerbstätigenquote bei Kindern unter zwölf Jahren bei etwa 73 Prozent (Eurostat 2005: 3).

Ein etwas differenzierteres Bild der Verteilung der Erwerbsarbeit bei Paaren mit Kindern zeigt die folgende Tabelle 1. Zu sehen sind die verschiedenen Formen von Arbeitsteilung bei Familien mit Kindern im Alter unter zwölf Jahren (Eurostat 2005: 6).

Tabelle 1: Arbeitszeitmodelle bei Paaren in Frankreich mit Kindern unter zwölf Jahren

Mann Vollzeit/Frau Vollzeit	48 Prozent
Mann Vollzeit/Frau Teilzeit	18 Prozent
Mann Vollzeit / Frau nicht erwerbstätig	30 Prozent

Quelle: Eurostat 2005

Die Daten zeigen, dass das *dual breadwinner*-Modell am häufigsten praktiziert wird und sehr oft beide Elternteile Vollzeit erwerbstätig sind. Dieses Modell hat sogar in den letzten Jahren noch zugenommen. Das Modell des Haupternährers mit Zuverdienerin spielt für Frankreichs Eltern eine nur marginale Rolle. Jedoch ist der Anteil von Familien mit männlichem Alleinernährer auch in Frankreich vergleichsweise hoch, fast so hoch wie in Deutschland (36 Prozent, Eurostat 2005: 6) und deutlich höher als in Schweden. Es sind sehr komplexe Faktoren, die dazu beitragen, dass auch in Frankreich bei Paaren mit Kindern das Alleinernährermodell vergleichsweise häufig vorkommt, zumal sich eine Erwerbstätigkeit von Müttern, gerade auch in Vollzeit, als kulturelles Leitbild etabliert hat (vgl. Fagnani 2000). Das geringe Einkommen vieler Familien, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und hohe Kosten der Kleinkindbetreuung⁵ kommen zusammen, die häufig – und gerade in Zusammenhang mit der Geschlechtersegregation des Arbeitsmarktes in Frankreich und den damit verbundenen Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern – zu einer Erwerbsunterbrechung

4 Der Grund dafür, dass die allgemeine Frauenerwerbstätigenquote in Frankreich niedriger als die Erwerbstätigenquote der Mütter ist, sind die Unterschiede des Samples. So werden bei der allgemeinen Frauenerwerbstätigenquote alle Frauen im Alter von 15 bis 64 berücksichtigt, während bei der Erwerbstätigenquote der Mütter Frauen im Alter zwischen 20 und 49 zugrunde liegen – also im Haupterwerbstätigenalter.

5 Die Gebühren der Kleinkindbetreuung in den *crèches familiales/collectives* wird anhand eines prozentualen Anteils am jährlichen Nettoeinkommen der Familie errechnet, bei einem durchschnittlichen Monateinkommen der Familie von 2500 € liegen die monatlichen Gebühren für eine Betreuung von 150 Stunden im Monat bei ca. 185-190 €.

der Frauen führen. Hiermit wird auch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Familie forciert.

2.2 Geschlechterpolitische und soziale Dimensionen der bezahlten Erziehungsfreistellung

Bedenklich ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass das Familienmodell des Alleinernährers häufig einhergeht mit einer prekären sozialen Lage der Familien. Ein Faktor, der zur Zementierung des Alleinernährermodells beigetragen hatte, war die Ausweitung der bezahlten Erziehungsfreistellung (APE, später PAJE). Das Erziehungsgeld, welches sowohl Müttern wie auch Vätern zustand, wurde 1985 eingeführt und konnte anfangs erst ab dem dritten Kind bezogen werden. Diese Regelung stand im Zusammenhang mit der natalistischen Politik des dritten Kindes, wonach Familien mit drei oder mehr Kindern besondere staatliche Leistungen und Unterstützungen erwarten konnten. Unterbrach oder reduzierte nach der Geburt des dritten oder weiteren Kindes ein Elternteil (fast ausschließlich die Mutter) die Erwerbstätigkeit, so konnte ein Erziehungsgeld in geringer Höhe bezogen werden. Das Erziehungsgeld spielte zunächst eine eher marginale Rolle, wurde jedoch 1994 ausgeweitet, so dass es bereits ab dem zweiten Kind beansprucht werden konnte. Während die Einführung des Erziehungsgeldes für Eltern ab dem dritten Kind zunächst keine besonderen Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit von Müttern zeigte, zog die 1994 erfolgte Erweiterung starke Veränderungen der Erwerbstätigkeit von Müttern mit zwei Kindern nach sich. Von Dezember 1994 bis Dezember 1995 sank die Erwerbstätigenquote von Frauen mit zwei Kindern, deren jüngstes Kind im Alter zwischen sechs und achtzehn Monaten war, um 26 Prozentpunkte – von 70 Prozent auf 44 Prozent (Reuter 2002: 18). Betrachtet man Familien mit Kindern unter drei Jahren – also in einem Zeitraum, in dem eine Erziehungsfreistellung in Kombination mit Erziehungsgeld beantragt werden kann – so kann festgestellt werden, dass der überwiegende Anteil der Empfängerinnen dieser Leistungen einfache Angestellte und Arbeiterinnen, prekär Beschäftigte oder Erwerbslose sind, denen die bezahlte Erziehungsfreistellung auch „als Ausstiegshilfe aus schwierigen Arbeitsbedingungen und gering bezahlten Tätigkeiten [dient]“ (Fagnani 2000: 66). Hierin zeigt sich die frauen- und geschlechterpolitische Ambivalenz der bezahlten Erziehungsfreistellung, die von einigen Autorinnen auch als Instrumentalisierung für arbeitsmarktpolitische Ziele beurteilt wird, die sich als selektive Förderung des Arbeitsmarktrückzugs beziehungsweise in der Diskontinuität des Erwerbsverlaufs vor allem gering qualifizierter junger Frauen niederschlägt (Reuter 2003: 44).

2004 wurde mit dem PAJE (*prestation d'accueil du jeune enfant*) ein familienpolitisches Gesamtpaket eingeführt, welches sich von der maßgeblich natalistischen Politik des dritten Kindes verabschiedete und neue Leitlinien einführte. Wahlfreiheit war das neue Leitbild, denn durch die neuen Leistungen sollten Eltern sich besser zwischen Erwerbstätigkeit und Erwerbsunterbrechung zur Betreuung des Kindes entscheiden können. Unterschiedliche Vereinbarkeitsaspekte standen auch insofern im Mittelpunkt des PAJE, als Eltern durch die stärkere finanzielle Förderung der Beschäftigung einer Tagesmutter (wie bereits oben beschrieben) eine größere Flexibilität bekommen sollten, in welcher Form sie die Betreuung ihres Kindes wünschen (vgl.

Klammer/Letablier 2007: 676). Hierdurch nahm die Bedeutung der privat organisierten Betreuung zu.

Im Rahmen des PAJE wurde ein Erziehungsgeld (*Complément de libre choix d'activité*) eingeführt, welches Eltern bereits nach der Geburt des ersten Kindes beziehen können, wenn sie ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen oder reduzieren. Vor allem einfache Angestellte und Arbeiterinnen sowie Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen beanspruchen diese Leistung zur vollständigen Erwerbsunterbrechung. Von Familien mit gehobenem und höherem Einkommen wird das Erziehungsgeld eher in Kombination mit einer Erwerbsreduzierung genutzt (Marical 2007). Hieran ist erkennbar, dass die Zielgruppe dieser sozialstaatlichen Leistung vor allem finanziell schwächere Familien sind. Familien mit mittlerem und höherem Einkommen und zumeist höherem Bildungs- und Berufsniveau sollen über die verschiedenen Alternativen der Kleinkindbetreuung einer gemeinsamen Erwerbstätigkeit nachgehen.

Als Begründung für die Reform der familienpolitischen Leistungen und für die Ausweitung des Erziehungsgeldes auf Familien mit einem Kind wurde auf der Familienkonferenz⁶ in Frankreich hervorgehoben, dass die bisherige Familienpolitik Familien mit geringem Einkommen keine wirkliche Entscheidungsmöglichkeit gelassen habe zwischen Erwerbs- oder reiner Erziehungstätigkeit. Diese Eltern könnten sich oftmals die Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren nicht leisten, hätten jedoch auch nicht den finanziellen Spielraum, der einem Elternteil eine Erwerbsunterbrechung ermöglichte (Wagner 2004: 18). Für Familien mit geringem Einkommen wäre die Geburt des ersten Kindes somit in jedem Fall mit großen finanziellen Problemen verbunden. Die Bündelung der familienpolitischen Leistungen sollte es auch diesen Familien gestatten, so die Argumentation, zwischen den Betreuungsarten für ihr Kind zu wählen (Wagner 2004: 18f.)

Die Erziehungsgeldleistungen APE oder im Rahmen des PAJE wurden von unterschiedlichen Standpunkten aus kritisiert. Auf der einen Seite wurde von Befürwortern der häuslichen Erziehung durch die Mutter kritisiert, dass hauptsächlich gering qualifizierte Frauen und Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen hiervon angesprochen wurden. Auf der anderen Seite wurde von GleichstellungsbefürworterInnen kritisch angemerkt, dass Anreize zum Erwerbsausstieg die Armutsproblematik verschärften, da sich ein beruflicher Wiedereinstieg häufig schwierig gestalten, und sie thematisierten somit die Beschäftigungsfälle, die diese Reformen für gering qualifizierte Frauen bedeuteten (Veil 2007).

Im Hinblick auf eine wirkliche Wahlfreiheit wäre somit die Frage zu stellen, ob die französische Familienpolitik nicht besser daran getan hätte, zusätzlich auf eine verstärkte Unterstützung des Zugangs zur öffentlichen Kinderbetreuung zu setzen, indem entweder die finanzielle Förderung der Kleinkindbetreuung für Familien mit geringem Einkommen noch weiter erhöht oder die direkten Betreuungskosten für diese Familien gesenkt werden. Auf der anderen Seite stellt sich aber gerade im Hinblick auf die Qualität von Arbeit und Leben die Frage, inwieweit für Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, mit geringem Erwerbseinkommen und in schwierigen Arbeitssituationen

6 Die „Familienkonferenz 2003“, das jährlich einberufene Gremium der wesentlichen familienpolitischen Entscheidungsfindung, wurde 2003 unter Premier Raffarin einberufen, um neue Ziele für die Familienpolitik zu formulieren. Sie setzt sich neben dem Premier- auch aus Familien-, Arbeits-, JustizministerInnen und anderen politischen AkteurInnen zusammen.

die bezahlte Erziehungsfreistellung nicht eine willkommene Möglichkeit ist, dieser unbefriedigenden Erwerbsarbeit zeitweilig zu entfliehen. Die damit wiederum zusammenhängende Problematik des Armuts- und Abhängigkeitsrisikos, der schlechten Qualität von Erwerbsarbeit und den darin enthaltenen Genderdimensionen verweisen wiederum auf ganz andere Forschungsfelder – etwa in der feministischen Arbeitsforschung – und politische Handlungsbedarfe.

Alles in allem kann jedoch festgestellt werden, dass die sozialstaatliche Familienpolitik in Frankreich im Wesentlichen auf Frauen in ihrer Rolle als potenzielle Mütter abzielte und dass die sozio-ökonomischen Veränderungen hauptsächlich Frauen betrafen. Entsprechend soll an dieser Stelle gefragt werden:

3 Und wo bleiben die Männer?

Die Zunahme der *dual breadwinner family* mit zwei Vollzeit erwerbstätigen PartnerInnen könnte prinzipiell durchaus auch eine zunehmend egalitäre Arbeitsteilung im Privaten nach sich ziehen. Genau dieses war in Frankreich aber kaum der Fall, vielmehr zeichnet sich Frankreich durch eine extreme Doppelbelastung der erwerbstätigen Mütter aus. In der folgenden Tabelle wird die Zeitverwendung für Haus- und Familienarbeit von Teilzeit und Vollzeit erwerbstätigen Frauen im Vergleich zu Vollzeit erwerbstätigen Männern dargestellt.

Tabelle 2: Verteilung von Care zwischen Männern und Frauen mit Kindern nach Erwerbsmodell, in Minuten und Stunden pro Woche

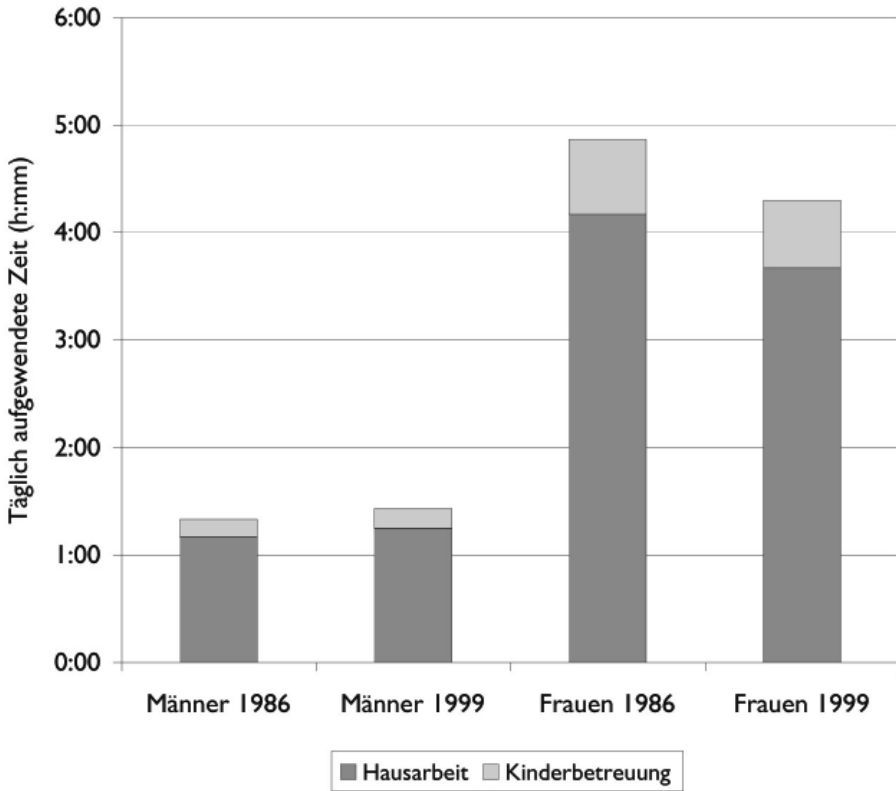
	Versorgung von Kindern	Hausarbeit
Vollzeit erwerbstätige Männer	12:40	11:30
Vollzeit erwerbstätige Frauen	21:10	29:58
Teilzeit erwerbstätige Frauen	21:44	38:06

Quelle: MATISSE – Enquête DFT 1999 (Barrère-Maurisson et al. 2001, 3)

Es zeigt sich deutlich der Unterschied im Engagement für Haus- und Familienarbeit zwischen Frauen und Männern, wobei erkennbar wird, dass gerade Vollzeit erwerbstätige Frauen einer enormen Doppelbelastung ausgesetzt sind und Vollzeit erwerbstätige Männer wesentlich weniger Zeit in die Versorgung von Kindern und Haushalt investieren als Frauen.

In der folgenden Abbildung ist erkennbar, dass sich die Zeitverwendung für Hausarbeit und Kinderbetreuung von Männern zwischen 1986 und 1999 – also in dem Zeitraum, in dem die Erwerbstätigkeit von Frauen deutlich zunahm – kaum verändert hat, wohingegen Frauen ihre Fürsorgetätigkeiten einschränkten. Fürsorgetätigkeiten wurden vermehrt von der Familie auf den Markt verlagert, eine egalitäre Verteilung von Haus- und Familienarbeit zwischen Männern und Frauen wurde nicht erreicht. Insofern hat sich im Bereich des Privaten das Geschlechterverhältnis kaum gewandelt, sondern zeichnet sich nach wie vor durch traditionelle Strukturen aus.

Abbildung 1: Zeitverwendung für Haus- und Familienarbeit bei Männern und Frauen in Frankreich 1986–1999



Quelle: INSEE 1999, eigene Abbildung

Auch aktuellere Erhebungen aus dem Jahr 2005 über die Verteilung von Hausarbeits- und Familienaufgaben belegen, dass die meisten der kindbezogenen Aufgaben zu etwa der Hälfte ausschließlich von der Mutter übernommen werden. Nur beim Spielen oder bei freizeitbezogenen Aktivitäten mit den Kindern sind zu 65 Prozent beide Elternteile beteiligt, zu 22 Prozent ist es nur die Mutter, die diese Aufgabe übernimmt und zu zehn Prozent ausschließlich der Vater (Bauer 2007: 3).

Wohlfahrtsstaatliche Rahmenbedingungen förderten die Angleichung der geschlechtlichen Verteilung von Erwerbsarbeit. Es scheinen vor allem geschlechterkulturelle Normen und Werte in der französischen Gesellschaft zu sein, die dazu führten, dass die Verteilung von Fürsorgetätigkeiten in der Familie nach wie vor in traditionellen Bahnen verläuft. Vergleichsuntersuchungen zu Schweden und Frankreich kommen zu dem Ergebnis, dass sich in Schweden ein geschlechterkultureller Wandel vollzogen hat, der auch zu einer Modifikation des männlichen Geschlechterleitbildes und zu veränderten Interessen von Männern führte (Anxo et al. 2001; Beckmann 2008). Demgegenüber ist das männliche Rollenbild in Frankreich noch weitaus mehr traditionellen Strukturen

verhaftet, ein aktive Vaterschaft, wie sie derzeit in Deutschland zunehmend von Männern befürwortet wird (vgl. Ehnis 2008a, 50ff.; Fthenakis/Minsel 2002), ist in Frankreich kaum im öffentlichen Bewusstsein. Da im Bezug auf die Arbeitsteilung von Eltern nach der Geburt eines Kindes der Wandel von Vaterschaft eine besondere Rolle spielt, soll dieser als Beispiel für den Wandel bzw. die Persistenz von Männlichkeitsmustern im folgenden Abschnitt für Frankreich genauer betrachtet werden.

3.1 Geschlechterkulturelle Elemente von Männlichkeit und Vaterschaft

Ursprünglich wurde Vaterschaft in Frankreich über die rechtliche Beziehung der Väter zu ihren Kindern definiert: Der Vater als Familienoberhaupt, in dessen Erbfolge sich die Kinder befanden. Durch den gesellschaftlichen Wandel und die vielfältigen Veränderungen der Familienstrukturen ist diese Definition von Vaterschaft inzwischen nicht mehr gültig. Das väterliche Leitbild orientiert sich nicht mehr ausschließlich an autoritären und dominanten Attributen, sondern beinhaltet immer mehr fürsorgende und emotional „weiche“ Elemente (Castelain-Meunier 1997: 66f.). Insgesamt haben die gesellschaftlichen Veränderungen den Wandel von Vaterschaft stark beeinflusst und damit auch die Rolle des Mannes verändert. Dieser Wandel bezieht sich aber vor allem auf die Familienstrukturen und die damit zusammenhängende Rolle des Vaters. Scheidungen, Patchworkfamilien und nicht-eheliche Lebensgemeinschaften haben Familienstrukturen in einem Maße verändert, dass hiervon auch die Rolle des Vaters als autoritäres Familienoberhaupt betroffen war, welches heutzutage obsolet ist. Die familiäre Arbeitsteilung von Haushaltstätigkeiten und Kinderbetreuung ist jedoch im Grunde traditionell geblieben.

Allerdings durchlaufen auch französische Männer einen Einstellungswandel bezüglich des Engagements für Kinder. Das aktive Interesse an Kindern nimmt bei ihnen zu, die Auffassung von Vaterschaft entwickelt sich von der Rolle des versorgenden, autoritären Vaters hin zum fürsorgenden Vater. Dieses bedeutet, dass Väter heutzutage andere kindbezogene Aufgaben übernehmen als früher. Waren es früher eher reglementierende und kontrollierende Aufgaben, so erledigen die Väter heutzutage auch Aufgaben, die aktiv mit dem Kind zu tun haben, wie Windeln wechseln, baden, dem Kind die Flasche geben, und die zur Beziehungsbildung zum Kind beitragen (vgl. Rivier 2002). Allerdings sind diese Modifikationen sehr kleinschrittig und führen kaum zu einem höheren Zeitaufwand der Väter für ihre Kinder. Den Hauptumfang der Versorgung und Betreuung von Kindern trägt nach wie vor die Mutter.

Einer durch die Familienkasse (CNAF) finanzierten Studie über die Haltung von Männern zur Vaterschaft (Ridder et al. 2004) kann entnommen werden, dass sich bei den meisten Männern das Rollenverständnis als Familienernährer gehalten hat – eine Aufgabe, die sie eher sich selbst als ihrer Partnerin zuordnen, selbst wenn diese – wie bei der Mehrheit der Befragten – Vollzeit erwerbstätig ist. Die meisten der befragten Männer stellen Frauen als zärtlicher dar und ordnen dem Mann eher Attribute wie autoritär zu. Nur wenige sind der Ansicht, dass sie sich die zärtliche Beziehung zu ihrem Kind nicht nehmen lassen wollten und dass es nicht nur die Mutter sei, die zärtlich sein darf (Ridder et al. 2004: 45). Obwohl also Männer durchaus in mehr Bereichen (Babypflege u.ä.) Tätigkeiten übernehmen, bleiben sie grundsätzlich in klassischen Ge-

schlechterstereotypen verhaftet und schreiben Frauen höhere Kompetenz im Umgang mit den Kindern zu.

Im Hinblick auf diese geschlechterkulturellen Werte, wonach Männer und Väter in Frankreich zwar einige der kindbezogenen Aufgaben übernehmen, diese aber immer noch hauptsächlich der Mutter zugeordnet werden, während Väter sich als Familienversorger begreifen, lassen sich große Unterschiede zur Entwicklung der geschlechterkulturellen Normen von Männlichkeit erkennen, wie sie etwa in Schweden und Deutschland zu beobachten sind. In diesen beiden Ländern ist der Anteil der Männer und Väter, die sich eine aktive Vaterschaft wünschen und sich selbst weniger als versorgender, sondern als fürsorglicher Vater begreifen, um einiges höher als in Frankreich (Beckmann 2007). Dieses relative Verharren in traditionellen Werten spiegelt sich auch in der Alltagsorganisation in Frankreich wider. Auch wenn Väter anders als früher kindbezogene Aufgaben übernehmen, so fungieren sie dabei als Assistenten der Mutter. Die Organisation des Familienalltags ist Aufgabe der Frau, Männer engagieren sich zumeist erst dann, wenn es aufgrund der Erwerbstätigkeit der Mutter zu Engpässen kommt und wenn keine andere Möglichkeit der Kinderbetreuung besteht.

Das traditionelle Männlichkeitsbild in der Gesellschaft zeigt sich auch in der französischen Familienpolitik, die bis auf die Einführung eines elftägigen Vaterschaftsurlaubes (*congé de paternité*) keine Maßnahmen entwickelt hat, die Männern Anreize zu mehr Engagement in der Erziehung ihrer Kinder bieten.

3.2 Männlichkeit und Vaterschaft im Kontext sozialstaatlicher Rahmenbedingungen und geschlechterkultureller Faktoren

Der Wandel der Geschlechterverhältnisse in Frankreich ist im Wesentlichen auf die Veränderungen der Frauenrolle zurückzuführen, die durch die französische Sozialpolitik unterstützt wurden. Das Ziel der französischen Politik war lange Zeit jedoch weniger eine explizite Förderung von Geschlechtergleichheit oder -gerechtigkeit, sondern die Stabilisierung der Geburtenrate. Demografische Faktoren sind seit Langem Richtlinien der französischen Sozialpolitik, so dass im Zuge der Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen und des Rückgangs der Geburtenrate die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie als politische Handlungsoption gesehen wurde, die zur Wiederherstellung einer stabilen demografischen Entwicklung beitragen sollte. Männer oder eine geschlechtergerechte Arbeitsteilung im Privaten wurden hierbei kaum in den Blick genommen, vielmehr sah sich der Staat in der Verantwortung, Frauen bei ihren mütterlichen Aufgaben zu unterstützen.

Hierin ist ein deutlicher Unterschied zu beispielsweise Schweden zu sehen, wo ebenfalls durch den Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie erzielt werden sollte. In Schweden war das politische Ziel jedoch explizit die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit, welche definiert wurde als Herstellung von Chancengleichheit von Frauen und Männern, weshalb für Frauen der Zugang zur Erwerbsarbeit unterstützt werden sollte und Männer sich verstärkt in der Haus- und Familienarbeit engagieren sollten (vgl. Kolbe 2002). Familien- und arbeitsmarktpolitische Programme wurden im Rahmen der schwedischen Geschlechterpolitik darauf abgestimmt, inwieweit sie diesem Ziel förderlich sind, und hierbei wurde ins-

besondere auch debattiert, welche wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen Anreize für Männer herstellen, sich verstärkt für Erziehungsaufgaben und Hausarbeit zu engagieren. Hauptsächlich in drei Feldern sah man hierbei Handlungsbedarf: Die Förderung von Geschlechtergleichheit auf dem Arbeitsmarkt sollte zwischen Frauen und Männern gleiche ökonomische Ausgangspositionen herstellen. Hierzu gehörte auch der Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung, um das Familienmodell der *dual breadwinner* zu begünstigen. Über eine freizügige Elternversicherung sollten Beruf und Familie gut vereinbar sein, und zwar mittels Freistellungsmöglichkeiten und Arbeitszeitflexibilisierung sowie generösen finanziellen Leistungen. Und zum dritten sollten über Vätermonate spezielle Anreize für Väter geschaffen werden, die ihnen gerade auch gegenüber ihren Arbeitgebern eine bessere Verhandlungsposition bieten (vgl. Beckmann 2008).

Hierin sieht man die deutlichen Unterschiede zwischen der Geschlechterpolitik in Schweden und derjenigen in Frankreich bis in die 1990er Jahre. Die unterschiedlichen politischen Ziele – Herstellung von mehr Geschlechteregalität auf der einen Seite und Förderung der Geburtenrate auf der anderen Seite – resultierten in unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Programmen. Die Beschränkung auf den Ausbau der Kinderbetreuung in Frankreich sollte die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützen, um damit demografischen Entwicklungen auf die Beine zu helfen. Solange diese Strategie erfolgreich war – und das war sie, wenn man bedenkt, dass Frankreich mit einer Geburtenrate von 2,1 Kindern pro Frau die höchste in Europa verzeichnet –, waren weitere Maßnahmen nicht notwendig. Durch das vorrangige Ziel der Förderung der Geburtenrate war für die politischen AkteurInnen die Organisation von Fürsorgetätigkeiten reduziert auf die Betreuung und Bildung von Kindern während der erwerbsbedingten Abwesenheit der Eltern. Unbezahlte Arbeit, die darüber hinausging, wurde in der Familie und als private Angelegenheit verortet. Die traditionelle Verantwortung der Frauen für diese Aufgaben veränderte sich weder in den Familien noch in der öffentlichen Wahrnehmung. Daher wurde auch das männliche Geschlechterleitbild wenig in Frage gestellt, trotz der erhöhten Zeitanforderung an Frauen durch ihre zunehmende Erwerbstätigkeit (Letablier 2004: 205).

Inwieweit sich in den Familien eine egalitäre Aufgabenteilung von Haus- und Familienarbeit einstellt, wurde auch während der Reformierung der französischen Familienpolitik ab 2003 kaum nachgefragt. Mit dem PAJE hatte zwar eine Abkehr von der natalistischen Familienpolitik stattgefunden und neue Vereinbarkeitsaspekte für Familien traten durch die verschiedenen Unterstützungen einer Erwerbsunterbrechung oder -reduzierung in Kombination mit vielfältigen Betreuungsangeboten in den Vordergrund. Jedoch zeigt sich, dass Leitbilder wie Wahlfreiheit mit einer Traditionalisierung von Arbeitsteilung und der Gefahr der Verdrängung von Frauen aus dem Erwerbsarbeitsleben einhergehen können, wenn Männlichkeit in Bezug auf die Verteilung von Familienarbeit nicht in den Blick genommen wird und soziale Dimensionen einer Vereinbarkeit und eines Erwerbsausstieges nicht mit einbezogen werden.

Mit der bezahlten Erziehungsfreistellung auf der einen Seite und der Förderung der öffentlichen Betreuung von unter Dreijährigen auf der anderen Seite existieren zwei familienpolitische Regelungen, die Familien je nach sozialem und ökonomischen Hintergrund ansprechen und hierbei entlang einer sozialen Linie zu einer Hierarchisierung führen (Beckmann 2008). Während sich die einen aufgrund ihres geringen Familienein-

kommens eine öffentliche Betreuung für ihre unter dreijährigen Kinder weniger gut leisten können und somit durch die bezahlte Erziehungsfreistellung Anreize für eine Erwerbsunterbrechung (der Mutter) erhalten, nutzen Eltern mit mittlerem oder höherem Einkommen zumeist die Möglichkeiten der öffentlichen Kinderbetreuung und gehen beide einer Erwerbstätigkeit nach. Hierin zeigt sich die Ambivalenz der französischen Familienpolitik, deren sozialpolitische Maßnahmen in eine Verschränkung der Genderdimensionen von Erwerbstätigkeit und Fürsorgetätigkeiten mit sozialen Konstellationen mündet.

Vergleichuntersuchungen zwischen Schweden und Frankreich zeigen, dass sich die geschlechtliche Verteilung von Haus- und Familienarbeit im Laufe der Jahre in Schweden wesentlich egalitärer entwickelt hat als in Frankreich (Anxo et al. 2001). Trotz der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen leisten Männer kaum mehr Haus- und Familienarbeit. Geschlechterordnung, Geschlechterverhältnis und familiäre Arbeitsteilung sind in Frankreich also gekennzeichnet durch

- Veränderungen der geschlechtlichen Arbeitsteilung in der Erwerbssphäre durch die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit und der Etablierung der Vollzeit erwerbstätigen Mutter als gesellschaftliche Norm und der sozialpolitischen Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf der einen Seite,
- und auf der anderen Seite der Beibehaltung einer geschlechtsspezifischen familialen Arbeitsteilung von Haushalts- und Kinderbetreuungsaufgaben, welche nach wie vor maßgeblich von Frauen geleistet werden, sowie ein sich an traditionellen Werten orientierendes Männlichkeitsbild, welches sozialpolitisch auch nicht in Frage gestellt wurde.

Es lässt sich also eine deutlich Diskrepanz zwischen der Veränderung des Frauenbildes und der Persistenz der traditionellen Männerrolle feststellen.

Das Männerbild in Frankreich und die Partizipation von Männern an der Haus- und Familienarbeit steht damit im Kontext einer traditionellen Geschlechterkultur in Bezug auf die geschlechtliche Verteilung von Fürsorgetätigkeiten und einer neutralen Haltung des Staates gegenüber der familialen Arbeitsteilung. Weder wird eine partnerschaftliche Arbeitsteilung durch sozialpolitische Leistungen besonders honoriert noch eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung explizit gefördert oder Anreize für Männer geboten, an Haus- und Familienarbeit zu partizipieren. Denn die Reihe von Einrichtungen, die der französische Staat zur Verfügung stellt, um Beruf und Familie zu vereinbaren, richtet sich nur scheinbar an Eltern – tatsächlich sind Mütter gemeint, was die geschlechtliche Teilung der Familien- und Hausarbeit weiter perpetuiert. Mechthild Veil stellt hierzu fest:

„Der republikanische Staat hat einen Teil der Kinderbetreuung ‚professionalisiert‘ und aus der Familie ausgelagert. Die Zivilgesellschaft hat es jedoch nicht als ihre Aufgabe angesehen, gleichzeitig für eine Arbeitsteilung in der privaten Sphäre zwischen Männern und Frauen zu sorgen. Durch Interventionen des Staates bildete sich lediglich eine Arbeitsteilung in der öffentlichen Sphäre zwischen Frauen und dem Staat heraus, eine Entwicklung, die in Deutschland bisher nicht anzutreffen ist. In Deutschland hingegen ist das Verständnis für die Arbeitsteilung im Privaten weiter entwickelt“ (Veil 2002: 69).

Die Ausblendung der Verantwortung von Männern für familiäre Aufgaben seitens des Staates zeigt sich auch darin, dass flankierende familienpolitische Maßnahmen wie etwa das Erziehungsgeld implizit auf Frauen abzielen und arbeitsmarktpolitische Initiativen fehlen, die eine Abkehr vom dauerverfügbaren männlichen Normalarbeitnehmer beinhalten. Das staatliche Leitbild des Bürgers ist der Vollzeit erwerbstätige Mann ohne Fürsorgepflichten, und mithilfe der öffentlichen Kinderbetreuung sollten auch Frauen befähigt werden, diesem Leitbild zu entsprechen. Das Leitbild eines Bürgers und einer Bürgerin, welche sowohl Fürsorgetätigkeiten übernehmen als auch einer Erwerbsarbeit nachgehen und dieses in einem Maße tun können, das sie zu einer demokratischen Teilhabe im gesamtgesellschaftlichen Raum befähigt, zeigt sich in der französischen Politik kaum. Ein solches emanzipatorisches Leitbild würde neben der Förderung des Erwerbszugangs für Frauen auch die Unterstützung der egalitären Arbeitsteilung im Privaten und der daran anknüpfenden Modifikation von Männlichkeit beinhalten.

4 Frankreich – Vorbild für Deutschland?

Durchaus können wesentliche Elemente der französischen Familien- und Bildungspolitik als beispielhaft gelten, wie der kostenlose Besuch der *école maternelle* und das staatliche Leitmotiv, hierdurch für Chancengleichheit in der Bildung zu sorgen. Im Vergleich zu Deutschland ist Frankreich wesentlich erfolgreicher in der Herstellung von gleichberechtigten Bildungskarrieren unabhängig vom familiären und sozialen Hintergrund. Doch dieses Leitmotiv sollte bereits für die Kleinkindbetreuung gelten, sowohl aus sozialen als auch aus geschlechteregalitären Gründen. Denn wie im Beitrag gezeigt werden konnte, führen die hohen Kinderbetreuungskosten für die unter Dreijährigen in Frankreich zu einer sozialen Segregation insofern, als sozial schwache Familien sich gegen die öffentliche Kinderbetreuung und für die Erwerbsunterbrechung der Mutter entscheiden. Das zur Zeit in Deutschland in der Diskussion stehende Betreuungsgeld, welches Eltern gezahlt werden soll, die den Ausbau der Betreuungsangebote für die unter Dreijährigen nicht nutzen wollen (oder können aus ebendenselben Gründen wie in Frankreich), dürfte demnach zu einem ähnlichen Ergebnis wie das Erziehungsgeld in Frankreich führen: Während finanziell und beruflich besser gestellte Eltern vom Ausbau der Kinderkrippen profitieren dürften, würde das Betreuungsgeld – sollte es eingeführt werden – vor allem von finanziell Schwächeren, Erwerbslosen oder von Eltern in prekären Beschäftigungsverhältnissen beansprucht. Die hieraus resultierende Segregation betrifft sowohl die Erwerbsbeteiligung von Frauen, die Zementierung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im Privaten als auch die unterschiedlichen Bildungschancen von Kindern.

Generell gilt aber, dass eine gut ausgebaute öffentliche Kinderbetreuung zu den Grundlagen einer geschlechtergerechten Sozialpolitik gehört, denn diese ermöglicht eine gemeinsame Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern, wodurch die geschlechtliche Arbeitsteilung aufgebrochen werden kann (vgl. Rüling 2007). Jedoch führt eine geschlechteregalitäre Arbeitsteilung in der Erwerbssphäre nicht zwangsläufig zu einer geschlechtergerechten Arbeitsteilung im Privaten, wie das Beispiel Frankreich zeigt. Für eine nachhaltige Veränderung der Geschlechterbeziehungen müssen Strukturen ge-

schaffen werden, die über öffentliche Kinderbetreuung hinausgehen. Ein Faktor sind geschlechterkulturelle Elemente, die das männliche Rollenbild betreffen und die geschlechtliche Verortung von Haus- und Fürsorgetätigkeiten. Wie Mechthild Veil so treffend bemerkte, hat sich hierbei die Zivilgesellschaft in Frankreich noch wenig bewegt. Allerdings kann der Staat hierfür durchaus Anstöße geben, indem das Thema der familialen Arbeitsteilung und des väterlichen Engagements auf die politische Agenda gesetzt und in den öffentlichen Diskurs getragen wird. Durch die Vätermomente des deutschen Elterngeldes ist dieses in Deutschland in den letzten beiden Jahren geschehen. In diesem Punkt ist Frankreich allerdings kaum mit Deutschland vergleichbar, denn eine allgemeine und vergleichsweise generös finanzierte Erwerbsunterbrechung nach der Geburt eines Kindes bekam in der französischen Familienpolitik nie den Stellenwert wie in Schweden oder nun in Deutschland.

Stattdessen zeigt das Beispiel Frankreich aber, inwieweit ein am männlichen Normalarbeitnehmer orientiertes Geschlechterregime Probleme aufwirft für eine geschlechterdemokratische Politik. Frankreich zeigt in seiner Politik eine besondere Fokussierung auf Erwerbsarbeit und eine geringe Anerkennung bzw. Beachtung der Belange von Fürsorgetätigkeiten. Erwerbstätigkeit ist konzipiert als Beschäftigung, der den gesamten Tag unabhängig von anderen Verpflichtungen nachgegangen wird. Diese Bedingungen erfüllen in Frankreich hauptsächlich Männer, die sich frei von familialen Aufgaben ihrer Erwerbsarbeit widmen. Was hingegen fehlt, sind arbeitsmarktpolitische Konzepte, die eine neue Qualität und Organisation von Erwerbsarbeit beinhalten, indem sie u.a. die Anforderungen einer Vereinbarkeit von Beruf und „Leben“ berücksichtigen. Die Einführung der 35-Stunden-Woche in Frankreich könnte zwar als ein solches Konzept betrachtet werden, gleichzeitig wird aber gerade bei der Art und Weise der Umsetzung der 35-Stunden-Woche das Fehlen solcher Vereinbarkeitsaspekte im französischen Politikdiskurs deutlich.

Die 35-Stunden-Woche trat in Frankreich als Gesetz in Kraft, demzufolge Betriebe die durchschnittliche 35-Stunden-Woche einführen sollten. Um den Bedürfnissen der Wirtschaftsverbände entgegen zu kommen, wurden jedoch Regelungen getroffen, die den Unternehmen eine flexible Handhabung der Arbeitszeitverkürzung erlaubten. So durfte eine Gesamtarbeitszeit von 1 600 Stunden pro Jahr nicht überschritten werden, welche auf die Wochenarbeitszeit umgerechnet eine 35-Stunden-Woche ergibt. Diese Stunden konnten relativ flexibel gelegt werden, etwa konnten bis zu zwölf Wochen am Stück maximal 44 Stunden pro Woche und maximal 13 Stunden täglich gearbeitet werden. Diese Regelung ermöglichte den Unternehmen eine flexible Anpassung an den wirtschaftlichen Bedarf. Für Eltern bedeutet sie hingegen in der Regel eine geringere Anpassungsmöglichkeit der beruflichen Anforderungen an die familiären. Die Handhabung der 35-Stunden-Woche hing für Eltern wesentlich davon ab, wie sehr die Unternehmen die Bedürfnisse ihrer Beschäftigten berücksichtigen. Für Beschäftigte, die im hohen Maße von Arbeitszeitflexibilisierung betroffen waren, wurden die Lebensqualität und die Qualität von Arbeit durch die Arbeitszeitverkürzung nicht verbessert (Fagnani/Letablier 2003).

Für die Herstellung von Geschlechterdemokratie und sozialer Gerechtigkeit, das verdeutlichen die Analysen, kommt der Anerkennung von Fürsorgetätigkeiten und der Wahrnehmung von Anforderungen, welche die Organisation von Fürsorge mit sich brin-

gen, eine zentrale Bedeutung zu. Das Ziel einer geschlechtergerechten Arbeitsteilung sowohl im öffentlichen wie auch im privaten Raum ist verbunden

„mit der sozialen Frage und mit dem Anliegen von ‚guter Arbeit‘ [...]. In diesem Verständnis darf Erwerbsarbeit nicht vom ‚Rest des Lebens‘ isoliert werden, sondern muss in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang betrachtet werden. Aus feministischer Perspektive bleibt für eine solche Neubestimmung des Zusammenhangs von ‚Erwerbsarbeit‘ und ‚Leben‘ nach wie vor ein Modell aktuell, dass beiden Geschlechtern das Recht auf eine qualitative und angemessen entlohnte Berufstätigkeit einräumt, dabei aber die Vielfalt der Lebens – die darin enthaltenen Möglichkeiten ebenso wie die damit verbundenen Verpflichtungen – nicht auf seine beruflichen Komponenten reduziert“ (Kurz-Scherf et al. 2005: 70).

Eine Geschlechterpolitik, die hierzu beitragen soll, muss sich also die Frage nach dem Verhältnis zwischen erwerbsförmig und nicht-erwerbsförmig verrichteter Arbeit stellen. Im Mittelpunkt einer solchen Politik steht demzufolge die Aufgabe, die Anforderungen von Fürsorgeaufgaben zu berücksichtigen und dieser Arbeit hierdurch eine größere Anerkennung zu schenken. Eine zentrale Forderung bleibt somit eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung, um Tätigkeiten neben der Erwerbstätigkeit zu ermöglichen, jedoch hat auch hier das Beispiel Frankreich gezeigt, dass dieses nur dann zu Geschlechtergerechtigkeit beitragen kann, wenn die Arbeitszeitverkürzung im Sinne der ArbeitnehmerInnen gestaltet wird. Eine Arbeitspolitik, die die Anforderungen von Fürsorgeaufgaben berücksichtigt, beinhaltet beispielsweise auch die Möglichkeit einer Arbeitszeitflexibilisierung, um Phasen mit hohem Betreuungs- oder Pflegeaufwand gestalten zu können, und sie beinhaltet finanzielle Sicherung bei Auszeiten aufgrund von Pflege oder Betreuung. Beispiel hierfür ist das Krankentagegeld für die Pflege eines kranken Kindes, welches aber vor allem dann nachhaltig unterstützt, wenn es wie im schwedischen Modell in einem Umfang von 60 Tagen im Jahr pro Kind und erwerbstätigem Elternteil zur Verfügung steht.

Darüber hinaus müssen Anreize für Männer geschaffen werden, sich mehr an der Fürsorgearbeit zu beteiligen. Dieses kann aber nur dann gelingen, wenn die Rahmenbedingungen für eine geschlechteregalitäre familiäre Arbeitsteilung gegeben sind und die Organisation der Erwerbsarbeit dieses ermöglicht. Zu den Anreizen gehören, dass familienpolitische Maßnahmen wie bezahlte Erziehungsfreistellungen zur Hälfte dem Vater und zur Hälfte der Mutter zustehen oder auch, dass nach der Geburt eines Kindes zeitlich analog zum Mutterschutz ein umfangreicher Vaterschaftsurlaub besteht, damit sich der Vater nach der Geburt des Kindes uneingeschränkt um die Familie kümmern kann (vgl. Ehnis 2008b).

Letztendlich zeigt das Beispiel Frankreich, dass soziale Gerechtigkeit und die Herstellung von Geschlechterdemokratie das Leitbild eines Bürgers und einer Bürgerin voraussetzen, die umfassend an der Gesellschaft teilhaben und somit sowohl Erwerbsarbeit als auch Betreuungsarbeit leisten. Dieses bedeutet gerade eine „neue Auffassung von der männlichen Rolle und eine radikale Veränderung der Organisation des Arbeitslebens“ (Fraser 1996: 493).

Literaturverzeichnis

- Anxo, Dominique, Flood, Lennart & Kocoglu, Yusuf (2001). *Allocation du temps et partage des tâches en France et en Suède. Premières Synthèses. Nr. 11.2, März 2001. Hg. v. Ministère de l'emploi et de la solidarité/Direction de l'animation de la recherche des études et des statistiques (DARES)*. Zugriff am 01.09.2008 unter www.travail.gouv.fr/IMG/pdf/2001.03-11.2.pdf
- Bauer, Denise. (2007). Entre maison, enfant(s) et travail: les diverses formes d'arrangement dans les couples. *Études et résultats* Nr. 570. Drees
- Beckmann, Sabine. (2007). Die geteilte Arbeit? Möglichkeiten einer sozialpolitischen Steuerung des Careverhaltens von Männern. In: *Zeitschrift für Familienforschung* 19 (3), 370-391
- Beckmann, Sabine. (2008). *Geteilte Arbeit? Männer und Care-Regime in Schweden, Frankreich und Deutschland*. (Arbeit – Demokratie – Geschlecht, Band 8). Münster: Westfälisches Dampfboot
- Castelain-Meunier, Christine. (1997). *La paternité*. Paris: Presses Universitaires de France
- Ehnis, Patrick. (2008a). *Väter und Erziehungszeiten. Wandel und Persistenz der geschlechtstypischen Arbeitsteilung von Eltern nach der Geburt eines Kindes*. Unveröffentlichte Dissertation. Marburg
- Ehnis, Patrick. (2008b). Hegemoniale Mütterlichkeit. Vom selbstverständlichen Einverständnis in die geschlechtstypische Arbeitsteilung nach der Geburt eines Kindes. In: Marburger Gender-Kolleg (Hrsg.), *Geschlecht Macht Arbeit. Interdisziplinäre Perspektiven und politische Interventionen* (S. 56-70). Münster
- Eurostat. (2002). *Statistik kurz gefasst, Bevölkerung und soziale Bedingungen. Nr. 9/2002: „Frauen und Männer, die Arbeit und Familie vereinbaren“*. Zugriff unter http://www.eds-destatis.de/de/downloads/sif/nk_02_09.pdf
- Eurostat. (2005). *Statistik kurz gefasst, Bevölkerung und soziale Bedingungen. Nr. 4/2005: Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Unterschiede zwischen Frauen und Männern*. Zugriff unter http://www.eds-destatis.de/de/downloads/sif/nk_05_04.pdf
- Fagnani, Jeanne. (2000). Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik und Geschlechtergleichheit in Frankreich. Eine kontrastreiche Bilanz. In: *femina politica* 9 (2), 61-71
- Fagnani, Jeanne & Letablier, Marie-Thérèse. (2003). *La réduction du temps de travail a t-elle amélioré la vie quotidienne des parents de jeunes enfants? Dares, Premières informations et premières synthèses. (Nr. 01.2.)* Zugriff am 15.09.2008 unter www.travail-solidarite.gouv.fr/IMG/pdf/publication_pips_200301_n-01-2_reduction-temps-travail.pdf
- Fagnani, Jeanne, Letablier, Marie-Thérèse. (2005). Social rights and care responsibility in the French welfare state. In: Birgit Pfau-Effinger & Birgit Geissler (Hrsg.), *Care and social integration in European societies* (S. 135-152). Bristol
- Fraser, Nancy. (1996). Die Gleichheit der Geschlechter und das Wohlfahrtssystem: Ein postindustrielles Gedankenexperiment. In: Herta Nagl-Docekal & Pauer-Studer, Herlinde (Hrsg.), *Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität* (S. 469-498). Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Fthenakis, Wassilios E. & Minsel, Beate. (2002). *Die Rolle des Vaters in der Familie*. (Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 213). Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer
- INSEE. (1999). *Enquêtes Emploi du temps 1986, 1999*. Zugriff am 23.09.2008 unter www.insee.fr/fr/ffc/chifcle_fiche.asp?ref_id=NATCCF05519&tab_id=459
- Janczyk, Stefanie. (2005). Arbeit, Leben, Soziabilität. Zur Frage von Interdependenzen in einer ausdifferenzierten (Arbeits)gesellschaft. In: Ingrid Kurz-Scherf, Lena Correll & Stefanie Janczyk (Hrsg.), *In Arbeit: Zukunft* (S. 104-122). Münster: Westfälisches Dampfboot
- Klammer, Ute, Letablier, Marie-Thérèse. (2007). Family Policies in Germany and France: The Role of Enterprises and Social Partners. In: *Social Policy and Administration* (41) 6, 672-692

- Kolbe, Wiebke. (2002). *Elternschaft im Wohlfahrtsstaat. Schweden und die Bundesrepublik im Vergleich 1945-2000*. Frankfurt am Main: Campus Fachbuch
- Kurz-Scherf, Ingrid, Lepperhoff, Julia & Scheele, Alexandra. (2005). Modernisierung jenseits von Traditionalismus und Neoliberalismus? Die aktuelle Arbeitsmarktpolitik als Ausdruck eines verkürzten Modernisierungskonzeptes? In: *Femina Politica* (14) 2: 62-74
- Letablier, Marie-Thérèse. (2004). Work and Family Balance: A new Challenge for Policies in France. In: Janet Giele-Zollinger & Elke Holst (Hrsg.), *Changing Life Patterns in Western Industrial Societies, Volume 8 (Advances in Life Course Research)* (S. 189-209). Oxford: JAI Press
- Marical, François. (2007). Réduire son activité pour garder son enfant: les effets de la PAJE. In: *Recherches et Prévisions* 88, 21-32
- OECD. (2004). *Early Childhood Education and Care Policy in France*. Zugriff am 24.09.2008 unter www.oecd.org/dataoecd/60/36/34400146.pdf
- Reuter, Silke. (2002). *Frankreichs Wohlfahrtsstaatsregime im Wandel? Erwerbsintegration von Französisinnen und familienpolitische Reformen der 90er Jahre*. ZeS-Arbeitspapier 13. Bremen
- Reuter, Silke. (2003). Frankreich: Die vollzeitberufstätige Mutter als Auslaufmodell. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 44, 39-46
- Ridder, Guido de, Ceroux, Benoît & Bigot, Sylvie. (2004). Les projets d'implication paternelle à l'épreuve de la première année. In: Caisse nationale des allocations familiales (Hrsg.), *La paternité aujourd'hui. Pratiques, implications et politiques* (S. 39-51). Paris
- Rivier, Sabine. (2002). *Parentalité et travail familial en France et en Allemagne: le parentalisme, nouveau mode de régulation?* Göttingen, Paris
- Rüling, Anneli. (2007). *Jenseits der Traditionalisierungsfallen. Wie Eltern sich Familien- und Erwerbsarbeit teilen*. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag
- Veil, Mechthild. (2002). Geschlechtsspezifischer Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik in Frankreich. In: Karin Gottschall & Birgit Pfau-Effinger (Hrsg.), *Zukunft der Arbeit und Geschlecht. Diskurse, Entwicklungspfade und Reformoptionen im internationalen Vergleich* (S. 59-86). Opladen: Leske+Budrich
- Veil, Mechthild. (2007). Geteilte Verantwortung. Neuere Entwicklungen in der französischen Familienpolitik. In: *Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog* 1, 29-37
- Wagner, Norbert. (2004). *Familienpolitik und Kinderbetreuung. Frankreich Klassenbesten?* Zugriff am 17.09.2008 unter www.kas.de/publikationen/2004/4766_dokument.html

Zu den Personen

Sabine Beckmann, Dr. phil., 1971, Politikwissenschaftlerin, zurzeit LfBA zur Vertretung der Professur „Politik und Soziologie in der Sozialen Arbeit“ im Studiengang Soziale Arbeit, Hochschule Bremen. Arbeitsschwerpunkte: Arbeits- und Careforschung, international vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung (Schwerpunkt Familienpolitik), feministische Politikwissenschaft und Geschlechterforschung.

Kontakt: Hochschule Bremen, Fakultät 3, Studiengang Soziale Arbeit, Neustadtswall 30, 28199 Bremen. E-Mail: sabine.beckmann@hs-bremen.de

Patrick Ehnis, Dr. des., Politikwissenschaftler, Promotion zu dem Thema „Väter und Erziehungszeiten“ im Graduiertenkolleg „Geschlechterverhältnisse im Spannungsfeld von Arbeit, Politik und Kultur“ an der Philipps-Universität Marburg. Zurzeit Referent für politische Jugend- und Erwachsenenbildung und Lehrbeauftragter an der Hochschule Bremen. Arbeitsschwerpunkte: Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Arbeitsmarkttheorie und -politik sowie Geschlechterforschung.

Kontakt: E-Mail: patrick.ehnis@lba.hs-bremen.de

Ulrike Vogel

Zur Doppelbödigkeit des sozialen Feldes nach Bourdieu¹

Zusammenfassung

Der Beitrag reflektiert Ergebnisse einer Untersuchung zu Karrierechancen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an der Hochschule, bei denen sich fachkulturell unterschiedliche Auffassungen über Beruf und Familie auswirken. Gefragt wird, inwieweit sich diese Ergebnisse mit Konzepten Bourdieus, insbesondere der des sozialen Feldes, aber auch mit der Konzeption der Territorien von Helga Krüger erfassen lassen. Dieser Vergleich trägt dazu bei, bei Bourdieus Konzeption des sozialen Feldes außer dem beruflichen Vordergrund den familialen Hintergrund und damit eine Doppelbödigkeit des sozialen Feldes zu erkennen.

Schlüsselwörter

Wissenschaftliche Laufbahn, Fachkultur, Bourdieu, Familie

Summary

About the Ambiguity of Bourdieu's Concept of the Social Field

This paper analyses research findings of a study on career opportunities of women and men as academics at university. The study shows that different notions of profession and family in the academic disciplines have an impact on career opportunities. The paper asks in how far these findings can be described with Bourdieu's concept of social fields and also with Helga Krüger's conception of territories. This comparison allows us to see that Bourdieu's concept of the social field shows the foreground of professional work as well as the private background and therefore a specific ambiguity.

Keywords

Academic career, disciplinary culture, Bourdieu, family

Vorbemerkung

Als ich mich in der Vorbereitung dieses Aufsatzes mit Beiträgen von Helga Krüger auseinandersetzte, erreichte mich die Nachricht von ihrem Tod. So soll diese Arbeit auch dem dankbaren Gedenken daran dienen, dass sie uns diese Erkenntnisse hinterlassen hat.

Eine im analytischen Rahmen der Konzeptionen von Bourdieu durchgeführte Untersuchung zu Wissenschaftskarrieren von Männern und Frauen (vgl. Vogel/Hinz 2004) ergab empirische Befunde, die einen Anlass boten, über Konzepte Bourdieus weiter nachzudenken. Wesentliche Ergebnisse der Untersuchung wiesen darauf hin, dass für alle im Feld der Wissenschaft Tätigen eine unterschiedliche Balance zwischen Beruf

1 Teile dieser Ausführungen sind auch Bestandteil einer Veröffentlichung in der Festschrift zum 60. Geburtstag von Ursula Müller (siehe Literaturverzeichnis). Vor allem die Auseinandersetzung mit Helga Krüger erfolgt jedoch ausschließlich an dieser Stelle.

und Familie galt, die ihre Rückwirkungen auf dieses berufliche Feld hatte. Genauer zu klären bleibt im Nachhinein, wie diese Balance mit den Konzepten Bourdieus im Einzelnen erfasst werden kann und ob bzw. inwiefern es einer Differenzierung insbesondere der Konzeption des sozialen Feldes bedarf (vgl. auch Vogel 2009). Nach einer kurzen Präsentation dieser Ergebnisse sollen Konzeptionen Bourdieus zu sozialem Raum, Feld, Habitus und sozialer Praxis skizziert und auch auf deren Anwendung in empirischen Untersuchungen hingewiesen werden. Danach werden andere Ansätze zur Bezeichnung der Beziehung zwischen Beruf und Familie herangezogen. Zum Schluss wird ein Vorschlag unterbreitet, wie diese für Frauen und Männer in den Fachkulturen unterschiedliche Beziehung zwischen Beruf und Familie mit den Konzepten Bourdieus genauer beschrieben werden könnte.

1 Empirische Befunde und die Konzeptionen Bourdieus

Im Folgenden werden die eigenen empirischen Ergebnisse und danach die Konzeptionen Bourdieus kurz skizziert.

1.1 Ergebnisse der eigenen Untersuchung

In der erwähnten Untersuchung zu Wissenschaftskarrieren in Mathematik und Sozialwissenschaften wurden soviel Frauen wie Männer von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bis hin zu Inhaberinnen und Inhabern von C4-Professuren einmal qualitativ mit 71 Leitfaden-Interviews und einmal quantitativ in einer repräsentativen Online-Befragung mit über 1 600 Probanden befragt. Wesentliche Ergebnisse sind: Alle Befragten identifizieren sich grundsätzlich mit dem Wissenschaftsbetrieb und der Hochschullaufbahn und leisten dabei eine Balance zwischen Beruf und Karriere einerseits sowie Familie bzw. Privatbereich andererseits. Auf allen Karrierestufen haben Frauen größere Probleme damit, Beruf und Familie zu vereinbaren. Dafür gibt es viele Anzeichen. So äußerte z.B. eine C4-Professorin die Sehnsucht nach mehr Familienpräsenz, was ein männlicher Kollege in gleicher Lage nicht tat. Auf C3-Professuren verzichteten nur Frauen aus Rücksicht auf die Familie auf eine weitere Karriere. Auch thematisieren habilitierende Frauen Probleme mit ihrer geringeren Präsenz in der Familie. Promovierte Frauen im Mittelbau verzichteten zugunsten der Familie gleich ganz auf eine weitere Karriere. Promovierende Frauen berichteten über die Probleme mit der Mobilität für die eigene Karriere sowie für die des Partners. Und schließlich verließen nur Frauen die Hochschule nach der Promotion aus Rücksicht auf Partner und Familie. Männer dagegen können prinzipiell damit rechnen, dass die meist beruflich geringer qualifizierten Frauen sich mitsamt den Kindern nach ihrer Karriere richten. Diese Freistellung der Männer für den Beruf gilt auch bei Verzicht auf eine weitere Karriere sowie bei stärkerem Familienengagement. Die Frauen dagegen müssen ihre Freistellung für die Karriere und ihre häusliche Entlastung durch Partner, Eltern oder Dritte selbst organisieren.

Diese für Frauen und Männer unterschiedlichen Bedingungen der Balance zwischen Beruf und Familie zeigen sich in den Fachkulturen mehr oder weniger stark ausgeprägt:

In der Mathematik wird einerseits die Hochschulkarriere ohne Rücksicht auf Geschlecht als nur von wissenschaftlicher Exzellenz bestimmt angesehen. Dazu gehören institutionalisierte Förderstrukturen für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Andererseits gilt relativ unverändert die traditionelle Zuständigkeit von Frauen für die Alltagsversorgung der Familie, d.h. des Partners und der Kinder. Dies bringt für Männer eine prinzipielle Freistellung für die Karriere in der Wissenschaft mit häuslicher Versorgung durch die Partnerin, für Frauen dagegen eine fraglos hingegenommene Doppelbelastung durch Wissenschaft und häusliche Verantwortung – bei wenig Delegation z.B. der Kinderbetreuung – mit sich.

In den Sozialwissenschaften herrscht mehr Kritik an den Karrierebedingungen im Wissenschaftsbetrieb. Es gibt weniger ausgeprägte Förderstrukturen für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Verbreiteter, wenn auch bei den Frauen stärker ausgeprägt, ist die Kritik an der traditionellen geschlechtsbezogenen Arbeitsteilung zwischen Beruf und Familie. Männer beteiligen sich eher an häuslichen Aufgaben, und Frauen schaffen sich eher berufliche Freiräume, delegieren z.B. die Kinderbetreuung auch an Dritte.

Grob skizziert sind am privilegiertesten die Mathematiker, die keine Kritik an der Hochschule üben müssen, für die Karriere freigestellt sind und häuslich versorgt werden. An zweiter Stelle stehen die Sozialwissenschaftler, die die Förderstrukturen der Hochschule kritischer sehen, eher mehr häusliches Engagement zeigen, aber prinzipiell als männliche Wissenschaftler ebenso für die Karriere freigestellt sind. An dritter Stelle lassen sich die Sozialwissenschaftlerinnen einordnen, die am unzufriedensten mit den Bedingungen in Hochschule und Familie sind, sich aber mehr Freiräume für die Karriere schaffen als die Mathematikerinnen, die an letzter Stelle stehen, da sie sich zwar gegenüber den Anforderungen in Hochschule und Familie eher unkritisch zeigen, aber durch die fraglos hingegenommenen Belastungen auf beiden Seiten am stärksten in der Hochschulkarriere behindert sind.

Dennoch wird generell insbesondere bei jüngeren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die häusliche Arbeitsteilung eher als partnerschaftlich empfunden. Dies gilt allerdings wiederum stärker in den Sozialwissenschaften und eher auf den Karrierestufen unterhalb der Professur. Hier könnten letztlich mit der Perspektive auf eine mögliche teilweise Freisetzung für die Karriere für Partner und Partnerinnen Ansatzpunkte zu mehr Gleichheit der Karriere-Chancen bei Frauen und Männern gesehen werden.

Die in dieser Untersuchung verwendeten Konzeptionen Bourdieus vom sozialen Raum mit seinen durch gesellschaftliche Arbeitsteilung gegebenen sozialen Feldern, dem jeweils in Klassen und Milieus verinnerlichten Habitus und der sozialen Praxis der Akteurinnen und Akteure sollen im Lichte dieser Ergebnisse nochmals genauer betrachtet werden. Denn die hier festgestellte unverhofft direkte Beeinflussung von Berufschancen durch den Privatbereich steht herkömmlicher Weise nicht im Zentrum der Analyse beruflicher sozialer Felder nach Bourdieu. Gefragt wird also, inwieweit insbesondere Bourdieus Konzept des sozialen Feldes Auswirkungen von Vorstellungen über den Privatbereich auf Karriere-Chancen in der Wissenschaft erfassen kann. Um die Tragweite dieses Konzeptes des sozialen Feldes näher ausloten zu können, muss es im Zusammenhang der übrigen genannten Begriffe Bourdieus skizziert werden.

1.2 Konzeptionen Bourdieus zu sozialem Raum, sozialem Feld, Habitus und sozialer Praxis

Die Konzepte Bourdieus haben ihren Stellenwert in seiner „Theorie der Praxis“:

„Die Theorie der Praxis als Praxis erinnert gegen den positivistischen Materialismus daran, dass Objekte der Erkenntnis *konstruiert* und nicht passiv registriert werden, und gegen den intellektualistischen Idealismus, dass diese Konstruktion auf dem System von strukturierten und strukturierenden Dispositionen beruht, das in der Praxis gebildet wird und stets auf praktische Funktionen ausgerichtet ist“ (Bourdieu 1987: 97).

In der sozialen Praxis konstituieren sich die Subjekte mit ihren auf soziale Strukturen zurückgehenden Dispositionen, d.h. den Habitus, wechselseitig und gestalten zugleich das soziale Feld in den entsprechenden Rahmenbedingungen des sozialen Raums (vgl. Bourdieu 1982: 729, 728). Der Habitus von Akteuren wird also durch ihre Existenzbedingungen in spezifischen Feldern des sozialen Raums hervorgebracht als System „dauerhafter und übertragbarer *Dispositionen*, als strukturierte Strukturen, die wie geschaffen sind, als strukturierende Strukturen zu fungieren, d.h. als Erzeugungs- und Ordnungsgrundlagen für Praktiken und Vorstellungen“ (Bourdieu 1987: 98). Die einzelnen sozialen Felder, die sich durch die Arbeitsteilung von Gesellschaften, d.h. das hauptberufliche Engagement der Akteure, ergeben (vgl. Kraus/Gebauer 2002: 11, 35), weisen wie der soziale Raum insgesamt Machtstrukturen mit unterschiedlich privilegierten Positionen von Klassen bzw. Akteuren sowie entsprechenden Rankämpfen in ihrer sozialen Praxis auf. Der Habitus reproduziert diese Machtverhältnisse, aus denen er hervorgegangen ist, und kann in diesem Rahmen vielfältige, wandelbare Wahrnehmungen und Handlungen erzeugen (vgl. Bourdieu 1987: 101f., 1982: 279). Beim Habitus „steht die konditionierte und bedingte Freiheit, die er bietet, der unvorhergesehenen Neuschöpfung ebenso fern wie der mechanischen Reproduktion ursprünglicher Konditionierungen“ (Bourdieu 1987: 103).

„Als Produkt einer Prägungs- und Aneignungsarbeit, [...] die für das Funktionieren dieser Institutionen nötig sind, ermöglicht eben der Habitus [...] Institutionen zu bewohnen [...], sie sich praktisch anzueignen und sie damit in Funktion zu [...] halten, [...] wobei er ihnen allerdings die Korrekturen und Wandlungen aufzwingt, die Kehrseite und Voraussetzung dieser Reaktivierung. Besser noch, erst durch den Habitus findet die Institution ihre volle Erfüllung“ (Bourdieu 1987: 107).

Trotz seiner Anpassungsfähigkeiten wurzelt der Habitus als inkorporierte, ihrer Ursprünge und Auswirkungen eher nicht bewusste Erfahrung in der Vergangenheit und wird bei starkem sozialem Wandel unangepasst bzw. sinnlos (vgl. Bourdieu 1987: 116f.). Sozialer Wandel bewirkt also Widersprüche zwischen tradiertem Habitus und Sozialstruktur oder einen in sich widersprüchlichen Habitus.

Solche Widersprüchlichkeiten des Habitus gibt es für Bourdieu bei sozialen Ab- und Aufsteigenden, die entweder am alten Habitus aus privilegierter Lage hängen oder ihr Herkunftsmilieu hinter sich lassen. So betont Bourdieu bei Aufsteigerinnen bzw. Aufsteigern, dass „Stellenwechsel und Ortsveränderungen nur um den Preis von Arbeit, Anstrengungen und vor allem Zeit zu haben sind (dem Aufsteiger sieht man die Kletterei an)“ (Bourdieu 1985: 13). Ein massenhafter Aufstieg, z.B. durch die Bildungsexpan-

sion der 1960er und 1970er Jahre, kann jedoch auch zu einer Entwertung ehemals hochgeschätzter Positionen beitragen (vgl. Bourdieu 1982: 191f., 224f.). Bourdieu macht als Angehöriger einer Generation von Aufgestiegenen an der Universität die Gespaltenheit seines Habitus zwischen Hingabe an die wissenschaftliche Laufbahn und Vorbehalten vor dem Hintergrund seiner Herkunft deutlich (vgl. Bourdieu 2002: 123-127). Die Bindungen eines Aufsteigers an Herkunft und Gegenwart sowie die Antizipation der Zukunft mit dem Ziel des Aufstiegs (vgl. Kraus/Gebauer 2002: 46) ebenso wie die Bindungen eines Absteigers an die privilegierte Vergangenheit und die enttäuschende Gegenwart und Zukunft bedingen also Widersprüchlichkeiten des Habitus. Ohne solche Widersprüche ist allein der Habitus eines Akteurs, der im unveränderten Milieu verbleibt und einen Klassenhabitus aufweist, in dem sich Vergangenheit, Gegenwart und antizipierte Zukunft gegenseitig bestätigen. Aber auch ohne sozialen Wandel oder Auf- bzw. Abstieg sieht Bourdieu mögliche Veränderungen des Habitus durch soziale Praxis als reflektierende Auseinandersetzung mit vorfindlichen Gegebenheiten. Denn trotz der Aufrechterhaltung und Bestärkung von Machtstrukturen durch ihre Verinnerlichung bis hin zur Ausprägung eines Habitus mit entsprechenden Wahrnehmungen und Handlungen der Akteure (vgl. Bourdieu 1997: 165) stellt Bourdieu fest: „Es versteht sich von selbst, dass [...] immer Raum bleibt für die *kognitive Auseinandersetzung* um die Bedeutung der Dinge“ (Bourdieu 1997: 177). Distanzierung und Kritik entstehen nach Bourdieu durch den „Bruch der gleichsam unmittelbaren Übereinstimmung zwischen den inkorporierten und den objektivierten Strukturen“, schon bevor „eine wirkliche kollektive Umkehrung der mentalen Strukturen nicht bloß bei den Angehörigen des beherrschten, sondern auch bei denen des herrschenden Geschlechts“ (Bourdieu 1997: 215) erreicht wäre. Durch die reflektierende Auseinandersetzung bildet sich so letztlich ein neuer widersprüchlicher Habitus, der auf seine Entstehungsbedingungen, auf die aktuellen als veränderlich wahrgenommenen Gegebenheiten und auf eine erstrebte, aufgeklärtere Zukunft bezogen ist.

Veränderungen des Habitus können also nach Bourdieu durch strukturelle Widersprüche, die sich für Akteurinnen bzw. Akteure mit dem sozialen Wandel oder Ab- bzw. Aufstieg ergeben, aber auch durch Kritik und Aufklärung gegenüber Strukturen entstehen. Diese Veränderungen des Habitus können mehr Differenziertheit und Widersprüchlichkeit sowie Offenheit des Habitus gegenüber weiteren Veränderungen begünstigen. Von solchen Entwicklungen des Habitus ausgehend sind Veränderungen z.B. im sozialen Feld der Wissenschaft möglich.

Diese Widersprüche bzw. Entwicklungsmöglichkeiten im Habitus und der entsprechenden sozialen Praxis beziehen sich nach Bourdieu letztlich immer auf das soziale Feld, das in der Regel als Arbeitsmarkt die Quelle von Einkünften und Status darstellt. Denn auf diesem Feld finden, vermittelt über Bildung bzw. berufliche Qualifikation und Erwerbstätigkeit, die Rankämpfe um die Teilhabe an ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital statt. Die in unserer empirischen Untersuchung entdeckten, für beide Geschlechter unterschiedlichen, jeweils direkten Einflüsse des familialen Bereichs auf die Kämpfe im sozialen Feld der beruflichen Karrieren werden bei Bourdieu, wie erwähnt, so nicht explizit thematisiert. Auch neuere Untersuchungen mit Konzepten Bourdieus zum sozialen Feld der Wissenschaft (vgl. Kraus 2000; vgl. Beaufäys 2003) konzentrieren sich auf die soziale Praxis und den Habitus der Wissenschaftlerinnen und

Wissenschaftler in den Institutionen der Hochschule. So kommt eine dieser Untersuchungen zur Kennzeichnung frauenfreundlicher sowie frauenfremder Institute, in denen die Ausgrenzung bzw. Berücksichtigung von außeruniversitären, vor allem familialen, Verpflichtungen der Wissenschaftlerinnen eine unterschiedliche Rolle spielt (vgl. Beaufaÿs 2003: 233ff.). Dennoch bleiben diese Verpflichtungen Randbedingungen für die intensive Analyse des inneruniversitären Feldes der Wissenschaft. Diese Forscherinnen sehen Probleme der Familienbindung als Desiderat der Forschung zur

„ ‚subjektiven Seite‘ [...]. So wäre es von Interesse, die spezifische Wirksamkeit von Lebensbezügen und Sichtweisen der Akteurinnen und Akteure zu thematisieren, die außerhalb des Wissenschaftssektors liegen, also etwa die Bedeutung des in Deutschland dominanten Mutterschaftskonzepts“ (Beaufaÿs/Krais 2003: 22).

Der Durchgang durch diese Konzeptionen Bourdieus kann also zeigen, dass im Wesentlichen durch Erkennen von Widersprüchen, entsprechend veränderte soziale Praxis und den Wandel des Habitus auch ein Wandel in einem sozialen Feld möglich ist. Wenn sich also Frauen oder jüngere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Distanz zu überkommenen, männlich dominierten Wissenschaftsstrukturen kritisch verhalten, könnten mögliche Veränderungen des sozialen Feldes der Wissenschaft mit Bourdieu analysiert werden. Die Frage bleibt jedoch, wie die von uns als wesentlich für die beruflichen Karrieren von Männern und Frauen angesehenen aktuellen Beziehungen zum Privatbereich in Verbindung mit Bourdieus Konzept des sozialen Feldes, das bisher vor allem auf den existenzbestimmenden Berufsbereich verweist, im Einzelnen diskutiert werden können.

Bevor Bourdieus Überlegungen zu Grundlagen gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Ungleichheit nach Geschlecht (vgl. Bourdieu 1997; 2005) nach Hinweisen zur Privat- und Berufssphäre befragt werden, sollen andere theoretische Konzepte zu Ungleichheit nach Geschlecht im Berufs- und Privatbereich betrachtet werden. Ein Vergleich insbesondere der Konzeptionen von Helga Krüger mit denen Bourdieus zum sozialen Feld berufsbezogener Rankämpfe und zur Ungleichheit nach Geschlecht könnte u.U. zu einer differenzierteren Analyse des sozialen Feldes der Wissenschaft nach Bourdieu unter Einbezug des Privatbereichs beitragen.

2 Widersprüche zwischen Beruf und Familie und Bourdieus Konzept des sozialen Felds

Im Folgenden werden Ansätze zur Bestimmung vor allem von Ungleichheiten nach Geschlecht insbesondere von Helga Krüger und danach von Bourdieu kurz skizziert.

2.1 Zur Ungleichheit nach Geschlecht in Beruf und Familie

Bezogen auf die aktuelle Diskussion um „Achsen der Ungleichheit“ (vgl. Klinger et al. 2007) weisen Helga Krüger und Regina Becker-Schmidt auf den Zusammenhang hin zwischen dem Erwerbsbereich als „*Organisation der Produktion*“, dem vor allem die Ungleichheit nach Klassen zugeordnet ist, und der Familie als „*Organisation der Reproduktion*“ (Krüger 2007: 178), an der insbesondere die Ungleichheit nach Geschlecht

deutlich wird, wobei beide Dimensionen der Ungleichheit in beiden Bereichen unterschiedlich zusammenwirken. Dabei gilt:

„Sektoren der Öffentlichkeit und der marktvermittelten Ökonomie sind sozial einflussreicher als die privat organisierte Reproduktionssphäre. Offensichtlich gibt es eine Korrespondenz zwischen der Bewertung gesellschaftlicher Bereiche und der Geltung sozialer Gruppen“ (Becker-Schmidt 2007: 71).

Für Frauen bedeutet also die doppelte Vergesellschaftung und doppelte Unterdrückung (vgl. Becker-Schmidt 1987) nicht nur eine Belastung durch Beruf wie Familie gleichermaßen, sondern auch die Zuschreibung einer Verpflichtung im Wesentlichen in der gesellschaftlich nachgeordneten Reproduktionssphäre (vgl. Becker-Schmidt 2007: 75f.).

Für Helga Krüger gehört „zur Geschlechterpolarität als kulturelles Ordnungssystem [...] nicht nur die geschlechterdifferente Bewertung der gleichen Handlung und die Hierarchisierung von Kompetenz und Leistungen, sondern auch die Übermittlung von Botschaften des geschlechtsgebunden rechten Orts ihres Einsatzes“ (Krüger 2002: 31). Diese den Geschlechtern zugeordneten Aktivitätsräume, die männlich oder weiblich konnotierten Territorien, „fungieren als intermediäre Schnittstelle zwischen sozialisatorisch-subjektiv vermitteltem gesellschaftlichem Kontext sozialer Institutionen und kulturell überformten Normalitäts-Unterstellungen von Stimmigkeiten zwischen Betätigungsfeld und Person“ (Krüger 2002: 32, vgl. Krüger 2002: 39). Entsprechend gilt: „Territorien interessieren als konkrete Orte von Sozialisation und Kompetenzentwicklung, als historisch verfestigter Orientierungsrahmen der Sortierung sozialer Chancen und als materialisierte Kristallisationskerne der Reproduktion von Ungleichheit“ (Krüger 2002: 40). Helga Krüger nimmt „Produktions- und [...] Reproduktionsverhältnisse zugleich in den Blick“ (Krüger 2007: 285), wenn sie „männliche und weibliche Territorien“ je nach „Passung/Nichtpassung von Geschlecht zum sozial-räumlichen Umfeld“ (Krüger 2007: 181) ausmacht. Diese Passung bezieht sich auf „gesellschaftliche Typen von Arbeit“ allgemein, so auch in „Arbeitsmarkt und Familie“ (Krüger 2001: 282).

Widersprüche und Konflikte aus der gleichzeitigen Teilhabe am herkömmlich vor allem weiblich bestimmten Territorium der Familienarbeit und an den weithin von männlichen Privilegien bestimmten Territorien der Berufsarbeit ergeben sich nur für Frauen, da von ihnen jeweils der Einsatz der ganzen Person gefordert wird (vgl. Krüger 1993: 71). Zugespitzt heißt es bei Helga Krüger:

„Wir können also festhalten, dass die Institution Familie im männlichen Lebenslauf als Strukturunterstützer des Erwerbsverlaufs gelten kann, im weiblichen Lebenslauf hingegen als Strukturverwerfer“ (Krüger 1993: 66).

Im Einzelnen treffen sich im Lebenslauf als aufeinander folgende „Abschnitts-Institutionen“ (Krüger 2001: 277f.) Herkunftsfamilie, Bildung, Arbeitsmarkt und Verrichtung, die zunächst die Ungleichheit nach Klassen betreffen, dazu die „Tandem-Institutionen“ (Krüger 2001: 278ff.) Arbeitsmarkt, differenziert nach geschlechtsbezogenen Territorien, und Familie, die sich beide auf die Ungleichheit nach Geschlecht beziehen, und schließlich die „Schatten-Institutionen“ (Krüger 2001: 280f.), d.h. die öffentlichen Einrichtungen, an denen sich nach Krüger die Geschlechterverhältnisse der Gesellschaft zeigen (vgl. Krüger 2001: 282).

Territorien nach Helga Krüger können mit sozialen Feldern nach Bourdieu gleichgesetzt werden, wenn sie sich auf unterschiedliche, eher Frauen oder eher Männern zugeschriebene Berufsfelder - mitsamt den ihnen zugeordneten „Abschnitts-Institutionen“ Herkunftsfamilie, Bildung und Verrichtung - beziehen. Trotz der für Männer und Frauen unterschiedlichen Auswirkungen der „Tandem-Institution“ Familie auf den Beruf werden, wie gesagt, nach Helga Krüger Familie bzw. Familienarbeit als ein weiblich bestimmter Aktivitätsraum, also als Territorium neben den beruflichen (vgl. Krüger 2002: 39), gesehen. Im Vergleich zu diesen Konzeptionen von Helga Krüger bleibt zu fragen, inwieweit Bourdieus Kategorie des auf Beruf und Öffentlichkeit bezogenen sozialen Feldes auch den Bereich der Familie bzw. des Privaten umfassen könnte. Seine Überlegungen zur gesellschaftlichen Ungleichheit nach Geschlecht insbesondere bezogen auf „Die männliche Herrschaft“ (Bourdieu 1997, 2005) sollen hierzu genauer Aufschluss geben.

2.2 Zur geschlechtsbezogenen Ungleichheit nach Bourdieu

Bourdieu stellt fest, dass sich die „*geschlechtliche Identität*“ des Kindes immer „zugleich mit seiner Vorstellung von der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und aufgrund derselben gesellschaftlich festgelegten [...] biologischen und sozialen Indizien“ (Bourdieu 1987: 144) herausbildet. Beide verweisen auf eine von jeher für beide Geschlechter geltende räumliche Trennung: für Männer die Öffentlichkeit, das Wirken außerhalb, für Frauen das Häusliche, das Wirken innerhalb (vgl. Bourdieu 1987: 141, 2005: 146), womit sich für Frauen im Berufsbereich eine hierarchische Unterordnung unter Männer ergibt (vgl. Bourdieu 2005: 106ff.).

„Die Definition des Exzellenten steckt auf allen Gebieten voller männlicher Implikationen, deren Eigenart es ist, nicht als solche in Erscheinung zu treten. [...] Viele Positionen sind für Frauen deshalb so schwer erreichbar, weil sie maßgeschneidert sind für Männer, deren Männlichkeit durch Entgegensetzung zu den heutigen Frauen konstruiert wurde“ (Bourdieu 2005: 110f.).

Familie und Schule haben bei der immer wieder hergestellten Geschlechterhierarchie unterschiedliche Funktionen: „Die Hauptrolle bei der Reproduktion der männlichen Herrschaft und der männlichen Sicht fällt sicherlich der Familie zu“ (Bourdieu 2005: 148). Die Schule dagegen wirkt einerseits bestätigend, andererseits ist sie mit ihren letztlich auch aufklärenden Auswirkungen, „aufgrund der Widersprüche, die sie prägen und die sie induziert, eines der entscheidenden Prinzipien des Wandels in den zwischen-geschlechtlichen Beziehungen“ (Bourdieu 2005: 151). Trotz des in diesem Sinne für die Lage der Frauen wichtigen vermehrten Zugangs zu Gymnasien und Hochschulen bleiben sie in den unterschiedlichen Berufsfeldern und dem Zugang zu entsprechenden Qualifikationen den Männern jeweils nachgeordnet (vgl. Bourdieu 2005: 156f., 160). Zusätzlich unterliegen die privilegierten Positionen, wenn sie von Frauen mehrheitlich eingenommen werden, einer Abwertung (vgl. Bourdieu 2005: 158f., 107).

„Andererseits bleiben die Frauen trotz der sie einander annähernden spezifischen Erfahrungen [...] durch die ökonomischen und kulturellen Unterschiede *voneinander getrennt*“ (Bourdieu 2005: 162). Hier wirken sich die zur Geschlechterungleichheit querliegenden Klassenunterschiede aus: Beide zusammen führen in den verschiedenen

Klassen zu den unterschiedlichen, widersprüchlichen beruflichen Behinderungen für Frauen, wenn sie z.B. Männern gegenüber nicht weisungsbefugt sein sollen und inhaltlich eher nur für Funktionen infrage kommen, die den häuslichen Pflichten „Unterricht, Pflege, Dienst“ (Bourdieu 2005: 163) entsprechen. Insgesamt ist die Lage von Frauen *„im Ganzen der sozialen Räume und Teilräume [...] nicht nur in der Familie, sondern auch im schulischen Bereich und in der Arbeitswelt“* (Bourdieu 2005: 177) letztlich durch das Herrschaftsverhältnis zwischen dominanten Männern und nachgeordneten Frauen bestimmt.

Dass Bourdieu trotz dieser durchgängigen geschlechtsbezogenen Segmentierungen die Familie nicht, wie Helga Krüger, als ein geschlechtsbezogenes Territorium neben anderen in Öffentlichkeit und Beruf sieht, wird deutlich, wenn er die besondere Stellung des Häuslichen zur Begründung der Nachordnung von Frauen „außerhalb“, d.h. vor allem in den Berufschancen, betont:

„Nur unter der Bedingung, dass man die Zwänge berücksichtigt, die die Struktur des (aktuellen oder potentiellen) häuslichen Raumes auf die Struktur des beruflichen Raumes (etwa durch die Vorstellung von einem notwendigen, unvermeidlichen oder akzeptablen Abstand zwischen der Position des Ehemannes und der Ehefrau) ausübt, kann man die Homologie zwischen den Strukturen der männlichen und denen der weiblichen Positionen in den verschiedenen sozialen Räumen verstehen“ (Bourdieu 2005: 185).

Zwar fungiert der Privatbereich nach Bourdieu, ähnlich wie bei Helga Krüger, für Männer und Frauen in unterschiedlicher Weise als Chancengeber bzw. -verhinderer in den existenzbedingenden Rankämpfen der sozialen Felder des Berufs. Auch ist nach Bourdieu der vom Erwerbsebereich getrennte Privat- bzw. Familienbereich, wie alle sozialen Felder im sozialen Raum, aus der gesellschaftlichen Arbeitsteilung hervorgegangen. Entscheidend aber ist, dass nach Bourdieu im Privatbereich nicht die eigenständigen, für soziale Felder im sozialen Raum kennzeichnenden Rankämpfe um die Teilhabe an Kapitalien, d.h. im Wesentlichen um Status und Einkommen, stattfinden. Vielmehr wirkt der Privatbereich in seiner Abhängigkeit vom jeweiligen statusgebenden sozialen Feld des Berufs bzw. der Öffentlichkeit zugleich unterstützend oder auch behindernd auf die Rankämpfe in diesem sozialen Feld ein.

Damit aber zeigt sich nach Bourdieu eine Doppelbödigkeit des durch die jeweilige Berufswelt definierten sozialen Feldes, die dadurch gegeben ist, dass die ergänzende häusliche Sphäre immer unterstützend oder behindernd präsent ist. Dies gilt insbesondere, wenn dieser häusliche Bereich als „eigentliche“ Verortung für Frauen der Grund ist für deren Unterlegenheit im beruflichen bzw. öffentlichen Bereich. Da in den beruflich-öffentlichen sozialen Feldern jedoch die entscheidenden Auseinandersetzungen um die Teilhabe an ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital – im Wesentlichen unter Männern – stattfinden, wird mit der Zuordnung von Frauen zum Häuslichen die grundsätzliche männliche Herrschaft in allen sozialen Feldern des sozialen Raums begründet. Denn von den höher bewerteten gesellschaftlichen Bereichen her, in denen über Status und Einkommen entschieden wird, bestimmt sich die Lage des jeweiligen familialen Hintergrunds – sowie die Dominanz von Männern gegenüber Frauen in Beruf und Privatsphäre – gleich mit. Dafür hat der Privatbereich durch die hier verantwortlichen Frauen die zum jeweiligen Berufsbereich passende häusliche Unterstützung zu leisten.

Diese Doppelbödigkeit des sozialen Feldes der Wissenschaft im Sinne Bourdieus kann für Wissenschaftlerinnen Behinderungen im Beruf wegen familialer Pflichten, gesteigert durch fachkulturell unterschiedliche Vorstellungen von häuslicher Arbeitsteilung, deutlich machen, während Männer letztlich für die Karriere freigestellt sind - und dabei häuslich versorgt werden.

3 Resümee

Insgesamt lässt sich nach Bourdieu feststellen, dass ein widersprüchlicher Habitus, der soziale Veränderungen begünstigt, allgemein durch sozialen Wandel, Aufstieg (und auch Abstieg) sowie durch die reflektierende Auseinandersetzung mit Vorgegebenem entstehen kann. So tragen Frauen im Beruf, z.B. im sozialen Feld der Wissenschaft, zunächst als „Aufsteigerinnen“ die herkömmliche Zuordnung zum Häuslichen als „grundsätzliche Herkunft“ mit sich und weisen eine von Aufstiegsaspirationen bestimmte, bereits veränderte Gegenwart sowie entsprechende Zukunftserwartungen als Kolleginnen von Männern auf. Darüber hinaus aber zeigt sich nach Bourdieu: Frauen werden, anders als die Aufsteiger, die Spuren ihrer Herkunft „nur“ in einem widersprüchlichen Habitus weiter aufweisen, ihre häusliche Zuordnung auch als tägliche Verpflichtung zu sozialer Praxis neben der beruflichen Position nicht los. Beruf und Familie sind, wie Helga Krüger feststellt, für Frauen täglich spürbare „Tandem-Institutionen“. Ihr Habitus ist also weit widersprüchlicher als der von Männern, die sich begrenzt auf häusliches Engagement einlassen. Die Aufforderung an Frauen, die prinzipiell nur für sie geltenden strukturellen Widersprüche zwischen häuslicher Verpflichtung und beruflicher Karriere durch reflektierende Auseinandersetzung als Aufklärung zu bewältigen, ist also dringlicher als für Männer, die freiwillig ein Engagement in beiden Bereichen eingehen.

Deutlich wird dies an den Mathematikerinnen in unserer Untersuchung, die unhin- terfragte Widersprüche zwischen häuslicher Verpflichtung und Karrieremöglichkeiten mit sich herumschleppen, bis es zu einer Überlastung und Gefährdung von Karriere- Chancen kommen könnte. An den Sozialwissenschaftlern und Sozialwissenschaftlerinnen lässt sich zeigen, dass eine reflektierende Auseinandersetzung mit dem sozialen Feld der Wissenschaft und seinem häuslichen Hintergrund bereits zu einer gewissen Annäherung des Engagements in beiden Bereichen und damit auch u.U. bei den Karrierechancen für beide Geschlechter führen könnte. Dieses häusliche Engagement könnte – gemessen an den völlig für die Karriere freigestellten Mathematikern mit einem entsprechend auf die Wissenschaft bezogenen Habitus bei selbstverständlicher häuslicher Versorgung – als ein Karriere-Nachteil für die Männer in den Sozialwissenschaften gelten. Dies lässt sich rechtfertigen, wenn durch ein gleichmäßigeres häusliches Engagement beider Geschlechter auch die Leistungspotenziale der Frauen als notwendiger gesellschaftlicher Beitrag ausgeschöpft werden sollen. Nur ein in verschiedenen Erfahrungsbereichen widersprüchlich geprägter Habitus bei beiden Geschlechtern, der jedoch durch Aufklärung für ein bewusstes Management von Widersprüchen im Sinne sozialer Veränderungen offen wäre, kann die Antwort auf diese strukturellen Widersprüche sein, die sich in der Doppelbödigkeit des sozialen Feldes der Wissenschaft mit seinem häuslichen Hintergrund zeigen.

Ohne hier auf Diskussionen zu Fachkulturen näher eingehen zu können (vgl. z.B. Engler 1993), lässt sich feststellen, dass in den Sozialwissenschaften, die menschliches Handeln in gesellschaftlichen Strukturen zum Thema machen, die Reflexion über berufliche und familiale Traditionen näher liegt als z.B. in der Mathematik, für deren Wissenschaftsbereich die sozialen Rahmenbedingungen herkömmlicher Weise als nicht relevant angenommen werden. Subjektive, private Ansichten über Familie und Partnerschaft wirken sich also nicht nur unmittelbar auf Karriere-Chancen, d.h. in den Rankämpfen im wissenschaftlichen Feld, aus, sondern sind ebenso stark fachkulturell geprägt wie die jeweiligen Konzeptionen von Wissenschaft in der Hochschule. Jedes berufliche soziale Feld, d.h. z.B. in diesen Feldern auch jede Fachkultur, hat somit letztlich den dazu passenden familialen Hintergrund.

Anders als bei Helga Krüger wird hier also nicht die Familienarbeit als ein Typ von Arbeit neben den übrigen Territorien beruflicher Tätigkeiten angesehen, sondern ihr besonderer „Hintergrundcharakter“, der für beide Geschlechter gilt, wird für jedes berufliche Feld im Anschluss an Bourdieu betont. Auf diese Weise lässt sich eine Zuordnung der Ungleichheit nach Geschlecht zu der nach Klassen für das jeweilige berufliche Feld leisten. Denn es kann deutlich gemacht werden, wie die grundsätzliche Zuordnung von Frauen zum „häuslichen Hintergrund“ sich in den Klassen auf die Berufschancen in „familiennahen“ bzw. „familienfernen“ sowie in qualifizierteren und unqualifizierten Berufsbereichen – jeweils in Relation zur männlichen Vorherrschaft – auswirkt.

Unsere empirischen Befunde, die auf den ersten Blick in die Konzeptionen Bourdieus nicht integrierbar erschienen, lassen sich insbesondere nach seinen Ausführungen zur männlichen Herrschaft in seinem Sinne analysieren, wenn man die männlich geprägten Traditionen der Universität mit ihren Fachkulturen kritisch auf ihren „Vordergrund“, die asketische wissenschaftliche Arbeit, und den „Hintergrund“ der häuslichen Versorgung hin hinterfragt. Dass bisher auch in der neueren Forschung mit Konzeptionen Bourdieus der private Sektor als notwendiger Hintergrund bei der Analyse beruflicher Felder nach Bourdieu nicht explizit analysiert wurde, wird durch Bourdieu selbst nahegelegt. Eine Rückwirkung des Privaten im Feld der Wissenschaft wird erst spürbar, wenn diese selbstverständliche Tradition – mit Bourdieu – durch „Neulinge“ als Frauen, aber auch als Männer hinterfragt wird. Diese Differenzierung der Kategorie des sozialen Felds in bezug auf den bekannten beruflichen „Vordergrund“ und den meist nicht weiter explizit gemachten häuslichen „Hintergrund“ macht also die nach unseren Befunden erkennbare Doppelbödigkeit des sozialen Felds der Wissenschaft aus. Ein Wandel herkömmlicher männerdominierter Strukturen im sozialen Feld der Wissenschaft muss sich hiernach auf die Teilhabe von Männern und Frauen an beruflichen Karrieren und ebenso auf die dazugehörige Versorgung aus dem Privatbereich beziehen.

Literaturverzeichnis

Beaufaÿs, Sandra. (2003). *Wie werden Wissenschaftler gemacht? Beobachtungen zur wechselseitigen Konstitution von Geschlecht und Wissenschaft*. Bielefeld: transcript Verlag

- Beaufays, Sandra & Kraus, Beate. (2003). *Wissenschaftskultur; Geschlecht und Karriere. Karrierebedingungen für Nachwuchswissenschaftlerinnen und –wissenschaftler in der alltäglichen Praxis von Universitäten*. Darmstadt: Technische Universität
- Becker-Schmidt, Regina. (1987). Die doppelte Vergesellschaftung – die doppelte Unterdrückung: Besonderheiten der Frauenforschung in den Sozialwissenschaften. In: Lilo Unterkircher & Ina Wagner (Hrsg.), *Die andere Hälfte der Gesellschaft* (S. 11-25). Wien: Verlag des österreichischen Gewerkschaftsbundes
- Becker-Schmidt, Regina. (2007). »Class«, »gender«, »ethnicity«, »race«: Logiken der Differenzsetzung. Verschränkung von Ungleichheitslagen und gesellschaftliche Strukturierung. In: Cornelia Klinger, Gudrun-Axeli Knapp & Birgit Sauer (Hrsg.), *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität* (S. 56-83). Frankfurt am Main: Campus Verlag
- Bourdieu, Pierre. (1982). *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft* (B. Schwibs, A. Russer, Trans.). Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag
- Bourdieu, Pierre. (1985). *Sozialer Raum und ‚Klassen‘. Leçon sur la Leçon. Zwei Vorlesungen* (B. Schwibs, Trans.). Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag
- Bourdieu, Pierre. (1987). *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft* (G. Seib, Trans.). Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag
- Bourdieu, Pierre. (1997). Die männliche Herrschaft. In: Irene Dölling & Beate Kraus (Hrsg.), *Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis* (S. 153-217). Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag
- Bourdieu, Pierre. (2002). *Ein soziologischer Selbstversuch* (S. Egger, Trans.). Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag
- Bourdieu, Pierre. (2005). *Die männliche Herrschaft* (J. Bolder, Trans.). Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag
- Engler, Steffani. (1993). *Fachkultur; Geschlecht und soziale Reproduktion. Eine Untersuchung über Studentinnen und Studenten der Erziehungswissenschaft, Rechtswissenschaft, Elektrotechnik und des Maschinenbaus*. Weinheim: Deutscher Studienverlag
- Klinger, Cornelia, Knapp, Gudrun-Axeli & Sauer, Birgit (Hrsg.). (2007). *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität*. Frankfurt am Main: Campus Verlag
- Kraus, Beate. (2000). Das soziale Feld der Wissenschaft und die Geschlechterverhältnisse. Theoretische Sondierungen. In: Beate Kraus (Hrsg.), *Wissenschaftskultur und Geschlechterordnung. Über die verborgenen Mechanismen männlicher Dominanz in der akademischen Welt* (S. 31-54). Frankfurt am Main: Campus Verlag
- Kraus, Beate & Gebauer, Gunter. (2002). *Habitus*. Bielefeld: transcript Verlag
- Krüger, Helga. (1993). Die Gleichzeitigkeit von Traditionalität und Modernisierung – Weibliche Lebensführung zwischen Familien- und Berufsarbeit: Die Verschränkung zweier Lebensführungen in einer Person. In: Marlis Krüger (Hrsg.), *Was heißt hier eigentlich feministisch? Zur theoretischen Diskussion in den Geistes- und Sozialwissenschaften* (S. 64-79). Bremen: Donat Verlag
- Krüger, Helga. (2001). Geschlecht, Territorien, Institutionen. Beitrag zu einer Soziologie der Lebenslauf-Relationalität. In: Claudia Born & Helga Krüger (Hrsg.), *Individualisierung und Verflechtung. Geschlecht und Generation im deutschen Lebenslaufregime* (S. 257-299). Weinheim, München: Juventa Verlag

- Krüger, Helga. (2002). Territorien – Zur Konzeptualisierung eines Bindeglieds zwischen Sozialisation und Sozialstruktur. In: Eva Breitenbach, Ilse Bürmann, Katarina Liebsch, Cornelia Mansfeld & Christiane Micus-Loos (Hrsg.), *Geschlechterforschung als Kritik* (S. 29-47). Bielefeld: Kleine Verlag
- Krüger, Helga. (2007). Geschlechterungleichheit verstimmt: Institutionalisierte Ungleichheit in den Verhältnissen gesellschaftlicher Reproduktion. In: Cornelia Klinger, Gudrun-Axeli & Birgit Sauer (Hrsg.), *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität* (S.178-192). Frankfurt am Main: Campus Verlag
- Vogel, Ulrike & Hinz, Christiana. (2004). *Wissenschaftskarriere, Geschlecht und Fachkultur. Bewältigungsstrategien in Mathematik und Sozialwissenschaften*. Bielefeld: Kleine Verlag
- Vogel, Ulrike. (2009). Wissenschaftskarriere, Geschlecht und Fachkultur im sozialen Feld der Hochschule. Methodologische Herausforderungen. In: Brigitte Aulenbacher & Birgit Riegraf (Hrsg.), *In Zeiten des Umbruchs. Erkenntnistheoretische, methodologische und methodische Perspektiven der Geschlechterforschung. Festschrift zum 60. Geburtstag von Ursula Müller* (S. 235-247). Wiesbaden: VS Verlag

Zur Person

Ulrike Vogel, Prof. Dr., TU Braunschweig (i.R.). Arbeitsschwerpunkte: Geschlechterforschung, Wissenschaftskarrieren von Frauen und Männern, Habitus im sozialen Feld von Beruf und Familie.

Kontakt: Kötherberg 8, 38104 Braunschweig, Tel: 0531-361282.

E-Mail: u.vogel@tu-braunschweig.de

Studentinnen und Professorinnen in der Mathematik

Zusammenfassung

Mathematik gilt in Deutschland immer noch als ein eher männliches Fach, obwohl inzwischen nahezu die Hälfte der Studierenden weiblich ist. Auf den Stufen der akademischen Laufbahn gehen allerdings immer mehr Frauen verloren. Im folgenden Beitrag wird die aktuelle Entwicklung an statistischen Daten belegt. Es werden dann im Wesentlichen die Ergebnisse von zwei in Oldenburg durchgeführten Studien referiert, in denen der Frage nach der geringeren Neigung von Frauen zur Promotion in Mathematik bzw. den individuellen Erfahrungen von Professorinnen der Mathematik während ihrer Karriere nachgegangen wird. Aus beiden Studien gemeinsam lassen sich Schlüsse für eine wirksame Förderung von Mathematikerinnen für eine akademische Karriere ziehen.

Schlüsselwörter

Mathematik, Fachkultur, Promotion, Geschlechterverhältnisse, Deutschland

Summary

Women Students and Professors in Mathematics

In Germany, mathematics is widely considered a male field of interest even though nearly half of the university students in mathematics are female. More and more women drop out during the early stages of their academic career. In the article recent data are presented. Then the findings of two surveys are reported that have been conducted in Oldenburg. One of them focuses on explanations for women's relative reserve to aim at passing a PhD in mathematics and the other on individual experiences of women professors of mathematics during their career. The article suggests measures for the encouragement of young women in mathematics.

Keywords

Mathematics, disciplinary culture, doctorate, gender relations, Germany

Vor 100 Jahren, genauer im Jahr 1908 erschien die Dissertation von Emmy Noether in Crelles „Journal für die Reine und Angewandte Mathematik“. Emmy Noether war nicht die erste Frau, die in Deutschland eine mathematische Promotion beendete, aber sie war eine der ersten, die ein reguläres Studium – in Erlangen – absolvieren konnte. In Preußen, dem deutschen Teilstaat mit den meisten Universitäten, wurden Frauen erst 1908 zum Studium der meisten Fächer ohne besondere Auflagen wie Genehmigung der Dozenten zugelassen. Allerdings war es Emmy Noether nicht leicht gemacht geworden, überhaupt die Studienberechtigung, das Abitur zu erwerben. Denn sie konnte zunächst nur die Städtische Höhere Töchterschule in Erlangen besuchen, die sie mit dem Lehrerinnenexamen für Englisch und Französisch abschloss. Damit hätte sie in der Mittelstufe einer Höheren Töchterschule unterrichten können. Aber sie wollte Mathematik studieren. Zunächst konnte sie sich ab 1900 als Gasthörerin mit Genehmigung der Dozenten, bei denen sie hören wollte, registrieren. Parallel bereitete sie sich privat auf die Reifeprüfung vor, die sie als Externe 1903 in einem Gymnasium in Nürnberg erfolgreich ablegte. Danach ging sie für ein Semester an die Universität Göttingen, als

Gasthörerin. Vom Wintersemester 1904/05 an war Emmy Noether dann als Studentin an der Universität Erlangen immatrikuliert, nachdem in Bayern die Zulassung von Frauen zum Studium an Universitäten allgemein genehmigt worden war (Dick 1980).

Emmy Noether gehörte zu den jungen Frauen, denen in ihrer Schulzeit Mathematik nicht begegnete. Denn die Höheren Töcherschulen boten nur recht elementaren Rechenunterricht an, wie er etwa zur Führung eines Haushaltsbuches notwendig erschien (Kinski 1993: 163, Srocke 1989: 62ff.). Um 1900 war es in Deutschland eine schlichte Tatsachenfeststellung, dass Mädchen keine Mathematik können, da nur wenige, z.B. in sog. Gymnasialkursen, Gelegenheit hatten, sie kennen zu lernen. Diese Gymnasialkurse wurden 1893 von Helene Lange initiiert und bereiteten auf ein externes Abitur vor, mit dem die Absolventinnen z.B. an Universitäten in der Schweiz oder – mit Ausnahmegehehmigung – in Deutschland studieren konnten.

Das Jahr 1908 brachte hier eine entscheidende Wende. Im August dieses Jahres wurde in Preußen die „Neuordnung des Höheren Mädchenschulwesens“ erlassen, die es fortan Mädchen ermöglichte, auf regulärem Weg in einer öffentlichen Schule zum Abitur zu gelangen. An diesen Schulen gehörte Mathematik wie an den entsprechenden Einrichtungen für die Jungen zum selbstverständlichen Bestandteil des Unterrichts, wenn auch mit einem etwas geringeren Stundenumfang (Srocke 1989: 75, Tobies 2008: 27f.).¹

Emmy Noether konnte ihre akademische Karriere fortsetzen. Sie habilitierte 1919 in Göttingen, wurde einige Jahre später zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor ernannt und bekam einen jährlich zu erneuernden Lehrauftrag. Eine Professur, wie sie ihrer Bedeutung und ihrem Ansehen in der mathematischen Community angemessen gewesen wäre, erhielt sie indes nicht. 1933 wurde ihr wegen ihrer jüdischen Herkunft die Lehrbefugnis entzogen, sie musste emigrieren. Sie wirkte einige Zeit als Gastprofessorin am Women's College Bryn Mawr in den USA und starb 1935, bevor diese Position dauerhaft ausgestaltet werden konnte.

Wie sehen heute akademische Karrieren von Frauen in der Mathematik aus? Dieser Frage soll im Folgenden mit einem Blick auf statistische Daten und die Ergebnisse empirischer Studien nachgegangen werden.

1 Aktuelle Zahlen und Fakten

Heute, 100 Jahre nach der Mädchenschulreform, erscheint es selbstverständlich, dass Mädchen und Jungen Mathematikunterricht in gleichem Umfang und mit denselben Zielen, meist koedukativ erhalten. Die Mädchen stellen heute mehr als 50 Prozent der SchülerInnenschaft an den Gymnasien, der Studentinnenanteil an allen Mathematikstudiengängen an Universitäten und Fachhochschulen beträgt etwa 50 Prozent. Auf den Stufen der wissenschaftlichen Qualifikationen und der akademischen Karriere gehen allerdings immer mehr Frauen verloren. Einen Überblick über die Frauenanteile in Mathematik im Vergleich zum Durchschnitt aller Fächer gibt die folgende Übersicht:

1 Ausführliche Darstellungen zum Kampf um das Frauenstudium insbesondere in der Mathematik, zur Bedeutung von Felix Klein für diese Frage und zu den Berufs- und Karriereverläufen von Mathematikerinnen und Naturwissenschaftlerinnen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind insbesondere in Tobies 2008 und in Abele et al. 2004 enthalten.

Tabelle 1: Frauenanteile in Mathematik und allen Fächern²

2006	Mathematik	Alle Fächer
Studierende, davon mit Ziel Diplom. --Lehramt Gymnasien	49,4 36,4 49,9	47,8
AbsolventInnen, davon Diplom --Lehramt Gymnasien	54,3 35,5 52,1	50,5
Promotionen	24,4	41,1
Habilitationen	14,0	22,2
Professuren davon Universitäten/PH --Fachhochschulen	9,7 7,8 18,9	15,2 14,0 15,3

Der hohe Frauenanteil bei den Studierenden der Mathematik erklärt sich aus der Quote bei den Lehramtsstudiengängen. Sie liegt z.B. beim Lehramt für die Primarstufe (einschl. vergleichbarer Abschlüsse) bei 82 Prozent.

Zulassungsvoraussetzung für eine Promotion in Mathematik ist in aller Regel das Diplom oder das erste Staatsexamen für das höhere Lehramt. Es ist allerdings inzwischen eher selten, dass jemand mit Lehramtsexamen eine Promotion anstrebt. Bezieht man die Promotionsdaten ausschließlich auf die DiplomabsolventInnen, so liegt der Verlust an Frauen „nur noch“ bei 11 Prozentpunkten, im Durchschnitt aller Fächer bei 9 Prozentpunkten. Der Frauenanteil bei den Promotionen liegt zwar insgesamt deutlich unter dem Niveau beim Durchschnitt aller Fächer, er hat sich aber seit den 1980er Jahren sehr verbessert, wie noch dargelegt werden wird.

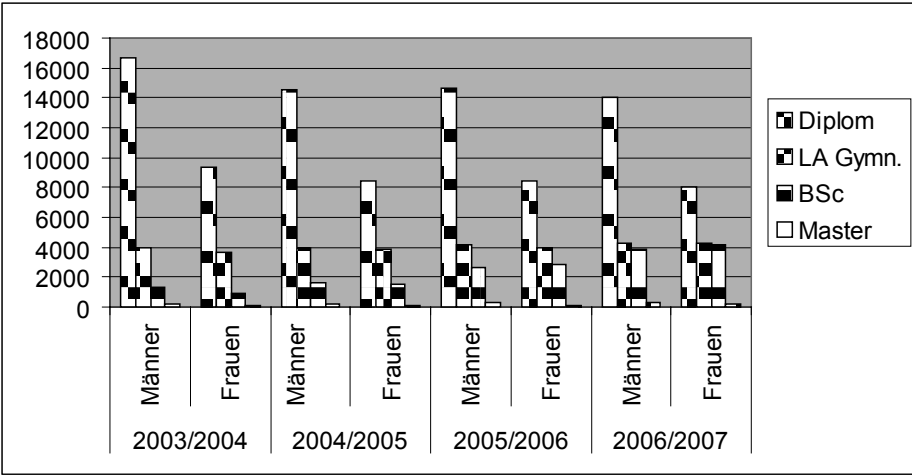
Habilitationsdaten für ein einzelnes Jahr müssen, jedenfalls bezogen auf das Fach Mathematik, sehr vorsichtig beurteilt werden, denn die absoluten Zahlen sind niedrig und daher können zeitliche Zufälle im Verfahrensablauf die Quote stark beeinflussen. Im Jahr 2006 habilitierten 6 Frauen und 37 Männer in Mathematik. In den Jahren 1997 bis 2006 war die Frauenquote bei Habilitationen für Mathematik am höchsten im Jahr 2000 mit 19,8 Prozent, am niedrigsten im Jahr 2001 mit 6,8 Prozent.

Gerade bei den Professuren ist in den letzten Jahren nicht nur der Anteil gewachsen, auch die absoluten Zahlen zeigen ein positives Bild. An den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen wuchs die Zahl der Mathematikprofessorinnen von 51 im Jahre 2002 auf 86 im Jahre 2006, bei einer Gesamtzahl, die von 1 162 im Jahr 2002 auf 1 097 im Jahr 2006 leicht abnahm. Die stärksten Zuwächse waren 2003 und 2004 zu verzeichnen, vermutlich haben hier die neu eingerichteten Juniorprofessuren eine Rolle gespielt.

Bei den Studierendenzahlen hat sich in den letzten Jahren bei den Anteilen in den Langzeitstudiengängen, die zum Diplom oder Lehramt an Gymnasien führen, kaum etwas geändert (Abb. 1). Es fällt auf, dass im Bachelorstudiengang die Frauen inzwischen in der Mehrheit sind. Etwa ein Drittel der Frauen in den Langzeitstudiengängen hat das Ziel Lehramt an Gymnasien, während es bei den Männern nur etwas über ein Fünftel sind. Diese unterschiedliche Gewichtung der gewählten Studiengänge wirkt sich nicht nur auf die Quoten bei den Abschlüssen, sondern auch mittelbar auf den Frauenanteil bei den Promotionen aus.

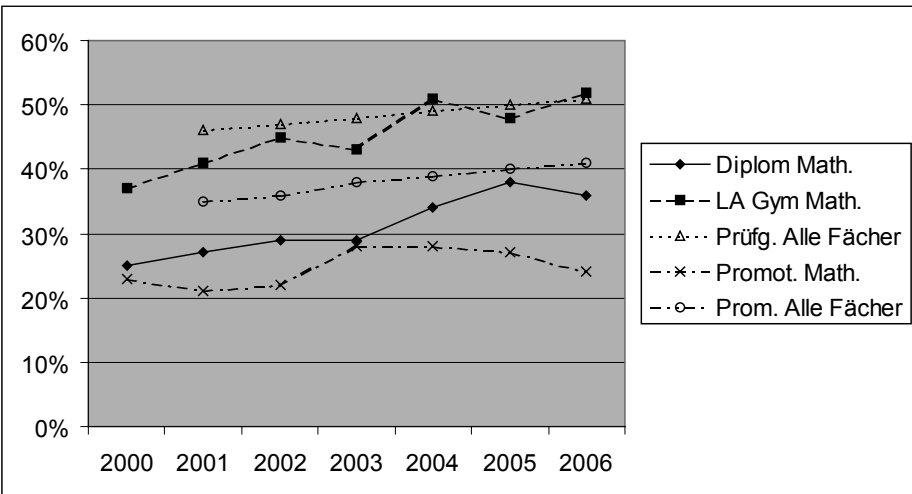
² Alle Angaben beruhen auf Daten des Statistischen Bundesamtes.

Abbildung 1: Studierende der Mathematik an Universitäten



Der zeitliche Verlauf der Jahre 2000 bis 2006 für die Frauenanteile an Prüfungen ist im folgenden Diagramm dargestellt:

Abbildung 2: Frauenanteile bei Prüfungen in Mathematik bzw. in allen Fächern



Die Frauenquote beim Staatsexamen für das höhere Lehramt für Mathematik hat entsprechend den Studierendenzahlen etwa das gleiche Niveau wie bei den Prüfungen im Durchschnitt aller Fächer erreicht. Beim Diplom erkennt man einen positiven Trend bis 2005 auf 38 Prozent und einen Rückgang auf 35,5 Prozent im Jahr 2006. Bei den Promotionen in allen Fächern gibt es geringe jährliche Zuwächse. Bei den Promotionen in Mathematik zeichnet sich kein einheitlicher Trend ab. Höhepunkt war das Jahr 2003 mit

27 Prozent, seitdem fällt der Anteil wieder ab und liegt in 2006 etwa auf der gleichen Höhe wie 2000.

Die Betrachtung der Quoten soll nun noch mit den absoluten Zahlen ergänzt werden:

Tabelle 2: Prüfungen in Mathematik, absolute Zahlen

	Diplom Frauen	Diplom Männer	LA Gy Frauen	LA Gy Männer
2000	326	999	259	437
2001	314	853	215	310
2002	355	858	242	296
2003	342	839	199	266
2004	439	856	219	208
2005	672	917	190	202
2006	564	1025	214	197

Am auffälligsten ist sicherlich der Rückgang der Lehramtsexamen von Männern auf weniger als die Hälfte gegenüber 2000, während bei den Frauen eine wesentlich geringere Abnahme festzustellen ist. Die Erhöhung des Frauenanteils erklärt sich also vor allem daraus, dass immer weniger Männer dies Examen ablegen. Auch bei den Diplomen haben die erfolgreichen Prüfungen der Männer von 2000 bis 2004 abgenommen und sind erst 2006 über das Niveau von 2000 gestiegen. Für die Zuwächse in den Jahren 2005 und 2006, die ja im Vergleich zu 2000 auch bei den Frauen sehr deutlich ausfallen, sind möglicherweise die besonders guten Arbeitsmarktchancen um die Jahrtausendwende und dadurch in diesen Jahrgängen verursachte höhere AnfängerInnenzahlen von Bedeutung.

Wie die nächste Tabelle zeigt, kommt das Wachstum bei den Frauenanteilen für mathematische Promotionen im Wesentlichen durch den Rückgang der Zahlen bei den Männern zustande. Bei den Zahlen für die Frauen ist keine wirkliche Verbesserung zu erkennen – bis auf das Ausnahmejahr 2003. Rechnet man für eine mathematische Promotion etwa drei Jahre ab dem Diplom, so sind allerdings ab 2007 höhere Zahlen zu erwarten.

Tabelle 3: Promotionen in Mathematik. Absolute Zahlen

	Frauen	Männer
2000	120	403
2001	98	375
2002	102	364
2003	164	424
2004	120	309
2005	130	344
2006	122	377

2 Eine Hürde in der akademischen Karriere – die Promotion

Nach Angaben des Wissenschaftsrates betrug der Frauenanteil an mathematischen Promotionen in der Zeit von 1986 bis 1988 durchschnittlich 10 Prozent, seit 1992 ist ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Im Jahre 1998 wurden erstmals mehr als 20 Prozent (genauer 21,9 Prozent) erreicht, während der Anteil bei den Promotionen in allen Fächern zu diesem Zeitpunkt bei 33,3 Prozent lag. Der Abstand hat sich trotz der relativen Erhöhung in der Mathematik noch vergrößert, auf 17 Prozentpunkte im Jahr 2006 (vgl. Tab. 1). Interessant ist auch ein Blick ins europäische Ausland: So lag der Frauenanteil bei den Promotionen in der Fächergruppe Mathematik/Statistik im Jahr 2003 nach Angaben der Europäischen Kommission in Italien bei 42,4 Prozent, in Portugal bei 58,3 Prozent und in Schweden bei 16 Prozent.

Die Promotion ist Voraussetzung und erste Stufe für eine akademische Karriere. Daher ist die Frage von Interesse, welche Faktoren die geringere Neigung von Frauen in Deutschland zur Promotion in Mathematik beeinflussen, denn die allgemein genannten Aspekte wie Familiengründung, Vereinbarkeitsfrage und unsichere Beschäftigungsverhältnisse zumindest an der Universität erklären die spezifische Situation in der Mathematik nicht ausreichend. In dem Forschungsprojekt „Zur Entwicklung von fachbezogenen Strategien, Einstellungen und Einschätzungen von Mathematikstudentinnen in den Studiengängen ‚Diplom Mathematik‘ und ‚Lehramt an Gymnasien‘“ stand diese Frage im Mittelpunkt.

Wie schon erwähnt liegt ein Grund für den geringeren Frauenanteil bei den mathematischen Promotionen in der Tatsache, dass Frauen zu einem größeren Anteil als Männer das Lehramt wählen, wobei sie mit dem Staatsexamen zwar promovieren könnten, dies aber entsprechend dem allgemeinen Trend in der Mathematik nur in Ausnahmefällen tun.

In dem o.g. Forschungsprojekt haben wir an 28 Universitäten in Deutschland mehr als 700 Studierende beiderlei Geschlechts getestet und zu ihrer Studienfachwahl, ihrem Interesse an Mathematik, ihren Studienerfahrungen und Selbsteinschätzungen, ihrer Einstellung zu mathematischer Forschung und einer möglichen Promotion sowie zu ihren Berufs- und Lebensentwürfen befragt.³ Die Antworten wurden mit einer Hauptkomponentenanalyse ausgewertet.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Studentinnen sich eher mit Blick auf den Beruf für den Studiengang und das Fach entschieden haben, während die Studenten vorrangig das Fach wählten, weil sie überzeugt sind, dass es ihnen besonders liegt. Bei den meisten Fragekomplexen gibt es einen deutlichen Unterschied zwischen den Studiengängen Lehramt und Diplom und im Diplomstudiengang in vielen Fällen auch Unterschiede zwischen den Geschlechtern, die im Lehramtsstudiengang kaum auftreten.⁴ Dies gilt insbesondere für die positive Einstellung zu einer möglichen Promotion wie auch zur

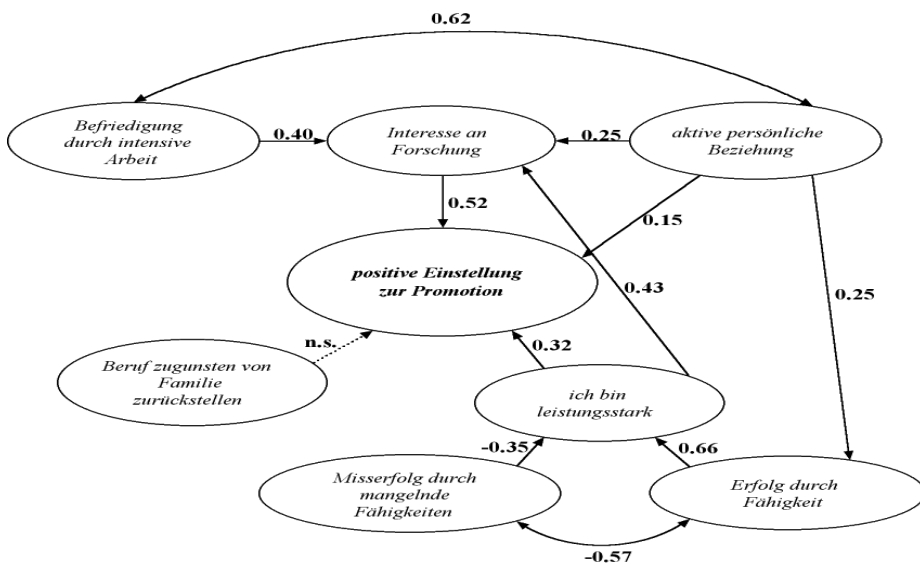
3 Das Projekt wurde vom Herbst 1999 bis Herbst 2002 gemeinsam mit der Mathematikdidaktikerin Prof. Dr. Kristina Reiss, jetzt LMU München, und Mitarbeiterinnen durchgeführt und vom Niedersächsischen Forschungsverbund für Frauen- und Geschlechterforschung in Naturwissenschaften, Technik und Medizin (NFFG) gefördert. Die vollständigen Ergebnisse sind in Curdes 2003 und Curdes et al. 2003 enthalten.

4 Ähnliche Unterschiede wurden in einer Untersuchung in Bielefeld aufgefunden (vgl. Mischau/Blunck 2006)

mathematischen Forschung. Erkennbar ist zugleich, dass die Frauen sich stärker als die Männer durch Anerkennung und Vorbild der Lehrenden motiviert fühlen.

In einem zweiten Auswertungsschritt wurde ein Strukturgleichungsmodell (Pfadmodell) berechnet, um zu bestimmen, welche der Komponenten die positive Einstellung zur Promotion wie stark beeinflusst. Leider reichte die Datenmenge nicht aus, um das Modell auch zu validieren, es stellt also nur eine einigermaßen begründete Hypothese dar. Einbezogen wurden insbesondere solche Komponenten, die für den Diplomstudiengang geschlechtsspezifische Unterschiede erbracht hatten und eine Komponente aus dem Bereich der Lebensentwürfe.

Abbildung 3: Strukturgleichungsmodell



Auffällig ist zunächst, dass die Komponente, die dem Bereich Lebensentwürfe/Vereinbarkeit zugeordnet werden kann, keinen signifikanten Einfluss auf eine positive Einstellung zur Promotion hat. Dabei ist zu bedenken, dass hier Studierende befragt wurden, für die der Abschluss und die tatsächliche Entscheidung sowohl über eine Promotion als auch über die Familiengründung noch kein aktuelles Problemfeld darstellten.

Zu erkennen ist der relativ starke Einfluss fachbezogener Komponenten auf die Promotionsneigung, wie das Interesse an mathematischer Forschung, das seinerseits wesentlich beeinflusst wird durch die Befriedigung durch intensive Arbeit, ggf. auch ohne unmittelbar sichtbaren Erfolg, und eine aktive persönliche Beziehung zur Mathematik, die gekennzeichnet ist durch Freude an der intellektuellen Herausforderung auch durch offene Probleme, am ästhetischen Charakter und an der Lebendigkeit der Mathematik. Auf der anderen Seite stehen die persönlichkeitsbezogenen Komponenten, die vor allem die Selbsteinschätzung der befragten Personen betreffen. Die Attribution von Erfolg bei mathematischen Aufgaben durch eigene Fähigkeiten korreliert negativ mit der Attribution von Misserfolg durch einen Mangel an Fähigkeiten, beides

zusammen ist eine wesentliche Quelle der Selbsteinschätzung als leistungsstark im Fach.

Die für die positive Einstellung zur Promotion wesentlichen Voraussetzungen zeigen sich bei den Lehramtsstudierenden deutlich schwächer als bei den Diplomstudierenden. Das gilt für Frauen wie Männer gleichermaßen. Bei den Diplomstudierenden dagegen ergeben sich Unterschiede zwischen den Geschlechtern: Frauen zeigen die für eine positive Haltung zur Promotion förderlichen Voraussetzungen deutlich schwächer als Männer.

Für die geringere Neigung von Frauen zur Promotion in Mathematik ist auch ihre kritische Selbsteinschätzung, insbesondere der Mangel an fachbezogenem Selbstvertrauen bedeutsam. Zudem spielt die bei den Frauen hohe Wertschätzung von Sicherheit und Klarheit in der Mathematik eine wesentliche Rolle, die die Arbeit an offenen Problemen, wie sie für Dissertationen und Forschung typisch sind, eher als Wagnis erscheinen lässt. Zudem betonen die Diplomfrauen stärker als die Männer, dass sie im Studium zu wenig Einblick in mathematische Forschung erhalten.

Die besonders kritische Selbsteinschätzung der Frauen wurde auch deutlich in den qualitativen Interviews, die die Studie abrundeten. Ein typisches Zitat einer Studentin, die entschieden hat, nicht zu promovieren, soll diesen Aspekt exemplarisch beleuchten:

„Also ich finde jemand, der promoviert, der muss richtig gut sein. Der muss zu den drei Besten seines Semesters gehören, und das tu' ich nicht.“

In einer Studie mit dem Absolventenjahrgang 1998 der Mathematik-Studiengänge Diplom und Lehramt an Gymnasien, die an der Universität Erlangen durchgeführt wurde, zeigten sich mit Blick auf den Promotionswunsch geringe Geschlechterunterschiede (vgl. Abele et.al. 2004: 81ff.).⁵ MathematikerInnen, die promovierten, zeichneten sich durch starkes Sachinteresse, sehr gute Noten und kurze Studienzeiten aus; sie hatten ihr Studium positiv erlebt und waren von DozentInnen gefördert worden. Die wissenschaftliche Laufbahn erschien jedoch nur für einen kleinen Teil der Befragten attraktiv, für Frauen noch weniger als für Männer (Abele et.al. 2004: 88). Als Gründe für die Entscheidung gegen eine wissenschaftliche Laufbahn gaben die Befragten vorrangig an, dass sie die Chancen derzeit für ungünstig hielten oder ihre eigenen Kompetenzen eher anders gelagert seien (Abele et.al. 2004: 84).⁶

3 Professorinnen in der Mathematik

Zum Fortgang wissenschaftlicher Karrieren von Frauen auch in der Mathematik sind in jüngster Zeit mehrere Studien vorgelegt worden. In fast allen Untersuchungen werden Berufsverläufe von Frauen im Vergleich mit denen entsprechender Männer analysiert.

5 Hier wurden nicht Frauenanteile an den verschiedenen Qualifikationsstufen mit den entsprechenden Daten für alle Fächer verglichen, sondern die Anteile der Absolventen bzw. Absolventinnen dieses Jahrgangs bestimmt, die promovieren wollten. Der gerade erfolgreich erreichte Studienabschluss kann für diese Frauen auch eine positive Wirkung auf das fachbezogene Selbstvertrauen gehabt und damit möglicherweise die positive Entscheidung zu einer Promotion verstärkt haben.

6 Für diese Begründungen ist keine geschlechtsbezogene Auswertung angegeben.

Zahlreiche interessante historische Beiträge in diesem Sinne hat Renate Tobies publiziert (vgl. Tobies 2008, Abele et al. 2004). Ein Projekt an der Technischen Universität Braunschweig im Rahmen der Professionalitätsforschung untersuchte Wissenschaftskarrieren nach Geschlecht und im Vergleich von Mathematik und Sozialwissenschaften (vgl. Vogel/Hinz 2004). Die Befragten waren WissenschaftlerInnen aller Statusgruppen. Ein besonders wichtiges Ergebnis ist, dass nach den Erfahrungen der Betroffenen NachwuchswissenschaftlerInnen in der Mathematik besser gefördert werden als in den Sozialwissenschaften, dabei jeweils die Männer noch stärker als die Frauen. Als Förderung wird hier die Ermunterung zu Publikationen wie zur Teilnahme an Kongressen und Übernahme von Vorträgen, die Einführung in die jeweilige scientific community und die Einladung als MitautorIn für ein Paper verstanden. Eine weitere Studie, die in einem europäischen Rahmen verortet war, wurde in Münster durchgeführt. (vgl. Zimmer et al. 2007). Auf der Basis einer repräsentativen Umfrage werden Karrierechancen und -hindernisse von AkademikerInnen an deutschen Universitäten beschrieben. Die Ergebnisse sind allerdings kaum fachspezifisch ausgeprägt.

An der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg haben wir eine andere Zielsetzung verfolgt. Wir wollten die subjektive Sicht von in der Mathematik erfolgreichen Frauen auf ihre Karriere und ihre Lebens- und Arbeitssituation und ihre persönlichen Erfahrungen in den Mittelpunkt stellen. Gemeinsam mit der Soziologin Prof. Dr. Karin Flaake und den Mitarbeiterinnen Dr. Kristina Hackmann (Soziologie) und Studienassessorin Stephanie Radtke (Mathematik und Musik) habe ich von 2002 bis 2004 eine Interviewstudie zum „Status von Frauen in der Wissenschaftsdisziplin Mathematik“ durchgeführt, gefördert wiederum vom Niedersächsischen Forschungsverbund für Frauen- und Geschlechterforschung in Naturwissenschaften, Technik und Medizin (NFFG).⁷ Ziel war es, aus den Erzählungen von besonders erfolgreichen Frauen in der akademischen Profession Mathematik die Berufsbiografien zu rekonstruieren, Muster für besonders günstige bzw. ungünstige Bedingungen einer Karriere zu ermitteln und die Wahrnehmung und Verortung in der Disziplin zu bestimmen.

Zielgruppe waren die Professorinnen der Mathematik bzw. Mathematikdidaktik an Universitäten und Technischen Universitäten sowie an diesen Institutionen auf Dauer beschäftigte habilitierte Dozentinnen, zusätzlich solche Professorinnen, die auf der Grundlage einer mathematischen Promotion inzwischen in der Informatik oder anderen Bereichen tätig sind und die emeritierten Professorinnen der Mathematik bzw. Mathematikdidaktik.

Nach umfangreichen Recherchen ermittelten wir 76 Frauen in dieser Gruppe.⁸ Es stellte sich heraus, dass an knapp der Hälfte der mathematischen Institute und Fachbereiche keine Professorin oder habilitierte Dozentin in Dauerposition beschäftigt ist. Mit 65 der Frauen konnten wir verwertbare Interviews führen. Sie alle wurden in leitfadengestützten Interviews befragt und füllten einen statistischen Fragebogen aus. Die Interviews wurden inhaltsanalytisch ausgewertet.

Fast alle diese Frauen, die wissenschaftliche Universitätskarrieren in Mathematik erfolgreich abschließen konnten, sind in ihrem mathematischen Interesse und in ihren

7 Die Ergebnisse sind in Flaake et al. 2006 dargestellt.

8 Verglichen mit den Angaben des statistischen Bundesamtes für 2002 (s.o.) haben wir außer den Professorinnen an Pädagogischen Hochschulen möglicherweise auch einige wenige an Universitäten nicht erfasst.

Kompetenzen schon früh und im weiteren Verlauf ihres Berufsweges immer wieder unterstützt und gefördert worden. Dieses Fazit korrespondiert mit den Ergebnissen des Braunschweiger Projekts (vgl. Vogel/Hinz 2004: 69).

Die Karrierewege der befragten Frauen zeichnen sich mehrheitlich durch Geradlinigkeit aus.

Zugleich wird jedoch auch von – mit jeder Qualifikationsstufe zunehmenden – geschlechtsspezifischen Diskriminierungserfahrungen in der Institution Universität berichtet. Mehr als die Hälfte der Frauen hat Kinder; sie berichten von besonderen Belastungen und Diskriminierungen.

In der Verteilung auf die mathematischen Teildisziplinen zeichnet sich bei den von uns Befragten ein leichtes Übergewicht in der Befassung mit angewandten Themen ab, soweit aktuelle Forschungsprojekte und die Lehre betrachtet werden. Die Verteilung der Publikationen der Mathematikprofessorinnen auf die Teilgebiete der Mathematik entspricht jedoch im internationalen Vergleich – mit geringen Abweichungen – der der Publikationen insgesamt.

In der wissenschaftlichen Community fühlen die Mathematikprofessorinnen sich akzeptiert, sie sind mit der Resonanz auf Publikationen und Vorträge zufrieden. Aber es gibt auch Hinweise auf Ausschlussmechanismen.

Im Folgenden sollen die Formen der Förderung an der Universität und ihre Bedeutung sowie die geschlechtsspezifischen Diskriminierungserfahrungen genauer diskutiert werden.

3.1 Förderung und Unterstützung

Im Interview wurden für die verschiedenen Phasen der Ausbildung und der Karriere Fragen nach unterstützenden Personen und förderlichen Bedingungen relativ offen, als Erzählanlässe, gestellt. Es ergab sich ein vielfältiges Bild, wie auch die Zitate belegen.

Für das Studium und die Promotionsphase werden der Betreuer, in seltenen Fällen eine Betreuerin, und häufig die Arbeitsgruppe als unterstützend genannt. Dabei kommt es auf die Möglichkeit zu ernsthaften Gesprächen an, darauf, akzeptiert und ernst genommen zu werden und zu erleben, dass der eigenen Leistungsfähigkeit Vertrauen von erfahreneren Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen entgegengebracht wird. Generell geht es also um eine ermutigende und motivierende persönliche Arbeitsumgebung. Zusätzlich spielt der eigene Arbeitsplatz im Institut mit guter Ausstattung und Zugang zu Spezialliteratur eine Rolle. In diesem Zusammenhang ist auch die Tätigkeit als studentische Hilfskraft von Bedeutung. Es folgen einige Beispiele aus verschiedenen Interviews:

„Mein Doktorvater hat mich so mental in dem Sinne unterstützt, dass er mir immer klargemacht hat, er denkt, ich kann das. Das ist auch unheimlich wichtig, das braucht man.“

„Diese ganze Gruppe, das war schon sehr nützlich. Es gab auch wirklich eine sehr freundliche Atmosphäre. Also da gehörten dann auch die Assistenten dazu, die da noch waren. Das war eine sehr gute Gruppe, die einen motiviert hat, dort weiter zu machen und es hat Spaß gemacht dort zu arbeiten.“

„Also dass da ernsthaft Gespräche geführt wurden in einem relativ frühen Stadium. Die Betreuung war eigentlich nicht so gut, aber man war in einer relativ großen, gut funktionierenden Arbeitsgruppe.“

„...weil sie (*die betreuende Hochschullehrerin, Anm. d. Verf.*) mir einfach auch den Mut und die Kraft gegeben hat, das immer wieder durchzustehen, weil man ja doch Frustphasen hat.“

Von den befragten Frauen waren 80 Prozent während ihres Studiums studentische Hilfskraft oder Tutorin, von denjenigen mit BRD-Ausbildungsbiografie sogar 95 Prozent. Eine solche Tätigkeit trägt zur Ausbildung des Interesses am späteren Forschungsgebiet bei, sie bietet aber auch Zugang zu weiterer Unterstützung und systematischer Förderung und vermittelt Anerkennung, wie die folgenden Beispiele zeigen:

„Da hab ich an einem Forschungsprojekt mitgearbeitet, wo ich mich als Wissenschaftlerin auch ernst genommen gefühlt habe, zwar sicherlich als forschende Studentin, aber trotzdem, wo ich etwas selber auch tun konnte, eigenständig etwas bearbeiten konnte. Das sind sicherlich Menschen gewesen, die mir einerseits deutlich gemacht haben, du kannst dir auch zutrauen, wissenschaftlich zu arbeiten, und die mir auch den Freiraum gegeben haben, um das zu tun.“

„Also das hatte dann so diese praktischen Auswirkungen, also ich hatte dann einen Büroplatz und war dann so etwas integriert und hatte eine persönliche Verankerung.“

Materielle Unterstützung in Form einer Promotionsstelle oder eines Vorschlag für ein Stipendium werden zwar auch genannt, aber nicht sehr häufig.

Insbesondere für die Karrierestufen nach der Promotion werden über die Integration in eine Arbeitsgruppe hinaus dann auch konkretere Formen der Förderung genannt, die insgesamt als Hilfen zur Positionierung in der wissenschaftlichen Community eingeordnet werden können. Da geht es vor allem um Tagungen, um Publikationen und um internationale Kontakte:

„Bei der Habilitation braucht man eigentlich jemand, der sich für einen einsetzt und dann mal sagt: ‚Also, diese Frau oder dieser Mann soll jetzt habilitieren und ich steh dahinter.‘ Und das hatte ich in meinem Chef, weil der dann auch – durch die internationalen Kontakte und Anerkennung von außen – Vertrauen da rein kriegte, dass das schon in Ordnung war, was ich da machte.“

„Ich fand es toll, dass sie auch darauf geachtet hat, dass ich mich platzieren muss, damit ich meinen Weg gehe, also Tagungen rausgesucht hat und gesagt hat, ‚du solltest da vortragen‘, dass sie jedes Paper von mir Korrektur gelesen hat, ohne draufstehen zu wollen.“

„Mein Doktorvater hat immer versucht, uns auf Tagungen mitzunehmen.“

„Und diese internationalen Kontakte waren dann auch was, was für mich auch interessant war, ich liebte das, da kamen immer wieder neue Aspekte in die Arbeit rein und was aber auch mein Selbstwertgefühl als Mathematikerin stabilisierte. Weil ich die Anerkennung von außerhalb kriegte, dass das, was ich mache, interessant und wichtig ist.“

Als Förderung wird also – so kann man die vielen verschiedenen Aspekte zusammenfassen – die Einbeziehung in fachliche Strukturen und Institutionen erlebt. Solche fachlichen Zusammenhänge spielen besonders in der Mathematik eine wichtige Rolle, weil eine Kommunikation mit Menschen außerhalb der Mathematik, ja sogar außerhalb des eigenen speziellen Arbeitsgebietes keinen Gewinn an hilfreicher Kritik oder verständigem Lob, an förderlichem Austausch ermöglicht. Nur über die Institutionen kann auch der Zugang zur forschungsrelevanten Literatur gewonnen werden, insbesondere zu den Fachzeitschriften. Zugleich wird dadurch Rückhalt und Anerkennung erfahren, eine wichtige Stütze für fachbezogenes Selbstbewusstsein.

3.2 Geschlechtsspezifische Diskriminierungserfahrungen

Auf die Frage nach Situationen, in denen es einem Mann anders ergangen wäre, berichten insgesamt 18 Prozent für die Zeit des Studiums⁹ von Fällen, in denen es einem Mann besser ergangen wäre, 35 Prozent für die Zeit der Promotion, 44 Prozent für die Zeit der Habilitation und 45 Prozent für den weiteren Weg.

In den frühen Karrierestufen geht es seltener um direkte Behinderung als um den Eindruck, dass die Akzeptanz infrage gestellt wird. Das gilt insbesondere dann, wenn ein Kind vorhanden ist.

„Ganz einfach, ich meine, einem Mann wäre nie gesagt worden, ‚Du kannst das nicht, weil du ein Mann bist‘, was man mir halt andersrum durchaus genauso in diesen Worten, also ‚Du kannst das nicht, weil du eine Frau bist‘ gesagt hat. Dieses Gefühl der Verunsicherung, das dadurch entsteht, das kriegt man nicht einfach so raus. Also z.B. das Arbeiten mit Ingenieuren, das war immer ganz deutlich, das hat man mir nie zugetraut.“

„Einer kam mal in mein Zimmer und sagte mir dann so, also eins müsse er mir jetzt doch mal sagen, er dünkte, dass eine Frau mit Kindern nicht in die Mathematik gehört, sondern nach Hause zu ihren Kindern.“

„Aber es war für mich nicht so, dass mich das in irgendeiner Weise grundsätzlich behindert hätte, manchmal war die Stimmung so ein bisschen schlecht. Stimmungen spielen eine wichtige Rolle, ob man das Gefühl hat, hier ist man richtig, hier ist man gern gesehen oder ob man das Gefühl hat, jetzt kommt man hier wo rein und eigentlich gehört man nicht so richtig hin, die Leute finden das eigenartig und dieses Gefühl wird stärker, je weiter man in der Hierarchie hochsteigt.“

Auf dem weiteren Weg nach der Habilitation geht es durchweg um Diskriminierung im Zusammenhang mit Berufungsverfahren.

„Bei meinem allerersten Vorstellungsgespräch bin ich zum Beispiel gefragt worden, was für ein Verhältnis ich zu Computern hätte. Dann, ob ich unter Zeitdruck arbeiten könnte. Die einzige vernünftige Antwort wäre gewesen: ‚Was glauben Sie denn, wie ich mit drei Kindern habilitiert habe?‘.“

„Einmal, in der Berufungskommission, bin ich im Gespräch gefragt worden ‚Junges Fräulein, waren Sie denn schon mal auf einer internationalen Konferenz?‘.“

„Frauen, die werden schon kritischer angeguckt. Oftmals auch einfach aus Alibifunktion wird man eingeladen. Also ich habe da wirklich Beispiele erlebt, dass man mir sagte, ‚ja, wir laden Sie ein, aber wollen Sie wirklich kommen? Wir laden Sie nur ein, weil wir eine Frau einladen müssen‘.“

Ein wichtiger Aspekt der Diskriminierungserfahrungen – neben den zum Teil verletzenden Unterstellungen und Zurechtweisungen – liegt darin, dass sie die Einbindung in die Community infrage stellen, also Ausgrenzung bedeuten können.

3.3 Mathematisches Forschungsinstitut Oberwolfach

Trotz aller positiven Erfahrungen als Mitglied der Community gibt es auch Hinweise auf Ausschlussmechanismen. Sie betreffen die Teilhabe an prestigeträchtigen Funktionen im Zusammenhang mit dem Mathematischen Forschungsinstitut Oberwolfach

⁹ Bei den nach 1960 geborenen Frauen ist dieser Anteil etwas niedriger.

(MFO).¹⁰ Es geht um die Beteiligung von Frauen an Tagungsleitungen. Im MFO finden wöchentlich Workshops oder zwei parallele Miniworkshops statt, deren Leitung aus zwei bis vier MathematikerInnen mit internationaler Beteiligung besteht, die nicht alle ProfessorInnen sein müssen. Im Normalfall haben diese Leitungsgruppen den Workshop beantragt. Sie schlagen auch vor, welche 40 bis 50 MathematikerInnen, die für das Thema im internationalen Vergleich besonders ausgewiesen sind, eingeladen werden sollen. Die Entscheidung über Anträge liegt beim Beirat. Im Internet verfügbar sind die Namen der Tagungsleitungen (seit 1995), nicht aber Informationen über die Gesamtheit der Antragstellungen oder Entscheidungsgründe für Ablehnungen.

Eine Auswertung der Daten für Workshops 1998 bis 2003 ergab 343 Veranstaltungen, von denen 314 ausschließlich von Männern geleitet wurden. Ein einziger Miniworkshop wurde in diesen sechs Jahren ausschließlich von Frauen geleitet.¹¹ Insgesamt waren 3,2 Prozent der Tagungsleitungen Frauen aus dem In- und Ausland, nicht einmal 1 Prozent der Tagungsleitungen waren Frauen aus Deutschland. Die Mathematik behauptet sich in der Institution MFO sehr deutlich als männliche Domäne – ungeachtet der Frage, ob Frauen sich womöglich mit Anträgen zurückhalten.

4 Schlussfolgerungen

Die beiden in Oldenburg durchgeführten Studien ergänzen sich in ihren zentralen Ergebnissen: Die Professorinnen-Studie zeigt, wie wirksam persönliche Förderung und Unterstützung für den Erfolg einer akademischen Karriere im männerdominierten Fachgebiet Mathematik sein kann. Die zitierte AbsolventInnen-Studie zeigt, dass schon für die Promotion eine Förderung durch DozentInnen eine wichtige Voraussetzung ist. Die StudentInnen-Studie macht dagegen deutlich, dass ohne eine solche Förderung und Unterstützung das fachbezogene Selbstvertrauen und damit auch das Interesse von Frauen an einer akademischen Weiterbeschäftigung in der Mathematik fragil bleiben kann. Dabei muss offen bleiben, ob das Phänomen, das hier als Mangel an fachbezogenem Selbstvertrauen benannt wird, nicht als ein Konstrukt anzusehen ist, das im Interaktionsprozess unter Beteiligung der jeweiligen Frau hergestellt wird und das auch die Funktion hat, die Identität als weibliche Person hervorzuheben.

Der Wissenschaftsrat hat darauf hingewiesen, dass die gängige Form der Nachwuchsrekrutierung eine entscheidende Barriere für Wissenschaftlerinnen darstellt, da sie sich de facto vor allem nach dem Prinzip der homosozialen Kooptation vollzieht (Wissenschaftsrat 2007: 23f.). Die für eine erfolgreiche Entwicklung notwendige Förderung käme damit vor allem der sozialen Gruppe zugute, die das gleiche Geschlecht wie die derzeitige Mehrheitsgruppe hat, also den Männern. Diesem Problem kann nur mit einer offensiven Gegenstrategie entgegengewirkt werden, mit der Frauen schon früh im Studium durch individuelle Ansprache, persönliche Kontakte und Einbindung als studentische Hilfskraft nachhaltige Ermutigung erfahren.

10 Das MFO hat in der internationalen mathematischen Community sehr hohes Ansehen als Tagungszentrum.

11 Der erste Workshop im MFO, der ausschließlich von Frauen geleitet wurde, fand Anfang 2005 statt.

Literaturverzeichnis

- Abele, Andrea, Neunzert, Helmut & Tobies, Renate. (2004). *Traumjob Mathematik! Berufswege von Frauen und Männern in der Mathematik*. Basel, Boston, Berlin: Birkhäuser Verlag
- Curdes, Beate. (2003). *Unterschiede in den Einstellungen zur Promotion bei Mathematikstudentinnen und -studenten. Auswertung einer empirischen Untersuchung an 28 deutschen Universitäten*. Hildesheim, Berlin: Verlag Franzbecker
- Curdes, Beate, Jahnke-Klein, Sylvia, Lohfeld, Wiebke & Pieper-Seier, Irene. (2003). *Mathematikstudentinnen und -studenten – Studienerfahrungen und Zukunftsvorstellungen* (Wissenschaftliche Reihe des NFFG, Band 5). Norderstedt: BoD
- Dick, Auguste. (1980). *Emmy Noether; 1882–1935*. Boston, Basel, Stuttgart: Birkhäuser
- Flaake, Karin, Hackmann, Kristina, Pieper-Seier, Irene & Radtke, Stephanie. (2006). *Professorinnen in der Mathematik. Berufliche Werdegänge und Verortungen in der Disziplin*. Bielefeld: Kleine Verlag
- Kinski, Isolde. (1993). Mädchen und Mathematikunterricht. In: *Didaktik der Mathematik* (3), 161-181
- Mischau, Anina & Blunck, Andrea. (2006). Mathematikstudierende, ihr Studium und ihr Fach: Einfluss von Studiengang und Geschlecht. In: *Mitteilungen der Deutschen Mathematikervereinigung* 14 (1), 46-52
- Srocke, Bettina. (1989). *Mädchen und Mathematik. Historisch-systematische Untersuchung der unterschiedlichen Bedingungen des Mathematiklernens von Mädchen und Jungen*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag
- Statistisches Bundesamt (2000-2006). *Personal an Hochschulen* (Fachserie 11, Reihe 4.4). Zugriff am 11. Januar 2008 unter <https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&CSPCHDx=000000000000&ID=1019432>
- Statistisches Bundesamt (2000-2006). *Studierende an Hochschulen* (Fachserie 11, Reihe 4.1). Zugriff am 11. Januar 2008 unter <https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1019190>
- Statistisches Bundesamt (2000-2006). *Prüfungen an Hochschulen* (Fachserie 11, Reihe 4.2). Zugriff am 11. Januar 2008 unter <https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1020890>
- Tobies, Renate. (Hrsg.). (2008). „*Aller Männerkultur zum Trotz*“. *Frauen in Mathematik, Naturwissenschaften und Technik* (2. Auflage). Frankfurt, New York: Campus
- Vogel, Ulrike & Hinz, Christiana. (2004). *Wissenschaftskarriere, Geschlecht und Fachkultur. Bewältigungsstrategien in Mathematik und Sozialwissenschaften*. Bielefeld: Kleine Verlag
- Wissenschaftsrat (2007): *Empfehlungen zur Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern*. Berlin
- Zimmer, Annette, Krimmer, Holger & Stallmann, Freia. (2007). *Frauen an Hochschulen: Winners among Losers. Zur Feminisierung der deutschen Universität*. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich

Zur Person

Irene Pieper-Seier, Prof. (em.) Dr. rer.nat., 1942, emeritierte Professorin für Mathematik an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg. Arbeitsschwerpunkte: Geometrische Algebra, mathematikbezogene Frauen- und Geschlechterforschung.

Kontakt: Institut für Mathematik, Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg, 26111 Oldenburg.
E-Mail: irene.pieper.seier@uni-oldenburg.de

Wir kämpfen uns da zusammen durch. Bildungserfolg junger Aussiedlerinnen

Zusammenfassung

Der Beitrag beleuchtet adolezente Entwicklungsprozesse einer spezifischen Migrantinnengruppe, der Aussiedlerinnen. Die innerethnische Peergroup wird in ihrer identitätsstiftenden Bedeutung für die Gruppe der bildungserfolgreichen jungen Aussiedlerinnen charakterisiert. Die Gemeinsamkeit der Peergroup beruht im Sinne des kollektiven Gedächtnisses auf geteilten Erinnerungen und gemeinsamem Erleben. In den der Gruppe eigenen Sprachschöpfungen zwischen Herkunftssprache und Zweitsprache wird die Kreativität der Peergroup sichtbar. Ausgehend von den Peergroups können sich die jungen Aussiedlerinnen der Mehrheitsgesellschaft und ihren Anforderungen öffnen.

Schlüsselwörter

Aussiedlerinnen, Migration, Identitätsbildung, Peergroup, „kollektives Gedächtnis“, Deutschland, qualitative Studie

Summary

Educational Success of Young Female Resettlers

Developmental processes in adolescence of a specific group of female migrants coming from the former Soviet Union are described. The stabilising function of the inner ethnic peer group is discussed. The cohesion of the peer group is based in the collective memory of shared experiences. The creativity of the peer group lies in neologisms, a combination of their mother tongue and the language of the host country. With the backing of their peer group the young migrants can open up to the host culture.

Keywords

Female resettlers, migration, identity construction, peer group, "collective memory", Germany, qualitative study

1 Einleitung

In Deutschland leben mehr als drei Millionen Menschen, die als Aussiedlerinnen und Aussiedler aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion einreisten (Dietz/Roll 2003: 9). Vor allem seit Abschluss der Moskauer Verträge im Jahr 1970 siedeln Deutsche aus den Gebieten der Sowjetunion, seit 1991 aus Russland, Kirgisien und Kasachstan in die Bundesrepublik Deutschland über. Von ehemals fast einer Million Russlanddeutschen allein in Kasachstan haben in den 1990er Jahren circa 700.000 Menschen das Land verlassen und sind nach Deutschland übergesiedelt (Albinsky 2002: 21). Im Ergebnis sind zu Beginn des dritten Jahrtausends die AussiedlerInnen nach den TürkInnen die größte MigrantInnengruppe in Deutschland.

Etwa ein Drittel der einreisenden AussiedlerInnen war bei der Einreise jünger als 20 Jahre. Junge Aussiedlerinnen und Aussiedler aus den Nachfolgestaaten der UdSSR, vor allem aus Russland und Kasachstan, bilden die bedeutendste Gruppe jugendlicher Einwanderer im vergangenen Jahrzehnt.

2 Stand der Forschung und Problemstellung

AussiedlerInnen fanden und finden in der bundesdeutschen Öffentlichkeit vergleichsweise wenig Beachtung. Das hängt eng mit ihrem Status zusammen. Die Elterngeneration, die die Ausreise nach Deutschland betrieb, wollte selbst nicht als MigrantInnen angesehen werden, sondern betonte ihre deutsche Identität. Die Jugendlichen müssen mit ‚Integrationsparadoxien‘ (Roll 2003: 160) zurecht kommen. Mit ihren Eltern sind sie als Deutsche nach Deutschland eingereist, nur der Status der deutschen Nationalität ermöglichte ihnen die Einreise; als Deutsche erhielten sie einen deutschen Pass, als Deutsche erhielten sie staatliche Eingliederungshilfen und Umschulungsmaßnahmen. Fremdheit hat in diesen Zuschreibungen vom ersten Tag der Einreise an keinen Platz. Entsprechend findet sich im Selbstbild der Jugendlichen kein Recht auf Fremdheit.

„Vielfach wird ihnen das Recht auf Fremdheit abgesprochen; sie müssen sich insbesondere durch die rasche Beherrschung der deutschen Sprache ‚als Deutsche beweisen‘“ (Roll 2003: 160).

Die Aufmerksamkeit der sozialwissenschaftlichen und pädagogischen Forschung richtete sich zunächst auf die nicht angepassten, zumeist männlichen Jugendlichen, die als nach Deutschland mitgenommene Kinder sich der von ihren Eltern zugewiesenen Zuschreibung als Deutsche verweigern, sich selbst als Russen bezeichnen, sich russisch fühlen und im Schutz der ‚russischen‘ Clique auf sich aufmerksam machen und negative Schlagzeilen verursachen (vgl. Strobl/Kühnel 2000). Erst seit im neuen Jahrtausend nicht mehr die Staatsangehörigkeit, sondern der Migrationshintergrund der Familie als Merkmal von Migration herangezogen wird, werden zunehmend Mädchen und junge Frauen mit Aussiedlerhintergrund Gegenstand sozialwissenschaftlicher Studien (vgl. Rohr/Schmidt 2003; Boos-Nünning/Karakasoglu 2005). Die Studie von Boos-Nünning/Karakasoglu konstatiert hohe Bildungsinteressen bei Mädchen und jungen Frauen aus Aussiedlerfamilien bei gleichzeitiger konstanter Bindung an den familiären Kontext. Die weiblichen Jugendlichen definieren sich über hohe Bildungsaspirationen, gute Deutschkenntnisse und hohe Leistungsbereitschaft (Rohr/Schmidt 2003).

Bei den jungen Frauen haben innerethnische Freundschaften einen höheren Stellenwert als interkulturelle Freundschaften. Die innerethnischen Peergroups bilden ein haltendes Netzwerk, das in hohem Maße identitätsstiftend wirkt. Diese innerethnischen Freundschaften werden als ganz wesentliche Ressource betrachtet. Sie stehen einer Integration keinesfalls – wie vielfach angenommen – im Wege. Vielmehr bieten diese Freundschaften ein herkunftsspezifisches Kapital (Boos-Nünning/Karakasoglu 2005: 161), das die Grundlage für eine erfolgreiche Interaktion mit Angehörigen der Aufnahmegesellschaft darstellt (Boos-Nünning/Karakasoglu 2005: 163). Meist sind die jeweils besten Freundinnen aus dem gleichen Kulturkreis erste Ansprechpersonen in Konfliktsituationen. Biografische Faktoren und Übereinstimmungen in der Lebenssituation spielen für die Freundschaft im homogenen ethnischen Kontext die Hauptrolle. An zweiter Stelle folgt als Vertrauensperson die Mutter (Boos-Nünning/Karakasoglu 2005: 151).

Die Studien zeichnen ein einheitliches Bild vom Freizeitverhalten der jungen Mädchen. Sie bleiben im Freizeitbereich vorrangig in der innerethnischen Gruppe (Dietz/Roll 1998: 79; Strobl/Kühnel 2000: 185; Boos-Nünning/Karakasoglu 2005: 153, 156).

Die Treffen mit den Freundinnen finden häufig im privaten Raum statt.¹ Die jungen Aussiedlerinnen verbringen ihre Freizeit weniger als andere Migrantinnen in einem ‚gemischten‘ Freundeskreis, in dem Deutsche und Migrantinnen zusammen sind (Boos-Nünning/Karakasoglu 2005: 155).

Aus den Studien geht nicht hervor, wie die jungen Aussiedlerinnen selbst ihren Bildungsweg erleben. Ambivalenzen und Brüche werden nicht sichtbar, weder hinsichtlich der Zugehörigkeit zu den Peergroups noch hinsichtlich des Verarbeitens ihrer Erlebnisse in der Mehrheitsgesellschaft.

3 Forschungsdesign

Deshalb war es Ziel meiner qualitativen Studie (Schmidt-Bernhardt 2008), die vielfältigen Facetten der Identitätsbildungsprozesse bildungserfolgreicher adoleszenter Aussiedlerinnen zu erforschen. Sechs junge Frauen aus Spätaussiedlerfamilien, die zwischen 18 und 20 Jahre alt waren und die gymnasiale Oberstufe besuchten, wurden ein Jahr lang begleitet. Zur Datenerhebung wurden im letzten Schuljahr vor dem Abitur dreimal im Abstand von jeweils vier Monaten eineinhalbstündige Gespräche geführt, in denen die jungen Mädchen über die Migrationserfahrung, über ihre familiäre und schulische Situation, ihre Freizeitgestaltung ebenso wie über ihre Lebensziele sprachen. Die mehrphasigen Interviews versprachen einen doppelten Erkenntnisgewinn; zum einen sollte die Beziehungsentwicklung zwischen Interviewerin und Probandin vertiefte Einblicke in das Erleben der jungen Frauen ermöglichen; zum Anderen konnte durch die Mehrphasigkeit eine Entwicklungsperspektive in die Untersuchung einbezogen werden, die den Blick für Entwicklungslinien und Entwicklungsprozesse der adoleszenten Probandinnengruppe ermöglicht. Um möglichst vielfältige Informationen zu erhalten, wurde die Form des minimal strukturierten biografisch-narrativen Interviews (Flick 2002: 147) gewählt. Bei der Sammlung des Datenmaterials waren manifeste Informationen ebenso bedeutsam wie Einblicke in das innere Erleben, in Bewertungen und Einstellungen der jungen Frauen.

Alle von mir befragten jungen Frauen waren als Kinder im Vorschul- bzw. Grundschulalter mit ihren Eltern nach Deutschland gekommen. Alle hatten in kurzer Zeit gute Deutschkenntnisse erworben; sie waren entweder nach der vierten Grundschulklasse aufs Gymnasium gekommen oder hatten nach zwei Jahren Realschule zum Gymnasium gewechselt. Alle strebten das Abitur an und wollten die Schule mit einem möglichst guten Notendurchschnitt im Abitur verlassen.

Die Datenauswertung erfolgte mit der von Lorenzer (1970, 1974, 1986) entwickelten tiefenhermeneutischen Methode der Textinterpretation, die Wege zum latenten Informationsgehalt der Gespräche öffnet. Diese Methode der Datenauswertung wurde gewählt, um über den manifesten Textinhalt hinaus Zugang zu finden zum inneren Erleben der Interviewpartnerinnen, zu den unbewussten Anteilen ihrer Einstellungen, zu ihren Ambivalenzen, zu ihren mannigfachen Gefühlswelten, die sich hinter ihren Aus-

1 Junge Aussiedlerinnen verbringen ihre Freizeit allerdings etwas häufiger als andere Migrantinnen auch im öffentlichen Raum, vorzugsweise in der herkunftsspezifischen Diskothek (Boos-Nünning/Karakasoglu: 140f., 143, 145).

sagen verbergen, die diese nicht nur begleiten, sondern die auch im Sinne von Verdrängungsmechanismen konträr zum gesprochenen Wort liegen können.

„Während der manifeste Sinn des Interagierens durch bewusste Lebensentwürfe (Erwartungen, Intentionen, Sorgen) bestimmt wird, verschaffen sich auf der latenten Bedeutungsebene Lebensentwürfe (Wünsche, Träume, Ängste), einen Ausdruck, welche bislang noch nicht bewusst geworden sind oder unter dem Druck sozialer Herrschaft wieder verdrängt wurden, um sich hinter dem Rücken der Subjekte verhaltenswirksam durchzusetzen“ (König 2004: 558).

Dieses Verfahren bedient sich nicht der vertrauten Wege der Deduktion oder der Induktion als Mittel der logischen Erkenntnisgewinnung, sondern gewinnt neue Einsichten über das abduktive Schließen (vgl. König 1997: 230). Um den latenten Gehalt eines Textes zu erfassen, bedarf es zum einen gezielter Fragestellungen, die hier beispielhaft genannt werden: Welche Inhalte werden aneinandergereiht? Welche Worte werden gewählt? Welche Worte werden auffallend häufig gebraucht? Nach welchen Worten sucht die Sprecherin im Textfluss? Wie wird etwas zum Ausdruck gebracht?

Zum anderen können die Irritationen, die der Text bei Hörerin und/oder Leserin auslöst, Zugang zu tieferen Bedeutungen schaffen. Dies sind Fragen wie beispielsweise die nach den Brüchen in den Sprachsequenzen, nach den Bildern, die verwundern, erschrecken oder aufrütteln, nach dem Unverständnis, das eine Äußerung auslöst. Die Tiefenhermeneutik knüpft bewusst an die Subjektivität der Forscherin an und arbeitet mit eben dieser Subjektivität (Nadig 1986). Das, was die Forscherin irritiert, weist den Weg zu neueren Erkenntnissen und zu einem vertieften Verständnis des Textes.

Voraussetzung hierfür ist die Selbstreflexivität der Forscherin. Die Forscherin, die sich ihrer subjektiven Verstrickung mit der Forschung bewusst ist, kann Irritationen im „Strickmuster“ jeweils als Hinweis auf eigene Betroffenheit, als Gegenübertragungsreaktionen, als Besonderheiten in der Beziehung erkennen. Die ethnopschoanalytische Forschung bezieht sich mit dem Hinweis auf die Subjektivität der Forscherin auf die neueren Gegenübertragungskonzepte, die die Subjektivität des Analytikers hervorheben,

„der auch in einer psychoanalytischen Situation nicht bloßer Spiegel der unbewussten Beziehungsangebote seines Gegenübers ist und ausschließlich auf dessen Übertragung reagiert, sondern durchaus eigene, subjektive Regungen verspürt, die möglicherweise auf seine eigene Biographie zurückzuführen sind“ (Rohr 1993: 23). Dieses umfassende Verständnis des Gegenübertragungsgeschehens wird der Forschungssituation gerecht (Rohr 1993: 23).

4 Die Säulen des Erfolgs

In der qualitativen Studie ließen sich drei Säulen ausmachen, die maßgeblich den Schul- und Bildungserfolg der jungen Aussiedlerinnen tragen: die Familie, die Mütter, die Peergroup. Zum einen beziehen sich die jungen Frauen explizit auf die Familie als Netzwerk. Die enge familiäre Bindung wird als Unterstützungssystem erlebt, das ihnen die Stärke gibt, in der fremden Außenwelt zu reüssieren. Die familiäre Bindung steht nicht in Widerspruch zu Bildungsaspirationen, sondern bietet als protektive Ressource eine Basis für den Erfolg außerhalb der familiären Grenzen. Familialismus und Indivi-

dualismus bestehen nebeneinander. Die familiäre Aufgabe, mit ihrem Bildungserfolg die Rechtfertigung des Migrationsprojekts zu leisten, erfüllen die jungen Aussiedlerinnen bereitwillig. Zum anderen orientieren sich bildungserfolgreiche Aussiedlerinnen vorrangig an ihren Müttern. Im Sinne Bourdieus (1982), der kulturelles Kapital und Habitus als notwendige Zugangsvoraussetzungen für die Teilhabe an privilegierten Positionen in der bürgerlichen Gesellschaft ausmacht, können bei den Migrantinnen aus Aussiedlerfamilien die Mütter als Vermittlerinnen des bereichernden kulturellen Kapitals der leistungsorientierten jungen Frauen ausgemacht werden. Die Mütter sind in besonderem Maße bestrebt, ihren Töchtern eine gute Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland zukommen zu lassen und spielen bei Planung und Begleitung von Schulkarriere und Berufsfindung eine prominente Rolle. In der Erziehung der Töchter findet sich das Delegationsprinzip, das als Wunsch nach Reparatur der migrationsbedingten Beschädigungen in der folgenden Generation zu verstehen ist. Verstehbar wird dies vor dem Hintergrund, dass die in der Sowjetunion qualifiziert ausgebildeten Mütter migrationsbedingt erhebliche professionelle Dequalifizierungen hinnehmen mussten.

Schließlich liegt eine weitere bedeutsame Ressource des Bildungserfolgs in der innerethnischen Peergroup. Auf diesen stabilisierenden Faktor in seiner Bedeutung für die Identitätsbildungsprozesse der jungen Frauen soll im Folgenden genauer eingegangen werden.

5 Positiv konnotierte ethnische Kleingruppe

Erst Vera und Irene, dann auch Alexandra und Olga² kamen zu zweit zu den Interviewterminen. Das Forschungsdesign sah Einzelgespräche vor. Entsprechend wurden die telefonischen Verabredungen mit den jungen Frauen getroffen. Dass die jungen Frauen die telefonische Verabredung ‚anders‘ verstanden hatten, löste auf Forscherinnenseite Irritation aus, ein erster Hinweis auf nicht zu vernachlässigende Beziehungen. Und diejenigen jungen Frauen, die tatsächlich alleine in die Gesprächssituation gingen, beriefen sich im Diskurs wiederholt auf die beste Freundin. Sie holten die beste Freundin sozusagen kommunikativ mit in die Interviewsituation hinein. So wurde bereits im Setting deutlich, dass die enorme Leistungsbereitschaft der jungen Mädchen auch auf ihrer gegenseitigen Unterstützung beruht. Die Peers aus der eigenen ethnischen Gruppe treten als positives Unterstützungssystem in Erscheinung, ohne das ein Zurechtkommen in der fremden Gesellschaft von Schule und Ausbildung nicht denkbar wäre.

In der Auswertung der Forschungsinterviews trat dann aber auch die Ambivalenz hinsichtlich der Zugehörigkeit zu den Peergroups deutlich hervor; einerseits erlebten die jungen Frauen sie als identitätsstiftend und haltend, andererseits aber auch als integrations- und entwicklungshemmend. Negativ konnotiert werden von ihnen insbesondere die zahlenmäßig größeren innerethnischen Gruppen, in denen sich männliche jugendliche Russlanddeutsche zusammenfinden. Lydia und Tanja betonen beide, dass sie sich von diesen Gruppen bewusst fernhalten. Sie heben ausdrücklich die negative Seite dieser Peergroups hervor, die sie abwertend als ‚Cliquen‘ bezeichnen. Die Clique

2 Alle verwendeten Vornamen sind Pseudonyme.

ist für sie der Ort, der die Entwicklung bremst, der der Integration entgegensteht, den diejenigen wählen, die den Weg in die bundesdeutsche Gesellschaft nicht finden oder nicht finden wollen. Aber auch Mädchen suchen mitunter den Zugang zu den größeren russlanddeutschen Gruppen. So spricht Tanja von den negativen Auswirkungen, die die Peers auf die Entwicklung ihrer kleinen Schwester haben.

„Ja, das versteh ich nicht, ich versteh das wirklich nicht, wieso sie da jetzt hängen bleibt, in diesen Cliquen; die ist da in dieser Mädchengruppe, und die reden auch nur russisch, und eigentlich schade, find ich, die bleibt da jetzt auch hängen, hat irgendwie nicht wirklich Zukunftsvisionen oder so was.... Es ist nicht so, dass meine Schwester jetzt total gegen Deutsche ist, das ist überhaupt nicht so; sie hat auch deutsche Freundinnen; aber es ist halt größtenteils so, dass sie halt größtenteils mit diesen russischen Freunden zusammen ist...“ (*Tanja, 20 Jahre*).

Die Gruppe, in der sich die kleine Schwester verortet, wird in vielfacher Hinsicht abgewertet. Das mehrfach gebrauchte Demonstrativpronomen ‚diese‘ unterstreicht den negativen Beigeschmack einer Gruppe, auf die man nur empört mit dem Finger zeigen kann. Die Gruppe fördert ihre Schwester nicht, sondern hält sie fest („sie bleibt da hängen“), die Gruppe bietet keine Perspektive („nicht wirklich Zukunftsvisionen“) und verhindert die sprachliche Integration. Die negativ konnotierte Gruppe bietet keine Entfaltungsmöglichkeiten und keine Integrationschancen. Eine positive Entwicklung ist für Tanja verbunden mit der Suche nach der jeweils spezifischen Individualität, mit der Suche nach dem jeweils eigenen Weg fern von derartigen gruppenkonformen Beeinflussungen. Hilfreiche Begleitung auf diesem Weg bietet ihr selbst die beste Freundin aus ihrem Kulturkreis.

Positiv konnotiert sind bei allen befragten jungen Frauen die innerethnischen Zweiergruppen und Kleingruppen. Ebenso negativ wie den engen Zusammenschluss in größeren Gruppierungen der eigenen Ethnie erleben die jungen Frauen den Kontakt zu mononationalen und monokulturellen Gruppen der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Vera beklagt die Oberflächlichkeit der Schulfreundschaften mit den deutschen Mitschülerinnen und Mitschülern und betont, wie schlecht sie sich dort fühlt; in der Dynamik der Zweiergruppe schließt sich Irene völlig den Äußerungen von Vera an.

„Das erste Jahr, wo ich dann hier auf der Schule war, bin ich eigentlich ganz gut mit den Deutschen klar gekommen, aber das hängt auch so viel mit den Noten zusammen, irgendwie, wenn du gut in der Schule bist, dann hast du sofort Freunde, ja, das ist es halt, und wenn du schlecht bist, dann bist du nun mal schlecht, also. Wo die Noten schlechter wurden, dann wurde auch der Kontakt zu den anderen schlechter, automatisch, dann wurde ich irgendwie gleich, dann wurde ich komisch angeguckt und irgendwie, ja, was ist denn jetzt mit der los und entweder es gibt dann auch so hinterlistige Leute, die fragen, ja, was ist denn los und so, die tun so, als ob ich, als ob sie sich Sorgen um mich machen würden, obwohl das gar nicht stimmt, das ist nur so, weil die fragen, damit sei das dann weiter erzählen können, das ist so was von oberflächlich, ja, da kannst du keinem vertrauen, gar keinem, und so ist es dann auch gekommen, dass ich dann diesen Kontakt nicht mehr von mir selber auch nicht mehr haben wollte, und von den anderen kam dann natürlich auch nichts mehr.“ (*Vera, 19 Jahre*).

Irene ergänzt:

„Ich denk mal. Das ist bei mir auch so, weil, ich weiß nicht warum, aber an dieser Schule fühl ich mich einfach nicht wohl, das ist von Anfang an, seit der fünften Klasse... also, ich weiß nicht warum, aber an dieser Schule gibt es einfach niemanden, zu dem ich so einen Bezug hab, wo ich sagen könnte, das ist

ein Freund, oder dem vertrau ich irgendetwas an, und wenn man so was nicht hat, also dann, für mich ist es zum Beispiel auch wichtig, nicht einfach nur diese Oberflächlichkeit, als Freundschaft, Hauptsache, irgendwie, dass ich jemanden hab zum Weggehen oder so, also für mich gehört zu Freundschaft halt ein bisschen mehr, es ist halt Vertrauen und wem ich mich halt selber anvertrauen kann und so, und das gibt es halt an dieser Schule nicht.“ (Irene, 19 Jahre).

Die lockeren und oberflächlichen Kontakte mit den deutschen Mitschülern und Mitschülerinnen bieten nicht nur wenig Unterstützung, sie sind in der Wahrnehmung von Vera und Irene regelrecht gefährlich. Hinterlistig, berechnend und falsch sind die Deutschen. Von Vertrauen ist wiederholt die Rede, doch im negativen Sinne; es geht immer wieder um das missbrauchte Vertrauen. Das wiederholte Erwähnen des ‚Vertrauens‘ deutet darauf hin, dass sich die jungen Frauen vertrauensvolle Beziehungen zu den deutschen Mitschülerinnen und Mitschülern gewünscht haben und wünschen, doch wiederholt in ihrem Vertrauensvorschuss bitter enttäuscht wurden. Alle Erfahrungen sind dazu angetan, sich von den deutschen Mitschülerinnen und Mitschülern fernzuhalten, um nicht erneut enttäuscht zu werden.

Einzig die innerethnischen Kleingruppen sind es, die den jungen Frauen Stabilität und Sicherheit in ihrer Identitätsentwicklung geben. Darin liegt eine Erklärung für das Phänomen, dass sich die jungen Frauen der tendenziell verunsichernden Interviewsituation vorzugsweise zu zweit stellen und dass diejenigen, die alleine kommen, in den Gesprächen immer wieder Fäden zu den Abwesenden knüpfen. Lydia und Tanja, die alleine in die Interviewsituation gehen, beziehen sich in ihren Diskursen immer wieder aufeinander; sie verdeutlichen immer wieder, wie eng ihre Freundschaft ist. Tanja unterstreicht wiederholt ihre Verbundenheit mit Lydia; Lydia orientiert sich in ihrem Lebensentwurf, ihrem Studien- und Berufswunsch an der älteren Tanja.

Alle betonen in den Gesprächen, wie viel sie von der jeweils anderen wissen, wie vergleichbar ihre Geschichte und ihr Erleben sind. Wichtig scheinen die Zweiergruppen als kleinste ethnische Gruppen zu sein; die Verbundenheit in der Zweiergruppe ist eine besondere Unterstützung in der Einsamkeit der fremden Welt. Bei Vera geht das so weit, dass sie sagt, sie hätte ohne die Unterstützung von Irene ihr psychisches Tief im Jahr zuvor nicht überlebt. Nur ausgewählte wenige Menschen dürfen in Ausnahmefällen den Kreis der Zweiergemeinschaft erweitern, so beispielsweise, wenn Vera sich neben Irene auch auf Alexandra und Olga als ihrem Netzwerk zugehörig bezieht. Irene hat neben Vera als beste, sie immer stützende Freundin ihre Cousine, die die gleiche Migrationsgeschichte hat wie sie selbst und mit der sie von klein auf zusammen ist.

In der Gemeinsamkeit zu zweit liegt eine bedeutsame Ressource der positiven Lebensgestaltung. Die allerorten existierende Fremdheit lässt sich am besten in der Kleingruppe der in gleicher Weise Betroffenen aushalten und für einen Moment ausschalten und vergessen. Die anderen jungen Menschen in vergleichbarer Situation geben die Möglichkeit der Spiegelung, bieten die Chance ein Miteinander ohne Fremdheit zu erleben und vermitteln ein seltenes kostbares Gefühl von Geborgenheit. So finden die jungen Frauen durch die innerethnische Kleingruppe Halt in der schulischen Lebenswelt. Sie hilft ihnen bei ihrer Identitätsfindung zwischen den Welten von Familie und Schule. Dieser Halt basiert auf den unverbrüchlichen Gemeinsamkeiten, die das Gefühl, sich in der fremden Welt verloren zu fühlen, abschwächen.

6 Basis der Kleingruppe

6.1 Gemeinsamkeit im Erinnern und Erleben

Olga hat Erfolg in der gymnasialen Oberstufe und ist doch unglücklich:

„Also, mir ist es schon manchmal ziemlich schwer in der Klasse, also, wenn man sich da verspricht oder ein Referat hält, vielleicht irgend ein kleiner Fehler, oder es ist supergut, das Referat, dann hat man vielleicht 14/15 Punkte bekommen, und da kommen dann die Schüler und ‚Wie habt ihr das geschafft, das kann doch gar nicht sein‘ und dann kommen da so Hinterlistigkeiten und dann machen die dir alles kaputt. Ich find es hier auch ganz schön oberflächlich, und dass hier jeder irgendwie für sich selber kämpft, irgendwie, dass hier keiner auf jemanden Rücksicht nimmt, nur an sich denken, Hauptsache ich hab mein Ding irgendwie jetzt durchgezogen, und was du jetzt hast, ach das ist mir sowieso egal, und irgendwie so, als ob hier jeder gegen jeden kämpft, und so was find ich irgendwie, das ist überhaupt nicht mein Ding, das hab ich mir irgendwie nicht so vorgestellt“ (*Olga, 19 Jahre*).

Sie alle erleben die aktuelle Schulsituation äußerst ambivalent. Zum einen ist die Schule der Ort, an dem sich ihr Erfolg manifestiert, zum anderen bleibt ihnen genau dieser Ort fremd, abweisend und ungastlich. Allen Bildungserfolgen zum Trotz erleben die jungen Frauen die deutsche Schule, den Ort ihres Erfolgs, durchweg negativ. Übereinstimmend werfen sie dem System vor, die deutschen Mitschülerinnen zu bevorzugen; sie beklagen mangelnde Transparenz in der Notengebung; sie vermissen Klarheit und Eindeutigkeit in den Leistungsanforderungen. Sie leiden unter der Anonymität des Oberstufensystems und werfen den Lehrerinnen und Lehrern vor, kein Interesse an ihren Schülerinnen und Schülern zu haben. Übereinstimmend schildern sie die Verbundenheit in der innerethnischen Kleingruppe als Basis ihres Schulerfolgs in der fremden abweisenden Schule. In ihrem negativen Erleben des deutschen Schulsystems finden sie zusammen. Diametral entgegengesetzt ist bei allen die Gemeinsamkeit der Erinnerungen und Phantasien hinsichtlich von Schule und Schulsystem im Herkunftsland. Die jungen Frauen ergänzen sich in ihrer Schilderung des gut versorgenden Schulsystems in der alten Heimat.

So erzählt Olga:

„Die Disziplin und so, die in Russland einem gegeben wird, lerne und so, es ist wichtig, lerne, das steckt bei mir noch ein ganz kleines bisschen drin; also in Russland war das auch strenger, das war einfach, mach, mach, lern, lern (Alexandra bestätigt lautstark) und man merkt ja auch die von Russland kommen, die setzen sich hier hin, lernen die deutsche Sprache, Natalja zum Beispiel, oder Tanja, die hat es zum Beispiel innerhalb von vier Jahren es so weit gebracht, dass sie von der 10. Klasse von der Realschule aufs Gymnasium konnte und jetzt sogar eine der besten ist, obwohl sie nur vier Jahre in Deutschland ist.“ (*Olga, 19 Jahre*)

Und sie fährt fort:

„Also das spielt auch ne große Rolle für mich, in Russland hat man mehr Respekt vor Lehrern als hier, also hab ich jedenfalls das Gefühl, hier gibt es zwar auch Lehrer, vor denen man Respekt hat, aber in Russland war das wirklich eine Vorbildsperson; wenn man hier so einige Lehrer an der Schule sieht, dann also, hab ich persönlich keinen Respekt davor, und wenn man keinen Respekt dann, ich weiß nicht, ist schon ne andere Sache, als wenn man Respekt hat und dann auch von dem lernt“ (*Olga, 19 Jahre*).

Alexandra ergänzt in bitterer Kritik des deutschen Schulsystems:

„Die Disziplin geht verloren. Wenn man erst mal in diesem Schulsystem drin ist, wo sag ich mal so direkt, nicht viel verlangt wird, hier ist es ja so, wenn du lernen willst, dann lernst du, wenn du nicht lernen willst, dann lernst du nicht, es gibt dann entweder sitzen bleiben oder ganz von der, ganz von der Schule gehen, andere Konsequenzen gibt es, finde ich, nicht, und drüben war es ja, also ich hab noch ein Jahr Prügelstrafe mitgekriegt auf der Schule, oder sogar zwei Jahre waren das, das alles mit der Uniform, und dass man da auch von Lehrern so mit diesem Zeigestock verprügelt worden ist, also mitten im Unterricht, wenn man was falsch gemacht hat und dieser ganze Druck um das Lernen, jeder Schüler hat so ein Tagebuch gehabt, für die Schule, Schultagebuch, da wurden jede Stunde, wenn man irgendwie Hausaufgaben aufgehört hat oder irgendwelche Merksätze auswendig zu lernen, da musste man die da eintragen, hat man fast jeden Tag ne Note in der Schule gekriegt, fast in jedem Fach, wenn man was vorgelesen hat oder so, zum Beispiel, wenn der Lehrer sagt, lest mal unter der Woche, und da mussten die Eltern jeden Tag eintragen, wie viel der Schüler gelesen hat, in das Tagebuch, in das Tagebuch rein, und das wurde unterschrieben, das war die Konsequenz, wenn man schlechte Noten gehabt hatte, kam man nach Hause und man hat schon den Soldatengürtel hängen sehen, und das war so, Prügel zu Hause, und deswegen hat man sich auch hingewetzt und hat gelernt; und hier, schlechte Note, pü, nächstes Mal wird's vielleicht besser“ (Alexandra, 20 Jahre).

Beide beschwören in ihrer Schilderung die unerbittliche Strenge und Härte des russischen Systems. Das wiederholte ‚lern, lern‘ noch verstärkt durch das ‚mach, mach‘ verdeutlichen den Lernrhythmus. ‚Disziplin‘, ‚Druck‘ und ‚Respekt‘ sind Schlüsselbegriffe in der Charakterisierung des russischen Systems. Olga wiederholt den Begriff ‚Respekt‘ hinsichtlich der geforderten Einstellung gegenüber Lehrerinnen und Lehrern viermal in einem Satz. Im Respekt liegt die Ergänzung zu Disziplin und Druck. Durch diese Kombination erscheint das System als kongruentes Leistungssystem. Gleichzeitig verweist der mangelnde Respekt vor den Lehrern im deutschen Gymnasium ebenso wie die verlorene Disziplin auf ein System, in dem Orientierungslosigkeit das entscheidende Merkmal ist. Die Orientierungslosigkeit in einem Schulsystem, in dem sie sich nicht aufgehoben fühlen, verbindet sie wie die Sehnsucht nach einem versorgenden Ort. Gemeinsam ist ihnen die Idealisierung des russischen Schulsystems, unabhängig davon, ob sie es noch aus eigenem Erleben in der Grundschule oder aus den Überlieferungen von Eltern und Geschwistern kennen.

Die Irritation über dies wiederholt auftauchende Phänomen löst sich auf im Kontext der Theorie des kulturellen Gedächtnisses. Nach Assmann umfasst das individuelle Gedächtnis weit mehr als den Erfahrungsschatz, der durch eigenes Erleben erworben wurde. Jedes Individuum baut seine Erinnerungen auf den Erinnerungen der Kultur auf, auch auf solchen, die er oder sie nicht selbst erlebt hat (Assmann 2007: 209). Die Grenze zwischen dem selbst Erlebten und dem von anderen Erzählten ist durchlässig. So beeinflusst das kulturelle Gedächtnis der ethnischen Gruppe das jeweilige individuelle Gedächtnis und formt die gemeinsame Erinnerung der Gruppe.³

3 Vergleichbares gilt für nationale Identitäten. In jüngerer Zeit gewinnen die ethnischen Identitäten auf Kosten der nationalen Identitäten an Gewicht. „Das offensichtliche Beispiel dafür sind die USA, wo nationale Mythen und Visionen an Farbe und Überzeugungskraft verloren haben, um ethnischen Identitäten Platz zu machen. Der nationale Mythos hatte von jedem Einwanderer verlangt, seine Herkunft und Geschichte aufzugeben, um sich ganz dem gemeinsamen nationalen Projekt zu widmen. [...] Die Metapher für dieses Nationenkonzept, den ‚Schmelztiegel‘ hat man inzwischen gegen die ‚Salatschüssel‘ ausgetauscht, in der Vielfalt der Herkunft und Differenz der Erfahrungen erhalten bleiben“ (Assmann 2007: 250).

„Das Gedächtnis des Individuums ist immer schon in größere Zusammenhänge eingebettet, an denen es teilhat und mit denen es interagiert: die soziale Gruppe der Familie oder der Generation, das Kollektiv der Ethnie oder der Nation, das Zeichensystem der Kultur“ (Assmann 2007: 206).

So erklärt es sich, dass die erzählte Geschichte von der ‚guten versorgenden Schule in Russland‘ nicht auf persönlichem Erleben beruhen muss. Erzählte und selbst erlebte Geschichte stimmen nicht überein. Mitunter klingen die Erzählungen schablonenhaft in ihrer Wiederkehr.⁴ Die Identitätsfindung der jungen Frauen in der ethnischen Kleingruppe basiert auf dem kulturellen Gedächtnis, in das das individuelle Gedächtnis eingebettet ist. In der Wechselwirkung aktiviert die Kleingruppe ständig das kollektive Gedächtnis und bestärkt die vergleichbaren Verarbeitungsmodi. Der Gruppenzusammenhalt basiert auf dem kollektiv vergleichbaren Umgang mit der Vergangenheit. Davon lebt die innerethnische Gruppenbildung.

Das individuelle Gedächtnis, die jeweils individuelle Erinnerung an Kindergarten und Schule im Herkunftsland rückt in den Hintergrund. Auch diejenigen, die aufgrund ihrer biografischen Situation kaum noch oder gar keine eigenen Erinnerungen an die Schule in Russland oder Kasachstan haben, stimmen mit den anderen in ihren positiven Schilderungen des dortigen Schulsystems überein. Das individuelle Gedächtnis der jungen Frauen ist nicht ohne das kulturelle Gedächtnis der sozialen und ethnischen Gruppe denkbar. Es steht in engem Zusammenhang mit dem kulturellen Gedächtnis.

Gemeinsam ist den jungen Frauen auch, dass der Ort des kulturellen Gedächtnisses im räumlich-geografischen Sinn weit entfernt ist. Sie beziehen sich alle auf einen Ort, der für sie enorme Bedeutung hat, den sie sich nur virtuell in der Medienwelt und diskursiv im gemeinsamen Austausch heranholen können (vgl. Assmann 2007: 217ff.). Gemeinsam sind ihnen die Spaltungsmuster in die gute versorgende Schule in Russland einerseits und die schlechte, weil ausschließende Schule in Deutschland andererseits. Gemeinsam ist ihnen die Idealisierung einerseits, ebenso wie die Gefühle von Fremdheit und Ausgeschlossenheit andererseits. Und gemeinsam ist ihnen auch jenseits von Idealisierung und Fremdheit der schulische Erfolg in der deutschen Schule. In der Idealisierung der ‚guten‘ Schule finden sie zusammen; sie entwickeln Bilder und Phantasien von einem ‚guten, versorgenden‘ Ort, der sie das Fremdheitsgefühl ertragen lässt. So lässt sich gemeinsam der Bildungserfolg erringen und stabilisieren.⁵

4 Ähnliches gilt auch für Flucht- und Migrationsgeschichten. So berichtete ein in der Flüchtlingsberatung tätiger Pfarrer von stereotyp immer wiederkehrenden Erzählungen der biografischen Flucht- und Vertreibungserlebnisse. Die Stereotypie im Erzählen ist verbunden mit einer Dissoziation zwischen erzähltem Sachverhalt und erlebtem Gefühl. Die dadurch weitgehend gefühllose Erzählung größter Grausamkeiten wirkt entsprechend schablonenhaft (mündlicher Bericht aus der Flüchtlingsberatung von amnesty asyl, Marburg).

5 Was für die Kleingruppe der jungen erfolgreichen Frauen hinsichtlich der Schulerfahrungen gilt, lässt sich wieder finden hinsichtlich der Verarbeitung der kollektiven historischen Erfahrungen der ethnischen Gesamtgruppe der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, insbesondere der traumatischen Migrationsgeschichte. Vgl. hierzu die Studien von Rosenthal zu den Reinterpretationen der Vergangenheit bei Familien von Deutschen aus der Sowjetunion (Rosenthal 2005).

6.2 Gemeinsame Sprache und Sprachkreationen

Eine weitere Verbundenheit finden die jungen Frauen in der innerethnischen Peergroup in ihrem Umgang mit den verschiedenen Sprachen. Wenn Integration – oder mehr noch mangelhafte bzw. missglückte Integration thematisiert wird –, dann geht es immer in erster Linie um Sprache. Probleme mit der deutschen Sprache werden vorrangig genannt, Abhilfe wird in Sprachförderung gesucht.

„Wenn von Sprachproblemen der Migranten die Rede ist, sind immer Probleme in Deutsch gemeint; deren Sprachschwierigkeiten sind immer nur Schwierigkeiten in Deutsch; und wenn Migranten verstummen, dann verstummen sie auf Deutsch“ (Hinnenkamp 1998: 142, zitiert nach Roll 2003: 162).

Unumstritten ist, dass eine gute Kenntnis der Sprache des Aufnahmelandes integrationsfördernd ist und zugleich identitätsbildend. Für die komplexen Identitätsbildungsprozesse in der Adoleszenz spielt der Umgang mit der deutschen Sprache eine entscheidende Rolle.

In jüngster Zeit wird im Rahmen von Migrations- und Sprachforschung darauf hingewiesen, dass der Kompetenz in der Sprache des Herkunftslandes eine ebenso wesentliche Funktion für eine gelingende Identitätsentwicklung zukommt. Erhalt und Weiterentwicklung der Kompetenzen in der Erstsprache werden als der intellektuellen und emotionalen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen förderlich angesehen und als Voraussetzung einer erfolgreichen Aneignung der Zweitsprache begriffen.⁶ Der Erstsprache kommt lernpsychologisch eine große Bedeutung für den Zweitspracherwerb zu (Königs 2002: 25ff.). Handlungsräume, in denen den Jugendlichen eine positive Bezugnahme auf die Erstsprache Russisch möglich ist, tragen zu ihrer Selbstverortung bei. Überall dort, wo dies erkannt wird, finden sich an Schulen Projekte und Konzepte zur Förderung der muttersprachlichen Kompetenz von Migrantinnen und Migranten. Über die Sprache ist eine positive Beziehung zur Herkunftskultur möglich, die eine gesunde Basis schafft, von der aus das Wagnis des sich Einlassens auf die neue Kultur gewagt werden kann.

Und in allerjüngster Zeit schließlich wird deutlich, wie viel Potenzial in der Verbindung beider Identitäten und damit auch in der Verbindung beider Sprachen liegt. Die jungen Migrantinnen und Migranten wollen die eine Sprache nicht vergessen und die andere Sprache gut beherrschen (vgl. Roll 2003: 160). In ihrem Umgang mit beiden Sprachen liegt ein besonderes Potenzial. Die beiden Sprachen erfüllen unterschiedliche Funktionen und bedienen unterschiedliche Identitätsanteile. Den jungen Mädchen in den innerethnischen Peergroups ist gemeinsam, dass sie Russisch als Familiensprache sprechen und Deutsch als die Sprache ihres Bildungserfolgs begreifen. Und ganz so, als wollten sie ihre besondere Identität zwischen den Kulturen unterstreichen, entwickeln sie im Miteinander der Peergroup die dritte Sprache, die nur ihnen zugänglich ist. Der Umgang mit beiden Sprachen führt zu hybriden Sprachmischungen, in denen ein krea-

6 Vorhandene Wissensbestände sind beim Aufbau von Mehrsprachigkeit von zentraler Bedeutung. „Dabei ist zu beachten, dass sich diese Wissensbestände keineswegs nur auf die sprachliche Oberfläche und damit auf das jeweilige sprachliche System beziehen, sondern vielmehr auch auf die Metaebene und damit auf die Fähigkeit des lernenden Individuums zur Reflexion.“ (Königs 2001: 265)

tiver Umgang mit dem Leben zwischen den Kulturen zum Ausdruck kommt. Diese hybriden Sprachmischungen sind eine besondere Jugendsprache, zugeschnitten auf diese spezifische Migrantenjugendlichengruppe mit dem ihr eigenen kulturellen Hintergrund.

„Der Zusammenhang zwischen Jugendsprache, Gruppenzugehörigkeit und jugendkulturellen Aktivitäten wurde in der Jugendsprachforschung mehrfach herausgestellt. [...] Jugendsprachen formieren sich in Gemeinschaften (Szenen) mit gemeinsamen Interessen, Lebenserfahrungen und Wissensbeständen.“ (Roll 2003: 167)

Roll versteht unter Jugendsprache den Sammelbegriff für sprachliche Handlungen, die von Jugendlichen, jeweils abhängig von ihrer Gruppenzugehörigkeit und sozialen Position, habituell verwendet werden.

Im Umgang mit beiden Sprachen und in der Verbindung beider Sprachen liegt der Schlüssel zur Verbindung beider Identitäten. Oder anders herum gesagt, die Verbindung beider Identitäten bedeutet immer auch die Verbindung beider Sprachen. Die neue Mischsprache, die die jungen Frauen untereinander mit großem Spaß weiterentwickeln, ist ein eigener Raum, ein Übergangsraum, den ihnen niemand streitig machen kann und in den niemand eindringen kann. In diesem Raum sind sie ganz für sich, denn sie verstehen sich nur untereinander und können auf diese Weise den Raum geschlossen halten. Roll spricht in diesem Zusammenhang von einer ‚Nischenkultur‘ (Roll 2003: 167). In dem Begriff der Nische wird deutlich, dass es um einen eigenen Raum geht, einen eigenen Sprachraum allein für die Gruppe; eine Nische ist ein kleiner geschützter Raum, ein Raum, in dem man zusammenrückt, um unter sich zu sein. Der Raum passt zu einer zahlenmäßig kleinen Gruppe und deutet Geborgenheit an.

Die Freude über die Sprachkreationen ist groß; der Spaß, immer wieder neue sprachliche Verbindungen zu schaffen, ungebrochen. Hier kommt die neue schöpferische kulturelle Identität der jungen Frauen zum Tragen.

„Der Begriff der ‚kulturellen Identität‘ konzeptualisiert ein Verständnis von Identität, in dem gerade die Abweichung von der kulturellen Norm – soweit diese überhaupt noch beschreibbar ist – zur Grundlage von Identität erklärt wird. Unter den Bedingungen einer pluralisierten Gesellschaft ist es genau das ‚Nicht-Identische‘, was heutzutage Identität ausmacht: die spezifische Erfahrung, die einen von vielen/ allen anderen unterscheidet, aber auch mit einigen wenigen anderen verbindet.“ (Keupp u.a. 2002: 172)

Hier wird deutlich, was es ausmacht, wenn es den Aussiedlerinnen gelingt, die Lebenswelten, die ja auch Sprachwelten sind, in ihrem inneren Erleben zusammenzubringen. Die Wertschätzung dieser Sprachmischungen sagt auch etwas über die Wertschätzung der Sprecherinnen und Sprecher aus. Die hybriden Sprachmischungen werden von der Mehrheitsgesellschaft kaum wahrgenommen, geschweige denn als kreative Prozesse anerkannt oder wertgeschätzt.

In diesem Kontext wird die heftige Kritik der jungen Frauen an den von ihnen so genannten ‚Russencliquen‘ verstehbar. Die Kritik bezieht sich stark auf die sprachliche Ebene. Heftig kritisieren die jungen Frauen, dass in den ‚Russencliquen‘ fast ausschließlich Russisch gesprochen wird. Sie grenzen sich vehement von diesen Gruppen meist männlicher jugendlicher Aussiedler ab. Charakteristisch für diese ‚Cliquen‘ ist – so die jungen Frauen – die Eindeutigkeit in der Selbstzuschreibung als ‚Russen‘. In diesen

‚Cliques‘ fehlen die deutschen Anteile oder werden verleugnet. Die ‚Russencliquen‘ identifizieren sich völlig mit der gängigen Fremdzuschreibung als ‚Russen‘ und übernehmen sie in ihre Selbstzuschreibung. Es sind die Migrationsverlierer, die sich mit Russland identifizieren, und das manifestiert sich auch sprachlich.⁷

Die Kritik der jungen Frauen an den ‚Russencliquen‘ bezieht sich auf die Starrheit in der Zuschreibung. Sie kritisieren, dass die männlichen Jugendlichen, die sich in den Cliques zusammenfinden, sich nur innerhalb dieser Cliques bewegen, keinerlei Interesse an Integration zeigen, kein Interesse an dem Erwerb der deutschen Sprache haben. Die jungen Frauen hingegen begreifen ihre ethnischen Kleingruppen als Basis, von der aus sie den Schritt in die mitunter feindliche Welt wagen, als Basis, in die sie immer wieder zur Verarbeitung ihrer ‚draußen‘ gemachten Erfahrungen zurückkehren, als Basis innerhalb derer sie kreativ mit ihrer Identitätssuche umgehen können.

7 Die Erweiterung des Raums

Auf dem Weg der Identitätssuche kommen die jungen Frauen auch in Kontakt mit Jugendlichen aus anderen ethnischen Gruppen. Der Schritt aus der innerethnischen Kleingruppe in die transethnische Gruppe ist Teil des Lebens in einer sich pluralisierenden Gesellschaft. Als neue Ressource der Jugendlichen entstehen transethnische Netzwerke (Beck-Gernsheim 2004: 100), deren Wert die jungen Aussiedlerinnen hervorheben: Irene besucht vornehmlich Diskotheken, in denen Jugendliche verschiedenster Nationalität und Hautfarbe zusammen kommen; Lydia versteht sich bei ihrem Job an einer Autobahnraststätte besonders gut mit einer Polin; Olga hat eine Freundin aus dem Kosovo; Alexandra sagt, dass ihr bester Kumpel Pole sei.

Die Aussiedlerinnen betonen, dass sie in den lockeren Freundschaftsbeziehungen zu jungen Menschen aus anderen Kulturen gemeinsame Verbindungslinien entdecken und sich auf vergleichbare Erfahrungen beziehen, ohne sich dabei einerseits eingeeignet zu fühlen, wie es der Fall wäre, wenn sie ausschließlich innerhalb der eigenen Ethnie blieben. Andererseits fühlen sie sich aber auch nicht unverstanden, wie es im ausschließlichen Kontakt mit den Jugendlichen aus der deutschen Mehrheitsgesellschaft der Fall wäre, deren monokultureller und mononationaler Blick an ihnen vorbeischaute. In der Schilderung der Freundschaften mit jungen Menschen aus anderen Kulturen werden die kreativen Möglichkeiten des ‚dritten Raums‘ (Bhabha 1990; 2000) sichtbar. Im Zusammensein mit den Menschen unterschiedlicher Herkunft kann jenseits der Polarität der Kulturen in der Vielfalt (diversity) ein neuer Raum kultureller Identität, der hybriden Identität entstehen (Rohr 2005: 25). In der Möglichkeit, zwischen der innerethnischen Kleingruppe und der größeren transethnischen Gruppe zu pendeln, liegt die Chance den eigenen Spielraum zu erweitern und sich selbst im Vergleich mit Anderen neu zu entdecken. Von hier aus können die jungen Frauen erste Schritte in der positiven Kontaktaufnahme mit den Jugendlichen der Mehrheitsgesellschaft gehen. Sie können mit einem neuen Bewusstsein für den eigenen Wert und die eigenen Stärken sich für die ihnen fremden Erfahrungen der ‚anderen‘ Jugendlichen öffnen.

7 Roll stellt fest, dass eine sprachliche Realisierungsform ihres Nicht-Angekommenseins die durchgängige Konzipierung von Russland als ‚u nas‘ (bei uns) ist. (Roll 2003: 179)

8 Ergebnisse

Die Gruppe der jungen bildungsorientierten Aussiedlerinnen findet eine wesentliche Ressource in der stabilisierenden innerethnischen Peergroup. Für die Kohäsion der Peergroup stellen sich neben den verbindenden vergleichbaren biografischen Erfahrungen, der Übereinstimmung in der Lebenssituation und in den Lebensentwürfen vor allem die kollektiven Erinnerungen, ebenso wie die gruppenspezifischen hybriden Sprachmischungen als wesentliche Aspekte heraus. Die kollektiven Erinnerungen manifestieren sich in übereinstimmenden Phantasien, Bildern und Verortungen der ‚Institution Schule‘ im Herkunftsland. In den hybriden Sprachmischungen verortet sich die Peergroup in besonderer Weise. Sie unterstreicht mit der ihr eigenen Sprache ihre Eigenständigkeit; sie entwickelt im ‚Dritten Raum‘ eine spielerische Kreativität.

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse kann sich der Blick der Mehrheitsgesellschaft auf die jungen Aussiedlerinnen verändern. Der gemeinsame soziale, kulturelle und sprachliche Hintergrund, den die innerethnische Kleingruppe bietet, verdient die besondere Aufmerksamkeit der Mehrheitsgesellschaft. Darin eine Basis und Ressource für die Entwicklung individueller und gemeinsamer Strategien im Umgang mit der Mehrheitsgesellschaft zu sehen, verändert das Integrationsverständnis. In der innerethnischen Kleingruppe und im erweiterten Raum der transethnischen Netzwerke liegen haltende positive Kräfte, die eine wichtige Rolle in der Identitätsentwicklung der jungen Migrantinnen spielen. Akzeptanz, Wertschätzung und Förderung der innerethnischen Kleingruppen sind wichtige Schritte auf dem Weg zur Verständigung vonseiten der Mehrheitsgesellschaft. Über die Anerkennung dieser Kleingruppen als einer eigenständigen wertvollen Bezugsgröße kann der Weg zu einem veränderten Integrationsbegriff führen. So kann sich ein Integrationsverständnis entwickeln, das in der hybriden Identität der jungen Migrantinnen das kreative Potenzial erkennt und diese sich neu entwickelnde Identität als positiven Wert anerkennt. Hier liegen Wurzeln eines Integrationsverständnisses, das statt vereinnahmend zu sein, Differenzen anerkennt und als Quelle von Vielfalt wertzuschätzen weiß.

Literaturverzeichnis

- Albinsky, Jörg. (2002). Die Bedeutung der Eiersuche. In: *Die Tageszeitung* 2002, April 27, 2
- Assmann, Aleida. (2007). *Der lange Schatten der Vergangenheit: Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Beck-Gernsheim, Elisabeth. (2004). *Wir und die Anderen, Vom Blick der Deutschen auf Migranten und Minderheiten*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Bhabha, Homi. (1990). The third space. In: Jonathan Rutherford (Hrsg.), *Identity, Community, Culture, Difference* (S. 207-221). London: Lawrence and Wishart
- Bhabha, Homi. (2000). *Die Verortung der Kultur*. Tübingen: Stauffenburg
- Boos-Nünning, Ursula & Karakasoglu, Yasemin. (2005). *Viele Welten leben. Zur Lebenssituation von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund*. Münster: Waxmann
- Bourdieu, Pierre. (1982). *Die feinen Unterschiede*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Dietz, Barbara & Roll, Heike. (1998). *Jugendliche Aussiedler – Porträts einer Zuwanderergeneration*. Frankfurt am Main: Campus
- Dietz, Barbara & Roll, Heike. (2003). Integration als Herausforderung – Junge Aussiedler in Deutschland. In: Lena Khun-Belasi & internationaler Bund (Hrsg.), *Ankunft einer Generation. Integrationsgeschichten von Spätaussiedlern* (S. 9-19). Karlsruhe: Info Verlag

- Flick, Uwe. (2002). *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*. Hamburg: Rowohlt Tb
- Keupp, Heiner, Ahbe, Thomas & Gmür, Wolfgang. (2002). *Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne* (2. Auflage). Hamburg: Rowohlt Tb
- König, Hans-Dieter. (1997). Tiefenhermeneutik. In: Ronald Hitzler & Anne Honer (Hrsg.). *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik* (S.213-241). Opladen: Leske + Budrich
- König, Hans-Dieter. (2004). Tiefenhermeneutik. In: Uwe Flick, Ernst von Kardoff & Ines Steinke (Hrsg.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch* (S. 556-569). Hamburg: Rowohlt Tb
- Königs, Frank G. (2001). Mehrsprachigkeit? Klar! Aber wie? Lernpsychologische, vermittlungsmethodische und sprachenpolitische Dimensionen eines aktuellen Themas. In: *Jahrbuch der ungarischen Germanistik 2001* (S. 261-273). Budapest, Bonn: Gesellschaft ungarischer Germanisten/Deutscher Akademischer Austauschdienst
- Königs, Frank G. (2002). Mehrsprachigkeit? Ja, aber...Lernpsychologische, curriculare und fremdsprachenpolitische Gedanken zu einem aktuellen Thema der Fremdsprachendidaktik. In: *Französisch heute*, 33 (1), 22-33
- Lorenzer, Alfred. (1970). *Sprachzerstörung und Rekonstruktion*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Lorenzer, Alfred. (1974). *Die Wahrheit der psychoanalytischen Erkenntnis. Ein historisch-materialistischer Entwurf*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Lorenzer, Alfred. (1986). Tiefenhermeneutische Kulturanalyse. In: Hans-Dieter König & Alfred Lorenzer & Heinz Lüde (Hrsg.), *Kulturanalysen* (S. 11-98). Frankfurt am Main: Fischer
- Nadig, Maya. (1986). *Die verborgene Kultur der Frau. Gespräche mit Otomi-Frauen in Mexiko*. Frankfurt am Main: Fischer
- Rohr, Elisabeth. (1993). Fundamentalismus: Eine Utopie der Entrechteten? Eine ethnopsychanalytische Fallstudie aus Ecuador und einige Überlegungen zur Methode psychoanalytischer Feldforschung. In: *Peripherie*, Nr.50, 19-36
- Rohr, Elisabeth. (2005). Chancen und Risiken interkultureller Erziehung. In: Kinder- und Jugendförderung Odenwaldkreis (Hrsg.), *Veränderte Bedingungen in Schule? Lernprozesse zeitgemäß gestalten. Eine Aufgabe für Jugendhilfe und Schule* (Dokumentation der Fachtagung vom 15. April 2005), 16-27
- Rohr, Elisabeth & Schmidt, Angela. (2003). Die Schöne, die Kluge, die Einfühlsame. Dynamiken in einer bikulturellen Gruppe mit jungen Frauen. In: *gruppenanalyse*, 1/2003, 13. Jg., 47-61
- Roll, Heike. (2003). *Jugendliche Aussiedler sprechen über ihren Alltag. Rekonstruktionen sprachlichen und kulturellen Wissens*. München: Iudicium
- Rosenthal, Gabriele. (2005). Biographie und Kollektivgeschichte. Zu den Reinterpretationen der Vergangenheit bei Familien von Deutschen aus der Sowjetunion. In: *Sozialer Sinn*, 6 (2), 311-329
- Schmidt-Bernhardt, Angela. (2008). *Jugendliche Spätaussiedlerinnen. Bildungserfolg im Verborgenen*. Marburg
- Strobl, Rainer & Kühnel, Wolfgang. (2000). *Dazugehörig und ausgegrenzt. Analysen zu Integrationschancen junger Aussiedler*. Weinheim und München

Zur Person

Angela Schmidt-Bernhardt, Dr. phil., 1951, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Schulpädagogik der Philipps-Universität Marburg; Gruppenanalytikerin; Dozentin am Institut für Gruppenanalyse Heidelberg. Arbeitsschwerpunkte: Implikationen der Migration, insbesondere von Aussiedlerinnen und Aussiedlern; interkulturelle Pädagogik; Gruppenaspekte im schulpädagogischen Kontext.

Kontakt: Taubenweg 4, 35037 Marburg, E-Mail: angela_schmidt@web.de

Gender Mainstreaming und Schule: Erfolgsfaktoren und Gegenkräfte. Eine Studie zur Implementierung in Schweden

Zusammenfassung

Der Beitrag diskutiert Möglichkeiten und Grenzen der Implementierung des Konzepts Gender Mainstreaming im schwedischen Schulbereich auf der Basis einer empirischen Untersuchung im Rahmen von vier Gender Mainstreaming-Schulprojekten. Analysiert wurden relevante Materialien sowie von 2003 bis 2006 durchgeführte Interviews mit Expertinnen und Experten von nationalen, regionalen und kommunalen staatlichen Gleichstellungsinstitutionen, von Nichtregierungsorganisationen und in Schulen von Vorschule bis Gymnasium. Sechs Faktoren – das *Implementierungs-Hexagon* – konnten herausgearbeitet werden, die für die Implementierung von Gender Mainstreaming im Schulbereich von zentraler Bedeutung sind.

Schlüsselwörter

Gleichstellung, Schule, Gender Mainstreaming, Implementierung

Summary

Gender Mainstreaming in the School System – Factors for Success and Counter-forces. Results of an Empirical Study

The paper discusses opportunities and constraints of the implementation of the concept of gender mainstreaming in the Swedish school system. Analyzing relevant documents of four Swedish gender mainstreaming projects at schools and interviews with experts from national, regional, and local public institutions of gender equality, of NGOs and schools from pre-school to grammar school, six factors – the *implementation hexagon* – have been extracted. These factors are of central importance for the implementation of gender mainstreaming in the field of schools.

Keywords

Gender equality, school system, Gender Mainstreaming, implementation

1 Einleitung¹

Das Interesse der Studie (Seemann 2009) richtete sich darauf zu untersuchen, was einer Implementierung des Konzepts Gender Mainstreaming im Schulbereich förderlich ist und was nicht, wo besondere Schwierigkeiten auftreten und wo sich positive Veränderungen beobachten lassen. Forschungsleitende Fragen waren: Wie kann erreicht werden, dass in der Schule bei Wahrnehmung ihrer Unterschiedlichkeit beide Geschlechter gleich behandelt werden? Wie kann erreicht werden, dass alle Beteiligten im Schulbereich für alle Entscheidungen auf allen Ebenen eine geschlechterbezogene und differenzierte Sichtweise einbringen? Inwieweit führt die Implementierung von Gender Mainstreaming zu Veränderungen im Sinne einer geschlechtergerechten Schule?

Gute Möglichkeiten für die Untersuchung boten sich in Schweden, wo die Gleichstellung weiter fortgeschritten ist als in Deutschland. In Schweden sorgte eine starke

1 Der Text basiert auf einem Beitrag zum 3. Oldenburger Fachtag „Gender und Schule“, der gemeinsam mit anderen Tagungsbeiträgen erscheint in: Seemann, Malwine; Kuhnhenne, Michaela, 2009: Gender Mainstreaming und Schule, Oldenburg: BIS-Verlag.

Frauenbewegung dafür, dass spätestens seit den 1960er-Jahren Gleichstellung nicht nur ein erklärtes Ziel im Schulbereich ist, sondern dass sie insgesamt seit Langem weit oben auf der politischen Tagesordnung steht. 1990 beschrieb Yvonne Hirdmann in ihrem Beitrag zu einer regierungsamtlichen Untersuchung der sozialen Machtverhältnisse das vorherrschende Gendersystem (schw. *genussystem*) als gekennzeichnet durch eine Differenzierung der Geschlechter und die Konstruktion einer Hierarchie mithilfe des Primats der männlichen Norm. Bereits fünf Jahre vor Annahme der Leitlinie zur Beseitigung der Ungleichheiten und zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU verpflichtete sich die schwedische Regierung dem Konzept Gender Mainstreaming (vgl. Regeringens prop. 1993/94: 147). Regierungsamtlich wurde festgestellt, dass das Gleichstellungsziel nicht isoliert formuliert werden kann und dass demzufolge die Gleichstellungsfrage alle Bereiche durchdringen muss. Gleichstellung ist in Schweden ein von der Regierung aktiv unterstütztes Ziel. Bereits ab 1994 gibt es *Handlungspläne für Gender Mainstreaming* in Schweden (vgl. European database 2001). Jährlich berichtet die Regierung über entsprechende Fortschritte.

Trotz vielfältiger Erfahrungen mit Gender Mainstreaming in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen gibt es, und das gilt nicht nur für Schweden, relativ wenige Forschungen zur Umsetzung des Konzepts im Schulbereich. Die Ergebnisse der Untersuchung schwedischer Erfahrungen mit Möglichkeiten und Grenzen des Gender Mainstreaming, die im Kontext eines Dissertationsprojekts erarbeitet wurden, können auch für den deutschen Schulbereich neue Perspektiven eröffnen.

2 Rahmenbedingungen der Studie

Die Interviews mit ExpertInnen fanden in Schweden von 2003 bis 2006 in einem besonders günstigen Zeitraum statt. Seit 1998 war von der Gleichstellungsbehörde JämO für alle Schulformen dringender Handlungsbedarf formuliert worden, vor allem aufgrund von Problemen mit verbaler und körperlicher sexualisierter Gewalt, die sowohl innerhalb der Schulen als auch außerhalb von Schülern ausgeübt worden war. Gleichstellungsinstitutionen hatten seitdem auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene mit der Bereitstellung tiefgehender gendertheoretischer und -praktischer Materialien für Lehrerinnen und Lehrer und mit Gender-Pilotprojekten verstärkte Anstrengungen der Implementierung von Gender Mainstreaming-Prozessen im Schulbereich unternommen. Die Aufbereitung gendertheoretischer Materialien für LehrerInnen durch die Lehrgewerkschaft *läraorförbundet* war mit deren dritter Genderkonferenz und den daraus resultierenden Broschüren, die vorerst letzte erschien 2002, vorläufig abgeschlossen. Wesentliche Erfahrungen aus mehreren Gender Mainstreaming-Schulprojekten lagen vor.

Das Ziel dieser ersten Schulprojekte waren dauerhafte Veränderungen der Genderordnung in der alltäglichen Schulpraxis. Positive Bedingungen waren von vornherein gegeben. Die Schulprojekte waren politisch gewollt, mit erheblichen Ressourcen ausgestattet, und sie konnten auf eine Vielzahl wirksamer Gender Mainstreaming-Methoden zurückgreifen. Durch ihre Einbindung in umfassendere Gender Mainstreaming-Zusammenhänge von nationalen, regionalen und lokalen Gleichstellungsbehörden, von Ge-

werkschaften und Bündnissen wie der Aktion *kvinnofrid* (Bündnis gegen Gewalt an Frauen) erfuhren sie eine weitere Unterstützung.

Weitestgehend im Sinne des Konzepts Gender Mainstreaming war das Projekt *Break the pattern!* (Pilotphase auf nationaler Ebene: 1998-1999. Regionales Projekt: 2001-2003) so angelegt, dass der Veränderungsprozess der Geschlechterverhältnisse selbst in die Hände *aller* AkteurInnen an der jeweiligen Schule gegeben werden sollte. Gemeinsam mit allen in der Schule Tätigen wurden Genderanalysen erstellt, in denen genau aufgelistet wurde, wer sich wo und von wem diskriminiert fühlte und wie und von wem weiter darauf reagiert wurde. Darauf aufbauend wurden Handlungspläne mit konkreten Zielen, einem festen Zeitrahmen und der Benennung von Verantwortlichen erarbeitet. Der große Erfolg des Projekts bestand darin, dass mit Einbezug aller Beteiligten von Vorschule bis Gymnasium und mit allen an der Schule tätigen Personengruppen, also z.B. auch Hausmeister, Mensapersonal, Bibliotheksangestellten, mögliche Schwachstellen der Genderarbeit ausfindig gemacht werden konnten. Insbesondere bei den SchülerInnen wurden in kurzer Zeit länger andauernde große Erfolge erzielt. Da andererseits bei LehrerInnen und RektorInnen sehr großer Schulungsbedarf festgestellt wurde, konzentrierte man sich im Weiteren auf ein fortlaufendes Angebot von Gender-schulungen für LehrerInnen, ebenfalls *Break the pattern!*. Das im Zusammenhang mit diesem Projekt entwickelte Handbuch (JämO 2000) fand breite Anwendung in den Schulen.

Das ähnlich aufgebaute Nachfolgeprojekt mit Vorschulen *Gleich in Sundholm!* (2003-2004) ging davon aus, dass sehr früh mit dem *Aufbrechen* traditioneller Gendermuster begonnen werden muss. Der Erfolg dieses Projekts bestand in seiner besonders breiten Anlage: *Alle* Vorschulen *eines* Stadtteils wurden erreicht, *alle* Stadtteile der Großstadt wurden mit mindestens *einer* Vorschule einbezogen, *alle* SchulleiterInnen der einbezogenen Vorschulen wurden eingebunden in die Arbeit. Eine Begrenzung fand das Projekt in dem Ziel des *empowerment* der SchülerInnen, das aufgrund der Altersstruktur der Kinder (1-6 Jahre) nicht verfolgt werden konnte.

Anders als die vorigen Projekte, welche Top-down von nationaler bzw. regionaler Gleichstellungsbehörde oder kommunaler Gender Mainstreaming-Beauftragter gestartet worden waren, war das Langzeitprojekt *Gleichgestellte Schule - zu gleichen Bedingungen* (seit 1994 kontinuierlich) durch eine individuelle Initiative in einer Kleinstadt ins Leben gerufen und entwickelt worden. Es bestand bereits seit zehn Jahren und hatte sich sehr gut etabliert. Mit Unterstützung der kommunalen Schulbehörde und von EU-Geldern wurden inzwischen erfolgreich MultiplikatorInnen für Genderfortbildungen von LehrerInnen und SchulleiterInnen ausgebildet.

SchulleiterInnen als Schlüsselpersonen für die schulische Genderarbeit, so die Erfahrungen sämtlicher Projekte, bedurften besonderer Unterstützung. Anknüpfend an entsprechende Evaluationsergebnisse des Projekts *Break the pattern!* entstand das Projekt *Mädchen oder Junge - spielt das eine Rolle? Gemeinsam für eine gleichgestellte Schule* (2005-2006). Als Konsequenz aus den bisherigen Schwierigkeiten der Etablierung der Genderarbeit in den Schulen wurden von der Projektleitung SchulleiterInnen zusammen mit KommunalpolitikerInnen zu Genderfortbildungen eingeladen. Der besondere Erfolg dieses regionalen Projekts lag darin, systematisch die Leitungskräfte von Schule, Kommunalpolitik und Schulverwaltung gemeinsam in die Genderarbeit einzu-

beziehen, damit diese ihrer Verantwortung im Gender Mainstreaming-Prozess gerecht werden konnten.

3 Forschungsprozess

Vom Frühjahr 2003 bis zum Herbst 2006 führte ich an verschiedenen Orten Schwedens insgesamt 44 Interviews überwiegend in englischer Sprache und in wenigen Fällen in Deutsch durch, zum einen mit MitarbeiterInnen von außerschulischen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen und zum zweiten mit ProjektleiterInnen und -anleiterInnen sowie LehrerInnen von Schulen. Auf die Befragung von SchülerInnen richtete sich geringeres Interesse, sowohl weil Probleme bei der Implementierung von Gender Mainstreaming im Schulbereich fast ausschließlich bei den Erwachsenen zu finden waren (vgl. JämO 2000, 2004), als auch weil SchülerInnen, die mit den konkreten Projekten Erfahrungen gemacht hatten, teilweise inzwischen bereits die Schulen verlassen hatten oder zu jung waren für eine solche Befragung. Die Untersuchungsfragen der Interviews bezogen sich auf verschiedene Phasen der Implementierung von Gender Mainstreaming:

- die Initiierung von Gender Mainstreaming-Prozessen mithilfe von Pilotprojekten und Fortbildungsreihen
- die Sensibilisierung von LehrerInnen und SchülerInnen für Geschlechterungleichheiten in der Schule
- das Lernen entsprechender Methoden für die Durchführung einer Genderanalyse
- Interaktions- und Werteübungen für LehrerInnen und SchülerInnen
- systematische Veränderungsarbeit mit Hilfe von Handlungsplänen für Gender Mainstreaming

Es wurde das Verfahren des offenen, leitfadengestützten Experteninterviews angewandt (vgl. Meuser/Nagel 2004). ExpertInnen können dabei auch Personen sein, die nicht EntscheidungsträgerInnen aus Politik, Verbänden und Ausbildungsinstitutionen sind, sondern Personen, die dem Bereich der Praxis vor Ort angehören. In der Studie ging es vorrangig um ein

„Wissen, das in innovativen Prozessen gewonnen wird und das (noch) nicht in bürokratische Strukturen eingeflossen ist, das Wissen über die Bedingungen, die zu systematischen Fehlern und verkrusteten Strukturen führen“ (Meuser/Nagel 2003: 481).

Alle Interviews wurden vollständig transkribiert, und es wurden themenorientierte Beschreibungen der einzelnen Interviews durchgeführt, die nach Kontextzugehörigkeiten wie Schulebenen oder diesen übergeordneten Ebenen, z.B. Gleichstellungsbehörde, Schulbehörde, Universität, Gewerkschaft sowie unterschiedlichen Projekt- und unterschiedlichen Schulformzugehörigkeiten in Gruppen zusammengefasst, in Beziehung gesetzt und auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede hin untersucht. Außerdem wurde nach „Schlüsselwörtern“ (vgl. Glaser/Strauss 2005) gesucht. Der thematische Vergleich aller herausgearbeiteten Themen aller Interviews führte im Ergebnis zu einer Konzeptualisierung und Begriffsbildung.

4 Ergebnisse der Studie – Erfolgsfaktoren und Gegenkräfte

In sämtlichen Materialien wird als wichtiges Ziel der Arbeit mit Gender Mainstreaming formuliert, gemeinsam mithilfe aller Beteiligten in den Schulen Handlungspläne zu erarbeiten, durchzuführen, auszuwerten und weiter zu verfolgen. Es wird deutlich gemacht, dass in Schweden Gleichstellung nicht nur, aber auch als Wissensfrage gesehen wird. Ohne tiefgehendes Wissen über die herrschenden Geschlechterverhältnisse als Machtverhältnisse lassen sich Genderanalysen des eigenen Arbeitsplatzes nur schwer erstellen. Im Besonderen wird Gleichstellung als pädagogische Frage aufgefasst, die alle Lehrkräfte, alle Schülerinnen und Schüler und das gesamte Personal der Schule mit einschließt (JämO 2000; Lärarförbundet 1998, 2000, 2002). Aufgrund des engen Zeitrahmens innerhalb der Pilotprojekte konnte die Arbeit mit fortlaufenden Gleichstellungsplänen nur andeutungsweise verwirklicht werden, denn sie ging weit über den Rahmen des jeweiligen Projekts hinaus. So konnten zwar Pläne aufgestellt werden, aber das fortschreitende Evaluieren jährlicher konkreter Pläne ließ sich noch nicht weiter verfolgen, bzw. war der weiteren Praxis vorbehalten.

Die Analyse der ExpertInneninterviews ergab bei beiden Befragtengruppen, der außerschulischen und der schulischen, teilweise ähnliche Befunde. Die ExpertInnen relevanter außerschulischer Institutionen waren sich einig, dass Schule einen entscheidenden Beitrag zur Veränderung der hierarchischen Genderordnung zu leisten habe. Die meisten wünschten sich deshalb die Aufnahme von Gender-Basiswissen in das Pflichtprogramm der Grundausbildung aller LehrerInnen. Es bestand Einigkeit darüber, dass neben dem Erwerb von Gender-Wissen ein gemeinsames Prozesslernen aller Beteiligten mit Werte- und Interaktionsübungen notwendig ist und dass deswegen eine aktive Unterstützung von oben und die geregelte Ausstattung mit den Ressourcen Zeit und Geld Voraussetzung für den Erfolg sind.

In den Interviews kristallisierten sich sechs Faktoren heraus, die für die Implementierung von Gender Mainstreaming von zentraler Bedeutung sind. Drei sind für eine erfolgreiche Implementierung unerlässlich: *Genderbewusstheit als „eye-opener“*, *theoretisches und praktisches Genderlernen* und *Gleichstellung als Prozess aller Beteiligten*, drei weitere ergeben sich als zentrale Gegenkräfte in deren Folge: *innere Widerstände gegen die Genderarbeit*, *geringe Präsenz von Männern in der Genderarbeit* und *die Verknüpfung von Gender mit ethnischen Zuschreibungen*. Die Gegenkräfte müssen im Interesse einer erfolgreichen Implementierung mit bedacht werden.

4.1 Genderbewusstheit als „eye-opener“

Als grundlegend für eine erfolgreiche Implementierung von Gender Mainstreaming stellte sich der Faktor *Genderbewusstheit als „eye-opener“* heraus. Viele meiner GesprächspartnerInnen hatten das Einnehmen der Genderperspektive als etwas Neues erlebt. Sie schilderten den Schritt, plötzlich die Muster der Geschlechtsordnung zu erkennen, als gewinnbringend und als überraschend „augenöffnend“. So berichtete eine Anleiterin, die inzwischen als Multiplikatorin eines Gender-Langzeitprojekts selbst SchulleiterInnen in Genderfragen anleitete, darüber, dass auch sie noch vor nicht allzu langer Zeit der Auffassung gewesen war, dass sie SchülerInnen gleich behandelte, was jedoch nicht zugetroffen habe.

„For me personally to start with me, for me it was, that I wasn't aware before, because I thought, I was, I saw *genusordning*, equality, I have treated the kids equally.“ (Gunilla, Lehrerin, Grundskolan, Anleiterin).²

Eine Schulleiterin schilderte den Vorgang, plötzlich Genderungleichheiten wahrzunehmen, die man vorher nie bemerkt habe, als unumkehrbar. Habe man einmal gelernt, die Dinge durch die Genderbrille zu sehen, könne man nicht wieder dahinter zurück.

„I'm sure of it, that this is something that you must have opened your eyes for, and if you are not aware of what is going on, you don't see it. When you have opened your eyes, you can never close them again. And I opened mine many, many years ago. So, if you have not seen it, you are not aware of what it is that makes you a woman or a man.“ (Linnea, Vorschulleiterin)

Immer wieder kam in den Interviews ein Erstaunen zum Ausdruck, die bestehenden Verhältnisse plötzlich in einem neuen Licht gesehen zu haben. Bevor der Blick darauf gelenkt worden war, hatten viele sogar ganz offensichtliche Genderungleichheiten nicht bemerkt. Die gewonnene Genderbewusstheit wurde als positiv erlebt. Es wurde immer wieder von „Sehen“, „neuen Augen“, der „neuen Brille“ gesprochen und davon, dass aktives, eigenes Sehen und Bewusstwerden erforderlich sei.

„I think we all changed and got new eyes. We saw more clearly these things...between boys and girl, but also both in the girls' group and the boys' group.“ (Janina, Lehrerin)

„When you see it with gender glasses, you will at least see it from another point of view, which I think is good for everyone.“ (Bengt, Schulleiter, Gymnasium)

In manchen Fällen wurde das *Sehen* durch Videoaufnahmen unterstützt, an deren gemeinsames Ansehen sich kritische Diskussionen anschlossen.

„And when you do that, suddenly you see patterns, that you didn't see before. You notice it, OK, all the boys are here with the bicycles, and it was knowledge that you perhaps had, but you didn't reflect, you didn't think of it. And if you filmed indoors, it was even more surprising, what you saw. OK, this room was never hardly ever visited by girls, only boys all the time. And here are the girls, and what is happening there.“ (Linnea, Vorschulleiterin)

Schlaglichtartig wurde deutlich, wie die Mechanismen des Lächerlichmachens, Ignorierens, Marginalisierens etc. ablaufen, und die Beteiligten arbeiteten selbst heraus, an welchen Orten sie sich diskriminiert fühlten. In jedem Fall konnten Veränderungen erst im Anschluss an das bewusste Wahrnehmen der Gendermuster geplant werden. Für meine InterviewpartnerInnen waren die Aha-Erlebnisse beim Einnehmen der Genderperspektive etwas derart Besonderes, dass sie sie immer wieder als sehr positiv hervorhoben. Vielen AnleiterInnen war es wichtig zu betonen, dass man die hierarchisierende Genderordnung zunächst sichtbar machen muss, wenn man sie entsprechend dem Konzept Gender Mainstreaming verändern will.

Für den Schulbereich hat das Einnehmen der Genderperspektive offensichtlich, so zeigte es sich in den von mir in Schweden geführten Interviews, eine ähnlich initiieren-

2 Die ausgewählten Interviewpassagen werden in der Sprache des Interviews, d.h. Englisch oder Deutsch, wiedergegeben und durch schwedische Fachbegriffe ergänzt.

de Bedeutung, wie in den 1980er Jahren die Wirkung der Studie „Die andere Stimme“ von Carol Gilligan (1982) im universitären Bereich, in der es um das Infragestellen männlicher Dominanzansprüche und Definitionsmacht ging.

„Deutlich wurde, dass theoretische Konzeptionalisierungen – auch wenn sie den Anspruch auf Universalität und Neutralität erheben, immer geschlechtlich geprägt sind“ (Flaake 2005: 173).

Der überzeugende Blick auf eine sich als geschlechtsneutral verstehende Wissenschaft, die in Wirklichkeit androzentrisch geprägt ist, war damals der „eye-opener“ für Generationen von Frauen an den deutschen Universitäten und hatte große Bedeutung für eine feministische Wissenschaftskritik. In den untersuchten schwedischen Genderprojekten zeichnete sich mit dem Einnehmen der Genderperspektive eine Funktion ab, die im Schulbereich eine entsprechend große Bedeutung für eine feministische Schulkritik hat. Genderbewusstheit macht in jedem Fall einen grundlegenden Qualitätssprung in der Realitätswahrnehmung aus und bildet die Voraussetzung für die Genderarbeit.

4.2 Theoretisches und praktisches Genderlernen

Während *Genderbewusstheit als „eye-opener“* ein eher punktuell, initiiertes Ereignis darstellt, verläuft theoretisches und praktisches Genderlernen in einem umfassenderen Prozess. Dieser bezieht sowohl eine theoretische Genderperspektive als auch ein auf Gleichstellung bezogenes Verhalten ein, also eine erhöhte Bewusstheit für Genderungleichheiten und gleichfalls eine entsprechend bewusste Praxis. Die Erkenntnis, dass sich ein fundamentales Verstehen der Geschlechterverhältnisse nicht ausschließlich theoretisch vermitteln lässt, entsprach dem Ansatz der untersuchten Genderprojekte, aber auch den Erfahrungen der Projektleiterinnen.

„Many teachers they ask for a recipe and there is no recipe, you have to find out for yourself what to do. I think. There is a difficulty and I think there are a lot of good examples, you can find good presentations, but in the end you have to do it in your own way.“ (Ylva, Gewerkschaftssekretärin)

An den Kern des Genderwissens, der mit der eigenen Situiertheit in dem herrschenden Gendersystem zusammenhängt, ist nur sowohl mit theoretischem als auch praktischem Genderlernen heranzukommen. So wurde berichtet, Wissen allein genüge nicht, sondern darüber hinaus sei auch eine Verinnerlichung dieses Wissens erforderlich.

„Es muss einfach erst auch verankert sein in einem selber, ansonsten wären es nur leere Worte, die also in der Praxis auch nichts ausrichten können, sondern es muss einfach Zeit dauern, dass man es erst mal in sich verankert.“ (Ulrika, Rektorin)

Neben der Vermittlung von Gendertheorie wurde das Kennenlernen und Ausprobieren interaktiver Methoden, mit deren Hilfe Werte und Verhalten bearbeitet werden können, gemeinsame Reflexion und Diskussion des Gelernten vor dem Hintergrund gemeinsamer Praxis für unverzichtbar gehalten.

„Theory, it’s absolutely necessary and then the classes build some literature on observations, your reflections, you have to write the reflections and the observations, you have to write it down. We also learn

methods, we teach the teachers. We give them both: methods and on the meetings we discuss the literature, we discuss the methods, we discuss the observations they have done, so I think you have to have all these things.“ (Ola, Anleiter)

Das von vielen ProjektleiterInnen und -anleiterInnen beobachtete fehlende Genderwissen steht in Zusammenhang mit dem von Maria Hedlin (2004: 48) herausgearbeiteten *unbewussten Gleichheitsdiskurs* (schw. *omedvetna likhetsdiskursen*). Dieser geht in widersprüchlicher Logik davon aus, dass man im Prinzip gleichgestellt sei, dass Ungleichgestelltheit sowieso völlig unproblematisch sei und einen selbst nicht berühre, und dass Gleichstellung sich in den nächsten 20 bis 30 Jahren automatisch aus sich selbst heraus in einer Art selbstlaufendem Prozess einstellen werde. Hedlin kommt zu dem Resultat, die Gendertheorie mit ihren zentralen Begriffen „Macht“ und „soziale Überordnung/ Unterordnung“ müsse einen selbstverständlicheren Platz in der Lehrerausbildung erhalten, damit die Geschlechterstruktur der Gesellschaft und der damit verbundene Genderbegriff verstanden werden könne.

Da das Wesen des *Unbewussten* gerade darin besteht, sich einem bewussten Zugang zu verschließen, ist dem *unbewussten Gleichheitsdiskurs* nicht mit ausschließlich theoretischem Genderlernen beizukommen. Genderwissen existiert nicht nur bewusst im Kopf. Es ist im Habitus der Menschen inkorporiert und in Routinen und Verfahrensregeln von Organisationen eingeschrieben (West/Zimmermann 1991; Bourdieu 1997; Acker 1991; Goffman 2001). Dort wird die Geschlechterhierarchie alltäglich reproduziert und muss auch dort praktisch bearbeitet werden. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen Andresen/Dölling (2005), die in ihrer Studie über den Umbau des Geschlechterwissens von AkteurInnen der Verwaltungsreform Berlin-Ost durch Gender Mainstreaming feststellten, dass es nicht mit einem *Hineingeben* von Wissen an die Mitglieder von Organisationen/Institutionen getan sei, sondern dass man situiertes Wissen benötigt, das als praktisches Wissen im Sinne Bourdieus gefasst werden könne.

„Nicht selten findet man gegenwärtig in Handbüchern, Trainingsprogrammen etc. den Begriff ‚Geschlechter-Wissen‘, der in aller Regel inhaltlich-konzeptionell unreflektiert bleibt und zudem neben solchen Begriffen wie Gender-Kompetenz suggeriert, dass dieses Wissen bzw. diese Kompetenz in mehrstündigen oder mehrtägigen Trainings quasi unabhängig von Feld- und Machtkonstellationen sowie von den Biografien der Akteurinnen ‚erlernt‘ werden kann. Sozialwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterforschung kann mit einem elaborierten Begriff von ‚Geschlechter-Wissen‘ sowie mit den mit seiner Hilfe erarbeiteten empirischen Befunden zum widersprüchlichen und ungleichzeitigen ‚Geschlechter-Wissen‘ von Akteurinnen und Akteuren einerseits zur Qualifizierung der in diesen neuen Tätigkeitsfeldern engagierten Frauen und Männer beitragen. Sie kann andererseits und zugleich das den Gender-Trainings zugrunde liegende Verständnis von Gender-Kompetenz und ihrer ‚Erlernbarkeit‘ kritisch reflektieren und nicht zuletzt auf die Gefahren der Vereinnahmung und Instrumentalisierung von Gender Mainstreaming durch andere, einflussreiche(re) feld- und machtspezifische Konstellationen und Interessen aufmerksam machen“ (Dölling 2005: 57).

Irene Dölling geht von einer doppelt-gebrochenen Aneignung des Geschlechterwissens durch die AkteurInnen aus, nämlich von einer biografischen und der feldspezifischen Aneignung, wie sie auch von ProjektleiterInnen in Schweden erfahren wurde, die äußerten, man sei als ganzer Mensch vom Genderlernen betroffen, nicht nur in der eigenen Berufsrolle.

„Wenn du damit anfängst, ist alles einbezogen. Du bist betroffen nicht nur als Lehrerin, sondern auch als Frau, als Mutter, das ganze Leben.“ (Eva, Projektleiterin)

4.3 Gleichstellung als Prozess aller Beteiligten

Die Projektleiterinnen berichteten darüber, dass Einzelne nicht in der Lage sind, Gleichstellung in der Schule durchzusetzen.

„And it was a problem. There were the same persons that went to each course and they got to carry all this responsibility. They also had a hard time to integrate the issues in the schools as they were alone, you know. They were the alibi, the aliens since there was no one else to share the work.“ (Simona, regionale Projektleiterin)

Dagegen wurden Genderfortbildungen im ganzen Team, mit der ganzen Schule sehr positiv eingeschätzt. Viele Stimmen begrüßten die Top-down-Strategie der Gleichstellungsbehörden, weil sie die vielen Nichtbeteiligten bewegen könnte mitzumachen und weil sie die Gleichstellungsbemühungen entmarginalisiert und legitimiert.

„You have to have the leaders in all positions from the top down. You can work very hard, but if you don't have the leaders with you, it's just a sort of project which comes to an end. You have to find strategies so that the process can go on for years.“ (Nora, Kommunale Gender-Mainstreaming-Beauftragte)

Projekte, die komplette Schulen in ganzen Städten einbezogen, wurden als besonders wirkungsvoll bezeichnet. Wenn die eigenen Werte und das eigene Verhalten verändert werden müssen, könne man das nicht allein aufarbeiten, man brauche die anderen, das Team, die zuhören und etwas dazu sagen. Die Mehrheit müsse von der anstehenden Veränderungsarbeit überzeugt sein. Als besonderer Erfolg wurde von den Initiatorinnen der Projekte gewertet, dass es in ihrem Rahmen gelungen war, mit ganzen Schulen zu arbeiten. Gleichzeitig wurde bemerkt, dass es zwar in Schweden Top-down weniger große Probleme bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming gibt als Bottom-up, dass beides aber zusammenwirken müsse.

„Wir haben Erfahrung also, wie man mit ganzen Schulen arbeitet, sowohl mit Schülern als auch mit den Angestellten. Wir haben Erfahrungen, wie man längere Prozessarbeiten in Lehrerteams startet und wir haben also jetzt versucht, unseren Fokus zu setzen auf diese ganze Zusammenarbeit, Schulleiter im Zentrum. Aber ganz wichtig ist Kommunikation mit den Angestellten nach unten hin, wenn man das jetzt mal in so 'ner Hierarchie darstellen will, und aber auch gleichzeitig 'ne Kommunikation nach oben zu den Städten, also zu den städtischen Verwaltungen, weil – diese Zusammenarbeit ist unheimlich wichtig, damit das in das System reinkommt.“ (Agneta, nationale Gleichstellungsbehörde JämO)

Gleichstellungsarbeit mit ganzen Schulen und bezogen auf die alltägliche Praxis hat in Schweden eine längere Tradition (vgl. Myndigheten 2003). Neu an den hier beschriebenen Projekten war der Fokus auf Mädchen *und* Jungen, Frauen *und* Männern, Lehr- *und* übrigen Schulpersonal, Rektorinnen und Rektoren sowie Schulen *und* Schulverwaltung. Auch in deutscher Literatur zur Schulentwicklung wird Gleichstellung als ein gemeinsames Anliegen aller, als Meta-Lernen von Organisationen/Institutionen seit Längerem thematisiert.

„Patriarchalische Strukturen – offene oder verdeckte – werden von Frauen in den Schulen (von Schülerinnen und Lehrerinnen) immer häufiger angesprochen, werden darüber hinaus auch Männern zunehmend ins Bewusstsein gerückt“ (Klemm et al. 1985: 150).

Es wird auf die Notwendigkeit einer geschlechterbewussten Schulentwicklung hingewiesen, die das Erproben neuer, demokratischer Kommunikationsformen einschließt, bei dem jede und jeder seine bzw. ihre individuellen Züge und Eigenschaften behalten darf, und darauf, dass „Aufgaben, Macht, Schulentwicklung und Förderung der Schüler/-innen von Frauen und Männern gleichberechtigt wahrgenommen und gemeinsam gestaltet werden“ (Ratzki 1998: 216).

„Schule braucht beides: neue Strukturen und neue kommunikative Formen der Entscheidungsfindung. Auszuhandeln sind ‚Kompromisse auf Zeit‘, die nach einer Selbstevaluation durch einen neuen begrenzten Konsens abgelöst werden. Eine Integration von Strukturveränderungen und prozessorientierter Arbeit sind also notwendig“ (Koch-Priewe 1996: 193)

Bei Schulentwicklung als Meta-Lernen geht es um das Aneignen innovativer Steuerungsprinzipien durch das ganze Kollegium, also um weitgehende Partizipation. Die schwedischen Ansätze der Umsetzung verweisen auf Gender Mainstreaming als geeignete Strategie des Meta-Lernens von Gleichstellung im Schulbereich.

4.4 Innere Widerstände gegen die Genderarbeit

In den Interviews wurde vielfach als ein großes Problem von Genderarbeit der Umgang mit dem Widerstand einzelner Frauen und Männer angesprochen. Er äußerte sich in Form innerer Widerstände, die bisherige Sicht der Gesellschaft infrage stellen zu müssen und sich als erwachsener Mensch selbst eingestehen zu müssen, nicht – wie bislang angenommen – gleichgestellt zu sein. Diese sichere Meinung aufzugeben, habe oft Ängste ausgelöst. Viele AnleiterInnen empfanden es als schwierig, mit der Abwehr von Teilnehmenden umzugehen, die ihre Werte und ihr Verhalten nicht verändern wollten.

„I think that many of the teachers are afraid of the changing. You almost can hear them say: I don't want to change my behaviour, my attitudes and my values, as if they are struggling.“ (Ola, Anleiter)

Einige stellten sich die Frage, ob die Teilnahme an Genderprojekten freiwillig sein sollte oder nicht. Einerseits hielten sie die Genderarbeit aufgrund der Gesetzeslage für zwingend erforderlich für alle, die in der Schule arbeiten, andererseits erschien ihnen bei angeordneten Fortbildungen auftretender Widerstand kontraproduktiv, und sie fühlten sich persönlich damit überfordert. Auch deswegen hatten die gemeinsamen Supervisionssitzungen der AnleiterInnen eine sehr wichtige Funktion. Widerstand sei etwas, so das Fazit einer Vertreterin der regionalen Behörde, auf das man in der Genderarbeit vorbereitet sein müsse, damit man die Arbeit nicht niederlege, wenn sie zu schwierig werde.

„I think in the beginning you don't know about the resistance, it's when you start to work, that you see it, sometimes, if you are not prepared, you stop your project. You give up, it's too hard.“ (Evalotta, regionale Projektleiterin)

In der neueren schwedischen Literatur zur schulischen Gleichstellungsarbeit (Hedlin 2004a) findet sich eine Bündelung gängiger Gegenargumente gegen die Genderarbeit unter der Überschrift *Widerstand (motstånd)*, die sich ähnlich auch in den vorliegenden Interviews finden. Die am häufigsten geäußerten Ansichten lauten: Bei Gleichstellung handele es sich um irrelevante Fragen, die auf einen selbst nicht zutreffen, die übertrieben seien. Das Problem bestehe nicht. Es sei, wenn überhaupt, ein Problem für die ältere Generation, die Jüngeren seien freier. Die Gendertheorie sei so schwierig, dass man sie nicht verstehen könne. Man solle Frauen nicht zwingen, Männersachen zu machen und umgekehrt. Eva Amundsdotter (2006) bezeichnete Widerstand als ein notwendiges Übel von Veränderungsarbeit, „weil die Gleichstellungsarbeit sich darauf richtet, herrschende Machtstrukturen am Arbeitsplatz infrage zu stellen, ruft sie öfter Widerstand hervor“.

Widerstand äußerte sich in den schwedischen Beispielen eher in Form innerer Widerstände. Cynthia Cockburn (1993), die in England in einer Gewerkschaft und drei weiteren Bereichen öffentlicher Dienste eine Studie darüber durchführte, wie Männer Gleichstellung in Institutionen und Betrieben verweigern, beschrieb dagegen ein aktives Gegenarbeiten. Sie verwies auf die Bedeutung des Bildungs- und Erziehungssektors für die Verwirklichung von Gleichstellung und gleichzeitig auf dort vorhandenen Widerstand: „[...] wo positive Maßnahmen energisch in Angriff genommen wurden, stießen sie auf ebenso energischen Widerstand“ (Cockburn, 1993: 260). In Veränderungsprozessen, wie sie durch Gender Mainstreaming ausgelöst werden, zeigt sich in jedem Fall, sowohl bei Frauen als auch Männern, dass Emotionen wie z.B. Ängste eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen (Sauer 2005).

4.5 Geringe Präsenz von Männern in der Genderarbeit

Etwa ein Viertel der von mir interviewten ExpertInnen waren Männer. Es waren zwei Schulleiter, zwei Lehrer, ein Projektleiter, ein externer Genderarbeiter sowie ein SchülerInnen-Assistent, ein Hausmeister und ein Kommunalpolitiker. Mehrere von ihnen beklagten, dass Männer in der schwedischen Schule und Vorschule deutlich unterrepräsentiert sind, und sahen einen Grund für das ungleiche Geschlechterverhältnis in der Schule in der Gender-Machtordnung. Diese weise dem Lehrerberuf wegen schlechter Bezahlung einen niedrigen Status zu, folglich seien dort überwiegend Frauen anzutreffen. Vor allem diese Männer beklagten den Mangel an männlichen Vorbildern in der Schule. Dies sei von besonderer Bedeutung, weil den Kindern häufig auch zu Hause männliche Vorbilder fehlen, wenn die Mütter sie allein erziehen oder, wie im Fall von Familien mit Migrationshintergrund, wenn die Väter mehrere Familien hätten. Männer müssten in der Schule zu sehen sein und andere als geschlechtsstereotype Muster vorleben, so ihre Forderung.

Doch ich befragte nicht nur Männer, sondern es wurde in vielen Interviews auch von Männern berichtet. Diese waren bis auf einige Ausnahmen zum einen mit anderen Dingen beschäftigt, sodass ihnen die Zeit für die Genderarbeit fehlte, wie es ein Schulleiter schilderte:

„So you have all kinds of teachers and if there are more women, I don't know. It could be the male teachers we have, some of them, are definitely not interested. I would put this way: they are overworked in the areas where they are. They are up to here, they can't be part of yet another thing.“ (Bertil, Schulleiter, Grundskolan)

Zum anderen entzogen sie sich neuen Kränkungen, wie ein Lehrer voll Bedauern über seinen Schulleiter erzählte, der aus dem ursprünglich von ihm selbst an die Schule geholten Genderprojekt ausstieg, als sich in der Fortbildungsgruppe zeigte, dass er sehr geschlechtsstereotype Auffassungen vertrat.

„In the exercises and discussions he answered in a way that made him stand out. He was more conservative and more macho, I think, than he thought of himself, and some of my colleagues, who have worked with him together for 10 or 15 years, they were disappointed. So he jumped out from taking part in the active part.“ (Erik, Lehrer)

Obwohl dieser Schulleiter nicht das gesamte Projekt infrage stellte, sondern lediglich sich selbst der aktiven Teilnahme entzog, bedauerte Erik diesen Schritt, weil nach seiner Meinung das Projekt anders verlaufen wäre, wenn der Schulleiter mitgemacht hätte. Männer entzögen sich den Gleichstellungsfragen häufig, wurde berichtet, indem sie sie persönlich auf sich beziehen.

„You have to talk about equality in general because they take it so personally. We want to talk about men and equality. They think: I am not a person who oppresses women.“ (Maja, Gewerkschaftssekretärin)

Auch der Lehrer, der berichtete, ein Projekt, an dem er teilnahm, sei ihm zu „feministisch“ gewesen und er habe sich als Mann in die Enge gedrängt gefühlt, verband damit keine generelle Abwertung der Genderarbeit.

„It felt like none equality from the beginning.“ (Mats)

„Ah, the women's point of view.“ (Annika).

„T-too, too much, maybe, because I am a man, I say only what I feel.“ (Mats, Lehrer, Grundskolan)

Seine Äußerung verwies vielmehr auf eigene Probleme mit der männlichen Positionierung zur Gleichstellung der Geschlechter und zum Feminismus, auf die auch Jeff Hearn und Linn E. Holmgren (2006) anhand eigener Untersuchungen bei schwedischen Männern aufmerksam gemacht haben. Diese Einsichten geben Anlass, über Konzeptveränderungen bei der Implementierung von Gender Mainstreaming nachzudenken und verweisen auf die Notwendigkeit der Einbeziehung männlicher Seminarleiter.

In Schweden wird männliche Dominanz regierungsamtlich als Problem begriffen. Es werden große Anstrengungen gemacht, Männer in die Gleichstellungsarbeit hinein zu nehmen (Stepanek 2000: 5f.) und es werden offizielle Appelle an Männer gerichtet, sich für den Wandel der Geschlechterverhältnisse einzusetzen. Genderthemen werden, anders als in anderen Ländern, derart priorisiert, dass daran konkrete Maßnahmen geknüpft werden. Bereits 1983-1992 befasste sich eine Arbeitsgruppe im Auftrag der Regierung mit der Rolle des Mannes und publizierte eine Reihe Berichte darüber (Ministry 1999). Trotz allgemeiner Zustimmung ist dem wenig Konkretes gefolgt. Eine positive Einstellungsänderung der Männer zugunsten der Gleichberechtigung in Schweden in den 1980er Jahren war sicher ein bemerkenswerter Schritt in die richtige Richtung (Jalmer 2004). Das Ziel des Einbezugs der Männer in die Gleichstellungsarbeit scheint jedoch noch lange nicht erreicht zu sein. 2003 wurde die gesellschaftliche Männerdominanz erneut durch die schwedische Regierung thematisiert (SOU 2003:16), denn

„die Gleichstellung der Geschlechter ist nicht durch Maßnahmen zu erreichen, die ausschließlich auf Frauen ausgerichtet sind“ (Svenska insitutet 2003).

Die relativ geringe Beteiligung von Männern in der Genderarbeit, die ich in meiner Studie vorfand, wird durch Ergebnisse anderer Studien teilweise belegt. Ingrid Pincus (2004), die in drei schwedischen Kommunen von 1980-2000 eine Untersuchung über die Rolle von Männern in Führungspositionen bei der Implementierung von Gleichstellungsreformen durchführte, stellte eine Kluft zwischen den Äußerungen der Männer und ihrem Handeln fest. Ähnliches ergaben auch Studien für die BRD (vgl. Höyng/Puchert 1999; Höyng/Lange 2004).

Dass Pincus in Schweden eher passiven, indirekten als aktiven Widerstand vonseiten der Männer feststellte, ist aufgrund des allgemeinen, gesellschaftlichen Konsenses zu Gleichstellungsfragen nicht überraschend. Aktiver Widerstand seitens der Männer, wie ihn Cynthia Cockburn (1993: 241) für England beschrieb, wurde von mir in den schwedischen Schulprojekten nicht bemerkt. Allerdings wiesen einige Gesprächspartnerinnen darauf hin, dass ein aktives Auftreten *gegen* Genderarbeit mit Sicherheit negative Folgen nach sich ziehen würde. Darin zeigt sich einerseits die positive Wirkung des staatlichen Ziels der Gleichstellung, gleichzeitig besteht aber die Gefahr, dass sich der Widerstand verlagert und subtiler wird.

Auch von den in der vorliegenden Studie befragten Expertinnen und Experten wurde die Frage der geringen Präsenz von Männern in der Genderarbeit als ein zentraler Problembereich angesprochen. Dies verweist auf die Notwendigkeit, neue Formen der Genderarbeit mit Männern zu entwickeln.

4.6 Probleme mit der Verknüpfung von Gender mit ethnischen Zuschreibungen

Probleme, die durch die Verknüpfung der sozialen Kategorien Gender und Ethnie entstehen, müssen im Implementierungsprozess ebenfalls ernst genommen werden. Nicht immer wird damit so konstruktiv umgegangen wie im Fall der Projektleiterin, die berichtete, sie habe sich immer sehr wohl gefühlt mit Kindern der ganzen Welt und habe im Rahmen ihrer Integrationsarbeit mit Flüchtlingen an einem Gymnasium Methoden entwickelt und angewendet, wie man mit diesen Jugendlichen, die oft ganz allein nach Schweden gekommen seien, über existenzielle Fragen sprechen könne. Ihre Schülerinnen und Schüler hätten nicht lernen können, weil sie so traumatisiert gewesen seien. Bei der Überlegung, was sie interessieren könne, sei sie auf Genderthemen gekommen. Während diese Anleiterin die Verknüpfung von Gender mit der Kategorie Ethnizität als Ressource und Motor für das Lernen ihrer traumatisierten Schülerinnen und Schülerinnen auffasste und sie für ihre Arbeit nutzte, wurde aus anderen Bereichen auf unlösbar scheinende Probleme der Verknüpfung von Gender und Ethnie verwiesen. So schilderte eine Vorschulleiterin, dass ein Vater mit Migrationshintergrund seinen kleinen Sohn unter Protest mit nach Hause genommen habe, als dieser mit ihrer Zustimmung in einem Theaterstück die Prinzessin gespielt habe. Es sei keine Auseinandersetzung mit diesem Vater über das schwedische Curriculum möglich gewesen, das ein aktives Brechen traditioneller Gendermuster verlange. Sie habe sich bestraft gefühlt und Sorge gehabt, dass auch der kleine Sohn bestraft würde.

In einigen Fällen schien es so, als würden eigene Genderprobleme auf Menschen mit Migrationshintergrund projiziert. Die Migrantenjungen seien *Machos*, meinte eine Lehrerin, ihre Mütter würden zu Hause alles für sie tun.

„I know there are a lot of mothers they do everything for the boys. The boys don't have to do things like this at home. And the girls often take care for their little brothers and sisters and the boys can go out and play. I think that's quite normal here.“ (Susann, Lehrerin, Vorschule)

Schwierigkeiten der Genderarbeit wurden mit dem Hinweis auf Diskussionen mit einem Schüler mit Migrationshintergrund benannt, der entsetzt darüber war, dass schwedische Jungen ihre Schwestern nicht besser beschützen.

„There is one boy now in the third year, he always wants to discuss with me, because he says: we are taking care of our girls. I don't want my sister to be like the girls I see in town. We are worried, we can't be like Swedes, just letting the girls out being raped and every thing. You have to lock the girls up, you see. The only way to do it. Then we have so many nice discussions. I haven't made him change, but have him made think about it and I think that's a good step. You have to start somewhere. I think it is so important to keep the discussion living all the time, don't cut it off, say you are wrong, I'm right, that's the end of it.“ (Barbro, Lehrerin, Gymnasium)

Von Schülerinnen mit Migrationshintergrund wurde angenommen, sie seien schwierig, weil sie durch ihre Religion in einem bestimmten traditionellen Muster seien, das man in einer Generation nicht ändern könne.

„For the girls I would say, when it comes to immigrants it's more difficult, because some of the girls are by religion in a certain pattern and they stay in that pattern, but they can learn to see other options. I think that's a good idea.“ (Bengt, Schulleiter, Gymnasium)

Offensichtlich besteht eine große Versuchung, eigene Genderprobleme unreflektiert auf andere zu verschieben. Die Anerkennung der *Fremden*, *Anderen* kann durch eine Essentialisierung der Differenz dazu dienen, die eigene Identität zu stabilisieren (vgl. Diehm/Radke 1999). Indem man sage, dort seien die Jungen *Machos*, mache man gleichzeitig klar, dass sie es hier im eigenen Land nicht seien. Martina Weber (2003) stellte ebenfalls bezogen auf die Konstruktion von *Weiblichkeit* im Rahmen ihrer Studie zu Mädchen mit türkischem Familienhintergrund in der deutschen gymnasialen Oberstufe fest, dass in herkunfts- und geschlechtsbezogenen Zuschreibungen legitime und illegitime Formen von Weiblichkeit generiert werden, die der dominanten Mehrheitsgesellschaft Distinktionsgewinne sichern. Auch Helma Lutz (2004) kritisierte die Konstruktion von bipolaren Gegensätzen, in denen eingewanderte Frauen und Mädchen sozial auf einer Entwicklungsstufe hin zur Zivilgesellschaft verortet werden, während autochthone Frauen in letzterer bereits angekommen seien. In den Interviews mit schwedischen Lehrerinnen und Lehrern wurden sehr positive Ansätze des Umgangs mit der Verknüpfung von Gender und Ethnie im Rahmen der Gender Mainstreaming-Projekte geschildert, die unterstrichen, dass es gilt, Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund als handelnde Subjekte zu begreifen, die ihre Bedingungen zwar vorfinden, aber auch mitgestalten (Kapalka 2005).

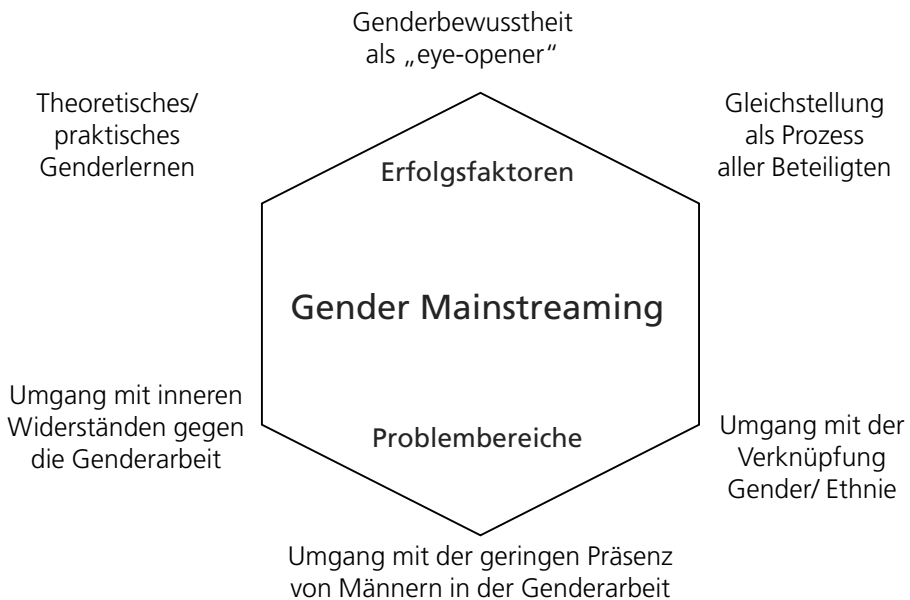
Offizielle schwedische Texte gehen traditionell reflektiert mit der Problematik von Differenz um. *Wir sind alle verschieden* (Utbildningsdepartementet 1994) lautet

der Titel eines 1994 vom schwedischen Ausbildungsdepartment herausgegeben Rapports über Gleichstellungsarbeit an Schulen, der die Heterogenität im Schulalltag unterstreicht. Genderarbeit wird dort als pädagogische Frage und als ein Wissensgebiet beschrieben, in dem die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern beachtet werden müssen. Es gehe um die Entwicklung der vollen Potenziale jedes Mädchens und jedes Jungen. Weiter wird darauf verwiesen, dass die Auffassung, was typisch weiblich und männlich sei, von einer Kultur zur anderen sowie von einer Zeitepoche zur anderen innerhalb derselben Kultur variere. Um der Versuchung zu einseitigen Zuschreibungen bezogen auf die Verknüpfung von Ethnie mit Gender, die auch in den Interviews gefunden wurden, zu widerstehen, ist ein besonders sensibler und bewusster Umgang damit in der Genderarbeit erforderlich. Der Problembereich *Verknüpfung von Gender mit ethnischen Zuschreibungen* spiegelt allgemeine Fragen nach dem Umgang mit sozialer Heterogenität wider, insofern als Einzelnen u.U. eine Stabilisierung der eigenen Identität mithilfe einer Essenzialisierung von Differenz ermöglicht werden kann. Hier muss bei der Implementierung von Gender Mainstreaming ebenfalls angesetzt werden.

5 Prozess des Gender Mainstreaming – Zusammenfassung und Ausblick

Alle sechs in der Studie gefundenen Faktoren, die drei Erfolgsfaktoren – *Genderbewusstheit als „eye-opener“*, *Theoretisches und praktisches Genderlernen* – und die drei Gegenkräfte – *innere Widerstände gegen die Genderarbeit*, *geringe Präsenz von Män-*

Abbildung: Implementierungs-Hexagon



nern in der Genderarbeit, Probleme mit der Verknüpfung von Gender mit ethnischen Zuschreibungen – bilden zusammen *das Implementierungs-Hexagon* und sind für den Prozess des Gender Mainstreaming von wesentlicher Bedeutung.

Gender Mainstreaming ist ein voranschreitender Prozess in mehreren aufeinander folgenden Schritten. Folgt man der neueren schwedischen Gender Mainstreaming-Methodenentwicklung (SOU 2007:15, S. 8), ergeben sich acht Schritte, die Treppe, „Trappan“ (Herstellen eines fundamentalen Verständnisses von Geschlechtergleichstellung, Untersuchung der Voraussetzungen für die Arbeit, Planen und Organisieren, Feststellen der alltäglichen Aktivitäten der Organisation/Institution, Überblick und Analyse, Maßnahmen formulieren, Maßnahmen durchführen, Evaluation der Ergebnisse). Für den Schulbereich werden hier deren wesentliche Momente in fünf Phasen zusammengefasst:

- Entwicklung eines fundamentalen Verständnisses der hierarchischen Geschlechterverhältnisse
- Genderanalyse des eigenen Arbeitsplatzes
- Gleichstellungsplan, der konkrete Ziele, einen Zeitplan und eine Auflistung der Verantwortlichen enthält
- Durchführung
- anschließende Evaluation des Erreichten, auf dessen Grundlage ein neuer konkreter Plan aufgestellt wird.

Dieser Prozess markiert eine Organisationsentwicklung im Sinne von Gender Mainstreaming. In ihm bildet das von mir herausgearbeitete *Implementierungs-Hexagon*, in dem drei zentrale Erfolgsfaktoren mit drei zentralen Gegenkräften in Beziehung stehen, eine komplexe Struktur, die in jeder Phase der Implementierung von Gender Mainstreaming im Schulbereich beachtet werden muss, wenn der Prozess erfolgreich zur Erreichung des Ziels der Geschlechtergerechtigkeit verlaufen soll. In welchem Ausmaß sich die Beachtung des Hexagons auf die einzelnen Phasen auswirkt, bleibt weiteren Forschungen vorbehalten.

Eine erfolgreiche Implementierung von Gender Mainstreaming in Schulen, so zeigt die Untersuchung in Schweden, ist dann möglich, wenn der politische Wille für ausreichende Ressourcen wie Zeit und Geld sorgt, wenn das erforderliche Genderwissen auf theoretischer und praktischer Ebene vermittelt werden kann und wenn für die gemeinsame Reflexion Kommunikationsräume geschaffen werden. Ihr Gelingen hängt darüber hinaus von der Berücksichtigung und bewussten Bearbeitung von Problembereichen wie Ängsten, Abwehr, Widerstand und Projektionen eigener Genderprobleme auf andere ab. Außerdem muss der Prozess markiert werden durch die gemeinsame Erstellung einer Genderanalyse des eigenen Arbeitsplatzes auf der Grundlage eines fundamentalen Verstehens der Geschlechterverhältnisse als Machtordnung, einer gemeinsamen Festlegung konkreter Ziele mit der Festlegung eines Zeitrahmens und der Benennung der Verantwortlichen sowie einer gründlichen, diesen Weg begleitenden Evaluation.

Lernen lässt sich aus den schwedischen Erfahrungen außerdem, dass ein besonderes Charakteristikum der Genderarbeit darin besteht, dass sie nicht schnell geht. Sie braucht im Gegenteil sehr viel Zeit. Dies nicht negativ zu bewerten, sondern einfach ernst zu nehmen, ist der Ausgangspunkt für alles Weitere. Mit kurzfristigen Maßnahmen, die

über ein zweistündiges *Gendertraining* oder eine schulische Projektwoche nicht hinausgehen, ist es nicht getan. Ein weiterer vermeidbarer Fehler ist das Einsetzen externer *GendertrainerInnen* in den Schulen. Vielmehr hat sich das gemeinsame Prozesslernen aller unmittelbar Beteiligten als günstig erwiesen. Auf alle Fälle müssen Ressourcen bereit gestellt werden für verpflichtende Gendermodule in der Lehrerbildung. Längere Genderfortbildungen ganzer Schulen und auch der Schulleitungen, müssen stattfinden und genügend Raum bieten für die Vermittlung moderner sozialkonstruktivistischer Gendertheorie, für die Anleitung interaktiver Bearbeitungsmöglichkeiten von Grundwerten und -haltungen, für Reflexion und Diskussion.

Auch wenn zwischen Schweden und Deutschland nicht nur hinsichtlich der Schulstruktur große Unterschiede bestehen und vergleichbare Gleichstellungsinstitutionen hier fehlen, wäre es wünschenswert, das schwedische Motto „Mach es gleich!“ („Gör det jämt!“, engl. „Just progress!“) in seiner Doppeldeutigkeit umgehend aufzugreifen, nämlich nicht nur Die-Geschlechterverhältnisse-gleich-machen, sondern auch unverzüglich damit zu beginnen. Für eine erfolgreiche Umsetzung des Gender Mainstreaming im Schulbereich ist die Berücksichtigung des *Implementierungs-Hexagons* ein wichtiger Schlüssel.

Literaturverzeichnis

- Acker, Joan. (1991). Hierarchies, jobs, bodies: a theory of gendered organizations. In: Judith Lorber & Susan F. Farrell (Hrsg.), *The social construction of Gender* (S. 162-179). Newbury Park, London, New Delhi: Sage
- Amundsdotter, Eva (2006). *Motstånd – ett nödvändigt ont för förändring*. Zugriff am 09.11.2007 unter http://www.sthlmjamt.se/news.asp?p_id=259
- Andresen, Sünne & Dölling, Irene. (2005). »Umbau des Geschlechter-Wissens von ReformakteurInnen durch Gender Mainstreaming?« In: Ute Behning & Birgit Sauer (Hrsg.), *Was bewirkt Gender Mainstreaming? Evaluierung durch Policy Analysen* (S. 171-187). Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag
- Bourdieu, Pierre. (2005). *Die männliche Herrschaft* (J. Bolder, Trans.). Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag
- Cockburn, Cynthia. (1993). *Blockierte Frauenwege. Wie Männer Gleichheit in Institutionen und Betrieben verweigern*. Hamburg: Argument Verlag
- Diehm, Isabell & Radke, Olaf. (1999). *Erziehung und Migration. Eine Einführung*. Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer
- Dölling, Irene. (2005). »„Geschlechterwissen“ – ein nützlicher Begriff für die „verstehende“ Analyse von Vergeschlechtlichungsprozessen«. In: *Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien*, 23 (1+2), 44-62
- European database: Zugriff am 01.10.2001 unter <http://www.dbdecision.de/GenderMainstreaming/sweden.html>
- Flaake, Karin. (2005). Carol Gilligan: Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau 1992. In: Martina Löw & Bettina Mathes (Hrsg.), *Schlüsselwerke der Geschlechterforschung* (S. 158-175). Wiesbaden: VS Verlag
- Glaser, Barney G. & Strauss, Anselm L. (2005). *Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung*. Bern: Huber
- Goffman, Erving. (2001). *Interaktion und Geschlecht*. Frankfurt, New York: Campus Verlag

- JämO (2000). *JämOs handbok mot könsmobbing i skolan*. Stockholm
- JämOuchGRUtbildning. (2004). *Attvåga hoppajämfota – rapport från ett jämställdhetspedagogiskt projekt*. Stockholm: JämO och GR Utbildning
- Hearn, Jeff & Holmgren, Linn E. (2006). Männliche Positionierungen zur Gleichstellung der Geschlechter und zum Feminismus. Theoretische Bezüge und praktische Passings. In: *Feministische Studien* 24 (2), 224-241
- Hedlin, Maria. (2004). *Det ska vara lika för alla, så att säga... En intervjustudie av lärarstudenters uppfattningar om genus och jämställdhet*. (Rapport D). Kalmar: Institutionen för hälso- och beteendevetenskap
- Hirdmann, Yvonne. (1990). Genusystemet. In: SOU 1990:44, *Demokrati och makt i Sverige: maktutredningens huvudrapport* (S. 73-116). Stockholm: Allmänna förlaget.
- Höyng, Stephan & Lange, Ralf. (2004). »Gender Mainstreaming – ein Ansatz zur Auflösung männerbündischer Arbeits- und Organisationskultur?« In: Michael Meuser & Claudia Neusüb (Hrsg.), *Gender Mainstreaming. Konzepte, Handlungsfelder, Instrumente* (S. 103-119). Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung
- Höyng, Stephan & Puchert, Ralf. (1999). Die nicht angenommene Herausforderung: Patriarchale Arbeitskultur, Maskulinitäten und berufliche Gleichstellung. In: Landeszentrale für politische Bildung Schleswig Holstein und Landesarbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, *Dokumentation der Fachtagung: Verhindert männliche Organisationskultur die Gleichstellung von Frauen im öffentlichen Dienst?* (S.17-40). Kiel
- Jalmert, Lars. (2004). Männer und Geschlechterpolitik in Schweden. In: Michael Meuser & Claudia Neusüb (Hrsg.), *Gender Mainstreaming. Konzepte, Handlungsfelder, Instrumente* (S. 194-205). Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung
- Kalpaka, Annita. (2005). Pädagogische Professionalität in der Kulturalisierungsfälle – Über den Umgang mit „Kultur“ in Verhältnissen von Differenz und Dominanz. In: Rudolf Leiprecht & Anne Kerber (Hrsg.), *Schule in der Einwanderungsgesellschaft. Ein Handbuch* (S. 387-405). Schwalbach, Taunus: Wochenschau-Verlag
- Klemm, Klaus, Rolf, Hans Günther & Tillmann, Klaus-Jürgen. (1985). *Bildung für das Jahr 2000. Bilanz der Reform, Zukunft der Schule*. Hamburg: Reinbek
- Koch-Priewe, Barbara. (1996). Schulentwicklung durch Frauen – Thesen und Visionen. In: Dietlind Fischer, Barbara Koch-Priewe & Juliane Jakobi (Hrsg.), *Schulentwicklung geht von Frauen aus. Zur Beteiligung von Lehrerinnen an Schulreformen aus professionsgeschichtlicher, biografischer, religionspädagogischer oder fortbildungsdidaktischer Perspektive* (S. 199-210). Weinheim
- Läraryförbundet. (1998). *Lika för lika – Strategier för en jämställd skola*. Stockholm
- Läraryförbundet. (2000). *Genuspraktika för lärare*. Stockholm
- Läraryförbundet. (2002). *Jämställd skola – Strategier och Metoder*. Stockholm
- Lutz, Helma. (2004). Migrations- und Geschlechterforschung: Zur Genese einer komplizierten Beziehung. In: Ruth Becker & Beate Kortendiek (Hrsg.), *Handbuch für Frauen- und Geschlechterforschung* (S. 565-573). Wiesbaden: VS Verlag
- Meuser, Michael & Nagel, Ulrike. (2003). Das ExpertInneninterview – Wissenssoziologische Voraussetzungen und methodische Durchführung. In: Barbara Friebertshäuser & Annedore Prengel (Hrsg.), *Handbuch. Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft* (S. 481-491). Weinheim, München: Juventa
- Meuser, Michael & Nagel, Ulrike. (2004). Das ExpertInneninterview: Zur Rekonstruktion spezialisierten Sonderwissens. In: Ruth Becker & Beate Kortendiek (Hrsg.), *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung: Theorie. Methoden, Empirie* (S. 368-371). Wiesbaden: VS Verlag
- Ministry of Industry, Employment and Communications, Fact sheet. (1999). *Men and equality*. Stockholm

- Myndigheten för skolutveckling. (2003). *Hur är det ställt? Tack, ojämt! Erfarenheter av jämställdhetsarbet i grundskolor och gymnasie-skolor*. Stockholm
- Pincus, Ingrid. (2004). *Men, Power and the Problem of Gender Equality policy. Implementation*. Vortrag in Antwerpen an der Universität, gehalten am 20.2.2004. Zugriff am 26.04.2007 unter <http://www.rosadoc.be/site/maineng/pdf/athena%20papers/pincus.pdf>
- Ratzki, Anne. (1998). Gleichstellung als Führungsaufgabe – Strategien der Frauenförderung in Schulleitung und Schulaufsicht. In: Mechthild von Lutzau (Hrsg.), *Frauenkreativität macht Schule* (S. 214-218). Weinheim: Deutscher Studien-Verlag
- Regeringens proposition (1993/94). *147 om Jämställdhetspolitiken: Delad makt – delat ansvar*. Stockholm
- Sauer, Birgit. (2005). Geschlechterkritischer Institutionalismus – ein Beitrag zur politikwissenschaftlichen Policy – Forschung. In: Ute Behring & Birgit Sauer (Hrsg.), *Was bewirkt Gender Mainstreaming? Evaluierung durch Policy – Analysen* (S. 85-101). Frankfurt, New York: Campus Verlag
- Seemann, Malwine. (2009). *Geschlechtergerechtigkeit in der Schule. Eine Studie zum Gender Mainstreaming in Schweden*. Bielefeld: transcript Verlag
- SOU (2003:16). *Mansdominans i förändring om ledningsgrupper och styrelser*. Samtliga kapitel samt bilagor utom nr 3, del 1 av 2, SOU 2003:16 (pdf 1,3 MB); Mansdominans i förändring om ledningsgrupper och styrelser, del 2 av 2, Tabeller, SOU 2003:16 (pdf 196 kB)
- SOU (2007:15). *Gender Mainstreaming Manual. A book of practical methods from the Swedish Gender Mainstreaming Support Committee* (JämStöd). Stockholm
- Stepanek, Brigitte, Frauenbildungsnetz Ostsee. (2000). *Gleichstellungspolitik Schwedens und Männer? –Arbeitsmaterial*. Rostock
- Svenska institutet. (2003). *Die Gleichstellung von Frauen und Männern*. Stockholm
- Utbildningsdepartementet, Ds. 1994:98 (1994): *Vi är alla olika. En åtgärdsrapport om jämställdhet i skolan som en pedagogisk fråga och ett kunskapsområde*. Stockholm
- Weber, Martina. (2003). *Heterogenität im Schulalltag: Konstruktion ethnischer und geschlechtlicher Unterschiede*. Opladen: Leske+Budrich
- West, Candace & Zimmermann, Don. (1991). Doing gender. In: Judith Lorber, & Susan A. Farrell (Hrsg.), *The social construction of Gender* (S.13-37). Newbury Park, London, New Delhi: Sage Publications

Zur Person

Malwine Seemann, Dr. rer. pol., langjährige Lehrerin und frauenpolitische Gewerkschafterin, arbeitet im Zentrum für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung (ZFG) an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg. Arbeitsschwerpunkte: Forschung zur Implementierung von Gender Mainstreaming im Schulbereich.
Kontakt: E-Mail: Malwine.Seemann@t-online.de

„Hoffnungslos durchseucht“. Zur diskursiven Infektiosität des Humanen Papilloma Virus in den deutschen Medien, 2006–2009

Zusammenfassung

Die Kritische Diskursanalyse der aktuellen Debatte über die Impfung gegen Humane Papilloma Viren (HPV) zeigt, dass die als „Impfung gegen Krebs“ betitelte Kampagne von einer Medikalisation und Pathogenisierung des weiblichen Körpers flankiert wird. Aus medizin- und geschlechtersoziologischer Perspektive ist festzustellen, dass die Neu-Konfiguration der Krankheit Krebs als Infektionskrankheit mit einer Neu-Konfiguration des Mädchenkörpers als behandlungsbedürftig und ansteckend einhergeht.

Schlüsselwörter

Diskurs, HPV, Krebs, Körper, Medikalisation, Pathogenisierung

Summary

„Hopelessly infested“. The Discursive Infectivity of the Human Papillomavirus in German Media, 2006-2009

A critical discourse analysis of the current HPV debate in Germany shows that the major campaign „vaccination against cancer“ goes hand in hand with the medicalization and pathogenization of the female body. From a sociological perspective, the recent configuration of cancer as a viral infectious disease cooperates with the configuration of girls' bodies as sick and contagious.

Keywords

Cancer, body, discourse, medicalization, pathogenization

Die Impfung gegen Humane Papillomviren, die gegen vier bzw. zwei Typen des Virus schützen und damit Gebärmutterhalskrebs vorbeugen soll, ist in Verruf geraten. Titel wie „Impfen gegen Krebs“ oder „Sensationeller Schutz“, die ab Juni 2006 die Zulassung der Impfstoffe Gardasil® und Cervarix® medial begleiteten und geradezu euphorisch feierten, weichen seit neuestem einer Berichterstattung, die nichts mehr mit der anfänglichen Begeisterung gemein hat. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* spricht angesichts des seit November 2008 ausgefochtenen Expertenstreits über die Wirksamkeit und Nützlichkeit der HPV-Impfung gar von einer „handfesten Eskalation“ (8.12.2008) in der Auseinandersetzung über die „Impfung gegen Krebs“ (19.06.2006, Focus Magazin).

Im Folgenden werde ich zunächst die soziologischen und historischen Aspekte dieses Diskurses betrachten und danach die Untersuchungsmaterialien vorstellen. In Teil 3 analysiere ich den Verlauf der Debatte über die Impfung gegen Humane Papillomviren von 2006 bis 2009, um anschließend meine zentralen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

1 Viren, interdisziplinär: soziologische und historische Aspekte der Debatte

Der Blick auf den HPV-Diskurs offenbart mehrere interessante Anhaltspunkte für eine sozialwissenschaftliche Betrachtung. Aus *medizinsoziologischer Sicht* drängt sich zunächst die Frage nach einem Bedeutungswandel der Krankheit Krebs auf. Krebs wird von der Gesellschaft aufgrund seiner Ubiquität, Inkurabilität und Metaphorizität eine herausragende Bedeutung beigemessen (Sontag 1978). Wird nun in Werbespots und Informationsbroschüren der Pharmaindustrie eine „Impfung gegen Krebs“ propagiert, geht dies mit einer Neudefinition einher: Krebs erscheint als Infektionskrankheit. Seit das durch Geschlechtsverkehr übertragbare HP-Virus als eine Ursache für Zervixkarzinome erkannt wurde, wird Krebs als ansteckend vermittelt – „Sex ist blöd, davon kriegt man Krebs“, zitierte unlängst *die tageszeitung* und figuriert Krebs als STD, als sexually transmitted disease. Dem diskursiven Konnex ‚Sex/Krebs‘ ist jedoch ein wesentliches Element vorgeschaltet, welches grundsätzliche Fragen der *Geschlechterforschung* aufwirft: Da sich die HPV-Kampagne ausschließlich an junge Mädchen und Frauen richtet, wird eine geschlechtsspezifische Verantwortlichkeit für den „Krebsvirus“ suggeriert (Gerhardus et al. 2008: 411). ‚Frau/Sex/Krebs‘ ist damit der Konnex, der den HPV-Diskurs flankiert.

Aus einer *wissenschaftshistorischen Perspektive* ist dies nicht weiter bemerkenswert. Das Weib galt ab Mitte des 19. Jahrhunderts als „Infectionsherd“ (Ricord 1851: 51); seien es nun Syphilis, Gonorrhöe oder eher harmlose Geschlechtskrankheiten wie *Ulcus molle* – sie alle wurden als Frauenkrankheiten verwissenschaftlicht, da sie nach einhelliger Meinung der Ärzte und Forscher ausschließlich von Frauen „ausgeteilt“ wurden (Sabisch 2007). Dass die Impfung gegen Papillomaviren also nur Frauen betrifft, obwohl der Virus von beiden Geschlechtern übertragen wird, lässt sich mitunter kulturhistorisch begründen. Vor diesem Hintergrund liest sich die Schreckensmeldung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* („Ist eine Frau also bereits infiziert – das sind über die Hälfte der Frauen fünf Jahre nach dem ersten Geschlechtsverkehr“) wie eine Posse aus dem 19. Jahrhundert.

Allerdings ist die Diskursmacht der ‚ansteckenden Frau‘ auch im 21. Jahrhundert nicht zu unterschätzen. Ihre Omnipräsenz im HPV-Diskurs zeugt von der Beständigkeit eingeschriebener Infektiosität. Die Pathologisierung und Pathogenisierung des Frauenkörpers scheint im Fall der HP-Viren jedoch nicht wissenschaftlichen, sondern vielmehr politischen und wirtschaftlichen Interessen zu folgen: Zum einen entspricht die projektierte Durchimpfung der weiblichen Bevölkerung einem biopolitischen Kontrolldispositiv, das seinesgleichen sucht. Denn die Impfpflicht, die sich an 12- bis 17jährige Mädchen richtet, führt zu einer umfassenden Medikalisierung des Mädchenkörpers, da er schon früh in gynäkologische Praktiken und Zwänge eingebunden wird (Kolip 2000). Mit dem Medizinsoziologen Bryan Turner gesprochen: Der schon bald infizierte Mädchenkörper ist von öffentlichem Interesse; er fordert die öffentliche Ordnung heraus, da er ein Kontrollproblem darstellt (Turner 1984/1996). Bezüglich der diskursiven Konnexion in der Debatte über das HP-Virus wirft dies die Frage auf, was mit der Immunisierung der weiblichen Bevölkerung politisch diszipliniert werden soll: die Frau, der Sex oder der Krebs?

Zum anderen ist das „Impfen gegen Krebs“ ein lukratives Geschäft und beschert der Pharmaindustrie Rekordgewinne. Mit der Entscheidung der Ständigen Impfkommission des Robert-Koch-Instituts (STIKO) im März 2007, eine Impfempfehlung gegen HPV für alle 12- bis 17-jährigen Mädchen auszusprechen, wurden die gesetzlichen Krankenkassen in die Pflicht genommen. Die Verabreichung des Impfstoffes wurde eine Kassenleistung und bescherte dem Gardasil®-Hersteller *Sanofi Pasteur MSD* und dem Cervarix®-Hersteller *GlaxoSmithKline* allein im ersten Jahr 217 Millionen bzw. 14,4 Millionen Euro Gewinn. Angesichts dieser Summen ließen Korruptionsvorwürfe nicht lange auf sich warten. Mehrfach wurde in der Presse darauf hingewiesen, dass fast alle STIKO-Mitglieder mehr oder weniger enge Beziehungen zur Impfstoffindustrie unterhalten. Im Besonderen wurde kritisiert, dass der damalige STIKO-Vorsitzende Heinz-Josef Schmitt wenige Monate vor der Empfehlung einen mit 10.000 Euro dotierten Preis angenommen hatte – für sein besonderes Engagement zur Förderung des Impfgedankens –, der von *Sanofi Pasteur MSD* gestiftet war. Spektakulisiert wurden die Vorwürfe im Dezember 2008, als nicht nur Mitglieder der STIKO, sondern auch das Komitee für den Medizinnobelpreis unter Korruptionsverdacht geriet. Als der Tumorforscher Harald zur Hausen am 10. Dezember den Preis in Empfang nahm, ermittelte die schwedische Staatsanwaltschaft bereits wegen Bestechung. Denn der Pharmakonzern *Astra Zenecca*, der Patente an dem HPV-Impfstoff hält, sponsert nicht nur zwei Unternehmen der Nobel-Stiftung, sondern auch das Komiteemitglied Bo Angelin.

Angesichts dieses Konglomerats aus medizin-, geschlechter- und wissenschaftssoziologischen Aspekten, angesichts dieser Verquickung von (bio-)politischen und wirtschaftlichen Interessen, angesichts dieser Verflechtungen von kulturellen und kriminellen Synergien scheinen wir es nicht länger einfach nur mit einem Virus zu tun zu haben. Im Sinne der *Wissenschaftsforscherin* Donna Haraway könnte man die Humanen Papillomviren als „naturecultures“ (Haraway 2000: 105) bezeichnen, als ein unentwirrbares Geflecht aus materieller Geschäftigkeit und kultureller Wirksamkeit. Denn HPV stellt sich keinesfalls nur als ein *materiell*-laborwissenschaftliches „Bio-Gewirr“ (Duden 1997: 2) dar, sondern auch als ein *kulturell*-vergeschlechtliches und sexualisiertes „Diskurs-Gewirr“.

Als es dem Tumorforscher Harald zur Hausen 1974 gelang, Papillomviren in Zervixkarzinomen nachzuweisen, konstituierte er die folgenschwere „wissenschaftliche Tatsache“ (Fleck 1935/1980), dass HPV krebsauslösend ist. In der Folgezeit wurden in den internationalen Laboratorien mehrere bedeutsame Eigenschaften der verschiedenen Papillomvirus-Typen herausexperimentiert. Es sollte jedoch noch 20 Jahre dauern, bis die Konferenz der „International Agency for Research on Cancer“ verkündete, dass die HPV-Typen 16 und 18 „carcinogenic to humans“ seien (WHO 1995). Mit dieser Feststellung verließ das Virus das Labor. Die Entwicklung geeigneter Impfstoffe nahm ihren Lauf und gab Anlass „zu beträchtlichen Hoffnungen“ (zur Hausen 1998: 294). Bemerkenswert ist hierbei, dass der Auszug des Virus aus dem Labor keinesfalls nur unter der Überschrift „Krebs der Frauen“ (Focus, 19.06.2006) vonstatten ging, sondern auch auf „anogenitale Krebsformen (Anal-, Vulva-, Penis- und Vaginalkrebs)“ (zur Hausen 1998: 292) verwiesen wurde. Die kulturelle Kontamination des Virus, seine Vergeschlechtlichung, Sexualisierung, Politisierung und nicht zuletzt seine Profitabilisierung erfolgte also erst im öffentlichen Diskurs. Die Überschreitung dieser diskursiven Grenze führte

zu einer Mutation des HP-Virus (Mayer/Weingart 2004: 12), oder – um es mit Donna Haraway (2000: 105) auszudrücken – zu „implosions of the discursive realms of nature and culture“. Das Virus wurde außerhalb des Laboratoriums mit neuen Bedeutungen angereichert und mehr noch: es folgte der ihm *per definitionem* innewohnenden „Logik des Epidemischen“ (Mayer/Weingart 2004: 8), da es nicht nur die Tages- und Wochenpresse, Fach- und Mädchenzeitschriften, Comics und Internet sowie TV- und Rundfunkprogramme eroberte, sondern auch den Bundestag und den Nobelpreis.

2 Viren, methodologisch: Materialien, Perspektiven und Fragen

Diese beispiellose diskursive Infektiosität erstreckt sich bislang über den überschaubaren Zeitraum von drei Jahren. Nach Michel Foucault handelt es sich demnach nicht um einen Diskurs im strengen Sinne, sondern um ein „diskursives Ereignis“ (Foucault 1977: 39), welches als Katalysator von spezifischen Diskursen (z.B. über Geschlecht, Körper oder Krankheit) wirken kann. Das diskursive Ereignis HPV besteht aus unterschiedlichen Textsorten, die ab Juni 2006 den Gegenstand HPV in ebenso unterschiedlicher Art und Weise virulent erscheinen ließen: Aus dem Bereich Printmedien wurden zum einen Artikel und Meldungen aus der überregionalen Tagespresse,¹ zum anderen aus überregionalen Wochenzeitungen und -magazinen² indexikalisch erfasst und untersucht. Mit der Zulassung des Impfstoffs Gardasil® im April 2007 ging eine Reihe von Stellungnahmen und Petitionen unterschiedlichster Institutionen und Akteure einher, die im Internet veröffentlicht wurden.³ Die bereits zu Beginn erwähnten Kampagnen der Impfstoffhersteller *GlaxoSmithKline* (www.gebaermutterhalskrebs.com) und *Sanofi Pasteur MSD* (www.tellsomeone.de) sowie die der *Deutschen Krebshilfe* (www.maedchen-checken-das.de) und des *Deutschen Grünen Kreuz e.V.* (Projektgruppe www.zervita.de) wurden zum Teil in TV-Werbespots übersetzt. Diese medialen Vorabend-Ereignisse müssen insofern bei der Diskursanalyse Berücksichtigung finden, als dass sie Anlass zu harscher Kritik an den Visualisierungs- und Emotionalisierungsstrategien der HPV-Kampagne gaben. Diese Kritik wurde u.a. auch in den Sendungen *monitor* und *frontal21* geäußert.⁴

1 Eine vollständige Indexierung seit Juni 2006 erfolgte bei den Tageszeitungen Ärzte Zeitung, Financial Times Deutschland, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Standard (Österreich), Süddeutsche Zeitung, die tageszeitung.

2 Eine vollständige Indexierung seit Juni 2006 erfolgte bei den Wochenzeitungen und Zeitschriften Focus Magazin, Der Spiegel, Die Zeit, Stern, Brigitte, Impf-Report, Deutsches Ärzteblatt, Der Frauenarzt.

3 Folgende Stellungnahmen wurden analysiert: Ärzte für individuelle Impfscheidung e.V., Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft (AKF), Feministisches Frauengesundheitszentrum e.V. Berlin (FFGZ), Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendmedizin e.V., Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe e.V., LAG Mädchenarbeit in NRW e.V., Ständige Impfkommission des Robert Koch Instituts (STIKO), Projektgruppe „ZERVITA“, Bundesverband der Frauengesundheitszentren e.V., Netzwerk für unabhängige Impfaufklärung, Stuttgarter Elternstammtisch Impfen und Kindergesundheit, Paul-Ehrlich-Institut (PEI), European Medicines Agency (EMA), HPV-Management-Forum.

4 *monitor* vom 21.02.2008 HPV-Impfung: Voreilige Entwarnung?; *monitor* vom 19.02.2009: Geschönte Zahlen? Streit um die Wirksamkeit der HPV-Impfung; *frontal21* vom 19.02.2008: Teuer und umstritten. Kritik an der HPV-Impfung.

Die an Foucault angelehnte Kritische Diskursanalyse (Jäger 2001) fragt nach den Regelmäßigkeiten positiver Aussagen (*énoncés*), die durch Wiederholung die Wirklichkeit der Welt begründen und festigen (Keller et al. 2006). Bezogen auf das diskursive Ereignis HPV meint dies die Fahndung nach dem Konnex, der die Dispersion der Aussagen über den Virus steuert. Das heißt, dass ungeachtet der Textsorte und der Sprecherposition die „Beziehungen der Aussagen untereinander (selbst wenn diese Beziehungen dem Bewusstsein des Autors entgehen; selbst wenn es sich um Aussagen handelt, die nicht den gleichen Autor haben; selbst wenn diese Autoren einander nicht kennen)“ (Foucault 1973: 44) ermittelt werden. Von Interesse sind demzufolge nicht die einzelnen Positionen zur „Impfung gegen Krebs“, die von medizinischen Verbänden, feministischen Vereinen oder politischen Parteien vertreten werden, sondern vielmehr die „Existenzbedingungen (aber auch Bedingungen der Koexistenz, der Aufrechterhaltung, der Modifizierung und des Verschwindens)“ (Foucault 1973: 58), die der Virus außerhalb des Laboratoriums vorfindet und verändert. Mit Foucault gefragt: Welche Mutationen finden im öffentlichen Diskurs statt? Welche Diskurs-Epidemien wurden durch den Virus ausgelöst? Und nicht zuletzt: Welche wissenschaftshistorischen Diskurse werden durch das HP-Virus kontaktiert und kontaminiert (Mayer/Weingart 2004: 23)? Um diesen Fragenkatalog zu konkretisieren, soll die Vermutung, die Krankheit Krebs erfahre durch das diskursive Ereignis HPV einen ätiologischen Bedeutungswandel, handlungsleitend sein: Wie wirkt sich die Neu-Definition von Krebs als STD, als sexually transmitted disease, auf die Repräsentation der Kategorie Geschlecht aus?

3 Viren, öffentlich: Der Diskurs über die „Impfung gegen Krebs“

Im folgenden Kapitel soll das diskursive Ereignis HPV chronologisch beschrieben werden. Die vier Abschnitte markieren dabei die unterschiedlichen Entwicklungslinien innerhalb der Debatte und bündeln zugleich die zentralen Aussagen, die charakteristisch für das diskursive Ereignis sind. Im Anschluss an diese Vorstellung folgt in Teil 4 die abschließende zusammenfassende Analyse des Materialkorpus.

3.1 „Auch Jungs impfen!“ (2006)

Mit der Parole „Impfen gegen Krebs“ wird am 19.06.2006 die „effiziente Waffe“ gegen den „Krebs der Frauen“ im *Focus Magazin* begrüßt. Der „Segen für die Frauengesundheit“, welcher schon bald in Verkörperung eines „Krebsimpfstoffs“ des Pharmakonzerns *Sanofi Pasteur MSD* zu erwarten sei, ist ein „ein echter Durchbruch“. Die Frage, wer im Namen der Frauengesundheit gegen die HPV-Typen 16 und 18 zu immunisieren sei, steht schnell fest: „Kinder vor ihrem ersten Sexualkontakt“. Allerdings ist die Zulassung des Impfstoffs Gardasil® für die „Altersgruppe neun bis 26 Jahre alter Mädchen und Frauen“ beantragt. Denn diese sind besonders „gefährdet“: „Sie stecken sich bei einem Mann an, der meist von seiner eigenen Infektion nichts weiß.“ Auch die Berliner *tageszeitung* (7.07.2006) und der *Spiegel* (10.07.2006) wissen von dem „sensationellen Schutz“ der „Impfung gegen Krebs“ zu berichten. Das Interview mit dem Heidelberger Virologen

Lutz Gissmann führt jedoch zu einer ersten Ernüchterung, „denn impfen können wir nur gegen Erreger und der Gebärmutterhalskrebs ist bisher der einzige, von dem wir sicher wissen, dass er durch Viren ausgelöst wird“. Dem *Arzteblatt* zufolge wäre die „Einführung einer flächendeckenden Impfung“ dennoch lohnenswert, da „bis zu 70 Prozent aller Männer und Frauen [...] einmal eine HPV-Infektion“ durchmachen würden und so „zahlreiche Eingriffe bei Krebsvorstufen verhindert“ werden könnten (7.08.2006). In diese frühe Zielgruppen-Diskussion mischt sich auch der Heidelberger Tumorforscher und Entdecker des „Krebsvirus“ ein. In einem Interview mit der Wochenzeitung *Die Zeit* vom 26.10.2006 spricht er sich für die Impfung von Jungen aus. Der Grund, warum die Impfung in den USA nur Frauen empfohlen werde, seien Bedenken, dass keine Studien für Männer vorliegen würden und man aufgrund „anderer Schleimhautverhältnisse“ nicht wisse, „ob die Impfung bei Männern genauso wirksam sei wie bei Frauen“. Zur Hausen hält dies für ein „Scheinargument“: „Männer haben zwar keine Gebärmutter, aber die Haut des Penis dürfte sich kaum unterscheiden von jener des äußeren weiblichen Genitales, der Vulva“. Auf die Frage, ob er für Studien an Männern plädieren würde, antwortet er: „Ja, aber auch dafür, Männer ohne Studien zu impfen“.

Unter der Überschrift „Wer sollte wann, wie und wo geimpft werden“ meldet sich am 15.12.2006 das *HPV-Management-Forum*, eine Arbeitsgruppe der Sektion „Antivirale Chemotherapie“ der Paul-Ehrlich-Gesellschaft e.V., zu Wort. Im *Arzteblatt* definiert das Management-Forum folgende „Haupt-Zielgruppen“: 1. „Schulkinder (Mädchen und Jungen)“, die möglichst vor dem ersten Geschlechtsverkehr, „der heute mit circa zwölf bis 14 Jahren erfolgt“, geimpft werden sollten; 2. „Mädchen und junge Frauen zwischen zwölf und 25 Jahren“. Diese Dopplung irritiert angesichts der Management-Feststellung, dass „[m]ännliches Sexualverhalten und HPV-Infektionen des Penis [...] mit einem erhöhten Risiko für die Partnerin verknüpft“ seien, „an einem Zervixkarzinom zu erkranken“. Und mehr noch: „Die Übertragbarkeit von HPV kann durch Zirkumzision [Beschneidung, K.S.] und konsequenten Kondomgebrauch verringert werden“. Die Zuständigkeit der Männer für die Verbreitung des HP-Virus wird jedoch von den HPV-Managern nicht weiter verfolgt. Sie insistieren vielmehr darauf, dass „zum jetzigen Zeitpunkt [...] das primäre Ziel der HPV-Vakzinierungsprogramme eine möglichst große Zahl junger Mädchen sein“ sollte.

3.2 „Voreilige Vorsorge“ (2007)

Im Jahr 2007 wird zunächst die Zielgruppen-Diskussion fortgesetzt. Der *Spiegel* merkt in dem Artikel „Krebsspritze für Kinder“ vom 17.02.2007 an, dass das Virus „[a]bermillionenfach verbreitet“ sei, bei „Jung und Alt, Männlein wie Weiblein“. Letztlich seien also alle „sexuell aktiven Europäer [...] hoffnungslos durchseucht“.⁵ Dabei sei allerdings keinesfalls die Rede von HIV („dem Erreger der Immenseuche Aids“), sondern von HPV („dem humanen Papillomavirus“). Diese „Sex-Viren“ würden in den USA bereits bekämpft – „No vaccination, no school“ –, was das „Medizinerblatt *Lancet*“ zu der Forderung veranlaßt hätte, „die Impfung gegen HPV für alle elf- bis zwölfjährigen Mädchen in der EU zur Pflicht zu erheben.“ Da jedoch die Impfprogramme – „bedauerlicherweise“ – schon Mitte der 1970er Jahre aus den deutschen Schulen verschwunden und Deutsch-

5 „Krebsviren im Visier“, *Frankfurter Rundschau* 17.04.2007.

land ohnehin in „Impffragen viel zu nachlässig sei“, bedürfe es einer „breiten Aufklärungskampagne“ der Deutschen Krebshilfe über HPV. Bevor jedoch dem Wunsch nach einer breiten Aufklärungskampagne durch TV-Werbespots entsprochen werden konnte, wurden erste kritische Stimmen laut. Unter der Überschrift „Nur eines ist sicher – die Nebenwirkungen“ erscheint in der Januar/Februar-Ausgabe des *impf-reports* ein Artikel, der die Nützlichkeit der Impfung grundsätzlich in Frage stellt, da „offiziellen Schätzungen zufolge [...] in Deutschland von ca. 40 Millionen Frauen jährlich bis zu 7.000“ erkranken. Das Risiko, an Gebärmutterhalskrebs zu erkranken, sei also „bereits ohne Impfung verschwindend gering, sogar weit unter einer Promille.“ Neben diesem Rechenexempel gerät jedoch vor allem die Zulassungsstudie über den Impfstoff Gardasil® ins Kreuzfeuer der Kritik. Diesbezüglich seien die entscheidenden „Phase-III-Studien“, die zur Zulassung führen, „noch gar nicht vollständig veröffentlicht“, was hieße, dass letztlich „Laien wie auch Mediziner [...] die Ergebnisse mehr oder weniger blind glauben“ müssten. Die Frage, ob der Impfstoff sicher ist, sei damit mehr als berechtigt.

Deutlicher wird dieser Aspekt in einer Petition an den deutschen Bundestag formuliert, die die Rücknahme der Zulassung des Impfstoffs Gardasil® fordert.⁶ Unter Punkt 5 wird die „fehlende Impfstoffsicherheit“ ausgeführt:

„Die Zulassungsstudien umfassen insgesamt ca. 20.000 Testpersonen und können deshalb schwere Nebenwirkungen und Impfschäden, die seltener als 1:20.000 auftreten, nur durch Zufall erfassen. Es ist erschreckend, dass trotzdem eine systematische Nachbeobachtung durch die Zulassungsbehörde unterbleibt.“

Da zudem die Wirksamkeit des Impfstoffs generell anzuzweifeln sei (Punkt 1) und eine „besorgniserregende Geheimhaltung“ bezüglich der Phase-III-Zulassungsstudie bestünde (Punkt 4), ist es kaum verwunderlich, dass die Petition pointiert endet: „Unsere Töchter sind keine Versuchskaninchen für Impfstoffhersteller!“

Die *Süddeutsche Zeitung* beschäftigt sich derweil mit einem anderen, nicht minder interessanten Aspekt. Anlässlich der STIKO-Empfehlung vom 26.03.2007, die die Impfung gegen HPV für alle 12- bis 17-jährigen Mädchen zur Pflichtleistung der gesetzlichen Krankenkassen erhebt, betont der Infektiologe Heinz-Josef Schmitt in dem Interview vom 27.03.2007, dass die Begeisterung für die Impfung nicht nur dem „Nutzen“ für die Frauen geschuldet sei, sondern zudem eine „einzigartige Möglichkeit für die Krankenkassen“ darstelle, „um Aufmerksamkeit zu bekommen, in dem härter werdenden Kampf um Mitglieder“. Und dies, obwohl der Impfstoff gar nicht der erste sei, der vor einer Krebserkrankung schützen würde. Die Impfung gegen das Hepatitis-B-Virus „schützt vor Leberkrebs und [...] ist seit 1995 empfohlen, aber niemand kümmert sich darum, dass sie auch verabreicht wird.“ Dies scheint sich im Fall von HPV anders darzustellen. Auf den Internetseiten des *Zentrums für Gesundheit* wird sogar die Frage aufgeworfen, warum „Eltern dazu gedrängt werden, ihre Töchter mit Gardasil® impfen zu lassen“.⁷ Die Antwort ist schnell gegeben:

„Prognosen behaupten, dass Gardasil® des US-Pharmakonzerns Merck & Co einträglichste Geldquelle werden könnte, mit erwarteten Umsätzen von mindesten zwei Milliarden US-Dollar. Einkünfte, die der US-Pharmakonzern Merck & Co nach dem Vioxx-Skandal sehr dringend benötigt.“

6 Eingereicht am 25.02.2007, Petitions-Nr.: 2-16-15-2120-02125; abgelehnt am 30.05.2007.

7 www.zentrum-der-gesundheit.de/gebaermutterhalskrebs-ia.html.

Als dann das *Ärzteblatt* am 25.05.2007 „Erste UAW-Verdachtsfälle [unerwünschte Arzneimittelwirkung, K.S.] nach HPV-Impfung mit Gardasil“ meldet, geraten solche Sanierungsvermutungen vorerst in Vergessenheit. Eine Anfrage der Verbraucherschutzorganisation *Judicial Watch* bei der amerikanischen Arzneibehörde *Food and Drug Administration* (FDA) hatte ergeben, dass seit der US-Zulassung 1.637 Berichte über unerwünschte Arzneimittelwirkungen eingegangen waren: „Darunter waren 371 schwere Ereignisse wie Fazialis-Lähmungen, Guillain-Barré-Syndrome und Krampfanfälle sowie drei Todesfälle.“⁸ Perfiderweise startet mit Bekanntwerden dieses „Horrorkatalogs“ am 29.05.2007 eine bislang beispiellose Werbekampagne. Die Modedesignerin Jette Joop setzte sich sieben- bis achtmal täglich auf Deutschlands Bildschirmen für die HPV-Impfung ein:

„Als Mutter erlebe ich, wie schnell meine Tochter groß wird und schon bald ihr eigenes Leben führt. Ich will nicht, dass Gebärmutterhalskrebs dieses Leben in Gefahr bringt. Deshalb schütze ich meine Tochter schon heute vor dem Virus, das den Krebs verursachen kann. Tun Sie es auch!“⁹

Flankiert wurde dieses mediale Ereignis durch eine ostentative Öffentlichkeitsarbeit an Schulen. So berichtet die Berliner *tageszeitung* am 8.08.2007 in dem Artikel „Sex ist blöd, davon kriegt man Krebs“, dass man es angesichts der Flyer und Broschüren „mit der Angst zu tun“ bekommt: Das Virus, so der besagte Flyer, gelange beim Geschlechtsverkehr in den Körper und löse zu „99 Prozent“ den „zweithäufigsten Krebs der Frau aus“. Die *taz* lässt es sich nicht nehmen, die Zahlen zu korrigieren:

„Tatsächlich war Gebärmutterhalskrebs bis zur Einführung des Früherkennungsprogramms im Jahr 1971 in Deutschland die häufigste Krebsart, rangiert mittlerweile aber an zehnter Stelle. Nicht hierzulande, sondern weltweit ist es der zweithäufigste Krebs bei Frauen. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation sterben jedes Jahr 250.000 Frauen daran, davon 80 Prozent in Entwicklungsländern.“

Aufgrund der fraglichen Prozentangaben vermittelte der Flyer allerdings das Gefühl, „dass jeder das Leben seiner Tochter riskiere, wenn er diese nicht sofort zum Arzt schicke“ – gleichsam des Fernsehspots mit Jette Joop, der ebenfalls suggeriert, Eltern würden verantwortungslos handeln, würden sie ihren Töchtern die Impfung vorenthalten. Diese Problematik wird auch von dem *Stuttgarter Elternstammtisch* aufgegriffen, der am 01.10.2007 das Flugblatt „Die HPV-Impfung ist echt uncool“¹⁰ veröffentlicht:

„Wir fühlen uns von den Verantwortlichen manipuliert. Sie wittern das ganz große Geschäft und spielen mit unseren Ängsten und unserer Liebe zu unseren Kindern. Ein schlechtes Gewissen sollen wir haben, wenn wir unsere Töchter nicht impfen lassen. ‚Uncool‘ und ausgegrenzt sollen sich Mädchen fühlen, die im Gegensatz zu ihren Freundinnen ungeimpft sind.“

Doch angesichts der Nebenwirkungen der Impfung sei diese alles andere als „cool“. Der *Stuttgarter Elternstammtisch* richtet sich mit folgendem Satz an die „Lobby aus

8 www.judicialwatch.org/story/2008/may/judicial-watch-investigates-side-effects-hpv-vaccine.

9 Für diesen 22 Sekunden langen Werbespot soll das Deutsche Grüne Kreuz ein sechsstelliges Budget zur Verfügung gehabt haben, welches unter anderem von dem Gardasil-Hersteller Sanofi Pasteur MSD bereitgestellt wurde (Financial Times Deutschland, 14.10.2008).

10 www.impfkritik.de/upload/pdf/HPV/HPV-Flugblatt.pdf.

sogenannten Experten“: „Unsere Töchter stehen euch nicht als Versuchskaninchen zur Verfügung!“

Handelt es sich also hinsichtlich der HPV-Impfung um eine „Voreilige Vorsorge“, wie die *Süddeutsche Zeitung* am 6.10.2007 vermutet? Nach Ansicht „zahlreicher Experten“ hätte die STIKO vorschnell gehandelt, da die „Zulassung des Impfstoffs [...] auf sehr schmaler Wissensbasis“ erfolgt sei. Außerdem, so fügte die Berliner *tageszeitung* am 16.11.2007 hinzu, gebe es „[f]ragwürdige Interessenkonflikte“ einiger STIKO-Mitglieder und verwies nochmals auf die engen Verflechtungen von Kommission und Industrie. Besonders kritikwürdig scheint jedoch die bereits weiter oben angesprochene „aggressive Propagierung“ der Impfung zu sein, die mit „Panikmache und Indoktrination“ gleichgesetzt wird. In der Stellungnahme „Mit Kanonen auf Spatzen schießen?“ des *Bundesverbandes der Frauengesundheitszentren e.V.* werden die „Ungereimtheiten der HPV-Impfung“ u.a. auf den „irreführenden“ Slogan „Impfung gegen Krebs“ zurückgeführt, dem dringend „umfassende und unabhängige Informationen“ gegenübergestellt werden müssten.¹¹ Der *Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V.* (AKF) fasst diesen Standpunkt folgendermaßen zusammen:

„Obwohl das Ziel erstrebenswert ist, die Erkrankungsrate an Gebärmutterhalskrebs zu senken, wenden wir uns gegen die massive Propagierung der Impfung zum derzeitigen Zeitpunkt aus folgenden Gründen: Es gibt kein ausreichendes Wissen über die Qualität des Impfschutzes oder über mögliche Spätfolgen. Es ist deshalb ein Skandal, trotz knapper Ressourcen eine massenhafte, teure Impfung von Jugendlichen durchzuführen. Wir fordern die Durchführung der Impfung nur im Rahmen von Studien, um Antworten auf die zahlreichen noch offenen Fragen zu bekommen.“¹²

Die Diskussion über mögliche Nebenwirkungen und Spätfolgen gewinnt gegen Ende des Jahres 2007 an Brisanz: Die 19jährige Österreicherin Jasmin Soreit verstirbt am 12.10.2007 – nur wenige Tage nach ihrer HPV-Impfung – an einer Atemlähmung im Schlaf. Zwar schließen die zuständigen Behörden einen Zusammenhang zwischen dem Tod der jungen Frau und der Impfung gegen HPV aus; die Eltern von Jasmin Soreit sind jedoch alarmiert und verfassen im Dezember 2007 einen offenen Brief, in dem sie feststellen, dass „eine Gesamtbetrachtung“ des Falls „zu dem Schluß führt, dass die HPV-Impfung der Auslöser für ihren Tod gewesen sein muß!“¹³

3.3 „Eingeimpfte Ängste“ (2008)

Während das *Ärzteblatt* am 7.01.2007 zunächst wieder die Frage nach der Zielgruppe aufwirft, tobt etwa zur gleichen Zeit in Österreich die Debatte über den ungeklärten Tod von Jasmin Soreit. Allen voran ist es der *Standard*, der mit Schlagzeilen wie „HPV-Impfung: Total alleingelassen“ (18.01.2008), „Aufklärung über Nebenwirkungen mangelhaft“ (19.01.2008) oder „Rasch obduziert wird nur bei Mord“ (19.01.2008) den Aufklärungswillen der zuständigen Behörden hinterfragt. Wegen „Zweifel an der Unbedenklichkeit“ der Impfung, die sich durch weitere Meldungen von schweren Nebenwir-

11 www.diametric-verlag.de/HPV-Impfung%20November%202007.pdf.

12 www.zgf.bremen.de/sixcms/media.php/13/hpv_impfung_stellungnahme.pdf.

13 www.impfschaden.info/content/view/299/174/.

kungen wie Multipler Sklerose erhärten,¹⁴ rät sogar der Präsident der österreichischen Krebshilfe Paul Sevelda von der Impfung ab und stoppt die Infokampagnen der Beratungsstellen (Standard, 18.01.2008).

Die öffentliche Auseinandersetzung über mögliche Zusammenhänge von Impfung und Todesfällen wird in Deutschland zögerlicher geführt. Das *Paul-Ehrlich-Institut* (PEI) veröffentlicht am 18.01.2008 eine „Stellungnahme zum unklaren Todesfall aus Deutschland in zeitlichem Zusammenhang zu einer Gardasil-Impfung“.¹⁵ Hieraus wird ersichtlich, dass das PEI bereits im Sommer 2007 über „den plötzlichen und unerwarteten Tod einer 17-jährigen Frau aus Deutschland“ unterrichtet wurde, die „am Vortag“ ihres Todes „die zweite Injektion des HPV-Impfstoffes Gardasil erhalten hatte“. Da die Obduktion jedoch keine Hinweise auf eine mögliche Todesursache gab, wurde der „Fall als sogenannter ‚Plötzlicher ungeklärter Tod‘“ bewertet. Die *tageszeitung* zitiert am 22.01.2008 den Präsident des Instituts Johannes Löwer, der für eine Zurücknahme der Zulassung für Gardasil® keinen Anlass sieht: „Plötzliche ungeklärte Tode treten auch ohne Impfungen auf.“ Allerdings sei es durchaus problematisch, dass die Impfung im zeitlichen Zusammenhang mit dem Tod stehe und als Ursache „theoretisch“ infrage komme. Ähnlich beurteilt auch die *European Medicines Agency* (EMA) in ihrem „EMA statement of the safety of Gardasil“ am 24.01.2008 die Impfung.

Am 19.02.2008 meldet sich das PEI mit den bereits weiter oben erwähnten „Informationen zu den Untersuchungsergebnissen der beiden Todesfälle aus Deutschland und Österreich“ zu Wort.¹⁶ Hier wird abermals betont, dass „bei den beiden tragischen Todesfällen nach derzeitigem Kenntnisstand davon auszugehen“ sei, „dass es sich um ein zeitlich zufälliges Zusammentreffen, nicht jedoch um einen ursächlichen Zusammenhang mit der Gardasilimpfung handelt“. Dennoch liegt ein „Schatten über der Krebsimpfung“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.02.2008). Die Frauenzeitschrift *Brigitte* fragt am 31.01.2008 „HPV: Riskante Krebs-Impfung?“ und scheut sich nicht, von einer „gigantischen Werbekampagne“ zu sprechen, die Frauen vermittele, dass – „wer seine Tochter nicht spätestens mit zwölf für die neue Impfung zum Kinderarzt oder Gynäkologen schleppt“ – eine „Rabenmutter“ sei.

Bemerkenswert ist jedoch vor allem die Stellungnahme der *Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenarbeit NRW e.V.*, die in der Januar-Ausgabe der Fachzeitschrift *Betrifft Mädchen* erschienen ist.¹⁷ Unter der Überschrift „HPV-Impfung: Eingepfimte Ängste“ wird hier verdeutlicht, „dass eine Impfung ein massiver Eingriff in den Körper ist“. Und nicht nur dies: „Die Botschaft an die Mädchen lautet: von Sex kriegen Mädchen Krebs“, was letztlich den Mädchen vermittele, sie seien „behandlungsbedürftig und dass mit ihrem Körper etwas nicht stimmt“. Die verkürzte Darstellung „Gesund ist, wer sich

14 Zudem erscheint am 27.11.2008 ein Artikel, in dem darüber berichtet wird, dass „australische Ärzte eine Überprüfung des umstrittenen Impfstoffs Gardasil®“ fordern, „nachdem sich bei 3 Mädchen, kurz nach der Impfung mit HPV, eine Entzündung der Bauchspeicheldrüse entwickelt hatte (www.zentrum-der-gesundheit.de/pankreatitis-und-hpv-impfung-ia.html).

15 www.pei.de/cln_115/nn_992504/DE/infos/fachkreise/am-infos-ablage/sik/2008-01-18-gardasil.html. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Stellungnahme „Fragen zur klinischen Prüfung und zur Zulassung“ vom 19.02.2008 (www.pei.de/cln_108/nn_992504/DE/infos/fachkreise/impf-fach/hpv/studien.html).

16 www.pei.de/cln_115/nn_992504/DE/infos/fachkreise/impf-fach/hpv/obduktion.html.

17 www.lippstadt.de/buergerservice/gleichstellung/arbeitsfelder_themen/HPV_Impfung_Kommentar.pdf.

impfen läßt!“ unterwandere damit alle pädagogischen Bemühungen, „die Mädchen begleiten, sich in ihrem Körper (wohl) zu fühlen“. Ebenso deutliche Worte finden die *Ärzte für individuelle Impfscheidung e.V.* in ihrer Stellungnahme vom 8.02.2008. Sie vermuten hier sogar, dass die Impfung „ein (oft trügerisches) Gefühl der Sicherheit“ vermittele und dadurch „negative Auswirkungen auf das Safer Sex-Verhalten und die Teilnahme an der Krebsvorsorge“ haben könnte.¹⁸ Im Februar werden zudem zwei TV-Beiträge gesendet, die die „Voreilige Entwarnung“ seitens der zuständigen Behörden hinterfragen. Während das ZDF-Magazin *frontal 21* vor allem die unzulängliche Beratung kritisiert, deckt die Journalistin Sonja Mikich den Mangel an unparteiischer Beratung auf: Schüler und Schülerinnen, die im Rahmen einer HPV-Impfkampagne Besuch von der Arbeitsgemeinschaft PIKS bekommen hätten, würden nichts darüber erfahren, dass diese nicht nur von Land und Krankenkasse, sondern auch von *Sanofi Pasteur MSD* gesponsert wird.¹⁹

Am 1.03.2008 ist es dann soweit: Das *Feministische Frauen Gesundheits Zentrum Berlin e.V.* (FFGZ) kommt in seiner Stellungnahme „Die HPV-Impfung – welchen Nutzen haben Mädchen und Frauen davon“ zu dem Schluss, „von der HPV-Impfung abzuraten“.²⁰ Was auf diesen Beitrag folgt, sind mehrere Schriften, in denen nicht nur die „Infektionsprophylaxe gegen das humane Papillomavirus [...] uneingeschränkt befürwortet“ wird,²¹ sondern auch die „unrichtigen Behauptungen“ der Publikumspresse angeprangert werden.²² Alles in allem scheint jedoch der „Einbruch bei Krebs-Impfung“ (Frankfurter Rundschau, 17.06.2008) nicht mehr zu verhindern zu sein. Daher kommt der Nobelpreis für den Tumorforscher und Entdecker der krebsauslösenden Eigenschaften des Humanen Papillomvirus wie gerufen. „Nobelpreis für den Virologen Harald zur Hausen“, titelt das *Ärzteblatt* am 10.10.2008. Doch auch zur Hausen trotz der allgemeinen Begeisterung, wenn er auf einer Pressekonferenz anlässlich der Nobelpreisvergabe zu bedenken gibt, dass die „HPV-Vakzine schlicht zu teuer“ seien. In einem Interview mit dem *Focus Magazin* vom 13.10.2008 unterstreicht er diese Meinung. Auf die Frage, ob sich seine 16jährige Enkelin auch hat impfen lassen, nimmt er zudem indirekt Bezug auf die unzureichenden Informationen der Impfstoffhersteller: „Aber auch meine Enkelin glaubte fälschlicherweise, dass sie nach der Impfung ‚safe‘ ist. Ich musste ihr erklären, dass sie trotzdem zu Vorsorgeuntersuchungen gehen muss, weil der Impfstoff nur zu 70 Prozent vor gefährlichen HPV-Viren schützt.“²³ Angesichts dieser impliziten Kritik seitens des Erfinders wundert es nicht, dass die grundsätzliche wissenschaftliche Infragestellung der Impfung nicht mehr lange auf sich warten lässt:

18 www.individuelle-impfscheidung.de/index.php?Itemid=13&id=39&option=com_content&task=view. Hinsichtlich der „Früherkennung des Zervixkarzinoms“ bemerkt das *Ärzteblatt* am 12.09.2008: „Daher muss die Zervixkarzinomfrüherkennung sowohl bei geimpften als auch bei ungeimpften Frauen unbedingt weitergeführt werden. Die HPV-Impfung wird dazu führen, dass die Zervixkarzinomfrüherkennung in ihrer jetzigen Form weniger effektiv wird.“. Vgl. „Die Krebsfrüherkennung ist keine Alternative zur HPV-Impfung“ (*Ärzte Zeitung*, 2.01.2009).

19 www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2008/0221/pdf/080221_c_impfung.pdf.

20 www.frauengesundheitszentren.de/pdf/80414hpvstellungnahme.pdf.

21 Stellungnahme der Kommission für Infektionskrankheiten und Impfungen der DAKJ (Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendmedizin e.V.), April 2008 (www.dgpi.de/pdf/IK_SN_HPV_Befuerwortung_020408.pdf).

22 Stellungnahme der STIKO zur HPV-Impfung, April 2008 (www.ecomed-medizin.de/sj/impfdialog/Pdf/ald/10770).

23 Vgl. das Interview mit Harald zur Hausen im *Ärzteblatt* vom 5.01.2009.

In der vielbeachteten Stellungnahme „Wissenschaftler/innen fordern Neubewertung der HPV-Impfung und ein Ende der irreführenden Informationen“ vom 25.11.2008 sprechen sich 13 MedizinerInnen und GesundheitswissenschaftlerInnen für die umgehende Überprüfung der STIKO-Impfempfehlung aus.²⁴ Diese sei erforderlich, da „zu dem Zeitpunkt der Empfehlung die Ergebnisse der entscheidenden Studien noch nicht publiziert“ waren:

„Die Empfehlung der STIKO aus dem März 2007 beruft sich nicht auf explizite Zahlen zur Wirksamkeit. Stattdessen erwähnt die STIKO, offenbar aufgrund eigener Hochrechnungen, eine ‚lebenslange Impfeffektivität‘ von 92,5%. Die Herkunft dieser Zahl wird nicht erklärt, ganz abgesehen davon, dass man zur ‚lebenslangen‘ Immunität keinerlei Daten hatte und hat. Hinweise auf eine Wirksamkeit dieser Größenordnung liefert keine der Studien.“

Dennoch wäre es zu „vielen optimistischen Verlautbarungen“ gekommen, welche dem Recht auf „angemessene gesundheitliche Information“ nicht entsprechen würden:

„Wir wenden uns entschieden dagegen, dass zur Gefährdung durch Gebärmutterhalskrebs mit falschen Informationen Angst und Schuldgefühle erzeugt werden. Wir fordern, dass die Unsicherheiten in der Datenlage thematisiert werden. Behauptungen, die Impfung reduziere Gebärmutterhalskrebs um 70% oder gar 98%, müssen unterbleiben und durch studiengestützte Informationen ersetzt werden, die allen Beteiligten eine dem Kenntnisstand entsprechende Bewertung und Entscheidung ermöglichen.“

Diese „[h]eftige Kritik an Impfempfehlung“ (Süddeutsche Zeitung, 26.11.2008) gleicht einem „Nadelstich[e] vor dem Nobelpreis“ (Frankfurter Rundschau, 2.12.2008), denn „der Vorwurf, die Impfung sei – unter anderem auf Druck der Pharmakonzerne – übereilt eingeführt worden, ist bereits öfter erhoben worden, aber nicht in dieser Vehemenz.“ Das Robert-Koch-Institut sieht allerdings keinen Grund, die Impfung neu zu bewerten und auch die STIKO sowie Harald zur Hausen weisen die Kritik der Dreizehn entschieden zurück (Ärzte Zeitung, 3.12.2008). In einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* vom 5.12.2008 gibt der Tumorforscher zu, dass er sich zwar „über einige Punkte in diesem Manifest sehr geärgert“ habe, räumt aber dennoch „Verbesserungsbedarf“ hinsichtlich der Datenlage ein.

Der Streit um „Studien, Daten, Schuld und Moral“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.12.2008) verschärft sich zusehends und führt zu der eingangs erwähnten „handfesten Eskalation“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.12.2008): Auf der einen Seite wird das Manifest als „anmaßend“ und ärgerlich bezeichnet, auf der anderen Seite wird es als Befreiungsschlag begrüßt.²⁵ Dass der „Streit um Krebs-Impfung wuchert“ (tageszeitung, 10.12.2008) steht demnach außer Frage. Am 11.12.2008 kommen jedoch neue Vorwürfe hinzu: Die Nobel-Stiftung stehe unter Korruptionsverdacht, titelt die *Süddeutsche Zeitung*, da ein Aufsichtsratsmitglied des Pharmakonzerns Astra Zeneca, der Patente an den Impfstoffen gegen HPV hält, im Vergabekomitee sitze. „Bei Nobel fühlt man sich in der Nähe des Pharmariesen Astra Zeneca allzu wohl“, bemerkt die *Süddeutsche* und gibt zu bedenken, dass die „Ehrung [...] der Impfung wohl zusätzliche Aufmerksamkeit beschert haben“ dürfte. Hat das „Nobelkomitee unter Verdacht“ (Süddeutsche Zeitung, 18.12.2008) den Prestige-Preis für illegale Werbezwecke benutzt?

24 www.uni-bielefeld.de/gesundhw/ag3/downloads/Stellungnahme_Wirksamkeit_HPV-Impfung.pdf

25 www.akf-info.de/conpresso/_data/Stellungnahmell_HPV_IMPfung.12.08.pdf

3.4 „Experiment an Gesunden“ (2009)

Diese Frage stellt sich auch der Bremer Gesundheitswissenschaftler Gerd Glaeseke. In dem Artikel der *Frankfurter Rundschau* „Experiment an Gesunden“ vom 31.01.2009 wundert er sich, „warum der Preis ausgerechnet jetzt, wo der Impfstoff auf dem Markt sei, verliehen wurde – die eigentliche Erfindung liege ja schon 20 Jahre zurück.“ Am Beispiel der Projektgruppe „Zervita“ entfaltet der Artikel erneut die „Interessenverquickungen“ im HPV-Debakel, die „Wasser auf die Mühlen der Skeptiker“ darstellen: Die Gründung des Aufklärungsportals „Zervita“ erfolgte im Jahr 2006, also „exakt im Jahr der ersten Impfstoffzulassung“, auf Initiative des Tübinger Virologen Thomas Iftner. Seit November 2008 ist die Bundesforschungsministerin Annette Schavan Schirmherrin des Projektes, und kaum einer wisse, dass eben nicht die Politik, sondern vielmehr *Gla-xoSmithKline* und *Sanofi Pasteur MSD* die Hauptsponsoren der Aufklärungskampagne seien. Dementsprechend falle die Botschaft von der Projektgruppe „Zervita“, die unter anderem auf der Internetplattform *My Space* für die Impfung wirbt, eher schlicht aus: In bunten animierten Filmen (bis 15 Jahre), Videoclips à la Viva und MTV (ab 15 Jahre) und dem Kampagnen-Song „Sing Dein Leben“²⁶ wird den Mädchen vermittelt, dass sie sich vor dem ersten Sex impfen lassen müssen. Diese Botschaft setze nicht nur Mütter und Töchter unter Druck, so die Frauenbeauftragte Ulrike Hauffe, sondern funktioniere vor allem nach dem Motto: „Man ist selbst schuld, wenn man Krebs bekommt, denn man hätte sich ja impfen lassen können.“ Angesichts des Umstandes, dass Gebärmutterhalskrebs nach einer Schätzung des Robert-Koch-Instituts in Deutschland eine eher seltene Krebserkrankung bei Frauen ist, sei es fast so, „als wenn in unseren Breitengraden ein flächendeckendes Impfprogramm gegen Malaria gestartet würde.“

Auch zu Beginn des Jahres 2009 reißen die Schreckensmeldungen über unerwünschte Nebenwirkungen der Impfung nicht ab. So meldet das *Ärzteblatt* am 10.02.2009, dass die spanische Regierung eine Charge des Impfstoffs Gardasil® suspendiert habe, nachdem zwei Mädchen nach der Impfung ins Krankenhaus mussten.²⁷ Und nur eine Woche später wird über das „Guillain-Barré-Syndrom nach HPV-Impfung“ berichtet, an dem in den USA 36 Menschen einige Wochen nach der Impfung erkrankt seien (*Ärzteblatt*, 17.02.2009). Allerdings sieht die *Europäische Arzneimittelagentur* (EMA) keinen kausalen Zusammenhang zwischen der Gabe von Gardasil® und den schweren Krampfanfällen. Vielmehr rät sie – ebenso wie das PEI²⁸ – den Mitgliedsländern, die Impfung gemäß den nationalen Impfplänen fortzusetzen (*Ärzteblatt*, 20.02.2009).

Gleichzeitig sieht sich das PEI in Anbetracht der im November des vergangenen Jahres veröffentlichten Stellungnahme der 13 WissenschaftlerInnen in der Pflicht, die Impfung ins rechte Licht zu rücken. Am 19.02.2009 wird auf den Internetseiten des Instituts die Replik „Wie wirksam ist die HPV-Impfung? – Die Sicht der Zulassungsbe-

26 Das Lied „Sing Dein Leben“ der Künstlerinnen Elke (Paula), Marta (Die Happy), Stefanie (Silbermond), Suzie (Klee) und Valentine ist unter www.maedchen-checken-das.de/kuenstlerinnen0.html (31.03.2009) anzuhören.

27 Vgl. den Standard-Artikel „Krankheitsfälle nach HPV-Impfung“ vom 11.02.2009 sowie die Meldung der tageszeitung vom 13.02.2009.

28 www.pei.de/cln_108/nn_992504/DE/infos/fachkreise/am-infos-ablage/sik/2009-02-12-hpv-spanien-info.html.

hörde“ veröffentlicht.²⁹ Hier wird zugestanden, dass „[g]rundsätzlich die Wirksamkeit [...] eines Impfstoffes an dem Ausmaß gemessen [wird], in dem diejenige Krankheit verhütet wird, die von den Erregern ausgelöst wird, gegen die der Impfstoff gerichtet ist.“ Allerdings ließe sich diese Vorgehensweise im Falle des HPV-Impfstoffes kaum verwirklichen:

„Da jedoch die Durchseuchung mit HPV nach der Pubertät bedingt durch Sexualkontakte ansteigt, müsste die Studie mit präpubertären Mädchen durchgeführt werden. Und hier ergeben sich wieder ethische und technische Probleme. Die durchzuführenden durchaus belastenden Untersuchungen (Zervikalabstriche) sind für diese Altersgruppe medizinisch nicht begründbar und ethisch nicht vertretbar, die Zeiträume zwischen Impfung und möglichem Auftreten von Dysplasien für eine Studie zu lang.“

Noch deutlicher wird dieser Punkt im *Ärzteblatt* vom 27.02.2009 formuliert. Das PEI macht hier nachdrücklich klar, dass es „absolut unethisch“ sei, „in einer klinischen Studie der Kontrollgruppe die Standardtherapie vorzuenthalten und auf das Auftreten des Karzinoms mit allen bekannten Risiken zu warten.“ Diese Engführung der medizinischen Debatte zu Beginn des Jahres 2009 darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass ebenso die Boulevard-Presse mit der Kritik an der HPV-Impfung hadert. Mit dem öffentlichen Sterben der englischen „Big Brother“-Kandidatin Jade Goody,³⁰ die den Kampf gegen den Gebärmutterhalskrebs am 22.03.2009 verlor, melden sich die BefürworterInnen der Impfung zu Wort. Am 24.03.2009 wird auf den Seiten der *Austria Presse Agentur Gruppe* (APA) der Artikel „Öffentlicher Tod der Jade Goody regt zum Nachdenken an“ publiziert.³¹ Hier wird zuallererst die Frage gestellt, warum man es Vorsorgemaßnahmen so schwer mache. Denn immerhin habe man „eine Impfung, die einen Großteil dieser Schicksale vermeiden könnte“, eine „Impfung gegen Krebs, für deren Grundlagen ein Mann 2008 den Nobelpreis erhalten hat und wollen sie nicht?! Das ist doch unfassbar!“. Konsumenten müssten wissen: „Diese Vorsorgemaßnahme ist sicher und sinnvoll“ und daher sei es nicht nur „Zeit für einen Umschwung“, sondern auch Zeit für ein „Ende des Schürens irrationaler Ängste“, was im letzten Jahr „massiv passiert“ sei. Jade Goody hätte nun gezeigt, dass Gebärmutterhalskrebs kein „theoretisches Schicksal“ ist, was der Vorsorgemaßnahme wieder auf die Beine helfen könne, die „infolge des Tenors der medialen Berichterstattung zu diesem Thema“ doch arg in Verruf geraten sei. Auch das *RTL Mittagsjournal Punkt 12* vom 24.02.2009 lässt es sich nicht nehmen, den Tod Jade Goodys mit einem Aufruf zur Impfung zu verbinden.³² Inwiefern sich diese Berichterstattung auf das Impfverhalten in Deutschland auswirkt – in Großbritannien soll der Krebstod Jade Goodys bereits zu einem Anstieg der Impfrate von 30 Prozent geführt haben – bleibt abzuwarten. Fest steht jedoch, dass der Streit über die „Impfung gegen Krebs“ längst kein Ende gefunden hat.

29 www.pei.de/cIn_115/nn_992504/DE/infos/fachkreise/am-infos-ablage/sik/2009-02-19-hpv-stellungnahme-hpv-wirksamkeit.html. Die Replik erscheint am 19.02.2009, da die Stellungnahme der 13 WissenschaftlerInnen in modifizierter Form einen Tag zuvor in Ausgabe 8 des *Ärzteblattes* online publiziert wurde. Vgl. „Diskussion um HPV-Impfung neu entfacht – eine Dokumentation“ (*Ärzteblatt*, 20.02.2009).

30 Vgl. „Sterben vor laufender Kamera“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.02.2009) sowie „Big Brother Star Goody ist tot“ (*zeit online*, 22.03.2009).

31 www.ots.at/presseaussendung.php?schlüssel=OTS_20090324_OT50158.

32 www.rtl.de/punkt12/punkt12.php.

4 Viren, vergeschlechtlicht: Zur Medikalisierung und Pathogenisierung des Mädchenkörpers

In Teil 1 wurde bereits auf den diskursiven Konnex ‚Frau/Sex/Krebs‘ verwiesen, der innerhalb der HPV-Debatte fluktuiert und die Neu-Definition der Krankheit Krebs als STD zu begründen scheint. Zu fragen ist nun, welche Diskurse durch diese Verflechtung aktiviert oder besser: infiziert werden. Denn die Streitkultur, die das diskursive Ereignis HPV flankiert, lässt vermuten, dass implizit adressierte Diskurse durch pointierte Aussagen nicht nur sichtbar, sondern auch verdichtet werden. Und so weisen die in Teil 3 vorgestellten Aussagenereignisse über Frauen, Sexualität und Krankheit tatsächlich „ein ähnliches System der Streuung“ (Foucault 1973: 58) auf. In diesen Streuungen lassen sich zwei diskursive Knotenpunkte identifizieren, die sich mitunter durchkreuzen, aber dennoch zwei unterschiedliche Diskurse aufrufen, die als Katalysatoren des ätiologischen Bedeutungswandel der Krankheit Krebs fungieren: den der Medikalisierung (4.1) und den der Pathogenisierung (4.2).

In den folgenden zusammenfassenden Analysen sind die Aussagen der Debatte *kurziv* gesetzt. Wie bereits in Teil 2 dargelegt, wird auf die Kennzeichnung der Sprecherposition zugunsten des Aussagenereignisses verzichtet.

4.1 Medikalisierung

Die GesundheitswissenschaftlerInnen Petra Kolip und Gerd Glaeske definieren Medikalisierung als einen

„Prozess, in dem sich die Medizin für die Begleitung in (körperlichen) Umbruchphasen zuständig erklärt, bzw. – als Kehrseite der Medaille – bei dem die Verantwortung für normale Körperprozesse in die Hände der Medizin gegeben werden“ (Kolip/Glaeske 2002: 479).

Im Zentrum dieser medizinischen Bemühungen stehe der weibliche Körper, der vor allem in biografischen Umbruchphasen wie Schwangerschaft, Geburt oder Wechseljahre als behandlungsbedürftig konstituiert werde. Diese These erweist sich im Fall HPV insofern als anschlussfähig, als die Impfkampagne ebenfalls eine weibliche Umbruchphase fokussiert: die des ersten heterosexuellen Geschlechtsverkehrs, der nach einhelliger Meinung zwischen 12 und 14 Jahren stattfindet. Wenn ein Mädchen also *schon bald ihr eigenes Leben führt*, zeugt dies von einer bevorstehenden Zäsur, die nicht nur elterlichen, sondern vor allem medizinischen *Schutz* erfordert. Der Mädchenkörper wird jedoch nicht nur als bedroht, sondern vor allem als *behandlungsbedürftig* entworfen. An dieser Stelle zeigt sich, dass mit der Medikalisierung eine Stigmatisierung einhergeht (Kolip 2000: 11): Da mit dem Mädchenkörper *etwas nicht stimmt*, bedarf er einer kontrollierten Behandlung. Diese erweist sich jedoch als ein schwieriges logistisches Unterfangen, da die *Impfprogramme bedauerlicherweise seit Mitte der 1970er Jahre aus den Schulen verschwunden* sind. Deshalb wird eine weitere *effiziente Waffe* im Kampf um den Körper in Anschlag gebracht, die nicht das Einimpfen von Vakzinen, sondern das *Einimpfen von Ängsten* meint. Die *Panikmache* und *Indoktrination* der HPV-Kampagne führen zu einer Impfbereitschaft, die auf *Schuldgefühlen* und *Angst* gründet und damit

das logistische Problem der Erreichbarkeit von Mädchenkörpern löst. Und nicht nur dies: *Mädchen, die das checken, sagen es nicht nur weiter* und lassen sich gewissenhaft impfen, sondern partizipieren zugleich an einer popkulturellen Community, die als Empowerment-Bewegung designt ist und wohl am augenfälligsten durch den Song *Sing Dein Leben* repräsentiert wird.

Damit setzt die Medikalisierung im Fall von HPV auf Popularisierung, was letztlich zu einer Profitabilisierung der Impfstoffe Gardasil® und Cervarix® führt. Denn *My Space, Silbermond, Rixi* und *Jette Joop* bieten nicht nur ungeahnte *Möglichkeiten für die Krankenkassen im Kampf um Mitglieder*, sondern auch ungeahnte *große Gewinne* für die Pharmamunternehmen GlaxoSmithKline und Sanofi Pasteur MSD – sie erschließen durch Ikonisierung und Agitierung neue (Körper-)Märkte, die *Vioxx-Skandale* vergessen und *einträglichste Geldquellen* sprudeln lassen. Demzufolge formiert sich der populärkulturell kontaminierte Medikalisierungsdiskurs um zwei Aussagegestreuungen, die interdependent organisiert sind: (1) Mädchenkörper sind behandlungsbedürftig; (2) Mädchenkörper sind profitabel.

4.2 Pathogenisierung

Während der Medikalisierungsdiskurs den weiblichen Körper als krank entwirft und damit die Pathologisierung der Frau perpetuiert (Honegger 1991), geht der Pathogenisierungsdiskurs noch einen Schritt weiter: Er konstruiert die Frau nicht einfach nur als behandlungsbedürftig, sondern als infektiös (Sabisch 2007). Die Frage, ob auch Jungen in das Impfprogramm miteinbezogen werden sollen, stellte sich augenscheinlich nur zu Beginn der Debatte. So bleibt es Männern *erspart, sich mit sexuell übertragbaren Krankheiten auseinanderzusetzen* – obwohl sie ein *erhöhtes Risiko für die Partnerin* darstellen. Warum also nimmt der HPV-Diskurs nur Frauen in die Pflicht? Liegt es tatsächlich an den *anderen Schleimhautverhältnissen*, die Frauen im Diskurs unterstellt werden? Mit einem kurzen Blick auf die Geschichte des Pathogenisierungsdiskurses ist diese Frage mit einem klaren ‚Ja‘ zu beantworten, da bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts feststeht, wer eine „vorwurfsfreie Schleimhaut“ (Ricord 1851: 79) besitzt – und wer eben nicht. Der französische Syphilisforscher Phillippe Ricord (1800-1889) räsonierte als Erster ausführlich über die pathogenen Schleimhautverhältnisse der Frauen und bezeichnete „Frauen als Infektionsherde“ (Ricord 1851: 51). Nach ihm waren es medizinische Größen wie der Berliner Arzt Friedrich F. W. von Bärensprung (1822-1864) und der Breslauer Dermatologe Albert Neisser (1855-1916), die das Weib als Wirtin von Geschlechtskrankheiten identifizierten. Aus einer diskurs- und wissenschaftshistorischen Perspektive scheint es demnach nur folgerichtig, dass die Verantwortung für die *Sex-Viren* allein das weibliche Geschlecht trägt. Denn immerhin sind über *die Hälfte der Frauen fünf Jahre nach dem ersten Geschlechtsverkehr infiziert*. Die *Durchseuchung* ist omnipräsent – ebenso wie der popkulturell markierte *Krebsvirus*, der zumeist durch die Trend- und Frauenfarbe lila repräsentiert wird. Der Pathogenisierungsdiskurs ergänzt damit den Medikalisierungsdiskurs um eine wesentliche Einsicht: Mädchenkörper sind nicht nur (1) behandlungsbedürftig und (2) profitabel, sondern auch (3) gefährlich.

Die Gefahr, die den *schon bald sexuell aktiven* Mädchen eingeschrieben wird, ist die der Infektiosität. Diese Einschreibung stellt insofern einen *massiven Eingriff* in den

Körper dar, als sie verhindert, dass *Mädchen sich in ihrem Körper (wohl) fühlen*. Daneben wird jedoch auch die Impfung selbst als ein *massiver Eingriff* diskursiviert: Die Befürchtung, dass aufgrund der *besorgniserregenden Geheimhaltung* der Zulassungsstudien mit einer *fehlenden Impfstoffsicherheit* zu rechnen sei, führt zu dem Verdacht, dass die HPV-Impfung ein *Experiment an Gesunden* darstelle. Parolen wie *Unsere Töchter sind keine Versuchskaninchen für Impfstoffhersteller!* oder *Unsere Töchter stehen euch nicht als Versuchskaninchen zur Verfügung!* beziehen sich dezidiert auf Fragen der *Ethik*. Dass die *Töchter* als die *Versuchskaninchen der Impfstoffhersteller* im Diskurs figuriert werden, kongruiert jedoch nicht nur mit dem Pathogenisierungs-, sondern auch mit dem Medikalisierungsdiskurs. Denn der behandlungsbedürftige Mädchenkörper wird hier um ein entscheidendes Moment erweitert: Er ist nicht mehr nur unzulänglich, sondern zudem erforschungsbedürftig – was ihn gleich in zweifacher Hinsicht profitabel werden lässt. Denn Wirtschaft und Wissenschaft beanspruchen den Mädchenkörper gleichermaßen, wenn sie ihn den Prinzipien der Gewinn- und Erkenntnismaximierung unterordnen.

Demzufolge sind die Diskurse, die durch das HP-Virus infiltriert, infiziert und induriert werden, intersektional organisiert. Die diskursiven Verschränkungen von Medikalisierungs- und Pathogenisierungsdiskurs entwerfen den Mädchenkörper in je unterschiedlicher Dichte als behandlungsbedürftig, gefährlich und profitabel. Durch diese diskursive Annexion wird jedoch nicht nur Krebs als sexuell übertragbare Infektionskrankheit figuriert, die von *hoffnungslos durchseuchten* Mädchen und Frauen ausgeteilt wird; vielmehr wird hier ein Körperbild perpetuiert und zementiert, welches dem der vergangenen Jahrhunderte entspricht: War es bei Diderot und seinen Zeitgenossen noch der Uterus, welcher diffus im Inneren der Frau umherwanderte und sie zu unerbittlicher Raserei und fürchterlichen Krämpfen verdamnte (Diderot 1772/1968; Honneger 1991), ist es nunmehr das Virus, welches ebenso diffus daherkommt und nach unerbittlicher und einträglicher Immunsierung verlangt. Und so gewagt diese Analogie auch sein mag – immerhin unterschlägt sie fast 250 Jahre Medizin- und Körpergeschichte –, sie zeigt dennoch auf eindrückliche Weise, wie insistent und konstant die Stigmatisierung und Pathologisierung des Frauen- und Mädchenkörpers ist (Honegger 1991; Kolip 2000; Sabisch 2007). Denn die Analyse des diskursiven Ereignisses HPV verdeutlicht, dass mit der Impfung gegen das Virus nicht nur Vakzine, sondern auch sexistische Eklektizismen injiziert werden. Aus geschlechtersoziologischer Perspektive stellt sich damit die Frage: Gegen wen oder was wird hier angeimpft?

Literaturverzeichnis

- Bärensprung, Friedrich F.W. von. (1860). Mittheilungen aus der Abtheilung und Klinik für syphilitisch Kranke. In: *Annalen des Charité-Krankenhauses zu Berlin* 9, 110-208
- Diderot, Denis. (1953). *Über die Frauen. Erzählungen und Gespräche*. Leipzig: E. A. Seemann Verlag. (Original work published 1772)
- Duden, Barbara. (1997). Die Verkrebung. In: *Beitrag zur internationalen Konferenz der Deutschen Krebsgesellschaft e.V. Konferenz „FrauenLEBEN und Krebs: Chancen und Prävention“*, Frankfurt, 29./30. Oktober 1997. Zugriff am 20.07.2009 unter <http://www.pudel.uni-bremen.de/pdf/VERKREBS.pdf>

- Fleck, Ludwik. (1980). *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv*. Frankfurt am Main: Suhrkamp. (Original work published 1935)
- Foucault, Michel. (1973). *Archäologie des Wissens* (U. Köppen, Trans.) Frankfurt am Main.: Suhrkamp
- Foucault, Michel (1977). *Die Ordnung des Diskurses*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Gerhardus, Ansgar, Breckenkamp, Jürgen & Razum, Oliver. (2008): Evidence-Based Public Health. Prävention und Gesundheitsförderung im Kontext von Wissenschaft, Werten und Interessen. In: *Medizinische Klinik* 103, 406-412
- Haraway, Donna. (2000). *How Like a Leaf. An Interview with Thyrza Nichols Goddeve*. New York, London: Routledge Chapman & Hall
- Honegger, Claudia. (1991). *Die Ordnung der Geschlechter. Die Wissenschaften vom Menschen und das Weib 1750 – 1850*. Frankfurt, New York: Campus Verlag
- Jäger, Siegfried. (2001). *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. Duisburg: Unrast Verlag
- Keller, Reiner, Hirsland, Andreas, Schneider, Werner & Viehöver, Willy (Hrsg.). (2006). *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse Band 1: Theorien und Methoden*. Opladen: VS Verlag
- Kolip, Petra (Hrsg.). (2000). *Weiblichkeit ist keine Krankheit. Die Medikalisation körperlicher Umbruchphasen im Leben von Frauen*. Weinheim, München: Juventa
- Kolip, Petra & Glaeske, Gerd. (2002). Die Medikalisation weiblicher Biographien im mittleren Alter. In: *Schweizerische Ärztezeitung* 83 (10), 479-482
- Mayer, Ruth & Weingart, Brigitte (Hrsg.). (2004). *Virus! Mutationen einer Metapher*. Bielefeld: transcript
- Ricord, Phillippe. (1851). *Briefe über Syphilis an Herrn Amédée Latour (Rédacteur en chef der Union médicale)* (C. Limann, Trans.). Berlin: August Hirschwald
- Sabisch, Katja. (2007). *Das Weib als Versuchsperson. Medizinische Menschenexperimente im 19. Jahrhundert am Beispiel der Syphilisforschung*. Bielefeld: transcript
- Sontag, Susan. (1978). *Krankheit als Metapher*. Frankfurt am Main: Fischer
- Turner, Bryan S. (1996). *The Body and Society. Explorations in Social Theory*. Oxford: Sage Publications Ltd. (Original work published 1984)
- World Health Organization (Hrsg.). (1995). *IARC Monograph on the Evaluation of Carcinogenic Risks to Humans: Human Papillomaviruses* (64). Lyon
- zur Hausen, Harald. (1998). Papillomviren als Krebsreger. In: *Geburtshilfe und Frauenheilkunde* 58 (6), 291-296

Zur Person

Katja Sabisch, Prof. Dr. phil., 1975. Juniorprofessorin für Gender Studies an der Ruhr-Universität Bochum. Geschäftsführende Direktorin des Zwei-Fach-Masters „Gender Studies – Kultur, Kommunikation, Gesellschaft“ und des internationalen Ein-Fach-Masters „Joint Degree Gender Studies“, Fakultät für Sozialwissenschaft. Arbeitsschwerpunkte: Geschlecht und Medizin/ life sciences; postkoloniale und postfeministische Theorien; Diskurs- und Wissenschaftsgeschichte der Geschlechterungleichheit.

Kontakt: Fakultät für Sozialwissenschaft, Ruhr-Universität Bochum, Postfach 10 21 48, 44780 Bochum, Tel.: 0234-32-22988. E-Mail: katja.sabisch@ruhr-uni-bochum.de

Sandra Lewalter, Jochen Geppert, Susanne Baer¹

Leitprinzip Gleichstellung? – 10 Jahre Gender Mainstreaming in der deutschen Bundesverwaltung

Zusammenfassung

Die Implementierung von Gender Mainstreaming in der deutschen Bundesverwaltung von 1999 bis 2009 wird aus der Perspektive wissenschaftlicher Beraterinnen dargestellt. Der Implementierungsprozess war von Anfang an auf eine gleichstellungsorientierte Veränderung von Verwaltungsroutinen angelegt. In diesem Bereich konnten wichtige innovative Ergebnisse erreicht werden. Der Ansatz hatte aber auch deutliche Grenzen, weil die Bedeutung gleichstellungspolitischer Ziele für die Arbeit der einzelnen Ministerien zu wenig thematisiert wurde. Um Gleichstellung tatsächlich zu einem Leitprinzip von Bundesregierung und Bundesverwaltung zu machen, sind weitere gezielte Aktivitäten erforderlich.

Schlüsselwörter

Gender Mainstreaming, Gleichstellungspolitik, Ziele, Verwaltungsroutinen, Deutschland

Summary

Gender Equality as a Guiding Principle? – 10 Years of Gender Mainstreaming in the Federal Administration of Germany

The implementation of gender mainstreaming in the German federal administration from 1999 to 2009 is described from the perspective of actors of scientific consultancy. From the beginning the process of implementation was focused on the change of administrative routines. Important and innovative results were achieved in this field. But this approach had obvious limitations, because the relevance of objectives of gender equality for the work of each ministry was rarely discussed. Making gender equality a principle that guides the work of the federal government and its administration in fact, requires further well-directed activities.

Keywords

Gender Mainstreaming, gender equality politics, objectives, administrative routines, Germany

Die deutsche Bundesregierung hat sich 1999 mit einem Kabinettsbeschluss zur Strategie des Gender Mainstreaming (GM) bekannt und kurz darauf für die Arbeit der Bundesverwaltung Gleichstellung als verbindliches Leitprinzip im § 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) verankert (Schweikert 2002). Anfang 2009 stellte der Frauenrechtsausschuss der Vereinten Nationen jedoch fest, dass sich die Bundesregierung von dieser Strategie abgewendet hat und bedauert insbesondere die Auflösung der Arbeitsstrukturen, durch die die Implementierung von GM in der Ar-

1 Die AutorInnen sind im GenderKompetenzZentrum tätig, das die Bundesregierung bei der Umsetzung von GM berät. Die folgenden Ausführungen resultieren aus der wissenschaftlichen Arbeit zu GM und sind den Personen zuzurechnen, nicht dem Zentrum. Wir danken Karin Hildebrandt, Carmen Kubjuhn, Sebastian Scheele und Sandra Smykalla aus dem Team des GenderKompetenzZentrums, die im fachlichen Austausch über unsere Beratungsarbeit diese Analyse mitentwickelt haben. Besonders danken wir Mara Kuhl für Hinweise zum Verständnis und zur Einschätzung der Pilotphase (1999-2003), in der sie Teil der wissenschaftlichen Begleitung war.

beit aller Ministerien koordiniert wurde (United Nations 2009: 6). Gleichzeitig wird die Bundesregierung aufgefordert, GM erneut und wirkungsvoll umzusetzen.

Die deutlichen Worte des CEDAW-Ausschusses zur mangelhaften Umsetzung von GM sind ein Anlass, die Implementierung von GM in der Bundesverwaltung nachzuzeichnen. Dabei geht es auch um die Frage, welche Weichenstellungen in der Strategie und im Implementierungsprozess dazu führten, dass Veränderungen, auf die GM zielt, nur in Teilbereichen sichtbar geworden sind. Unsere Ausführungen basieren nicht zuletzt auf den Erfahrungen des GenderKompetenzZentrums an der Humboldt-Universität zu Berlin, das seit 2003 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziert wird, um die Bundesverwaltung bei der Umsetzung von GM zu beraten. Zudem fließen Beobachtungen aus der Anfangsphase ein, die im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung durch ein Team mit der Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Frauen- und Genderforschung e.V. (GSF e.V.)¹ gemacht werden konnten. Diese Perspektive ermöglicht Einblicke und Einschätzungen, die aus größerer Distanz nicht möglich sind. Sie läuft allerdings Gefahr, Einzelheiten zu überschätzen und übergeordnete Tendenzen zu vernachlässigen. Insofern ist dies eine Geschichte der Implementierung von GM im Bund, die durch weitere Geschichten ergänzt werden kann und sollte.

1 Ausgangspunkte

Tatsächliche Gleichstellung kann, so der Ausgangspunkt von GM, nur erreicht werden, wenn Gleichstellung aus der marginalisierten „Frauenecke“ hinein in das Zentrum der Gestaltung und Umsetzung politischer und administrativer Maßnahmen gebracht und als Aufgabe *aller* Ressorts, also in *allen* Politikfeldern definiert wird. Gleichstellungsaspekte spielen, so die Prämisse, im Familien- und Arbeitsleben genauso eine Rolle wie in der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Daher operiert die Strategie GM mit dem Anspruch, Strategien, Methoden und Verfahren zu entwickeln und bereit zu stellen, die es ermöglichen, in allen Politikfeldern Ungleichheiten hinsichtlich des Geschlechts, aber auch hinsichtlich anderer relevanter Aspekte wie Ethnizität oder Alter etc.,² also strukturelle Benachteiligungen von *unterschiedlichen* Frauen *und* Männern und die zugrunde liegenden Ausgrenzungsprozesse *systematisch* zu thematisieren und bei der Politik- und Maßnahmengestaltung *vorausschauend* und gleichstellungsorientiert zu berücksichtigen. Die Implementierung von GM ist aber nicht nur von diesem Anspruch, sondern auch von der politischen „Großwetterlage“ geprägt. Daher orientiert sich die folgende Darstellung an Legislaturperioden. Die ministeriell initiierten Phasen der Implementierung von GM verliefen etwas versetzt zu diesen, standen aber in engem Bezug zur jeweiligen Regierungspolitik.

1 Dies waren insbesondere Brigitte Sellach, Uta Enders-Dragässer, Brigitta Kress, Susanne Baer unter Mitarbeit von Mara Kuhl. Zum Konzept weiter unten.

2 Das „etc.“ markiert – eingedenk der Debatte um die Ungleichheit der Gleichheiten und den Status von Kategorien in den Genderstudien – eine Unabgeschlossenheit. In der politischen Arbeit sind die Aspekte zu berücksichtigen, die in Art. 3 GG, § 1 AGG und entsprechenden Regelungen genannt werden.

2 Die erste Phase (1998-2002): Umsetzung des gleichstellungspolitischen Programms „Frau und Beruf“

Ausgangspunkt für GM in der Bundesverwaltung war das „Programm ‚Frau und Beruf – Aufbruch in der Gleichstellungspolitik‘“ (BMFSFJ 1999).³ Nach Jahren nur minimaler Fortschritte in der Gleichstellungspolitik unter Kanzler Kohl (Sauer 2001: 268) legte die rot-grüne Bundesregierung ein ressortübergreifendes Maßnahmenpaket für die Gleichstellung von Frauen und Männern vor. Dies sah neben einer Weiterentwicklung der Gleichstellungsgesetzgebung konkrete Maßnahmen in den Bereichen Jugendarbeitslosigkeit, berufliche Förderung von Frauen, Arbeitsförderung, Existenzgründung, Forschung und Lehre und Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit vor. An der Umsetzung beteiligt waren neben dem BMFSFJ vor allem die Ressorts Arbeit, Wirtschaft sowie Wissenschaft und Bildung. Die Federführung hatte das BMFSFJ unter Ministerin Christine Bergmann, die als einzige ostdeutsche Frau im ersten Kabinett Schröder den Aufbruch auch persönlich symbolisierte.

Unter Bezugnahme auf den damals gerade in Kraft getretenen EU-Vertrag von Amsterdam kündigte das Programm an:

„Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist durchgängiges Leitprinzip der Bundesregierung und soll als Querschnittsaufgabe („Gender-mainstreaming“) gefördert werden (Art. 2,3 Abs. 2 EGV). ‚Gender-mainstreaming‘ ist sowohl Grundsatz als auch Methode, den geschlechtsspezifischen Ansatz in alle Politikfelder, Konzepte und Prozesse einzubringen“ (BMFSFJ 1999: 16).

GM war damals also eingebettet in ein ressortübergreifendes Programm der Gleichstellungspolitik und zielte darauf ab, ein aktives und ressortübergreifendes Vorgehen für Gleichstellung zum Grundsatz der Arbeit der Bundesregierung „in allen Politikfelder[n]“, „in der laufenden Arbeit und Maßnahmenplanung“ zu machen (BMFSFJ 1999). Hier wurde ausdrücklich der Anspruch formuliert, mit der Gleichstellungspolitik in das „Agenda Setting“ auch der Bereiche einzugreifen, in denen das Programm selbst keine konkreten Maßnahmen vorsah. Mit den Begriffen „Methode“, „Konzepte“ und „Prozesse“ wurde auch der Anspruch formuliert, die Arbeitsabläufe und Handlungsrouninen von Politik und Verwaltung gleichstellungsorientiert zu verändern.

Der Ankündigung folgten 2000 zwei entscheidende Schritte der Institutionalisierung: die Einrichtung der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMA GM) und die Einigung über § 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO).

In der IMA GM sollten alle Ministerien laut Programm „Frau und Beruf“ (BMFSFJ 1999: 16) mit einer Abteilungsleitung vertreten sein; der Vorsitz lag beim Staatssekretär des BMFSFJ. Tatsächlich entsandten die meisten Ministerien die Leitungen der Zentralabteilungen; nur wenige ließen sich durch Referatsleitungen ebenfalls aus der Zentralabteilung oder anders vertreten. Aufgabe der IMA GM war die Koordinierung und ge-

3 Die Lektüre des Programms empfiehlt sich auch heute, weil seitdem in Deutschland kein vergleichbarer Versuch unternommen wurde, eine nationale Programmatik für Gleichstellung zu formulieren. Die damals beschlossenen Maßnahmen wirken teils bis heute fort. In den Bereichen, in denen das Programm nicht umgesetzt wurde (Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, Entgeltgleichheit), finden sich heute die größten Defizite der Gleichstellung in Deutschland. Zur Einschätzung ausführlicher vgl. Alemann 2007.

gegenseitige Information zur Umsetzung in den einzelnen Ministerien (Schweikert 2002). Die IMA GM vereinbarte ein Arbeitsprogramm für eine „Pilotphase“, in der GM modellhaft erprobt und in alle Bereiche der Bundesverwaltung multipliziert werden sollte.

Im Rückblick ist diese Form der Institutionalisierung eines gleichstellungspolitischen Reformprojektes durchaus ambivalent einzuschätzen:

- Zentralabteilungsleitungen sind anders als Leitungen von Fachabteilungen oder Grundsatzabteilungen nicht für die Entwicklung der fachlich-strategischen Linie eines Ministeriums zuständig, sondern für die personelle und organisatorische Umsetzung.
- Die Ebene Abteilungsleitung bedeutet Leitungsnähe, aber nicht „Leitungsebene“.
- Die Zentralabteilungsleitungen haben eine besondere Machtposition in den Ministerien, da sie für die Gestaltung von Arbeitsabläufen und -routinen zuständig sind. Sie könnten den Anspruch von GM auf strukturelle Veränderungen in diesen Abläufen und Routinen umsetzen. Sie sind aber auch meist sehr erfahrene Akteure, wenn es darum geht, Reformen routiniert und ohne sich angreifbar zu machen ins „Aus“ zu manövrieren.
- Die Leitungen der Zentralabteilungen sind meist für alle Vorhaben und Prozesse der Verwaltungsmodernisierung zuständig. Daraus können sich Synergien ergeben, insbesondere durch gezielte Verbindungen zum damaligen Regierungsprogramm der Verwaltungsmodernisierung „Moderner Staat – Moderne Verwaltung“ (Bundesregierung 1999). In diesem tauchte zwar nur das Bundesgleichstellungsgesetz als Projekt der Verwaltungsmodernisierung auf, doch wurden einige Verwaltungsreformprojekte gleichzeitig GM-Pilotprojekte (BMI 2005). Dort gelang eine Kopplung, doch litt GM damit auch unter den Problemen, die Verwaltungsmodernisierung insgesamt hemmen.

Zudem wurde GM als Geschäftsgrundlage des Regierungshandelns in § 2 der GGO verankert:

„Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist durchgängiges Leitprinzip und soll bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen der Bundesministerien in ihren Bereichen gefördert werden (Gender-Mainstreaming).“ (Bundesregierung 2009)

Die Formulierung „der Bundesministerien in ihren Bereichen“ betonte die Eigenverantwortung der Ressorts und muss als Zurückweisung einer ressortübergreifenden Zuständigkeit der Gleichstellungspolitik verstanden werden, die damals als eine Option – z.B. als Stabsstelle im Kanzleramt – diskutiert worden war (vgl. Hayn 2005: 26.). Dabei blieben die Regelungen zur Beteiligung des BMFSFJ bei Kabinettsvorlagen, die Gleichstellungsfragen betreffen, unverändert (GGO §§ 22, 45). Das Verhältnis zwischen beiden Vorgaben wurde aber nur intern thematisiert und letztlich nicht geklärt. Tatsächlich fehlten gerade bei großen Reformvorhaben dieser Legislatur sowohl gleichstellungsorientierte Maßnahmen des je federführenden Ministeriums als auch die ernsthafte Beteiligungen des BMFSFJ. Zwar gab es dort eine Zuständigkeit, alle Kabinettsvorlagen auf Gleichstellungsaspekte zu prüfen. Doch fehlte es an Kapazitäten – Zeit, Personal, Wissen und übergreifendem politischem Willen – dies dann auch zu tun. Hier zeigte sich

auch die Schwierigkeit, Gender-Kompetenz in Abläufe zu bringen, die ohnehin schon unter hohem Zeitdruck fachlich unbefriedigend zu bewerkstelligen waren.

Mit den Institutionalisierungsschritten IMA und § 2 GGO waren die entscheidenden Weichen für GM in der Bundesverwaltung gestellt. Sie gaben eine Ausrichtung des GM-Prozesses auf die Arbeitsabläufe und Handlungsroutinen der Bundesverwaltung vor, um den Geist der damals intensiv betriebenen Verwaltungsmodernisierung zu nutzen. Kurz gefasst – und aus der Perspektive der wissenschaftlichen Begleitung der ersten Phase: „Der Anfang von Gender Mainstreaming ... liegt ... auf der Ebene der Formen, nicht der Inhalte“ (Baer 2002: 46). Der Zugriff auf Fachpolitiken und genuin politische Debatten um Ziele der Ressorts war so – außerhalb der durchgeführten Pilotprojekte oder der Bundesregierung – insgesamt kaum zu erwarten. Die Ausrichtung auf die Verwaltungsmodernisierung korrespondierte mit einem gängigen „technischen“ Verständnis⁴ von GM. Es traf aber auch mit der nur begrenzten Bereitschaft der Bundesregierung und der Ressorts zusammen, Gleichstellung tatsächlich zu einem Leitprinzip ihrer Arbeit zu machen.

Mit diesem Ansatz operierte die Pilotphase in den Ministerien (Sellach et al. 2004):

(1) Neben der Einrichtung der IMA war im Programm „Frau und Beruf“ „die Entwicklung eines Kriterienkatalogs, der auf die stärkere Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Fragen in der laufenden Arbeit und Maßnahmenplanung der Bundesregierung hinwirkt,“ angekündigt (BMFSFJ 1999: 16). Eingedenk der verschiedenen Handlungsformen der Verwaltung wurden vier Arbeitshilfen zu § 2 GGO – in Arbeitsgruppen mit den Ressorts, aber publiziert durch das BMFSFJ – entwickelt: für die Vorbereitung von Rechtsvorschriften (BMFSFJ 2007), für Forschungsvorhaben (BMFSFJ 2005a), das Berichtswesen (BMFSFJ 2005b), und für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (BMFSFJ 2005c). Von besonderer Bedeutung ist die Arbeitshilfe Rechtsetzung, die vom BMFSFJ mit Unterstützung der wissenschaftlichen Begleitung zusammen mit dem Kanzleramt und auch dem Umweltministerium entwickelt wurde. Sie definiert das Ziel der Gleichstellung in Anlehnung an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und benennt Fragen und Aspekte einer Folgenabschätzung, die verallgemeinert werden können und damit auch auf andere Vorhaben als Rechtsetzung übertragbar sind (vgl. Baer/Lewalter 2007). Mit der Methode der Folgenabschätzung wird die zentrale GM-Forderung der Weltfrauenkonferenz von Peking, „mainstreaming a gender perspective in all policies and programmes so that, before decisions are taken, an analysis is made of the effects on women and men“⁵ (United Nations 1995), operationalisiert.

(2) Alle Ressorts erprobten in Pilotprojekten die gleichstellungsorientierte Bearbeitung von Vorhaben. Wie bei Pilotierungen üblich unterschieden sich dabei Umfang und die Ernsthaftigkeit der Projekte erheblich (vgl. Sellach et al. 2004). Bleibender fachlicher Einfluss wird den Projekten zur Gesundheitsprävention und Jugendförderung attestiert (Bothfeld/Kuhl 2007). Das Umweltministerium setzte zudem eigene Maßnahmen auf, um Gender systematischer in die fachliche Arbeit zu integrieren (Hayn 2005). Die

4 Färber (2005) bezieht diese Einschätzung auf die wichtige Rolle, die die Broschüren von Stiegler (2000, 2002) für die Rezeption von GM in Deutschland gehabt haben. Verloo (2005a) kommt zu einer ähnlich kritischen Einschätzung in Bezug auf die Rezeption des „Conceptual Framework“ des Council of Europe (1998).

5 Dies ist eine der Kernaussagen der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking und der dort verabschiedeten Aktionsplattform. Sie findet sich im Abschnitt (H) über „Institutionelle Mechanismen zur Förderung der Frau“ unter Punkt 202.

Pilotprojekte dienten auch als Modelle für die Entwicklung gleichstellungsorientierter Arbeitsroutinen für die Verwaltung.

(3) In allen Ressorts wurden Fortbildungen durchgeführt. Insbesondere die an Pilotprojekten Beteiligten erhielten die Gelegenheit, sich zu qualifizieren. Darüber hinaus sollten alle Beschäftigten über die neue Strategie zumindest informiert werden. In den Fortbildungen wurde die Berücksichtigung von Gender-Aspekten als fachliche Anforderung an gute Arbeit und somit als Qualitätsmerkmal vermittelt. Hier wurde auch die Parallele zur Umweltpolitik und der Umweltverträglichkeitsprüfung in der Konzeption von Gleichstellungspolitik mit einer „Gleichstellungsverträglichkeitsprüfung“ genutzt. Die persönliche Einstellung der Beschäftigten zu Gleichstellung war hier ebenso wenig von Interesse wie ihr privates Umweltverhalten. Daher wurden auch keine personen- oder einstellungsbezogenen Gender-Trainings angeboten. Vielmehr gab es fachlich und administrativ ausgerichtete Workshops; sie probten exemplarisch die Anwendung der Arbeitshilfen auf Vorgänge aus den Ressorts. Unterschiede zeigten sich zwischen den Ressorts in der Vorbereitung der Workshops, den Teilnahmeverpflichtungen für unterschiedliche Verantwortungsebenen, der Bereitschaft zur Nacharbeit, der hausinternen Kommunikation und der Breite des Angebots. Daneben fanden in einigen Häusern größere Informationsveranstaltungen zu GM statt.

(4) In allen Ressorts wurden je unterschiedliche Zuständigkeiten für die Umsetzung von GM geschaffen. Sie waren zum Teil nur darauf ausgelegt, die Aufträge aus der IMA zu bedienen. Andere zielten ernsthaft auf eine ressortinterne Implementierung. Koordiniert wurden die Aktivitäten in den Ressorts durch die IMA GM und ein eigens eingerichtetes Referat in der Gleichstellungsabteilung des BMFSFJ. Zudem übernahm das BMFSFJ eine Vorbildfunktion in der internen Umsetzung durch die Bildung einer Arbeitsgruppe auf der Ebene der Abteilungsleitungen unter Vorsitz des Leiters der Zentralabteilung. In dieser „Kontaktgruppe“ wurden Erfahrungen ausgetauscht und die Umsetzungsmaßnahmen der Abteilungen abgestimmt.

(5) In der Pilotphase arbeitete eine wissenschaftliche Begleitung mit einem deutlich aktivierenden Konzept (Sellach et al. 2004: 10 f.), das Beratung, aber auch Angebote zu ressortübergreifenden Arbeitsgruppen und einzelnen Fortbildungsworkshops beinhaltete. Sie beriet das BMFSFJ strategisch zum Vorgehen und zur Vorbereitung der IMA-Sitzungen sowie einzelne Ministerien zu deren Pilotprojekten.

Als Stärke des dargestellten Ansatzes kann festgehalten werden: Erstmals wurden Routinen und Abläufe innerhalb der Bundesverwaltung thematisiert und durchgearbeitet, in denen bisher Gender- und Gleichstellungsfragen systematisch ausgeblendet und die scheinbar geschlechtsneutralen Wirklichkeiten des Verwaltungshandelns konstruiert werden. Dies war zum ersten Mal Teil der regulären Aufgaben der Beschäftigten der Bundesverwaltung, unterstützt durch eine wissenschaftliche Begleitung. Dies zeigt, dass der kritische Umgang mit der Arbeit der Bundesverwaltung zumindest im Grundsatz als legitim anerkannt wurde. Es konnte zumindest an vielen Einzelpunkten gezeigt werden, dass gleichstellungsorientierte Verwaltungsarbeit tatsächlich „Folgen dafür [hat], wie Geschlechterfragen gestellt und wie sie beantwortet werden“ (Baer 2002: 46).

Eine grundlegende strategische Schwäche in der Ausgestaltung des GM-Prozesses lag in der unzureichenden Bezugnahme auf die damalige gleichstellungspolitische

Programmatik („Frau und Beruf“)⁶ und andere gleichstellungspolitische Inhalte. Zwar waren (und sind) in vielen Bereichen gleichstellungspolitische Fachziele, wie z.B. bei Verkehrspolitik oder Umweltpolitik, noch nicht so weit entwickelt, dass sie fraglos neben die unumstrittenen Klassikerinnen (Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, eigenständige Existenzsicherung oder Schutz vor geschlechtsbezogener Gewalt) gestellt werden konnten. Aber weder die internationalen „Areas of concern“ der Aktionsplattform von Peking (United Nations 1995) noch die europäische Gleichstellungspolitik mit ihren Aktionsprogrammen (Rat der Europäischen Kommission 1995, 2001) und dem „Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006-2010“ (Europäische Kommission 2006) wurden als inhaltlicher Bezugspunkt genutzt, sondern dienten nur als Legitimationsressource für die Strategie GM. Diese Ziele hätten die unterlassene Bezugnahme auf das Programm „Frau und Beruf“ kompensieren können, die für viele eine zu deutliche parteipolitische Positionierung zu dem an der Seite einer im Kabinett zunehmend marginalisierten Ministerin bedeutet hätte.

So blieben fachliche Fragen oft außen vor. Heute wird die „technische“ und zu wenig politische Ausrichtung der Aktivitäten, die unter der Überschrift GM umgesetzt wurden, weithin als Problem gesehen (u.a. Verloo 2005b, für die UN Kouvo 2005).

Trotz dieser Schwäche gab es wichtige Erfolge in der Pilotphase. Doch legten die ersten Weichenstellungen bereits eine konzeptionelle Leerstelle an, die insbesondere dann Auswirkungen hatte, als es keine übergreifende gleichstellungspolitische Programmatik mehr gab. Denn der „Aufbruch in der Gleichstellungspolitik“ (BMFSFJ 1999) unter der rot-grünen Bundesregierung wurde nicht zuletzt auf Druck der Arbeitgeberverbände beendet. Markiert wurde dieses Ende mit dem Scheitern des Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft, untermalt mit dem vielfach kolportierten Ausspruch von Kanzler Schröder, der Gleichstellungspolitik schon bei der Vereidigung seines ersten Kabinetts zum „Gedöns“⁷ erklärte. Auch der zum Thema „Gleiches Entgelt für Frauen und Männer“ geplante regelmäßige Bericht der Bundesregierung wurde nie erstellt. Übrig blieb die bis heute in den Wirkungen sehr umstrittene „Vereinbarung mit der Privatwirtschaft“ (Bundesregierung/Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft 2001). Trotz ihrer Leistungen galt Ministerin Bergmann am Ende der Legislatur in der Öffentlichkeit als gescheiterte Ministerin und schied aus dem Kabinett aus (vgl. Alemann 2007).

3 Die zweite Phase (2002-2005): Priorität Familienpolitik

In der zweiten Legislaturperiode der rot-grünen Bundesregierung gab es kein gleichstellungspolitisches Programm wie „Frau und Beruf“ mehr. Vielmehr ließ die neue Ministerin Renate Schmidt Gleichstellungs- und Familienpolitik als zwei eigenständige Politikfelder bearbeiten, gab der Familienpolitik aber eindeutig Priorität. In der Familienpolitik lag der Fokus auf Vereinbarkeitsfragen und führte zur Intensivierung

6 Als Ausnahmen, bei denen gleichstellungspolitische Programmatik und GM-Umsetzung verknüpft wurden, sind Aktivitäten zur beruflichen Förderung von Frauen in neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (BMBF) sowie die Jugendförderung (BMFSFJ) zu nennen.

7 „Frauenpolitik und so Gedöns.“ Gerhard Schröder anlässlich der Vereidigung des Bundeskabinetts im Oktober 1998, in Umlauf gebracht durch die Bild-Zeitung am 14.01.02.

des mit der Privatwirtschaft unter Bergmann begonnenen Dialogs (Alemann 2008). So startete Schmidt im März 2004 zusammen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und acht großen Unternehmen, darunter Bertelsmann und Daimler Chrysler, unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) das Projekt „*Work-Life-Balance als Motor für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Stabilität*“ (BMFSFJ 2004a). In dieser Zeit begann auch die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ (BMFSFJ 2004b), die Ministerin Ursula von der Leyen bis heute weiterführt. Das politische Credo dieser Zeit lautete „Familie bringt Gewinn“ (Alemann 2007). Nicht die GesprächspartnerInnen hatten sich also geändert, aber der Gesprächsinhalt: Ministerin Bergmann hatte versucht, mit der deutschen Wirtschaft über Gleichstellung zu sprechen, ihre Nachfolgerin Schmidt sprach mit der Wirtschaft in erster Linie über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Für die Implementierung von GM bedeutete dies sehr viel weniger Unterstützung der Leitungsebene als zuvor. War in der vorherigen Legislaturperiode versäumt worden, die GM-Umsetzung mit der im Programm „Frau und Beruf“ formulierten gleichstellungspolitischen Programmatik zu verbinden, fehlte eine solche Programmatik nun gänzlich. Der Schwerpunkt der Implementierung lag weiter auf der Veränderung von Handlungsroutrinen; und die Einführungs- und Pilotphase wurde weitergeführt. Im Dezember 2003 wurden die meisten Pilotprojekte der Ministerien sowie die Entwicklung und Erprobung der Arbeitshilfen abgeschlossen, die dann im Januar 2004 in die Resorts als Hilfsmittel für die Umsetzung von § 2 GGO eingeführt wurden (BMFSFJ o. J.).

In diesen Zeitraum (Oktober 2003) fällt auch die Gründung des GenderKompetenzZentrums an der Humboldt-Universität zu Berlin, als zunächst über zwei Jahre gefördertes Projekt an einer politisch unabhängigen und übergreifend arbeitenden Hochschule mit aktiven Gender Studies, auch zur Qualifizierung von Nachwuchs und dem Austausch zwischen Praxis und Studierenden. Das Konzept sah vor, die Beschäftigten der Bundesverwaltung durch strategische Beratung zu unterstützen und zu befähigen, den neuen Arbeitsanforderungen gerecht zu werden. Geschlechterforschung sollte in die Verwaltung „übersetzt“, im Sinne einer „Drehscheibe“ sollten Expertinnen und Experten (über eine online-Datenbank) identifiziert und im Rahmen von Beratung Strategien entwickelt und unterstützt werden. Dazu gehörten Angebote wie Fachtagungen und Fachgespräche und umfangreiche Informationen im Internet (www.genderkompetenz.info), um Gender-Wissen in der Bundesverwaltung aufzubauen. Das geschah auch über das elektronische Handbuch „Wissensnetz – Gender Mainstreaming für die Bundesverwaltung“ (Sellach et al. 2003), das im November 2003 im BMFSFJ vorgestellt wurde, sowie über den Internetauftritt des BMFSFJ zu Gender Mainstreaming unter www.gender-mainstreaming.net.

Die nächste Phase der Implementierung von GM begann im Januar 2004. Mit dem Terminus „GM in der Regelpraxis“ wurde der Versuch umschrieben, die Berücksichtigung von Gender-Aspekten im Sinne von Verstetigung und Nachhaltigkeit zu einer gleichstellungsorientierten Arbeitsroutine zu entwickeln. Dabei wurde die konzeptionelle Leerstelle bei der Formulierung gleichstellungsorientierter Fachziele zum Teil gesehen, schien aber aufgrund der mangelnden Unterstützung der Leitungsebenen in nahezu allen Ministerien nicht schließbar. Gleichstellungspolitische Zielsetzungen wurden daher in dieser Legislaturperiode jedenfalls mit politischem Rückenwind kaum diskutiert.

Das BMFSFJ war in dieser Phase weiterhin für die Durchsetzung von GM in der gesamten Bundesverwaltung zuständig. Allerdings wurde entschieden, weniger IMA-Sitzungen durchzuführen; es sollte vermieden werden, die „Obergleichstellungsbeauftragte“ der Regierung „zu spielen“. Doch verstand sich das BMFSFJ auch als die *Muster- und Pionierbehörde* (Rörig 2005). Daher beschloss die Kontaktgruppe im BMFSFJ im April 2005 eine *Zielvereinbarung*, um den Übergang von der Pilotphase in die Regelpraxis aktiv zu gestalten. Sie verpflichtete alle Abteilungen, drei zentrale Vorhaben zu bestimmen, bei denen GM exemplarisch als Instrument der Qualitätssicherung berücksichtigt wird (BMFSFJ 2005d). Aufgrund der vorgezogenen Wahlen im September 2005 wurde diese Zielvereinbarung nicht umgesetzt. Auch die für den Juni 2005 angesetzte Sitzung der IMA wurde unter Hinweis auf die Wahl abgesagt. Im Hintergrund gab es daneben allerdings auch Beschlüsse, um den Prozess GM weiter zu treiben. So wurde eine Machbarkeitsstudie zu Gender Budgeting⁸ beauftragt sowie ein Kooperationsprojekt mit der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAkÖV)⁹ vorbereitet, um Gender-Aspekte in die Fortbildung für die Bundesbeschäftigten zu integrieren. Beides wurde dann hauptsächlich in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt.

In den übrigen Ressorts folgten auf das Ende der Pilotphase vor allem weitere Institutionalisierungsbemühungen, denn als wichtiger Baustein für die Umsetzung von GM galt die Verankerung von Zuständigkeiten (Baer 2005). Dabei wählte nahezu jedes Ressort seinen eigenen Weg: Während sich das BMFSFJ für ein gesondertes GM-Referat entschieden hatte, gab es einen Arbeitsstab Gender Mainstreaming im Auswärtigen Amt, einen für GM zuständigen Planungsstab im damaligen Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft. Jedes Modell hat Vor- und Nachteile (dazu Lewalter o.J.). Wichtig ist die Tatsache, dass es zu diesem Zeitpunkt in allen Ressorts ernsthafte Bemühungen gab, Zuständigkeiten für GM zu etablieren. In einer Organisation wie der Bundesverwaltung, in der es ohne Zuständigkeit auch keine Verantwortung und keine Ressourcen für die Erfüllung einer Aufgabe gibt, war dies ein notwendiger, wenn auch nicht hinreichender Schritt, um GM nachhaltig in der Bundesverwaltung zu verankern.

Das Ende der Pilotphase verdeutlichte auch eine weitere Herausforderung: den Umgang mit Widerständen und Akzeptanzproblemen. Diese waren nichts Neues, doch waren bis dahin nur einige wenige, meist für Gleichstellungsfragen offene Beschäftigte der Bundesverwaltung mit Pilotprojekten befasst gewesen. GM in die Regelpraxis zu verankern, bedeutete jedoch, *allen* Beschäftigten im Rahmen ihrer fachlichen Zuständigkeit auch die Verantwortung für die Integration von Gender-Aspekten aufzuerlegen. Diese neue fachliche Anforderung stieß bei vielen Beschäftigten auf Unmut und Ablehnung. Es gibt keine empirische Untersuchung zu den Ursachen, doch zeigen andere Studien, dass dies sowohl Widerstände allgemeiner Art sind, die bei fast jedem Veränderungsprozess vorkommen (Jüngling/Rastetter 2008, Meuser 2005), als auch besondere Widerstände, die sich gegen die Strategie GM oder konkreter gegen Gleichstellung richteten, und viel entzündete sich – wie in Debatten um geschlechtergerechte Sprache – an ter-

8 Zu den Ergebnissen der Machbarkeitsstudie siehe www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Redaktion-BMFSFJ/Abteilung4/Pdf-Anlagen/machbarkeitsstudie-gender-budgeting-pdf,property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf.

9 Die Ergebnisse des Projekts werden im Sommer 2009 der Öffentlichkeit vorgestellt, vgl. www.genderkompetenz.info/w/files/gkompz_ft/abschlussstagung_flyer.pdf.

minologisch-sprachlichen Fragen. Ein Akzeptanzmanagement fehlte ebenso wie dafür aufbereitetes Wissen, das es bis heute nur in Ansätzen gibt (Erfurt o.J.). Die Einführung von GM und das Erreichte schienen auch bestehende Widerstände gegen Gleichstellung, also Sexismen, verstärkt *sichtbar* werden zu lassen. Diesem Aspekt sollte künftig Rechnung getragen werden.

4 Die dritte Phase (seit 2005): Stagnation bei der Umsetzung von GM

Aufgrund der Wahlen im Herbst 2005 wurde das BMFSFJ von Ministerin von der Leyen übernommen. Schon unter Ministerin Schmidt war die Familienpolitik das bestimmende Thema gewesen, doch unter Ministerin von der Leyen vollzog sich erneut ein Wandel: Gleichstellungspolitik wurde zum Aspekt der Familienpolitik. Dies zeigt schon die Gliederung der Koalitionsvereinbarung „Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“ zwischen CDU, CSU und SPD vom 11.11.2005. Dort findet sich der Punkt „Frauen- und Gleichstellungspolitik“ im Handlungsfeld VI. unter „Familienfreundliche Gesellschaft“ (Bundesregierung 2005).¹⁰ Auch inhaltlich werden Gleichstellungsfragen – jenseits des Bereichs Gewalt gegen Frauen – weithin als Teil von Vereinbarkeitsfragen verhandelt. Dies zeigt exemplarisch die Diskussion um die „Vätermonate“ bei der Einführung des Elterngeldes sowie die Debatte zur Verbesserung der Kinderbetreuungssituation, um gerade die Erwerbstätigkeit von Müttern zu erleichtern. Aus gleichstellungspolitischer Sicht ist es richtig, dass und wenn die gleiche Verantwortung von Vätern für Kinder im Rahmen von Familienpolitik thematisiert wird, zumal dies einer ernst gemeinten Umsetzung von GM entspricht. Jedoch darf sich Gleichstellungspolitik nicht darin erschöpfen (Baer/Lepperhoff 2007).

Die Konzentration auf Familienpolitik wirkt sich auf die Umsetzung der gleichstellungspolitischen Strategie GM erheblich aus. Vielfach entsteht der Eindruck der fehlenden Unterstützung für die Umsetzung von GM im Haus und in der Politik. In dieser Legislaturperiode hat es keine Sitzung der IMA GM oder eines anderen ressortübergreifenden Arbeits- oder Steuerungsgremiums gegeben. Auch das interne Steuerungsgremium „Kontaktgruppe“ des BMFSFJ hat nicht mehr getagt. Es gab speziell zu GM seitens des BMFSFJ keine Informations- oder Fachveranstaltung mehr; diese führt das Gender-KompetenzZentrum für die Verwaltung und interessierte Öffentlichkeit in engerer Absprache als zuvor mit der Gleichstellungsabteilung durch. Weitere Projekte zur Verankerung von GM in der Bundesverwaltung sind die Durchführung der Machbarkeitsstudie zu Gender Budgeting und das Projekt zur Integration von Gleichstellungsorientierung in die Aus- und Fortbildung mit der BAKöV, die beide konzeptionell aus der vorherigen Legislaturperiode stammen. Zudem ist nicht erkennbar, wie die Ergebnisse für eine substantielle Veränderung der Fortbildungs- und Haushaltspraxis genutzt werden sollen.

Auch im Jahre 2007, dem Jahr der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und dem europäischen Jahr der Chancengleichheit, gab es vonseiten des BMFSFJ in Bezug auf GM

10 Als Unterpunkte zu „Frauen- und Gleichstellungspolitik“ werden genannt: „Gleiche Chancen am Arbeitsmarkt“, „Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“, „Rechtliche Absicherung der anonymen Geburt und Spätabtreibungen“ (Bundesregierung 2005: 119-121)

kaum Aktivitäten. Lediglich die Arbeitshilfe „Gender Mainstreaming bei der Vorbereitung von Rechtsvorschriften“ wurde mit einem Vorwort der neuen Ministerin versehen, ins Englische und Französische übersetzt und neu herausgegeben. Nach der EU-Ratspräsidentschaft wurde das Referat GM in der Gleichstellungsabteilung aufgelöst und GM in das Grundsatzreferat als ein Thema unter vielen integriert. 2006 kündigte das BMFSFJ im Newsletter GM (Nr. 4/2006 vom 1. August 2006) und im CEDAW-Bericht (6. CEDAW-Bericht, BMFSFJ 2006: 9) an, ihre gleichstellungspolitische Strategie GM neu auszurichten und insbesondere über einen „gefälligeren“ Begriff nachzudenken. Seitdem wird „Gender Mainstreaming“ auf der Homepage des Ministeriums kaum mehr benutzt, aber auch durch keine neue strategische Markierung ersetzt. Auch deshalb wird von der Fachöffentlichkeit bemängelt, dass das BMFSFJ seine Rolle als Impulsgeber und Motor für die gesamte Bundesverwaltung aufgegeben habe (Gender Mainstreaming Experts International 2007).

Angesichts des relativen Schweigens der ehemaligen Muster- und Pioneerbehörde BMFSFJ entfalten auch die anderen Ressorts der Bundesregierung kaum Aktivitäten. Vereinzelt gibt es Projekte und Maßnahmen, wie z.B. die Auftragsvergabe des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Umsetzung des SGB II aus gleichstellungspolitischer Sicht zu Folgen von Teilen der Hartz-Gesetze.¹¹ Im Großen und Ganzen ist es um Anwendungsvorhaben zu GM aber sehr still geworden. Die Bundesregierung hat im Bundestag erklärt, sie halte GM für umgesetzt und sehe keinen weiteren Handlungsbedarf (Bundestagsdrucksache 16/12834 vom 05.05.2009). Diese Einschätzung lässt sich jedoch auch im Vergleich mit Nachbarländern wie Österreich oder Dänemark nicht teilen.

5 Fazit und Ausblick

Die einzelnen Schritte der Implementierung von GM in der Bundesregierung wie Fortbildung, Verankerung von Zuständigkeiten, Pilotprojekte etc. sind von allen Ministerien – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität und Engagement – umgesetzt worden. Seit 2005 gab es jedoch keine aktive Implementierung mehr.

Positiv ist zu verzeichnen, dass es prinzipiell eine *Anerkennung von Eigenverantwortung* in den Ressorts zum gleichstellungspolitischen Handeln der „regular actors“ in ihren Fachpolitiken gibt. Es ist allen Beteiligten bewusst, dass die Verantwortung für Gleichstellung nicht mehr allein dem Gleichstellungsressort zugeschoben werden kann; es ist aber auf den verantwortlichen Leitungsebenen nicht überall gewollt. Nur in einigen Ressorts führt daher die Erkenntnis auch zu eigenständigen Aktivitäten für mehr Gleichstellungsorientierung in den Politikfeldern. Gleichstellungsorientierte Maßnahmen haben folglich nicht zugenommen, doch hat sich – soweit Politik und Öffentlichkeit oder Ressorts in Abstimmungsprozessen dies einfordern – der Argumentations- und Rechtfertigungsdruck für alle Ressorts erhöht.

Das Anknüpfen an *Routinen und Arbeitsabläufe* bei der Umsetzung von GM führte zur erstmaligen Thematisierung der (Re-)Produktion von Ungleichheiten durch scheinbar geschlechtsneutrale Verwaltungsroutinen. Die dabei erzielten Erfolge sind nicht geringzuschätzen. Es konnte gezeigt werden, dass sich Gleichstellung in Verwaltungsrou-

¹¹ Vgl. den ersten Zwischenbericht unter www.uni-marburg.de/fb03/genda/aktuelles/news/sgbillreport07.

tinen integrieren lässt. Die Gestaltung von Routinen wurde so als neues Aktionsfeld für die Gleichstellungspolitik erschlossen.

Die Beschäftigung mit Gleichstellungsaspekten ließ zudem ein verstärktes Interesse an *Gender-Wissen* aufkommen und punktuelle Gender-Kompetenz bei den Beschäftigten in den Ressorts entstehen. Mit dem GenderKompetenzZentrum gab es erstmals eine Einrichtung, die Gender-Wissen gezielt für den Handlungskontext der Bundesverwaltung bündelt, „übersetzt“ und vermittelt, auch wenn deutlich wurde, dass seitens der Bundesverwaltung eher passiv Informationen abgerufen als aktive Strategien entwickelt werden.

Die drei Elemente

- Anerkennung von Verantwortung
- Thematisierung und Veränderung von Routinen
- Aufbau von neuem Handlungswissen

können als wesentliche Schritte von Organisationslernen verstanden werden. Gleichstellung wirklich systematisch zu einem Leitprinzip zu machen – davon ist die Bundesverwaltung noch weit entfernt. Die derzeitige Stagnation bei der Umsetzung von GM gefährdet sogar das Erreichte. Mit den bisherigen Aktivitäten wurde zudem eine wichtige Wirkung nicht einmal im Ansatz erreicht: Bei der Definition von Politikzielen und Handlungsschwerpunkten der Ressorts wurden und werden Gleichstellungsaspekte kaum berücksichtigt; das „Agenda-Setting“ konnte demnach nicht ausreichend umgesetzt werden.

Die Umsetzung allgemeiner Gleichstellungsziele in fachpolitische Ziele der Ressorts war im Umsetzungsprozess von GM in der Bundesverwaltung nicht angelegt. Auch deshalb ist es nur teilweise gelungen, den Beschäftigten zu vermitteln, inwiefern die Veränderung von Arbeitsabläufen und die Anwendung von GM-Instrumenten eine Verbesserung und diskriminierungsfreie Gestaltung ihrer Maßnahmen bewirken kann und soll. Es gab keine klaren inhaltlichen Ziele und spätestens seit 2005 auch kein glaubwürdiges Bekenntnis mehr zu GM. Auch deshalb ließ sich GM als unnötiger Formalismus erleben oder denunzieren; eine Umsetzung unterblieb.

Bei der Umsetzung von GM in der Bundesverwaltung lag das Problem also nicht in der Betonung einer Querschnittsverantwortung und in der Auseinandersetzung mit technischen Fragen des Verwaltungshandelns. Dies war eine Stärke und das Innovative des Ansatzes. Gefehlt hat eine deutliche Bezugnahme auf Inhalte der Politikfelder, auf fachbezogene und auf übergreifende gleichstellungspolitische Ziele. Sie steht vor besonderen Rechtfertigungs- und Legitimationsschwierigkeiten, weil eine nationale Programmatik der Bundesregierung für Gleichstellung im Vergleich zu vielen EU-Ländern auch unter Ministerin Bergmann nur schwach entwickelt war und im weiteren Verlauf ganz fehlte.

Aus dieser Sicht auf die bisherige Implementierung von GM in Deutschland ergeben sich einige zentrale Aspekte, die richtungweisend sein können für die weiteren Bemühungen, Gleichstellung tatsächlich zu einem Leitprinzip der Politik der Bundesregierung und der Arbeit der Bundesministerien zu machen. Sie müssten sich gegenseitig in ihren Wirkungen unterstützen. Notwendig sind:

(1) Problemdefinition und Agenda Setting durch eine eigenständige, starke Gleichstellungsakteurin:

Gleichstellungspolitik darf weder auf die Eigenverantwortung der Ressorts noch auf Veränderung von Arbeitsroutinen der Bundesverwaltung reduziert werden. Sie darf sich auch nicht auf einen Beitrag zu einer pro-natalistischen Familienpolitik beschränken lassen. Vielmehr muss Gleichstellungspolitik eigenständig Themen benennen und politisch Gleichstellungsziele formulieren. Sie sollte von empirisch-statistisch belegten Benachteiligungen und Disparitäten ausgehen und sich über Problemstellungen mit Nichtregierungsakteuren verständigen. Das Agenda-Setting muss ein übergreifendes Verständnis von Gleichstellung entwickeln, das auch andere Benachteiligungen mitdenkt und damit bündnisfähig ist für andere Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitiken. Ohne eine eigenständiges „Agenda Setting“ werden die Beiträge der einzelnen Fachpolitiken Gleichstellungsaspekte bestenfalls so weit berücksichtigen, wie sie zur Erreichung dann übergeordneter anderer Ziele beitragen. Das kann bereits Gleichstellung fördern, hat aber auch deutliche Grenzen, wie das Beispiel der Familienpolitik zeigt. Nötig ist also eine eigenständige Akteurin, die die Identifizierung und Priorisierung übergreifender Gleichstellungsthemen als ihre genuine Aufgabe begreift. In Deutschland liegt diese Aufgabe bislang beim BMFSFJ, wo auch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes angesiedelt ist. Diese Verortung ist nicht zwingend, aber zu nutzen.

(2) Gleichstellungsorientierte Politikziele für alle Ressorts:

Aufgrund des Ressortprinzips kann ein Ressort nicht für ein anderes Ressort gleichstellungsorientierte Fachziele festlegen. Es hat bei einer Querschnittsaufgabe sogar eher wenig Möglichkeiten, eine Gleichstellungs-Agenda auch eigenständig umzusetzen. Da prinzipiell anerkannt scheint, dass es hier eine Eigenverantwortung der Ressorts gibt, müsste eine gleichstellungspolitische Programmatik für die gesamte Bundesregierung ausgehandelt werden. Solche gleichstellungspolitischen Aktionsprogramme, die alle Politikfelder umfassen oder die Maßnahmen mehrerer Ressorts zu einzelnen Schwerpunktthemen koordinieren, sind in zahlreichen europäischen Staaten Praxis. Der Europarat empfiehlt in seinen „gender equality standards and mechanisms“ solche Programme als bewährte Mittel der Gestaltung von Gleichstellungspolitik (Council of Europe 2007: 5, 28f.). Ein besonders weit entwickeltes Beispiel dafür findet sich in Dänemark (Department of Equality 2007). Auch das Land Berlin hat in jüngster Zeit ein ähnliches Programm entwickelt.¹² Dazu gehört dann auch ein interministerielles Steuerungsgremium, in dem solche Programme vorbereitet und deren Umsetzung koordiniert wird. Der CE-DAW-Ausschuss bedauerte folgerichtig die Auflösung der einzigen interministeriellen Arbeitsstruktur zu Gleichstellung in der Bundesverwaltung (United Nations 2009: 6).

(3) Klare Rollen für die unterschiedlichen Handlungsebenen und AkteurInnen:

Im Verhältnis zu den anderen Ressorts muss ein Gleichstellungsressort ein starkes Interventions- und Initiativrecht wahrnehmen. Ein Kernelement von GM besteht in der Eigenverantwortung der Ressorts, GM ist aber als Prozess zu begreifen, der immer wieder aktiv betrieben werden muss. Ein Gleichstellungsressort muss bei Versäumnissen von

¹² Vgl. das gleichstellungspolitische Rahmenprogramm (GPR) des Landes Berlin unter www.berlin.de/imperia/md/content/sen-frauen/gpr.pdf.

Fachressorts zur Gleichstellung intervenieren können, eventuell über den Weg der Verantwortung gegenüber dem Parlament. Sonst werden gerade wichtige gleichstellungsrelevante Vorhaben ohne Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten umgesetzt (Verloo 2001: 8).

(4) Absicherung der Gleichstellungsorientierung in Arbeitsabläufen und Verwaltungsroutinen:

Das Plädoyer, die Zielebene bei der Umsetzung von GM in den Vordergrund zu stellen, bedeutet nicht, die gleichstellungsorientierte Veränderung von Arbeitsabläufen als wichtigen Ansatzpunkt von GM aufzugeben. Dies betont auch der CEDAW-Ausschuss, der die Bundesregierung zur Einführung von Gender Budgeting und verbindlichen „gender equality assessments“ auffordert (United Nations 2009: 6). Eine Verzahnung von GM-Instrumenten mit fachlichen Zielen entgeht aber eher der Gefahr, als formalistisch und überflüssig wahrgenommen zu werden. Wenn es um die Lösung konkreter Probleme geht, sind Ministerien ausweislich der Erfahrung mit GM auch in der Bundesregierung für neue gleichstellungsorientierte Arbeitsmethoden zu gewinnen. Zur Bewältigung solcher Aufgaben sind sie auf kompetente Hinweise zur Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten in den GM-Instrumenten angewiesen. Der Nutzen dieser Instrumente ist dann offensichtlich und erfahrbar. Auch Gender Mainstreaming hat dann eine Chance.

Literaturverzeichnis

- Alemann, Annette v., unter Mitarbeit von Sielschott, Stephan. (2007). Gleichstellung per Gesetz? Vom Gesetzesentwurf zum Deal zwischen Regierung und Wirtschaftsverbänden. In: Peter Imbusch & Dieter Rucht (Hrsg.), *Profit oder Gemeinwohl? Fallstudien zur gesellschaftlichen Verantwortung von Wirtschaftseliten* (S. 161-199). Wiesbaden: VS Verlag
- Alemann, Annette v. (2008). Von der Geschlechtergerechtigkeit zur Familienfreundlichkeit. In: *Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien*, 26 (1), 38-54
- Baer, Susanne. (2002). Gender Mainstreaming als Operationalisierung des Rechts auf Gleichheit. In: Silke Bothfeld, Sigrid Gronbach & Barbara Riedmüller (Hrsg.), *Gender Mainstreaming – eine Innovation in der Gleichstellungspolitik* (S. 83-105). Frankfurt, New York
- Baer, Susanne. (2005). *Gender Mainstreaming – ein wichtiger und effizienter Beitrag zur Verwaltungsmodernisierung*. Zugriff am 23.04.2008 unter <http://edoc.hu-berlin.de/oa/conferences/rekDSmvczalWo/PDF/23zMWLJRhMdo.pdf>
- Baer, Susanne & Lewalter, Sandra. (2007). Zielgruppendifferenzierte Gesetzesfolgenabschätzung – Ein Aspekt des Gender Mainstreaming und ein Beitrag zu „better governance“. In: *Die öffentliche Verwaltung (DÖV)*, 60 (5), 195-202
- Baer, Susanne & Lepperhoff, Julia (Hrsg.). (2007). *Gleichberechtigte Familien? Wissenschaftliche Diagnosen und politische Perspektiven*. Bielefeld: Kleine Verlag
- Bothfeld, Silke & Kuhl, Mara. (2007). *Equal opportunity policy and feminist political science – the “invisible avant-garde” of governance research?* (Discussionpaper WZB (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) Research Professorship and inter-Unit Group „New Forms of Governance“). Berlin
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.). (2005). *Fortschrittsbericht 2005 des Regierungsprogramms „Moderner Staat – Moderne Verwaltung“ im Bereich Modernes Verwaltungsmanagement*.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). (1999). *Die Bundesregierung: Programm „Frau und Beruf“ – Aufbruch in der Gleichstellungspolitik*. Zugriff am

- 23.04.2008 unter <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/PRM-23570-Broschure--Frau-und-Beruf-.property=pdf.pdf>
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). (o.J.). *Implementierung von Gender Mainstreaming in der Arbeit der Bundesregierung*. Zugriff am 23.04.2008 unter <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/RedaktionGM/Pdf-Anlagen/gm-implementierung.property=pdf,bereich=gm,sprache=de,rwb=true.pdf>
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). (2004a, 15. September) *Wachstumsmotor für große Unternehmen*. Pressemitteilung vom 15.09.2004. Zugriff am 28.03.2008 unter <http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/familie,did=16410.html>
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.).(2004b). *Newsletter des BMFSFJ (1)*. Zugriff am 28.03.2008 unter http://www.lokales-buendnis-fuer-amilie.de/pdf_newsletter/newsletter_1_lokale_buendnisse_fuer_familie.pdf
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). (2005a). *Gender Mainstreaming in Forschungsvorhaben*. Zugriff am 01.04.2009 unter <http://www.gender-mainstreaming.net/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/RedaktionGM/Pdf-Anlagen/gm-und-forschung.property=pdf,bereich=gm,sprache=de,rwb=true.pdf>
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). (2005b). *Gender Mainstreaming im Berichtswesen*. Zugriff am 01.04.2009 unter <http://www.gender-mainstreaming.net/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/RedaktionGM/Pdf-Anlagen/gm-und-berichtswesen.property=pdf,bereich=gm,sprache=de,rwb=true.pdf>
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2005c). *Checkliste Gender Mainstreaming bei Maßnahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*. Zugriff am 01.04.2009 unter <http://www.gender-mainstreaming.net/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/RedaktionGM/Pdf-Anlagen/gm-und-berichtswesen.property=pdf,bereich=gm,sprache=de,rwb=true.pdf>
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). (2005d, 06. April). *Kontaktgruppe Gender Mainstreaming. Zielvereinbarung/Vorhabenplanung der Kontaktgruppe Gender Mainstreaming des BMFSFJ bis zum Sommer 2006, vom 6. April 2005*. Zugriff am 28.03.2008 unter <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/RedaktionGM/Pdf-Anlagen/gm-zielvereinbarung.property=pdf.pdf>
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). (2006). *Sechster Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)*
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). (2007). *Arbeitshilfe Geschlechterdifferenzierte Gesetzesfolgenabschätzung*. Berlin.
- Bundesregierung. (1999). *Moderner Staat – Moderne Verwaltung. Das Programm der Bundesregierung*. (Herausgegeben von Bundesministerium des Inneren)
- Bundesregierung, Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft. (2001, 02. Juni). *Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft vom 2.7.2001*. Zugriff am 01.04.2009 unter <http://www.bdi-online.de/Dokumente/AllgemeineWirtschaftspolitik/Chancengleichheit.pdf>
- Bundesregierung (Hrsg.). (2005). *Koalitionsvereinbarung „Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“ zwischen CDU, CSU und SPD vom 11.11. 2005*. Zugriff am 23.04.2008 unter http://www.bundesregierung.de/nsc_true/Content/DE/_Anlagen/koalitionsvertrag,templateld=raw,property=publicationFile.pdf/koalitionsvertrag
- Bundesregierung. (2006). *Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien*
- Council of Europe. (1998). *Gender mainstreaming Conceptual framework, methodology and presentation of good practices*. (Final report of Activities of the Group of Specialists on Mainstreaming). EG-S-MS (1998) 2. Strasbourg

- Council of Europe. (2007). *Gender equality standards and mechanisms*. Recommendation, CM/Rec (2007) 17 of the Committee of Ministers and Explanatory Memorandum
- Department of Equality. (2007). *The Danish Inter-Ministerial Gender Mainstreaming Project. Action Plan 2007-2011*. Zugriff am 24.04.2008 unter <http://ligeuk.itide.dk/files/PDF/Mainstreaming/mainhandlingsplan2007-2011eng.pdf> (download 23.04.2008)
- Erfurt, Philine. (o.J.). *Widerstände gegen Gleichstellung und Möglichkeiten der Akzeptanzsicherung*. Zugriff am 23.04.2008 unter http://www.genderkompetenz.info/w/files/gkompzpdf/widerstaende_und_akzeptanzsicherung.pdf
- Europäische Kommission. (2006). *Ein Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006-2010*
- Färber, Christine. (2005). Die Einführung von Gender Mainstreaming im Spannungsfeld von Gleichheit und Differenz. In: Anette Henninger & Helga Ostendorf (Hrsg.), *Die politische Steuerung des Geschlechterregimes. Beiträge zur Theorie politischer Institutionen* (S.199-221). Wiesbaden: VS Verlag
- Gender Mainstreaming Experts International (GMEI). (2007). *Offener Brief vom 20.10.2007*. Zugriff am 01.04.2009 unter http://www.gmei.de/GMEI_offener_Brief_Ministerin_vdLeyen_CEDAW.pdf
- Hayn, Doris. (2005). Gute Praxis Gender Mainstreaming – Die Vielfalt der Aktivitäten in einer Bundesbehörde. In: Dörte Jung & Margret Krannich (Hrsg.), *Die Praxis des Gender Mainstreaming auf dem Prüfstand. Stärken und Schwächen der nationalen Umsetzungspraxis* (S. 23-37). Frankfurt am Main
- Jüngling, Christina & Raststetter, Daniela. (2008). Die Implementierung von Gleichstellungsmaßnahmen: Optionen, Widerstände und Erfolgsstrategien. In: Gertraude Krell (Hrsg.), *Chancengleichheit in der Personalpolitik, Rechtliche Regelungen – Problemanalysen – Lösungen* (S.127-140). Wiesbaden: Gabler
- Kouvo, Sari. (2005). The United Nations and Gender Mainstreaming. Limits and Possibilities. In: Doris Buss & Ambreena Manji (Hrsg.), *International Law, Modern Feminist Approaches* (S.237-252). Portland: Hart Publishing
- Lewalter, Sandra. (o.J.). *Implementierung von Gender Mainstreaming in der Ministerialverwaltung – Verteilung von klaren und effektiven Zuständigkeiten*. Zugriff unter http://www.genderkompetenz.info/w/files/gkompzpdf/zustaendigkeiten_sl.pdf
- Meuser, Michael. (2005). Organisationsveränderung durch Geschlechterpolitik? In: Dorothea Lüdke, Anita Runge & Mechthild Koreuber (Hrsg.), *Kompetenz und/oder Zuständigkeit. Zum Verhältnis von Geschlechtertheorie und Gleichstellungspraxis* (S. 147-162). Wiesbaden: VS Verlag
- Rat der Europäischen Union. (1995). *4. Aktionsprogramm für die Chancengleichheit von Männern und Frauen (1996-2000)*
- Rat der Europäischen Union. (2001). *5. Aktionsprogramm für die Chancengleichheit von Männern und Frauen (2001-2006)*
- Rörig, Johannes. (2005). *Die Zielvereinbarung der Kontaktgruppe Gender Mainstreaming im Kontext des Implementierungskonzepts des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*. (Rede vom 27. Juni 2005 auf der Fachtagung „Implementierung von Gender Mainstreaming in der öffentlichen Verwaltung – Chancen und Herausforderungen der Organisationsentwicklung“ in Berlin). Zugriff am 28.03.2008 unter <http://www.genderkompetenz.info/w/files/gkompzpdf/document1.pdf>
- Sauer, Birgit. (2001). *Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte*. Frankfurt am Main: Campus Fachbuch
- Schweikert, Birgit. (2002). Alles Gender – oder? Die Implementierung von Gender Mainstreaming auf Bundesebene. In: Silke Bothfeld, Sigrid Gronbach & Barbara Riedmüller (Hrsg.), *Gender Mainstreaming – eine Innovation in der Gleichstellungspolitik* (S. 83-105). Frankfurt, New York

- Sellach, Brigitte, Enders-Dragesser, Uta, Kuhl, Mara; Baer, Susanne & Kress, Brigitta (2003). *Wissensnetz Gender Mainstreaming für die Bundesverwaltung*. Zugriff unter <http://www.gendermainstreaming.net/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/RedaktionGM/Pdf-Anlagen/wissensnetz-komplettfassung.property=pdf,bereich=gm,sprache=de,rwb=true.pdf>
- Sellach, Brigitte, Enders-Dragesser, Uta, Kuhl, Mara, Baer, Susanne & Kress, Brigitta. (2004). *Implementierung von Gender Mainstreaming innerhalb der Bundesregierung*. (Dokumentation der Umsetzung im Zeitraum 2001-2003). Frankfurt am Main, Berlin. Zugriff am 23.04.2008 unter <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/RedaktionGM/Pdf-Anlagen/gm-abschlussbericht-wissbegleitung.property=pdf,bereich=gm,sprache=de,rwb=true.pdf>
- Stiegler, Barbara. (2000). *Wie Gender in den Mainstream kommt. Konzepte, Argumente und Praxisbeispiele zur EU-Strategie des Gender Mainstreaming*. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.). Bonn
- Stiegler, Barbara. (2002). *Gender Macht Politik. 10 Fragen und Antworten zum Konzept Gender Mainstreaming*. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.). Bonn
- United Nations. (1995). *Fourth World Conference on Women. Platform for action*. Zugriff am 05.05.2008 unter <http://www.un.org/womenwatch/daw/beijing/platform/index.html>
- United Nations. (2009). *CEDAW/C/DEU/CO6 Concluding observations of the Committee on the Elimination of Discrimination against Women. Germany*
- Verloo, Mieke. (2001). *Another Velvet Revolution? Gender Mainstreaming and the Politics of Implementation* (IWM Working Paper No.5). Vienna. Zugriff am 23.04.2008 unter <http://www.iiav.nl/epublications/2001/AnotherVelvetRevolution.pdf>
- Verloo, Mieke. (2005a). Displacement and Empowerment: Reflections on the Concept and Practice of the Council of Europe Approach to Gender Mainstreaming and Gender Equality. *Social Politics*, 12 (3), 344-365
- Verloo, Mieke. (2005b). Reflections on the transformative potential of Gender Mainstreaming in Europe. In: Dorothea Lüdke, Anita Runge & Mechthild Koreuber (Hrsg.), *Kompetenz und/oder Zuständigkeit. Zum Verhältnis von Geschlechtertheorie und Gleichstellungspraxis* (S. 117-129). Wiesbaden: VS Verlag

Zu den Personen

Sandra Lewalter, Volljuristin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin des GenderKompetenzZentrums an der Humboldt-Universität arbeitet zu Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsrecht, Gender Mainstreaming, Gesetzesfolgenabschätzung sowie zu gleichstellungsrechtlichen Privatisierungsfolgen.

Kontakt: Hausvogteiplatz 5-7, 10117 Berlin, E-Mail: lewalter@genderkompetenz.info

Jochen Geppert, Dipl.-Psych., Wissenschaftlicher Mitarbeiter des GenderKompetenzZentrums an der Humboldt-Universität arbeitet zu gleichstellungsorientiertem Personalmanagement, organisatorischen und politischen Strategien der Gleichstellung.

Kontakt: Hausvogteiplatz 5-7, 10117 Berlin, E-Mail: geppert@genderkompetenz.info

Susanne Baer, Prof. Dr. LL.M., Juristische Fakultät und Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien an der HU Berlin, Direktorin des GenderKompetenzZentrums, arbeitet zu Antidiskriminierungsrecht, Kategorisierungen und Normierungen, vergleichendem Verfassungsrecht und Governance.

Mehr unter <http://baer.rewi.hu-berlin.de>

„Und der Karriereknick kam eigentlich immer, wenn die Kolleginnen dann mit Kind lieber Teilzeit gearbeitet haben.“ Eine Studie zu Aufstiegschancen deutscher Managerinnen

Zusammenfassung

Die beruflichen Aufstiegschancen für Frauen entsprechen noch immer nicht denen ihrer männlichen Kollegen. Allgemein wird davon ausgegangen, dass dies vor allem an der schwierigen Vereinbarkeit von Karriere und Familie liegt, was in der Öffentlichkeit noch immer als reines Frauenthema betrachtet wird. In der 2008 durchgeführten Studie wurden sechs Frauen aus dem Top- und mittleren Management mittels strukturierter Telefoninterviews u.a. zu ihrer Karriereplanung, zu ihrem beruflichen Aufstieg und zu ihren familiären Verhältnissen befragt.

Nach Aussage der Befragten sind es v.a. gesellschaftliche Normen und Vorstellungen, die in die Betriebe hinein wirken und Frauen daran hindern, in Führungsetagen aufzusteigen. Erst wenn z.B. Kindererziehung genauso Männer- wie Frauensache ist, werden Frauen die gleichen Aufstiegschancen bekommen wie ihre männlichen Kollegen.

Schlüsselwörter

Managerinnen, Deutschland, Interviewstudie, Karriere, Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Summary

„And the Career Dip Actually Always Appeared when the Female Colleagues, now with a Child, Preferred to WorkP-time.“ A Study of the Promotion Prospects of German Female Managers

The promotion prospects of women still do not match those of their male colleagues. In general, it is always referred to the difficult compatibility of career and family, which is still considered a women's issue. In the study, carried out in 2008, six German female managers from top and managers from a middle position were asked about their career planning, career success and their family background in structured telephone interviews.

These women stated that it is especially due to social standards and beliefs which influence companies and prevent women from being promoted to managerial levels. Only if child education, for instance, becomes men's and women's business, women will face the same career opportunities as their male colleagues.

Keywords

Female managers, Germany, interview study, career, compatibility of career and family

1 Einleitung

Trotz einiger Fortschritte in den letzten Jahren haben Managerinnen noch immer schlechtere berufliche Aufstiegschancen als ihre männlichen Kollegen – ein Phänomen, das in den 1980er-Jahren zum ersten Mal mit dem Begriff der „gläsernen Decke“ in Verbindung gebracht wurde (Morrison et al. 1987). Infolge dieser unsichtbaren Barriere bleiben hochqualifizierte Frauen auf der Ebene des mittleren Managements „hängen“, ohne dass ersichtlich wird, warum sie nicht in die obersten Führungsetagen aufsteigen. Ein wesentliches Ziel wissenschaftlicher Forschung der letzten Jahre war es daher, ein-

zelle Punkte aufzuzeigen, die hierbei eine Rolle spielen. Sind es in erster Linie gesellschaftliche Aspekte wie die Bevorzugung männlicher Mitbewerber oder die schwierige Vereinbarkeit von Karriere und Familie, die den Aufstieg verhindern, oder sind Frauen einfach „von Natur aus anders“, z.B. was das Streben nach Macht angeht (Bischof-Köhler 2006)?

Unsere Studie befasst sich mit Managerinnen, die dabei sind, diese „gläserne Decke“ hinter sich zu lassen. Welche konkreten Erfahrungen haben sie bei ihrem Aufstieg ins Top-Management gemacht? Stimmen diese Erfahrungen mit den Aussagen der wichtigsten Studien über weibliche Führungskräfte in Deutschland überein (vgl. Bischof 2005; Habermann-Horstmeier 2007)?

2 Befragte und Methoden

Anders als die meisten bisher durchgeführten Studien haben wir uns für die Form der direkten Befragung entschieden, da die Methode des strukturierten Interviews geeignet ist, um qualitativ hochwertige Daten in einer kleinen Stichprobe zu erheben. Als Ergänzung zu unserer Studie „Karrierehindernisse für Frauen in Führungspositionen“ (Habermann-Horstmeier 2007) wurden im WS 2007/2008 strukturierte Telefoninterviews mit sechs ausgewählten weiblichen Führungskräften aus dieser ersten Studie durchgeführt. Den Begriff „Frauen in Führungspositionen“ hatten wir seinerzeit in Anlehnung an das Gabler Wirtschaftslexikon (Alisch et al. 2005) als solche im Bereich des Top- und des mittleren Managements definiert. Anhand vorher definierter Kriterien wie Familienstand, Berufsfeld und Auslandserfahrungen wurden sechs Managerinnen aus den 300 Befragten der vorangegangenen Studie als selektive Stichprobe ausgewählt.

Der erste Abschnitt unseres dreiteiligen Fragebogens enthielt Fragen zum sozialen Umfeld und zum Arbeitsumfeld. Er war für alle Probandinnen gleich.¹ Die individuellen Fragen des zweiten Abschnitts gingen auf die spezifische berufliche oder familiäre Situation der befragten weiblichen Führungskraft ein. Den Schluss bildete für alle die Frage, welche Ratschläge die Probandin einer jungen Frau geben würde, die eine berufliche Karriere anstrebt. Alle Fragen waren als offene Fragen formuliert und sollten anregen, ausführlich von den eigenen Erfahrungen zu berichten. Alle Interviews wurden telefonisch durchgeführt und dabei mit dem Einverständnis der befragten Frauen aufgezeichnet. Ausgewertet wurden die Transkripte mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse.

3 Diskussion der Ergebnisse

3.1 Karriereförderung

Unsere ersten beiden Fragen zielten auf die Förderung der schulischen und beruflichen Entwicklung der Probandinnen durch das Elternhaus, aber auch durch Stipendien, Mentoring, Netzwerke, Vorgesetzte im Betrieb oder andere betriebliche Förderer bzw.

1 Die Ergebnisse hieraus zum Thema „Akzeptanz als weibliche Führungskraft“ werden separat veröffentlicht.

Fördermaßnahmen. Eine frühe und intensive Förderung durch das Elternhaus fand bei unseren Interviewpartnerinnen nicht statt oder wurde von den Probandinnen nicht als solche empfunden. Einige Aussagen deuten darauf hin, dass den Probandinnen zwar bezüglich Schule und Studium vonseiten der Eltern keine Steine in den Weg gelegt wurden, dass sie jedoch auch nicht expliziert darin unterstützt wurde, ihren Weg zu gehen. Den Grundtenor, der die Antworten auf die Frage nach einer besonderen Förderung bestimmte, drückte eine der Probandinnen folgendermaßen aus: „...das habe ich schon alles aus eigenem Antrieb gemacht“ (Frau C.). Eine spezielle Studienförderung hatte nur eine Probandin in Form eines Stipendiums erhalten, woraus sich für sie die Möglichkeit ergab, zeitweise im Ausland zu studieren – eine Chance, die sie sonst nicht gehabt hätte.

Bei den Unternehmen scheint es so zu sein, dass sie von Frauen zwar ein hohes Maß an Leistung und Engagement erwarten (Falk/Voigt 2006), dass sie ihnen in dieser Hinsicht jedoch nicht ausreichend Unterstützung anbieten. So fanden sich zwei Befragte in keiner Weise beruflich gefördert. Eine Probandin berichtete, erst zu einem Zeitpunkt im Beruf gefördert worden zu sein, als „die Leistung [...] und die Erfahrung so waren, dass man gemerkt hat, dass ich mich weiterhin engagieren will“ (Frau A.). Hier könnte die Aussage der WomenPower 2007-Studie (Helga-Stödter-Stiftung 2007) zutreffen, dass „Frauen ihre Fortbildung in die eigene Hand nehmen und sie auch selbst finanzieren.“ Wenn die von uns befragten Frauen sich beruflich gefördert fühlten, dann war dies in erster Linie durch männliche Vorgesetzte (vgl. auch Bischoff 2005). Drei Befragte erzählten von unterschiedlichen Ausdrucksformen der Förderung durch direkte männliche Vorgesetzte im Laufe ihrer beruflichen Karriere. Zum Teil war der Umgang mit dem jeweiligen Vorgesetzten eher sachlich. In einem anderen Fall handelte es sich dagegen mehr um eine emotional-menschliche Unterstützung oder sogar um eine Art „Vater-Tochter-Verhältnis“. Eine Probandin fühlte sich durch Weiterbildungs- und Entwicklungsmaßnahmen des Unternehmens sowie bei der internen Stellenvergabe unterstützt.

Überrascht hat uns in diesem Zusammenhang, dass zwei Probandinnen berichteten, ihr beruflicher Aufstieg habe sich vor allem innerhalb nur eines Konzerns vollzogen. Sie hatten bislang keine direkten Konkurrenz-Situationen im Hinblick auf eine Stellenvergabe erlebt. Dies scheint nicht mit den Aussagen von Bischoff (2005) übereinzustimmen, dass Frauen schneller vorankommen, wenn sie mehrmals das Unternehmen und/oder die Branche wechseln. Allerdings muss man hierbei auch berücksichtigen, dass ein Aufstieg innerhalb eines Konzerns nicht automatisch einen geografischen Ortswechsel ausschließt. Innerhalb eines multinationalen Konzerns sind solche Ortswechsel für Führungskräfte eher die Regel als die Ausnahme – wie es auch das Beispiel einer Probandin zeigt, die ihre Karriere derzeit in Frankreich fortsetzt. Insgesamt könnte man vermuten, dass ein solcher konzerninterner Aufstieg vom Interesse des Unternehmens zeugt, eine Führungskraft langfristig zu binden. Auch die Aussage, dass den Probandinnen jeweils wieder neue, attraktivere Positionen angeboten wurden, deutet darauf hin.

Von positiven persönlichen Erfahrungen mit Mentoring und Netzwerken in Bezug auf die eigene Karriere berichtete nur eine der befragten Frauen. Insgesamt betonten die Frauen jedoch immer wieder, dass sie ihre jetzige berufliche Position vor allem aus eigenem Antrieb und durch Ausnutzung ihre Potenziale erreicht hatten.

3.2 Vereinbarkeit von Karriere und Familie

Damit es möglich wird, Kinder zu haben und gleichzeitig weiterhin Karriere zu machen, müssen nach Ansicht unserer Probandinnen verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein. Alle drei Probandinnen mit eigenen Kindern waren schon in einer leitenden Position, als sie das erste Kind bekamen. Für alle war von Anfang an klar, dass sie ihre Karriere auch weiterverfolgen wollten:

„Also ich habe [es] schon [...] gemerkt, als wir sehr kleine Kinder hatten und es für mich klar war, dass mir nur Windeln und Stillen und Babykotze und Babykrankheiten [...] alleine nicht reichen für den ganzen Tag.“ (Frau A.)

Nach Lukoschat/Walther (2006) ist diese Klarheit über die eigenen Ziele und die Entscheidung, weder auf Kind noch auf Karriere verzichten zu wollen, unabdingbare Voraussetzung für die Vereinbarkeit.

Als weitere Voraussetzung der Vereinbarkeit von Karriere und Familie sahen die Probandinnen die Akzeptanz der eigenen Karriere durch den Partner. Darüber hinaus musste eine Unterstützung bei der Kinderbetreuung durch den Partner und ggf. auch durch die Großeltern gegeben sein. Eine der Probandinnen mit Kindern berichtete davon, dass der Partner über einen gewissen Zeitraum Teilzeit gearbeitet habe. Bei einer weiteren Probandin hatten Eltern und Schwiegereltern sich in der Betreuung der Babys abgewechselt. Ein zusätzlicher wichtiger Stützpfiler waren privat finanzierte Kinderfrauen:

„Das heißt, ich leiste mir eine Frau, die ins Haus kommt früh morgens, [...] und die dann die Kinder auch in den Kindergarten bringt und abholt, die auch mit den Kindern zum Kinderarzt geht oder sie zu Freunden bringt.“ (Frau F.)

Während bei Lukoschat/Walther (2006) klar zum Ausdruck kommt, dass die dort befragten Frauen offensiv und entschieden Unterstützung durch das Unternehmen, den Partner und das persönliche Umfeld einforderten, liegt der Tenor bei den von uns interviewten Probandinnen eher auf der eigenen Kompromissbereitschaft und Anpassungsfähigkeit.

Nach der Geburt ihres ersten Kindes hatte eine Probandin neun Monate Elternzeit in Anspruch genommen, beim zweiten Kind dann nur noch sechs Monate, da eine neue Position frei geworden war, auf die sie bei einer längeren Elternzeit sonst hätte verzichten müssen. Eine weitere Probandin hatte während der Babyzeit ihrer Kinder kurzfristig Teilzeit gearbeitet. Den Frauen war dabei klar, dass es „in Deutschland [...] eigentlich per Definition [...] nicht möglich [ist], auf einer Halbtagsstelle eine Führungsposition einzunehmen.“ Eine der Probandinnen meinte dazu:

„Also, ich denke, die Führungspositionen ... funktionieren nur als Vollzeitstelle und nicht als Teilzeitstelle. Und der Karriereknick kam eigentlich immer, wenn die Kolleginnen dann mit Kind lieber Teilzeit gearbeitet haben. [...] Sie haben das sehr bewusst getan, weil sie [...] da viele Dinge, die man dann von seinen Kindern nicht mitkriegt, [eben] auch nicht mitkriegt.“ (Frau F.)

Bezüglich reduzierter Arbeitszeit während einer „Familienphase“ tendierten die hier interviewten Frauen also dazu, dass Führungspositionen nicht in Teilzeit ausgeübt werden

können, während Lukoschat/Walther (2006) dies relativieren und die Ausführbarkeit einer Führungsposition in Teilzeit von der jeweiligen Stelle und den Möglichkeiten des Unternehmens abhängig machen.

Die Entscheidung dafür, weiterhin im Job zu bleiben und Karriere zu machen, wird den Frauen auch von ihrer Umgebung nicht leicht gemacht. So berichtet eine der Probandinnen, schon bald

„kamen [...] die ersten negativen Meldungen. ... Das waren die anderen Mütter, die gesagt haben [...]: Du hast Dich doch eigentlich für Kinder entschieden. Warum kümmerst Du Dich dann [...] nicht um die?“ (Frau A.)

Welchem Spagat die Mütter in Führungspositionen insgesamt ausgesetzt sind, wird durch folgende Aussage einer Probandin klar:

„[Ich arbeite] eher 70-80 Stunden die Woche und das führt dazu, dass die Familie eben auch deutlich zu kurz kommt. [Es gibt Zeiträume], die ich absolut reservieren muss, damit ich den Kontakt zur Familie auch halten kann.“ (Frau A.)

In vielen Unternehmen scheint das Thema „Karriere und Familie“ noch immer ein reines Frauenthema zu sein. So berichtete eine der Probandinnen, die erst kürzlich geheiratet hatte, dass es „tatsächlich so [ist]. ... Mein Chef hatte da schon das Bedürfnis, mal nachzufragen“ (Frau B.), ob Kinder geplant seien und somit keine weiteren Karriereambitionen mehr beständen. „Das muss man dann also aus der Welt räumen.“

Auch für Männer ist es aufgrund der vorherrschenden Geschlechterrollen noch immer schwieriger, sich zeitweise für die Familie zu entscheiden und die berufliche Laufbahn zu unterbrechen. Obwohl mittlerweile zwölf Prozent der Anträge auf Elterngeld von Vätern gestellt werden, sind diese doch überwiegend nur bereit, sich zwei Monate um den Nachwuchs zu kümmern, während es noch immer überwiegend die Mütter sind, die für längere Zeit aus dem Beruf ausscheiden (Statistisches Bundesamt 2008).

3.3 Karriereplanung

Zu den individuellen Themen gehörten u.a. auch die Fragen nach einer Karriereplanung. Auch wenn nicht immer explizit danach gefragt wurde, wurde doch bei mehreren Interviews deutlich, dass die Frauen ihre Karriere meist nicht stringent geplant hatten.

„Das war bei mir auch nicht bewusst geplant. Das hat sich einfach ergeben. [...] Es hängt davon ab, in welchem Bereich man ist und was für einen Vorgesetzten man hat.“ (Frau C.)

Auch Macha et al. (2000) berichten, dass Frauen ihre Zukunft oft in kleineren Schritten und ohne genaue *Zieldefinition* planen. Dies liegt vor allem daran, dass die Lebensplanung von Frauen hierzulande aufgrund des herrschenden Rollenverständnisses komplexer ist als die der Männer. Besonders wenn Familie und Kinder zum Lebenskonzept einer Frau dazugehören, sind weitere Ziele nur schwer zu verwirklichen. Dabei machen Frauen vielfach ihre berufliche Laufbahn von äußeren Einflüssen abhängig, wie z.B. von der Förderung durch Vorgesetzte, vom Beruf und der Unterstützung des Partners oder von familiären Arrangements.

Eine der Probandinnen arbeitet derzeit in einem internationalen Konzern in Frankreich. In Deutschland hatte sie nach eigenen Aussagen in ihrem Arbeitsbereich bereits „den Gipfel der Möglichkeiten erreicht“ (Frau A.). Sie wurde von ihrem Mann und der Familie darin unterstützt, innerhalb des Konzerns eine weitere Stufe der Karriereleiter – nun in Frankreich – zu erklimmen. Ohne die Unterstützung ihres Mannes und ohne die Bereitschaft der Familie, mit nach Frankreich zu ziehen, wäre sie in Deutschland geblieben. Nach ihren Aussagen wäre es dann zu einem Karrierestillstand gekommen, und „da hätte ich mich dann mit abgefunden“ (Frau A.).

Damit sind die hier befragten Frauen typische Vertreterinnen der „Führungsfrauen“ unserer Grundlagenstudie (Habermann-Horstmeier 2007). Dort hatte nur ein Drittel der Probandinnen eine bewusste Karriereplanung betrieben. Dass junge Frauen heute ihre Karriere doch etwas häufiger bewusst planen, zeigen die Daten einer noch unveröffentlichten Parallelstudie, in der FH-Studentinnen nach ihren Karriereambitionen befragt wurden (Habermann-Horstmeier et al. i.V.).

3.4 Unterstützungsmaßnahmen für den Aufstieg von jungen Frauen in Führungspositionen

Alle Probandinnen waren sich darin einig, dass noch einiges getan werden muss, um mehr jungen Frauen zu ermöglichen, in eine Führungsposition aufzusteigen – auch wenn sich in den letzten Jahren schon etwas zum Besseren hin verändert hat.

Zwei Teilnehmerinnen sprachen in diesem Zusammenhang die Themen „Netzwerke“ und „Mentoring“ an und wiesen darauf hin, dass Frauen beide Möglichkeiten besser für sich nutzen sollten. Eine Probandin meinte hierzu:

„Ich glaube, dass wir Frauen das noch nicht so verstanden haben, ... Es sind erst Ansätze da, aber es ist noch nicht so, dass man sich ... da austauscht oder [...] über gute Leute verständigt, was ja eigentlich die Männer toujours tun.“ (Frau B.)

Es wird allgemein so gesehen, dass Männer ihre formellen und informellen Netzwerke besser nutzen. Das mag zum einen an der immer noch geringen Anzahl von Managerinnen in bestimmten Bereichen liegen, zum anderen jedoch auch an der mit Vorbehalten behafteten Einstellung der Frauen zu diesem Thema.

Bei der Vereinbarkeit von Karriere und Familie ist nach Aussagen der Befragten auch vonseiten des Staates noch viel zu tun, insbesondere – aber längst nicht nur – im Hinblick auf die Bereitstellung von Krippen- und Kindergartenplätzen. Sehr wichtig sei jedoch auch eine geänderte Einstellung innerhalb der Gesellschaft und innerhalb der Unternehmen. Die Frage nach Kind oder Karriere dürfe sich grundsätzlich nicht mehr stellen.

„... ich denke, das muss ... damit anfangen, dass man in der Familie unterstützt wird und dass es ganz normal ist, dass man als Frau genauso arbeiten geht und nicht aufhört mit der Geburt des ersten Kindes ...“ (Frau E.)

Nach Bischoff (2005) sind Unternehmen mit speziellen Frauenförderungsmaßnahmen in Deutschland noch immer in der Minderheit. Auch werden solche Maßnahmen von

60 Prozent der dort befragten Frauen negativ beurteilt (vs. 43 Prozent der männlichen Führungskräfte). Unseren Probandinnen erschienen Programme, die ausschließlich für Frauen eingeführt wurden, als weniger hilfreich und z.T. eher als karrierehinderlich. Gleichzeitig muss ihrer Meinung nach noch einiges getan werden, um die Vereinbarkeit von Karriere und Familie für Frauen in Führungspositionen zu erleichtern. Die derzeit von der Politik geplanten Verbesserungen in der Betreuungssituation von Kindern unter drei Jahren seien ein wichtiger Schritt (vgl. Habermann-Horstmeier 2007). Wichtigster Punkt war für die Probandinnen jedoch die immer noch vorhandenen Vorurteile und Widerstände in Gesellschaft und Unternehmen, denen sich Frauen gegenüber sehen, wenn sie mit Kindern weiterhin Karriere machen wollen. Demnach wird sowohl vonseiten des Managements als auch im Kollegenkreis noch immer erwartet, dass von den Frauen zu gegebener Zeit eine Entscheidung für die Karriere *oder* für die Familie getroffen wird.

Eine der Frauen sah in diesem Zusammenhang auch ein Problem darin, dass es in Deutschland kaum akzeptiert wird, wenn der Lebenslauf nicht geradlinig verläuft, sondern auch Umwege oder Unterbrechungen aufweist. Eine Verschiebung der Führungs- und Unternehmenskultur in diese Richtung wäre also ein entscheidender Ansatz (Lukoschat/Walther 2006). Der Festlegung von Frauenquoten innerhalb der Betriebe und Institutionen standen die befragten Frauen sehr skeptisch bis ablehnend gegenüber.

4 Schlussbetrachtung

Alle befragten Managerinnen der Studie waren sich darin einig, dass es auch als Frau erstrebenswert ist, Karriere zu machen. Sie möchten junge Hochschulabsolventinnen darin bestärken, dabei Karriere und Familie nicht als sich ausschließende Lebensabschnitte oder gar Lebensentwürfe zu betrachten. In diesem Zusammenhang sei es vor allem wichtig, sich mit dem Partner schon im Vorfeld bzgl. der Familienplanung abzusprechen. Kind und Karriere ließen sich bei übereinstimmenden Vorstellungen – etwa in Bezug auf Kinderbetreuung – mit einer guten Portion Organisationsfähigkeit sowie mit gutem Zeitmanagement durchaus vereinbaren. Eine Teilnehmerin riet jungen Frauen, sich grundsätzlich nicht beirren zu lassen, „also das [zu] machen, wonach das Herz und der Bauch schlägt“ (Frau E.). Besonders wichtig sei es, an sich zu glauben und nicht gleich aufzugeben:

„... dass sie sich das zutrauen, das ist wichtig. Also, auch wenn es nicht gleich klappt – nach hinten stecken und das wie ein[en] Wettbewerb sehen. ... Und beim nächsten Mal ist man der Sieger. Ich glaube, die Chancen stehen so gut wie noch nie.“ (Frau B.)

Literaturverzeichnis

- Alisch, Katrin, Winter, Eggert & Arentzen, Ute. (Hrsg.). (2005). *Gabler Wirtschaftslexikon* (16. Auflage). Wiesbaden: Gabler Verlag
- Bischof-Köhler, Doris. (2006). *Von Natur aus anders. Die Psychologie der Geschlechtsunterschiede* (3., überarbeitete und erweiterte Auflage). Stuttgart: Kohlhammer
- Bischoff, Sonja. (Hrsg.). (2005). *Wer führt in (die) Zukunft? Männer und Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft in Deutschland* (Die 4. Studie). Gütersloh: Bertelsmann

- Falk, Svenja & Voigt, Andrea. (2006). *The Anatomy of the Glass Ceiling. Barriers to Women's Professional Advancement*. Chicago: Accenture
- Habermann-Horstmeier, Lotte. (2007). *Karrierehindernisse für Frauen in Führungspositionen. Ergebnisse einer empirischen Studie an 300 Frauen aus dem deutschen Mittel- und Topmanagement* (Schriftenreihe des Steinbeis Technologietransferzentrums (STZ) Unternehmen & Führungskräfte, Band 1). Villingen-Schwenningen: Petaurus-Verlag
- Habermann-Horstmeier, Lotte, Gerber, Sabrina, Trautwein, Esther & Wellmann, Dana. (2009). *Karriere im Blick? – Ergebnisse einer Befragung von Studentinnen aus den Bereichen Technik und Wirtschaft*. In: *Zeitschrift ARBEIT*. Zur Veröffentlichung eingereicht
- Helga-Stödter-Stiftung. (2007). *Ansichtssache: Führung. Umfrage zu Führungskompetenz, Unternehmenskultur und Work-Life-Balance*. Fachkongress WomenPower 2007. Hannover
- Lukoschat, Helga & Walther, Kathrin. (2006). *Karrierek(n)ick Kinder. Wie Unternehmen mit Müttern in Führungspositionen gewinnen. Kurzfassung der Studie*. Bertelsmann Stiftung und Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V. (EAF). Gütersloh
- Macha, Hildegard, Forschungsgruppe. (2000). *Erfolgreiche Frauen. Wie sie wurden, was sie sind*. Frankfurt am Main, New York: Campus
- Morrison, Ann M, White, Randall P, van Velsor, Ellen & Center for Creative Leadership. (1987). *Breaking the Glass Ceiling: Can Women Reach the Top of America's Largest Corporations?* Reading, Mass.: Addison-Wesley Pub. Co
- Statistisches Bundesamt. (2008, 11. Juni). *Mehr als die Hälfte der Mütter mit Elterngeld war zuvor erwerbstätig* (Pressemitteilung Nr. 214). Zugriff am 05. September 2008 unter www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2008/06/PD08__214__22922,templateId=renderPrint.phtml

Zu den Personen

Lotte Habermann-Horstmeier, Dr. med., 1959, Stellv. Leiterin des Steinbeis Transferzentrums (STZ) Unternehmen & Führungskräfte; Lehrbeauftragte an der Hochschule Furtwangen. Arbeitsschwerpunkte: Karrierehindernisse für Frauen in Führungspositionen; Gendermedizinische Forschung mit Schwerpunkt Ernährung.

Kontakt: STZ Unternehmen & Führungskräfte, Klosterring 5, 78050 Villingen-Schwenningen. E-Mail: stz952@stw.de

Jannika Bierfreund, *Yvonne Kempf*, *Marie-Isabell Stoll*, Studentinnen der Hochschule Furtwangen, Campus Schwenningen, Fakultät Wirtschaft, Jakob-Kienzle-Str. 17, 78054 Villingen-Schwenningen

Tagungsbericht

Birgit Erbe

Europa auf dem Weg zur Wissensgesellschaft – Re-Vision aus feministischer Perspektive

Tagung vom 24.-25. Oktober 2008 in München

Zusammenfassung

Die Tagung beleuchtete eingangs die historischen Erfahrungen und Erkenntnisse der Frauenbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, die zunächst für die Zulassung von Frauen zum Studium kämpfte und später Wissen als solches hinterfragte und feministische Bildung und Frauenräume hervorbrachte. Dem folgten europäische Vergleiche der gegenwärtigen Situation von Frauen und Männern in der Ausbildung und tertiären Bildung und ihr Erfolg am Arbeitsmarkt sowie eine Bewertung politischer Strategien. Besondere Berücksichtigung fand die Situation von Wissenschaftlerinnen mit Migrationshintergrund. Der Begriff „Wissensgesellschaft“ und darauf rekurrierende Diskurse wurden kritisch aus einer feministischen Perspektive diskutiert. Drei Workshops präsentierten feministische Ansätze in unterschiedlichen Bildungsbereichen. Schließlich wurden in der Diskussion mit PolitikerInnen notwendige Weichenstellungen für eine geschlechtergerechte Gesellschaft auf nationaler und europäischer Ebene formuliert. Organisiert wurde die Tagung von der Frauenakademie München, der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit sowie von Frauen & Geschichte Bayern.

Schlüsselwörter

Wissensgesellschaft, Europa, Bildung, Arbeitsmarkt, Gender Mainstreaming

Summary

Europe on Its Way to a Knowledge Society: Re-Vision from a Feminist Perspective
Conference from 24th to 25th of October 2008 in Munich

The conference focused first on the historical experiences and knowledge gained by the women's movement from 19th and 20th century fighting for equal access to higher education and later deconstructing knowledge itself and constituting feminist education and rooms exclusively for women. This was followed by European comparisons of the present situation of women and men in vocational training and higher education and their success on the labour market and an assessment of policies. A special focus was on female migrant researchers. The term "knowledge society" and relating discourse was critically discussed from a feminist perspective. Three workshops presented feminist approaches in different fields of education. Finally, in the discussion with politicians essentials for a gender-just society on national and European level were formulated. The organisers were the Women's Academy Munich, the Bavarian Agency for Civic Education and the Network Women and History, Bavaria.

Keywords

Knowledge, Europe, education, labour market, gender mainstreaming

Dem Erwerb von Wissen, aber auch der Gewinnung, Vermittlung und Kontrolle von Wissen kommen heute maßgebliche Bedeutungen zu. Diese Erkenntnis spiegelt sich auf europäischer Ebene in der Lissabonstrategie wider, die das Ziel verfolgt, die Europäische Union bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten *wissensbasierten* Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Mit Blick auf Wachstum und Innovation sollen Frauen und Männer einen gleichen Zugang zur und Teilhabe an der sogenannten Wissensgesellschaft haben. Doch wie ist es darum tatsächlich bestellt? Die Veranstalter-

rinnen der Tagung, Frauenakademie München, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und das Netzwerk Frauen & Geschichte Bayern, griffen die Debatte um Bildung und Wissensgesellschaft auf, um sie aus feministischer Perspektive zu diskutieren. Dabei knüpften sie an die historischen Erfahrungen der Frauenbewegung und an die feministische Forschung an, um auszuloten, wie die Weichen gestellt werden müssten, damit die Wissensgesellschaft offen und gleichberechtigt für alle gesellschaftlichen Gruppen wird.

Den Auftakt machte Dr. Christiane Wilke, Frauen & Geschichte Bayern, mit einer historischen Rückschau, wie es mit Frauenbildung, einer wesentlichen Forderung der Ersten Frauenbewegung, begann und wie Frauen gegen massive Widerstände von Professoren und Abgeordneten die Zulassung zur Hochschulausbildung in Deutschland und Europa erkämpften. Angesichts von „500 Jahre Männerstudium“, auch wenn es keiner so nennen würde, wertete Wilke „100 Jahre Frauenstudium“ und die - gleichwohl sehr unterschiedliche - Präsenz von Frauen in allen Fächern und auf allen Ebenen als wahre Erfolgsgeschichte.

Annemarie Rufer, Bildungszentrum Nürnberg, beleuchtete das feministische Bildungsverständnis, das sich in den 70ern herauszubilden begann, und zeichnete nach, wie es sich verändert hat. Mit dem Slogan aus den 70ern, „Die Arbeit am erwachsenen Mann ist einzustellen“, verdeutlichte Rufer, dass bereits damals als Pendant zur feministischen Frauenbildung auch Jungen- und Männerbildung als notwendig erachtet wurden. Feministische Frauen- und Mädchenbildung haben ihren Weg in klassische Institutionen geschafft: in die politische Bildung, in die Volkshochschulen, als Projekte auch in Schulen und Hochschulen. Doch könne Gender als Querschnittsthema für alle Fachbereiche nur gelingen, wenn es auch eine Fachstelle für Frauen und Mädchen gebe, die die notwendige Qualifikation einbringe.

Einem europäischen Vergleich unterzog Dr. Kathrin Zippel, Northeastern University/USA und Wissenschaftszentrum Berlin, die Chancen von Frauen und Männern im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt. Hinter die positiven Errungenschaften für Mädchen und Frauen in der Bildung setzte Zippel ein großes Aber: Nicht nur sei die Studienquote der Männer höher, es gebe nach wie vor eine starke geschlechtsspezifische Segregation in Ausbildung und Studium, wobei sich die ehemals sozialistischen Staaten mit hohen Frauenquoten in Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften an das niedrige westeuropäische Niveau angleichen. Das Wissen, das sich Frauen aneigneten, sei in feminisierten Wissenssparten zu finden und ließe sich deutlich schlechter vermarkten. Im Vergleich zu Männern falle die Bildungsrendite für Frauen niedriger aus, aber im Vergleich zu Frauen ohne Studium zahle sich das Frauenstudium dennoch aus.

Weitgehend Terra incognita scheint die Wissensressource MigrantInnen zu sein. Dr. Parminder Bakshi-Hamm, RWTH Aachen, referierte über die Situation von Wissenschaftlerinnen mit Migrationshintergrund an Hochschulen. Ihre Untersuchungen verdeutlichten, dass es trotz eines hohen Bedarfs ausländischer ForscherInnen keine Strategie der Hochschulen gebe, diese zu halten und zu integrieren. Ausländische Wissenschaftlerinnen kämen mit sehr guten Leistungen, überdurchschnittlicher Motivation und sehr guten Sprachkenntnissen nach Deutschland, wären in Deutschland aber mit vielfältigen Barrieren konfrontiert. Insbesondere nicht-europäische Wissenschaftlerinnen berichteten von Diskriminierung.

Den Abschluss des ersten Tages bildete das „Europa-Café“, eine moderierte Form miteinander ins Gespräch zu kommen, sich zu vernetzen und Ideen und Gedanken, die während der Tagung aufkamen, weiter zu spinnen und zu diskutieren.

Den Einstieg des zweiten Tages machte Dr. Heike Kahlert, Universität Rostock, mit einem Vortrag zur Re-Vision der Wissensgesellschaft. Kahlert betonte, dass die „Wissensgesellschaft“ von der Politik gerne als Faktum betrachtet werde, tatsächlich aber eine Beschreibungskategorie sei, die eine Wertung beinhalte. Wissen werde heute stark im Sinne seiner Verwertbarkeit beurteilt, wobei männlich konnotierte Wissensfelder (Technik, Naturwissenschaften) als gesellschaftlich wichtiger betrachtet würden als die weiblich geltenden Bereiche, wie Sozial- und Geisteswissenschaften aber auch Alltagswissen, und von feministischer Kritik weitgehend unerreicht seien. Besonders kritisch sei an der Debatte um die Wissensgesellschaft die hohe soziale und ethnische Selektivität sowie die Ausblendung der Haus- und Fürsorgearbeit.

Um andere Lehr- und Lernformen, aber auch um Rahmenbedingungen für geschlechtergerechte Bildung ging es anschließend in drei Workshops. Zur Auswahl standen drei Foren: 1. Geschlechtergerechte Lehrstellenförderung mit Alexandra Schmidt, Frauenbüro der Stadt Salzburg, 2. Gewinnung von Studentinnen für technische und naturwissenschaftliche Studiengänge mit Barbara Krischer, Agentur Mädchen in Wissenschaft und Technik der TU München, und 3. feministische Mädchen- und Frauenbildung mit Dora Kirchner, Mira Mädchenbildung, und Birgit Erbe, Frauenakademie München.

Prof. Dr. Uta Klein, FH Kiel, ging schließlich der Frage nach: More and better jobs? Arbeitsplatzqualität und Geschlechter-Arrangements – Auswirkungen der europäischen Beschäftigungsstrategie und Konsequenzen für eine geschlechtergerechte Politik. Die Erwerbsquote von Frauen sei europaweit gestiegen, aber das Arbeitszeitvolumen sei gleich geblieben, was zur Folge hatte, dass Frauen vermehrt prekär beschäftigt seien. Horizontale wie auch vertikale Segmentierung des Arbeitsmarktes haben in der EU zugenommen. Wer an den Geschlechter-Arrangements etwas ändern wolle, müsse in folgenden Feldern tätig werden: Einstellungsmuster, steuerpolitische Rahmenbedingungen, familienpolitische Maßnahmen, Zeitpolitik, Sozialversicherungssystem, Bildungspolitik.

Unter dem Motto „Gleichstellung weiter denken: Europa auf dem Weg zu einer geschlechtergerechten Wissensgesellschaft“ diskutierten Lissy Gröner, Mitglied des Europäischen Parlaments, Staatsministerin Christa Stewens, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Dr. Henning Arp, Vertretung der Europäischen Kommission, Prof. Dr. Uta Klein, FH Kiel, und Dr. Heike Kahlert, Universität Rostock. Dabei ging es unter anderem um die Lissabonstrategie, die EU-Forschungspolitik und die veränderten Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament, die dazu geführt hätten, dass die Gender Action Plans für EU-Forschungsanträge nicht mehr zwingend seien.

Aus feministischer Perspektive wurden zusammenfassend zahlreiche Weichenstellungen für nötig befunden, die sich sowohl auf die europäische als auch die nationale Ebene bezogen. An erster Stelle müsste neben die ökonomische Perspektive in der Ausgestaltung der Wissensgesellschaft normativ das Thema Gerechtigkeit in den Vordergrund der Debatte gerückt werden. Gender Mainstreaming müsste konsequent umgesetzt und strukturelle Benachteiligungen abgebaut werden. Notwendig sei insbe-

sondere die Verknüpfung von Gleichstellungspolitik und Beschäftigungspolitik und hier insbesondere die Bekämpfung prekärer Beschäftigung. Zur Realisierung bedürfe es der weiteren Förderung von Genderkompetenz, z.B. durch Flying Experts. Darüber hinaus sollten die Inhalte der Frauen- und Geschlechterforschung fester Bestandteil von Unterricht und Studium werden. Es müsse um die Aufwertung von sogenannten Frauenbereichen gehen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer zu verbessern, brauche es Konzepte, die auch die Fürsorge von Kranken und Älteren mit einbeziehen. Nicht zu letzt wurden Quoten für Spitzenpositionen inklusive der Hochschulen gefordert.

Die Tagung war durch die historische und wissenstheoretische Reflexion, die europäischen Vergleiche und die Praxisbeispiele inhaltlich sehr ergiebig. Betrachten wir die politischen Forderungen, die keineswegs neu sind, wird allerdings deutlich, dass von den Erkenntnissen aus der feministischen Forschung und Bildungspraxis bislang wenig umgesetzt wurde. Dass feministische Fragestellungen wie bei dieser Tagung in den Räumen des Bayerischen Kultusministeriums diskutiert werden, ist eher neu. Und dass die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit gemeinsam mit der Frauenakademie München einen Tagungsband herausgeben wird, kann die Debatte nur befördern. Ob dies aber ein Zeichen des gleichstellungspolitischen Aufbruchs in Bildung und Wissenschaft in Bayern ist, bleibt abzuwarten.

Zur Person

Birgit Erbe, Dipl.-Pol., M.A. in Race and Ethnic Studies, Geschäftsführerin der FAM Frauenakademie München e.V. Arbeitsschwerpunkte: Gleichstellung von Frauen und Männern, Gender Budgeting, Frauen in der Wissenschaft, Europäischer Integrationsprozess, Gender und Interkultur. Kontakt: FAM Frauenakademie München e.V., Auenstraße 31, 80469 München. E-Mail: erbe@frauenakademie.de

Rita Schäfer

Internationale Frauenrechte – Frauenbewegungen stärken

Tagung vom 14.–17. November 2008 in Kapstadt

Zusammenfassung

Weltweit setzen sich Frauenrechtsorganisationen dafür ein, die Rechtslage von Mädchen und Frauen zu verbessern. Sie haben erreicht, dass zahlreiche internationale Abkommen verabschiedet wurden. Deren Umsetzung auf nationaler und lokaler Ebene ist jedoch schwierig. Vielerorts versuchen politische und religiöse Machthaber, die Verwirklichung von Frauenrechten mit allen Mitteln zu hintertreiben. Deshalb sind Austausch und Vernetzung zwischen den Frauenrechtlerinnen wichtig. Die Association for Women's Rights in Development (AWID) zielt darauf ab, den Dialog zwischen den Aktivistinnen zu fördern. Im dreijährigen Rhythmus organisiert AWID große internationale Foren, auf denen Vertreterinnen von Frauenorganisationen aus allen Kontinenten Strukturprobleme und Gegenstrategien erörtern. Dieser Beitrag stellt zentrale Herausforderungen vor, die über 2000 Frauenrechtsaktivistinnen in Kapstadt diskutierten.

Schlüsselwörter

Frauenrechte, Frauenrechtsorganisationen, internationale Frauenbewegungen

Summary

International Women's rights – Strengthening Women's Movements
Conference from 10th to 17th of November 2008 in Cape Town, South Africa

All over the world, women's organisations try to improve the legal situation of women and girls. They succeeded in that many international norms were passed. Nevertheless the implementation of these agreements on national and local levels is still a challenge. All over the world, political and religious authorities try to prevent the realization of women's rights. Therefore the exchange and networking of women's rights activists is very important. The Association for Women's Rights in Development (AWID) aims at improving the dialogue among activists. Every third year AWID organizes a big international forum for debates. Representatives of women's organisations from all continents meet there and discuss structural difficulties and problem solving strategies. This article explains those central topics on which more than 2000 women's rights activists were focusing at last year's conference in Cape Town.

Keywords

Women's rights, women's rights organisations, international women's movements

1 Frauenrechte sind Menschenrechte

Seit der Weltmensenrechtskonferenz in Wien 1993 gelten Frauenrechte als Menschenrechte. Dafür hatten Frauenrechtsorganisationen aus allen Kontinenten jahrelang politische Lobbyarbeit geleistet. In vielen Ländern des Südens galten Frauen noch immer als rechtsunmündig, und selektive Interpretationen vorkolonialer oder kolonialer Rechtsvorstellungen durch männliche Autoritäten verhinderten, dass sie Land besitzen und erben konnten. Wirtschaftliche Abhängigkeit und soziale Marginalisierung waren die Folgen. In etlichen anti-kolonialen Befreiungsbewegungen, u.a. im südlichen Afrika, hatten Frauen während der 1960er- und 1970er-Jahre zu den Waffen gegriffen, um

die politische Unabhängigkeit und die Gleichberechtigung zu erkämpfen. Zwar postulierten viele Regierungen nach der Abschaffung der Kolonialherrschaft, gesellschaftliche Missstände zu überwinden, doch die Aktivistinnen mussten Rechtsreformen erst vehement einfordern (Molyneux/Razavi 2002).

Umso bedeutender war die Erklärung der internationalen Staatengemeinschaft, Frauenrechte als Menschenrechte anzuerkennen. Hierauf berufen sich Frauenorganisationen, wenn sie verlangen, dass ihre Regierungen endlich handeln sollen. Mit der Ratifizierung der Abschlussdokumente von Wien sind die Staatschefs verpflichtet, die dort getroffenen Vereinbarungen in die Tat umzusetzen. Eigentlich wären sie dazu bereits mit der Unterzeichnung der UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung (CEDAW) von 1979 verpflichtet gewesen. Diese Konvention hat völkerrechtliche Verbindlichkeit, aber es gibt keine substanziellen Sanktionsmechanismen. Außerdem mangelt es vielerorts am politischen Willen, Frauenrechte zu verwirklichen.

Deshalb ist die Arbeit unabhängiger Frauenrechtsorganisationen so wichtig; sie bewerten die Verbesserung der Rechtslage von Frauen als wesentlichen Schritt zur Geschlechtergleichheit, zur sozialen Gerechtigkeit und Demokratisierung (Kerr/Sprenger 2004). So gelten Reformen der Land-, Erb-, Familien- und Arbeitsrechte sowie die Verwirklichung reproduktiver Rechte und des Schutzes vor Gewalt als wichtige Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung. Das bekräftigte die internationale Staatengemeinschaft während der Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking und in der dort verabschiedeten Aktionsplattform. Hieran orientieren sich internationale Frauenorganisationen, die im Kontext globaler Probleme und aktueller Herausforderungen Frauenrechte als Schlüssel für grundlegende Strukturveränderungen betrachten (Antrobus 2004).

Die internationale Tagung der Association for Women's Rights in Development (AWID), die im November 2008 in Kapstadt stattfand, bietet den Ausgangspunkt dafür, den Blick auf die Situation von Frauen in den Weltregionen zu richten, die selten im Fokus sind (<http://www.awid.org/forum08/>). Dabei geht es in diesem Beitrag nicht nur um einen Bericht über diese wichtige Konferenz. Einige Hintergrundinformationen sollen vielmehr ein besseres Verständnis für die unterschiedlichen Problemlagen von Frauen in verschiedenen Weltregionen ermöglichen und die Politik von Frauenrechtsaktivistinnen verdeutlichen. Schließlich ist es für die Wissenschaft hierzulande wichtig, u.a. bei der Auseinandersetzung mit Globalisierungsfragen, die Positionen von Kolleginnen und Aktivistinnen aus Ländern des Südens kennenzulernen.

2 Association for Women's Rights in Development

Die Association for Women's Rights in Development ist ein internationales Netzwerk von Frauenrechtsaktivistinnen, das 1982 gegründet wurde und sich seitdem die Verbesserung der Rechtslage von Frauen auf die Fahnen geschrieben hat. Impulsgebend dafür war die Weltfrauentekade (1975-1985), als die Vereinten Nationen unter dem Motto „Gleichheit, Entwicklung und Frieden“ ein ganzes Jahrzehnt der Situationsverbesserung von Frauen widmeten. Ursprünglich zielte AWID darauf ab, Fraueninteressen in Entwicklungsprojekten zu berücksichtigen und Frauenrechte bei konkreten Entwicklungsplanungen zu beachten. Denn vielerorts zeigten sich bereits Ende der 1970er-Jahre

die negativen Wirkungen von Entwicklungsprogrammen, die Geschlechterungleichheiten ignoriert hatten. Häufig wurden Frauen noch weiter ausgegrenzt und mit Arbeit überlastet. Um so wichtiger war die gezielte Frauenförderung, die von Frauenrechten ausging. Dieser Rechtsansatz wurde im Lauf der Jahre immer weiter ausdifferenziert (Alpizar et al. 2007).

Gegenwärtig liegt der Fokus auf der Durchsetzung von Frauen- und Menschenrechten im Kontext internationaler Zusammenarbeit und globaler Strukturpolitik. Auf regionaler, nationaler und lokaler Ebene zielt AWID darauf ab, Frauen als Akteurinnen in gesellschaftlichen Transformationsprozessen zu stärken. Das Aufgabenspektrum umfasst Lobbyarbeit für Rechtsreformen und institutionelle Strukturveränderungen, aber auch den Wandel von Normen und Verhaltensmustern. Dreh- und Angelpunkte sind Austausch und Vernetzung zwischen Frauenorganisationen und anderen sozialen Bewegungen, die die feministischen Grundpositionen und den Rechtsansatz des Netzwerkes teilen (Wilson et al. 2006). AWID eint vor allem Frauenrechtsaktivistinnen und Rechtsexpertinnen aus Afrika, Asien und Lateinamerika (Batliwala 2008). Umso mehr bieten die alle drei Jahre auf einem dieser Kontinente stattfindenden AWID-Konferenzen die Möglichkeit, ihre Standortbestimmungen zu verfolgen, denn es handelt sich hierbei um offene internationale Dialogforen. „The power of movements“ – so lautete das schlagkräftige Motto der internationalen Konferenz, die AWID Mitte November 2008 in Kapstadt organisierte.

Über 2200 Frauenrechtlerinnen aus insgesamt 144 Ländern diskutierten auf dem 11. AWID-Forum, wie sich Frauenorganisationen und Frauenbewegungen aktuellen Herausforderungen stellen können. Zu den Strukturproblemen, die Frauenrechte weltweit beeinträchtigen, zählen Bürgerkriege und Gewaltkonflikte, aber auch der Machtgewinn fundamentalistischer Gruppen. Umso intensiver erörterten die Konferenzteilnehmerinnen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der länderspezifischen Ausprägungen dieser Probleme und diskutierten mögliche Gegenstrategien.

3 Südafrika – Paradox zwischen Frauenrechten und Frauenrechtsverletzungen

Südafrika hatte als Austragungsort der Konferenz symbolische Bedeutung; es hat weltweit die höchsten Vergewaltigungsraten – und zwar bezogen auf die Länder, in denen aktuell kein Krieg geführt wird. Auch bei häuslicher Gewalt, Femizid und Familienmorden belegt die frühere Rassengesellschaft Spitzenpositionen. Hier handelt es sich um gravierende geschlechtsspezifische Gewaltmuster, die durch die strukturelle Gewalt des Apartheidregimes und der kolonialen Siedlerherrschaft über Jahrhunderte geschaffen und nach der politischen Wende 1994 nicht ausreichend aufgearbeitet wurden. Die Mandela-Regierung hatte zwar eine Wahrheits- und Versöhnungskommission eingerichtet, doch feministische Rechtsexpertinnen kritisierten, dass die tief in der Gesellschaft verankerten Gewaltstrukturen nicht wirklich thematisiert wurden. Und das in einem Land, das dank der kontinuierlichen Lobbyarbeit von Frauenrechtlerinnen über umfassende Gewaltschutzgesetze und eine geschlechtergerechte Verfassung verfügt, die weltweit als vorbildlich gilt (Schäfer 2008a).

Dieses Paradox ist größtenteils dadurch zu erklären, dass es wegen des problematischen Erbes der Vergangenheit, mangelnder institutioneller Reformen und eines begrenzten politischen Willens extrem schwierig ist, die neuen Rechtsgrundlagen in die Tat umzusetzen. Das verdeutlichte der Vergewaltigungsprozess gegen Jacob Zuma, Chef der Regierungspartei African National Congress und seit Mai 2009 Präsident Südafrikas. Zuma, der jahrelang den nationalen AIDS-Rat leitete, wurde 2006 angeklagt, eine junge, HIV-positive Frau vergewaltigt zu haben. Das Verfahren endete mit einem Freispruch, wobei der Richter sein Urteil damit begründete, dass Zuma sich traditionsbewusst als Zulu-Mann verhalten habe.

Solche Äußerungen brachten Frauen- und HIV/AIDS-Organisationen auf die Barrikaden. Während der AWID-Konferenz organisierten sie einen großen Protestmarsch, um diese Probleme international bekannt zu machen. Sie beklagten, dass auch bei anderen Strafprozessen sexistisch eingestellte Richter Vergewaltigungsoffer diffamierten. Auch die nachlässigen Verfahren gegen die Mörder zweier lesbischer Frauen, die brutal öffentlich hingerichtet wurden, nachdem sie sich geoutet hatten, mobilisierten die Frauenrechtlerinnen. Viele Aktivistinnen fürchten, dass sich diese Strukturprobleme unter der Präsidentschaft Zumas weiter verschärfen werden und gewaltbereite Männer den Freispruch im Zuma-Prozess als Freibrief für sexuelle Übergriffe interpretieren. Faktisch werden bereits zahllose Frauen und Mädchen durch Vergewaltigungen mit dem HI-Virus infiziert.

4 Indien – Interdependenzen zwischen Gewalt und AIDS

Nicht nur im südlichen Afrika, sondern auch in Indien stellen die Interdependenzen zwischen sexualisierter Gewalt und HIV/AIDS die Frauenorganisationen auf die Probe. Dort setzt sich die Organisation SANGRAM für das Recht auf Gesundheit ein. Sie richtet sich vorrangig an Prostituierte, die ganz besonders von Infektionen bedroht sind. Die SANGRAM-Mitarbeiterinnen versuchen, deren Verhandlungsmacht zu stärken und an Einstellungsveränderungen der Männer zu arbeiten, wobei sie sensibel mit der Tabuisierung von HIV/AIDS und Ressentiments gegenüber Prostituierten in der indischen Gesellschaft umgehen müssen (Rout/Panda 2008).

Die Überwindung von Tabus betrifft auch die Frauenorganisationen selbst, denn vielerorts sind einzelne Mitarbeiterinnen HIV-positiv. Dessen ungeachtet fällt es etlichen Organisationen schwer, transparente organisationsinterne AIDS-Leitlinien zu entwickeln und Stigmatisierungen zu vermeiden. Ein weiteres Problem ist die Kooperation zwischen Frauen- und HIV/AIDS-Organisationen, womit sich die Aktivistinnen in mehreren Diskussionsrunden während der AWID-Konferenz selbstkritisch auseinandersetzten. Sie bemängelten, dass internationale Entwicklungsorganisationen HIV/AIDS-Netzwerke gegenüber Frauenrechtsinitiativen bevorzugen und die verschiedenen Zusammenschlüsse deshalb gegeneinander konkurrieren. Letztlich war aber allen Beteiligten klar, dass sie nur durch gezielte Kooperationen die gravierenden Probleme im Zusammenhang mit HIV/AIDS bewältigen können.

Dazu zählen auch die Vorgaben einiger finanzstarker Geberorganisationen, die nur solche AIDS-Organisationen finanziell fördern, die sich explizit nicht an Prostituierte richten und Enthaltbarkeit propagieren.

5 Uganda – Pfingstkirchen und AIDS

In Uganda, das Anfang der 1990er-Jahre besonders dramatische HIV- und AIDS-Raten zu verzeichnen hatte, sind die Folgen dieser Vorgaben bereits überdeutlich. Ugandische Aktivistinnen erläuterten, dass ihre Regierung jahrelang eine mustergültige AIDS-Politik durchgesetzt hatte und die Infektionsraten drastisch zurückgingen, der Virus sich aber nun wieder ausbreitet. Pfingstkirchen, die von fundamentalistischen Sponsoren aus den USA unterstützt werden und in der ugandischen Präsidentengattin eine einflussreiche Fürsprecherin ihrer Politik gefunden haben, geben inzwischen den Kurs vor und predigen Enthaltensamkeit. Seitdem diese Pfingstkirchen sich nun auch offiziell als Nicht-Regierungsorganisationen registrieren lassen können, fürchten ugandische Frauenrechtlerinnen, dass ihre Arbeit immer mehr beeinträchtigt wird. Denn sie gehen von einem Frauen- bzw. Menschenrechtsansatz aus und fordern Reformen des Erb-, Land- und Familienrechts. Solche Rechtsreformen sind für die Existenzsicherung von HIV-positiven Frauen und AIDS-Witwen im ländlichen Uganda überlebensnotwendig.

Ohne Landnutzungs- und Wohnrechte sehen sich sozial marginalisierte Frauen gezwungen, durch Prostitution den Lebensunterhalt für sich und ihre Kinder zu verdienen. Sie verfügen über keinerlei Verhandlungsmacht gegenüber ihren Klienten, um z.B. die Benutzung von Kondomen zu fordern, und infizieren sich spätestens dann mit dem HI-Virus. Um so mehr zielen ugandische Frauenorganisationen darauf ab, diese Verbindungen zwischen sexueller, sozio-ökonomischer und politischer Verhandlungsmacht aufzuzeigen und Strukturveränderungen im Geschlechterverhältnis und in der Gesellschaft einzufordern. Deshalb werden sie von politischen Entscheidungsträgern und einflussreichen religiösen Gruppierungen angefeindet.

6 Simbabwe – Sexualisierte Gewalt als politisches Machtmittel

Vielorts ist die Arbeit der Frauenrechtsaktivistinnen gefährlich. AWID organisierte mehrere Plenen, auf denen Frauenrechtlerinnen aus Kriegsländern, z.B. aus der Demokratischen Republik Kongo, und ranghohe Repräsentantinnen internationaler Organisationen diskutierten, wie die Aktivistinnen besser geschützt werden können. Selbst die offizielle Einhaltung demokratischer Spielregeln durch eine Regierung bietet keine Sicherheit. Besonders eindrücklich zeigte sich dies in Simbabwe. Seit 2000 befindet sich das Land im rasanten Niedergang, obwohl regelmäßig Wahlen durchgeführt wurden. Wenngleich der alte und autokratische Präsident Mugabe bei den letzten Parlamentswahlen im März 2008 Wahlverlierer war, versuchte er monatelang, mit Gewalt eine Machtübernahme der siegreichen Oppositionspartei zu hintertreiben. Noch immer zählt sexualisierte Gewalt gegen Oppositionelle zur verbreiteten Terrorstrategie von Militärs, Geheimdienstmitarbeitern und jugendlichen Schlägertrupps im Regierungsauftrag (Schäfer 2008b). Obwohl die Regierungspartei sich Anfang 2009 zu einer Machtteilung mit der Opposition durchgerungen hat, inhaftiert und terrorisiert sie nach wie vor deren Mitglieder.

Simbabweerinnen, denen die Flucht ins Nachbarland Südafrika gelungen war, sind dort wegen xenophober Anfeindungen nicht sicher. Simbabweische Vertreterinnen von Frauen-

organisationen, die als Exilantinnen in Südafrika leben, erklärten während der AWID-Konferenz, dass ihnen die ANC-Regierung kein Aufenthaltsrecht gewährt und sie bei xenophoben Übergriffen belästigt und bedroht wurden, woraufhin südafrikanische Frauenrechtsexpertinnen die Übergriffe sowie die Rechtlosigkeit eindeutig verurteilten und sich mit den Simbabweerinnen solidarisch erklärten. Auch hier wurde beispielhaft deutlich, dass die AWID-Konferenz ein Forum bot, sowohl drängende nationale und regionale als auch internationale Probleme und Angriffe auf Frauenrechte öffentlich zu diskutieren.

7 Fundamentalistische Tendenzen und Frauenrechte

Fundamentalistische Tendenzen erschweren nicht nur die Arbeit von Frauen- und Menschenrechtsorganisationen in christlich geprägten Gesellschaften Afrikas oder Zentral- und Südamerikas. Solche Radikalisierungen und die damit oft einhergehende latente Gewaltbereitschaft beeinträchtigen auch Aktivistinnen in hinduistischen und islamischen Ländern, deshalb widmete sich die AWID-Konferenz explizit diesem Thema. Konkret stellten AWID-Rechtsexpertinnen in mehreren Diskussionsrunden die Ergebnisse ihrer 2007 durchgeführten kontinentweiten Studie über die Auswirkungen fundamentalistischer Tendenzen auf die Frauenrechtsarbeit vor. Diese Studie basierte auf den Erfahrungen und Problemen von über 2000 AWID-Aktivistinnen aus mehr als 160 Ländern. Sie dokumentierte, dass gewaltverherrlichende dogmatische, frauenverachtende und fundamentalistische Vorstellungen vielerorts politische Entscheidungen, die Gesetzgebung und die Rechtssprechung beeinflussen (AWID 2008).

Fundamentalistische Gruppierungen und Meinungsmacher zielen darauf ab, rigide Geschlechterkonzepte durchzusetzen. Sie beanspruchen die Kontrolle über die Körper von Frauen, ihre Sexualität, ihre Bildung, politische Partizipation und wirtschaftlichen Aktivitäten. Die AWID-Forscherinnen illustrierten, dass Fundamentalisten sehr reduktionistische Vorstellungen von Maskulinität verbreiten und diese sich insbesondere in einer umfassenden Kontrolle über Frauen äußern. Dabei arbeiten fundamentalistische Prediger v.a. mit Angst und Einschüchterung, mobilisieren Vorstellungen von Rache und Vergeltung, fördern Gewaltbereitschaft und Gewaltkulturen, die dann als Inbegriff von Männlichkeit propagiert werden.

Auch auf internationaler Ebene brachten die AWID-Forscherinnen zutage, wie erfolgreich fundamentalistische Gruppierungen agitieren: Mit raffinierter Lobbyarbeit greifen fundamentalistische Nicht-Regierungsorganisationen internationale Abkommen und internationale Organisationen an, die reproduktive Rechte durchzusetzen versuchen. Ausgehend von ihren differenzierten Analysen müssen auch die AWID-Forscherinnen und Aktivistinnen nun religionsübergreifende und spezifische Gegenstrategien entwickeln. Diese umfassen die intensive Vernetzung sowie den Austausch über erfolgreiche innovative Ansätze in der rechtspolitischen Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit.

Der Auseinandersetzung mit dem Familienrecht und mit reproduktiven Rechten wurde insbesondere in islamischen Gesellschaften große Bedeutung beigemessen. Daran arbeitet der Dachverband „Coalition for Sexual and Body Rights in Muslim Societies“ (CSBR), dem insgesamt 40 Frauenrechts-, Homosexuellen- und HIV/AIDS-Organisationen sowie etliche Wissenschaftlerinnen aus 15 islamisch geprägten Ländern

angehören, u.a. namhafte länderübergreifende Zusammenschlüsse wie Women Living under Muslim Law (WLML) oder Sisters in Islam (SIS). Während der AWID-Konferenz stellten sie ihre Arbeitsgrundlagen vor, dazu zählte die Verteidigung des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung und der reproduktiven Rechte gegen religiös-kulturelle Manipulationen durch fundamentalistische Interessengruppen. Auch der Widerstand gegen repressive politische Vorgaben und gesetzliche Beschränkungen ist ein wichtiger Bestandteil ihres Vorgehens. Vertreterinnen der CSBR-Frauenrechtskoalition prangerten Ehrenmorde, Jungfräulichkeitstest, die Zwangsverheiratung und den Verkauf von Mädchen, Mitgiftmorde, Säureattentate auf Frauen, weibliche Genitalverstümmelungen und die strafrechtliche Verurteilung von Vergewaltigten als Ehebrecherinnen als schwere Verstöße gegen die Frauen- und Menschenrechte an.

Die CSBR-Aktivistinnen unterstrichen, dass sexuelle Ausbeutung nicht durch den Koran zu rechtfertigen sei. Allerdings kritisierten einzelne Vertreterinnen islamischer Organisationen, die nicht diesem Aktivistinnen-Kreis angehörten, dass muslimische Lesben zur Rechtfertigung ihrer homosexuellen Beziehungen den Koran selektiv interpretieren würden. Deutlich wurde, dass in der Auseinandersetzung mit Homosexualität und mit HIV/AIDS weiterhin großer Diskussionsbedarf besteht. Einigkeit herrschte hingegen bei der Zielsetzung, dass Rechtsreformen und die Umsetzung neuer Rechtsgrundlagen Frauen und Mädchen vor Gewalt und Verarmung schützen sollen (Ilkharacan 2008). Des Weiteren betonten CSBR-Vertreterinnen, dass Menschenwürde, Demokratie und nachhaltige Entwicklung in ihren Ländern nur zu erreichen seien, wenn Frauen- und Menschenrechte verwirklicht würden. Zudem warfen sie westlichen Regierungen und Medien vor, eine Essentialisierung des Islams und eine Islamophobie voranzutreiben, zumal Initiativen ignoriert würden, die sich für Gerechtigkeit und Gleichheit einsetzen. CSBR-Aktivistinnen prangerten raffinierte Missionierungsstrategien islamistischer Prediger an, die meist mit Wohlfahrtsprogrammen und konkreten Angeboten zur Situationsverbesserung aufwarten. Sie beeinträchtigen die Arbeit von Frauenrechtlerinnen und greifen sie vielerorts ganz direkt an. Diese Strukturprobleme betreffen jedoch nicht nur islamische Gesellschaften, sondern auch christlich oder hinduistisch geprägte Länder. So berichtete die Vertreterin der indischen Organisation SANGRAM, die sich für Prostituierte einsetzt, von gewaltsamen Übergriffen.

8 Resümee und Ausblick: Internationale Frauenrechte

Pragmatische Allianzen zwischen Frauen unterschiedlichen Status, Bildungsstands und Alters können Kräfte bündeln und neue Energien entfalten. Frauenrechtlerinnen wollen sich untereinander und mit anderen Nicht-Regierungsorganisationen intensiver vernetzen, denn starke zivilgesellschaftliche Bewegungen können effektiv Lobby- und Kontrollarbeit gegenüber den jeweiligen Regierungen organisieren. Im Idealfall leisten sie auch erfolgreichen Widerstand gegen mächtige fundamentalistische Interessengruppen aller Art und verteidigen demokratische Grundüberzeugungen sowie Frauen- und Menschenrechte.

Deutlich wurde dies auch auf der AWID-Konferenz. Verbindend war das Ziel der Aktivistinnen, trotz aller vorhandenen Unterschiede, die z.B. die Herkunft, die Religi-

on und Kultur oder die politische Meinung betrafen, an der Verwirklichung von Frauenrechten weiterzuarbeiten. Abschließend betonten viele Teilnehmerinnen der AWID-Konferenz, wie wichtig die gegenseitige Ermutigung durch Mitstreiterinnen von allen Kontinenten für sie war. In ihrer alltäglichen Arbeit sind sie häufig Einzelkämpferinnen, die nur auf wenige Allianzpartnerinnen in ihrem direkten Umfeld bauen können. Hinzu kommt die Tendenz, dass im Rahmen internationaler Entwicklungskooperationen immer weniger Geld für die Frauenrechtsarbeit bewilligt wird. Einerseits haben HIV/AIDS-Programme Priorität und andererseits steht Gender-Mainstreaming auf der Agenda, damit gilt die Frauenförderung aus der Perspektive vieler Geberorganisationen als überholtes Auslaufmodell.

Häufig werden nur noch Gelder für kleine, auf wirtschaftliche Effizienz ausgerichtete Projektaktivitäten vergeben, aber nicht mehr für mittel- und langfristige Programme, die auf Strukturveränderungen abzielen. Diese eher kurzfristigen und punktuellen Maßnahmen sind prinzipiell a-politisch, weil sie die gesellschaftlichen Machtverhältnisse unangetastet lassen und oft sogar die Geschlechterhierarchien zementieren (Cornwall et al. 2007).

Viele Frauenorganisationen sind damit konfrontiert, messbare Dienstleistungen erbringen zu müssen, um überhaupt noch Fördergelder zu erhalten. Eindimensionale Vorstellungen westlicher Geber, die meinen, dass Gender-Mainstreaming pauschal ein Beitrag zur guten Regierungsführung sei, führen dazu, unabhängige Frauenorganisationen faktisch auszubluten.

Während der AWID-Konferenz konnten die Organisationsvertreterinnen diese Misere analysieren und nach gemeinsamen Auswegen suchen. Sie verband die Überzeugung, Strategien gegen die fortschreitende Vereinnahmung und Zerstückelung zu entwickeln. Hinzu kommt die Prämisse, das Engagement für Frauenrechte immer mit anderen Zielen in Verbindung zu sehen, insbesondere mit dem Kampf gegen Unterdrückung, Ausbeutung oder Gewalt und für soziale Gerechtigkeit. Dazu zählt z.B. die Stärkung der politischen Interessenvertretung und die Verbesserung der Rechtslage von Kleinbäuerinnen angesichts der ungezügelter neo-liberalen Wirtschaftspolitik und Weltmarktwänge, die ihre Existenzgrundlagen rauben. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit, lokale Probleme und die Schwierigkeiten marginalisierter Landbewohnerinnen mit nationalen und internationalen Strukturproblemen in Verbindung zu sehen.

Literaturverzeichnis

- Alpizar, Lydia, Durán, Anahi & Garrido, Anahi R. (Hrsg.). (2007). *Building feminist movements. Global perspectives*. London: Zed Books
- Antrobus, Peggy. (2004). *The Global Women's Movement. Origins, Issues and Strategies*. London: Zed Books
- AWID. (2008). *Religious Fundamentalism on the Rise: A Case for Action*. Toronto: AWID Publications
- Batliwala, Srilatha. (2008). *Changing Their World. Concepts and Practices of Women's Movements*. Toronto: AWID Publications
- Cornwall, Andrea, Harrison, Elizabeth & Whitehead, Ann. (Hrsg.). (2007). *Feminism in Development: Contradictions, Contestations and Challenges*. London: Zed Books

- Ilkkaracan, Pinar (Hrsg.). (2008). *Deconstructing Sexuality in the Middle East. Challenges and Discourses*. Aldershot: Ashgate Publishing
- Kerr, Johanna & Sprenger, Ellen (Hrsg.). (2004). *The Future of Women's Rights. Global Visions and Strategies*. London: Zed Books
- Molyneux, Maxine & Razavi, Shahra (Hrsg.). (2002). *Gender Justice, Development and Rights*. Oxford: Oxford University Press
- Rout, Himashu S. & Panda, Prasant K. (Hrsg.). (2008). *Gender and Development in India. Dimensions and strategies*. New Dehli: New Century Publications
- Schäfer, Rita. (2008a). *Im Schatten der Apartheid. Frauen-Rechtsorganisationen und geschlechtsspezifische Gewalt in Südafrika* (2. aktualisierte und erweiterte Auflage). Münster: Lit-Verlag
- Schäfer, Rita. (2008b). *Frauen und Kriege in Afrika. Ein Beitrag zur Gender-Forschung*. Frankfurt am Main: Brandes und Apsel Verlag
- Wilson, Shamillah, Sengupta, Anasuya & Evans, Kristi (Hrsg.). (2006). *Defending our dreams. Global feminist voices for a new generation*. London: Zed Books

Zur Person

Rita Schäfer, Dr. Ethnologin, Arbeitsschwerpunkte: Gender in Afrika, Frauenrechte, Frauenorganisationen, Maskulinität und geschlechtsspezifische Gewalt. Forschungen in Sierra Leone, Südafrika, Simbabwe und Namibia. Dozentin und Gastprofessorin an verschiedenen deutschen Universitäten, Gutachterin für Entwicklungsorganisationen. Aktuelle Publikationen: *Frauen und Kriege in Afrika* (2008), *Im Schatten der Apartheid*, 2. akt. Auflage (2008).
Kontakt: E-Mail: Marx.Schaefer@t-online.de

Rezension

Dorothea Krüger

Andrea Fleschenberg, Claudia Derichs, 2008: Handbuch Spitzenpolitikerinnen.

Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 247 Seiten, 24,90 Euro

Frauen in politischen Führungspositionen: Ihre Zahl steigt weltweit, dennoch gibt es wenig Informationen über weibliche Staats- und Regierungschefinnen.

Ausgehend von diesem Defizit an theoretischen und empirischen Analysen nimmt das Handbuch Spitzenpolitikerinnen in Asien, Afrika, dem Nahen und Mittleren Osten sowie in Europa, Südamerika und der Karibik in den Blick. Ziel des Bandes ist es, die Vielfalt und die Vielzahl von Frauen als Premierministerinnen, Präsidentinnen oder (Interims)Staatschefinnen aufzuzeigen und die folgenden Fragen zu beantworten: Welche genderspezifischen Hindernisse erschweren Frauen den politischen Zugang zu Machtpositionen? Gibt es einen weiblichen Führungsstil? Unter welchen Bedingungen ist es möglich, eine neuartige Politik durchzusetzen gegenüber bisherigen Entscheidungsträgern? Wie stellt sich die Selektion und Rekrutierung von zukünftigen Spitzenpolitikerinnen dar?

Das Handbuch basiert auf einem zweisemestrigen Lehrforschungsprojekt der Universität Duisburg-Essen. Als zentraler Analyserahmen wird das Konzept des magischen Dreiecks nach Hoecker verwendet: Demnach bestimmen sozioökonomische, institutionelle und kulturelle Faktoren maßgeblich die politischen Teilhabechancen weiblicher Akteurinnen. Die Autorinnen arbeiten mit verschiedenen Quellen, um ein möglichst umfassendes Bild der Spitzenpolitikerinnen zu präsentieren (Biografien, wissenschaftliche Studien, Umfrageergebnisse, Medienberichte, Indikatoren zur Messung von Geschlechterunterschieden und politischen Teilhabechancen).

Im Einleitungskapitel fassen *Andrea Fleschenberg* und *Claudia Derichs* die bisherigen Forschungsergebnisse zusammen: Spitzenpolitikerinnen weisen eine hohe Diversität auf; sie verfügen über eine sehr unterschiedliche familiäre, religiöse und sozioökonomische Herkunft und dennoch haben sie gemeinsame Erfahrungen im Hinblick auf politische Exklusion und Diskriminierung. Interessant erscheinen Forschungsergebnisse, die belegen, dass der Demokratisierungsgrad eines Landes kein aussagefähiger Faktor über den Repräsentationsgrad von politischen Akteurinnen ist; entscheidender sind vielmehr die ideellen Einstellungen zur Gleichstellung von Mann und Frau und Erfahrungen mit Frauen in politischen Spitzenpositionen in der Geschichte des jeweiligen Landes.

Im ersten länderspezifischen Kapitel über politische Führerinnen in Asien und Ozeanien weisen die Autorinnen auf die divergierenden Erfahrungen hin: Während Neuseeland bereits 1893 das aktive Wahlrecht für Frauen einführte und insgesamt über eine lange Tradition der politischen Partizipation von Frauen mit hohem Bildungsstand, unterstützt von einer frauenfreundlichen Gender-Ideologie verfügt, sind in Süd- und Südostasien politische Dynastien ausschlaggebend für die Übernahme eines politischen Spitzenamtes (S. 77).

Spitzenpolitikerinnen im subsaharischen Afrika zeichnen sich dagegen – so die Rechercheergebnisse – durch die Machtübernahme in Momenten politischer Regierungskrisen aus und sie sind in der Regel, bedingt durch Korruptionsskandale und instabile Parlamentsmehrheiten, nur kurze Zeit im Amt (S. 104).

Nicht überraschend, aber dennoch interessant erscheint, dass Frauen in nationalen Parlamenten im nahen und mittleren Osten weltweit mit 9 Prozent das Schlusslicht darstellen, allerdings mit großen Divergenzen (Tunesien 22,8 Prozent, Jemen 0,3 Prozent). Zentrale Ursachen für die diskriminierende Behandlung von Frauen sehen die Autorinnen in der Vermischung von archaischen Kulturelementen und einer den Mann begünstigende Jurisprudenz. Weniger bekannt ist, dass in Ägypten, Irak, Libanon, Palästina, Marokko und Kuwait Frauenorganisationen existieren, die sich aktiv und selbstbewusst für den gesellschaftlichen Wandel einsetzen (S. 141).

Im alten und neuen Europa dagegen herrscht ein hoher Grad an Egalität in der geschlechtsspezifischen Entwicklung und dem Empowerment von Frauen. Auch hier sind Unterschiede belegt: der Spitzenreiter Skandinavien und das Schlusslicht Malta und Türkei. Die empirischen Ergebnisse zeigen: Trotz guter sozioökonomischer Ausgangsbedingungen mussten sich fast alle Regierungschefinnen gegen geschlechterspezifische soziokulturelle und institutionelle Barrieren durchsetzen (S. 185).

Im letzten Kapitel behandeln die Autorinnen die Situation der politischen Führerinnen in Südamerika und der Karibik. Fakt ist, dass sich die neue Generation nicht mehr den Weg zur Macht vom Gatten ebnen lässt und die Partizipationschancen in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich gestiegen sind. Dennoch bleibt das Problem der Durchsetzung gegen sexistische und konservative Rollenbilder und Wertvorstellungen. Aber Vorbilder wie z.B. Ingrid Betancourt zeigen, dass auch Frauen, die nicht den traditionellen Geschlechterrollen entsprechen, politisch erfolgreich sein können (S. 229).

Den Abschluss des Handbuches bildet ein Exkurs über Interimschefinnen von Staat und Regierung. Insgesamt 16 Interimschefinnen aus Osteuropa, Lateinamerika, Asien und Afrika, so die Autorinnen, gab es in den letzten fünf Jahrzehnten, und die Frage, ob Frauen generell eine geringere Machtambition attestiert werden kann, wodurch sie sich für Übergangsposten mit einem schwächeren Mandat besonders qualifizieren, muss unbeantwortet bleiben (S. 246).

Das Handbuch schließt eine Lücke zum Thema „Spitzenpolitikerinnen“: Es gibt einen internationalen Überblick über die (Unter-)Repräsentanz von Frauen in politischen Führungsebenen und beschäftigt sich mit zentralen Erklärungsansätzen und Konzepten zur Rekrutierung von Politikerinnen (cultural modernization, patriarchal bargain). Dabei wird die kontroverse Frage diskutiert, ob es einen weiblichen Führungsstil gibt und ab welchem prozentualen Anteil weiblicher Führungskräfte ein irreversibler Kontaminierungseffekt zu erwarten ist, der einen nachhaltigen Wandel in politischen Räumen bewirkt. Andrea Fleschenberg und Claudia Derichs stellen fest, dass die Fähigkeit zur Durchsetzung von Geschlechtergleichheit (nach dem Konzept der women's political effectiveness) von folgenden Grundparametern abhängt: der Stärke der gender equity lobby in der Gesellschaft, der Glaubwürdigkeit feministischer Politikerinnen und der Kapazität des Staates, die Gleichstellungspolitik zu implementieren!

Geeignet scheint das Buch nicht nur als Nachschlagwerk und Lehrbuch für Studierende der Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichtswissenschaft, sondern als

Fundgrube für alle, die sich mit dem Thema „Politische Führungspersönlichkeiten“ beschäftigen. Sie finden den aktuellen Stand der Forschung dokumentiert, ein sehr gutes Quellenverzeichnis und beeindruckende Biografien. Allein ein Personenregister am Ende des Buches hätte für selbst intendierte Verwendungen hilfreich sein können.

Zur Person

Dorothea Krüger, Dr., Arbeitsschwerpunkte: Gewalt in Familien, Schule und Gender, Lebensformen.

Kontakt: Institut für Sozialwissenschaften, Universität Hildesheim, Marienburger Platz 22, 31141 Hildesheim.

E-Mail: krueger@uni-hildesheim.de

Sabine Schäfer

Rita Casale, Barbara Rendtorff (Hrsg.), 2008: Was kommt nach der Genderforschung? Zur Zukunft der feministischen Theoriebildung.

Bielefeld: transcript. 264 Seiten, 26,80 Euro

Um es gleich vorweg zu sagen: Dieser Sammelband ist schwere Kost, aber die Arbeit lohnt sich. Als Veröffentlichung der Beiträge zur Jahrestagung 2007 der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung in der Erziehungswissenschaft und mit der Anreicherung durch Kommentare (in Bezug auf den Nutzen der Beiträge für die Erziehungswissenschaft) zu einigen dieser Beiträge spiegelt der von *Rita Casale* und *Barbara Rendtorff* herausgegebene Band die vielfältige Vergangenheit und die spannende und anregende Gegenwart und Zukunft der Frauen- und Geschlechterforschung wider.

Im ersten Beitrag plädiert *Claudia Opitz* für eine Revitalisierung der historischen Perspektive in der Geschlechterforschung. Dabei setzt sie sich insbesondere mit Texten der amerikanischen Wissenschaftlerin Joan Scott auseinander, die zunächst in den 1980er-Jahren die Einführung der Kategorie Geschlecht bzw. Gender forcierte, nunmehr aber eine Entpolitisierung der feministischen Forschung befürchtet und sie daher ablehnt. Opitz selbst befürwortet eine Rückbesinnung auf die historischen Wurzeln der Genderforschung, um an bereits erlangte Erkenntnisse anschließen zu können und auf dieser Grundlage neues Wissen zu erschließen. In ihrem Kommentar zu diesem Beitrag verweist *Pia Schmid* auf die spezielle Problematik in der Erziehungswissenschaft, wo die historische Perspektive mittlerweile und die Genderforschung immer noch legitimierungsbedürftig sind.

Die Frage nach der Bedeutung von ‚race, class and gender‘ als Strukturkategorien für die Frauen- und Geschlechterforschung führt *Gudrun-Axeli Knapp* zu der Feststellung, dass es sich bei den Fragestellungen zur Intersektionalität eher um „perspektivische Verschiebungen und Erweiterungen“ handelt und nicht um eine „völlig neue Agenda“ (S. 48). Sie weist darauf hin, dass es bisher einen interkategorialen Theorierahmen

nicht gibt, der jedoch eine Voraussetzung für die intrakategoriale Kritik bildet. *Helga Kelle* begrüßt in ihrem Kommentar diesen Beitrag als „Aufforderung zu komplexeren theoretischen Konzeptualisierungen der Genese von sozialer Ungleichheit“ (S. 58).

Mit der Perspektive der Frauenbewegung und der Bedeutung der Kategorien Frauen, Männer und Geschlecht als Herrschaftskategorien beschäftigt sich *Silvia Kontos*, und sie weitet damit den Blick auf die Forschung zu sozialen Bewegungen. Sie schlägt eine Strategie der „subversiven Schizophrenie“ (S. 75) vor, in der in bestimmten Zusammenhängen die Kategorien Frauen und Männer weiterhin benutzt werden, um hegemoniale Verhältnisse zu analysieren, wohl wissend allerdings, dass es sich um Kategorien handelt, die immer wieder neu ausgehandelt werden. In ihrem Kommentar stellt *Bettina Dausien* das von Kontos dargestellte Verhältnis von „Frauenbewegung, handlungsfähigen Subjekten und Bildungsräumen“ (S. 79) in einen Zusammenhang mit dem Verhältnis von Wissenschaft, Praxis und Politik und empfiehlt der erziehungswissenschaftlichen Forschung, die großen Fragen auch anhand kleinerer Forschungsprojekte zu untersuchen.

Auch *Juliane Jacobi* widmet sich dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik und bezieht dies auf die Erziehungswissenschaft, die „den Spagat zwischen analytisch und methodisch abgesicherter Forschung und normativen Entscheidungen machen muss“ (S. 85). Daher stelle sich die wissenschaftstheoretische Frage nach der Relation von sozialer Bewegung und Wissenschaft hier in besonderer Weise. An Beispielen aus der Bildungsforschung zeigt sie, dass die feministische Wissenschaftskritik auch weiterhin eine wichtige Impulsgeberin ist.

Die Generierungsmodi von Erkenntnis werden von *Susanne Maurer* in Bezug auf die feministische Forschung beleuchtet: „Welch ein Unterschied, wenn wir in ‚Gender-Modulen‘ als ‚feministische Erkenntnis‘ nicht die ‚Geschichte der Antworten‘ zu überliefern versuchen, sondern die Geschichte des Fragens!“ (S. 102) Sie vermutet, dass durch die Nutzung der in Bezug auf konkrete erziehungswissenschaftliche Frage- und Problemstellungen wirksamen Untersuchungsinstrumente diese gleichzeitig auch transformiert und weiterentwickelt werden.

Barbara Rendtorff widmet sich dem heiklen Verhältnis von Psychoanalyse und Feminismus, das durch sehr unterschiedliche, teilweise konträre Positionen zu den Bereichen Sexualität und geschlechtliche Machtverhältnisse gekennzeichnet ist. Sie führt die ablehnende Haltung feministischer Forscherinnen z.T. auf deren Rezeptionsweisen der Literatur zur Psychoanalyse zurück und zeigt unter Bezugnahme auf Originaltexte von Sigmund Freud und Jacques Lacan, inwiefern die Psychoanalyse, insbesondere mit Bezug auf Körperlichkeit, nutzbringend in die feministische Forschung eingebracht werden kann.

Die italienische feministische Perspektive, die stärker den Differenzgedanken in den Vordergrund stellt und v.a. mit den Philosophinnen der Gruppe „Diotima“ verbunden wird, erläutert *Ida Dominijanni*. Dem Begriff der Identität setzt sie die „relationale Subjektivität in der Praxis der Beziehungen zwischen Frauen“ (S. 163), insbesondere in der Mutter-Tochter-Beziehung, entgegen und bezeichnet sie als „ein hilfreiches Gegengift gegen die Akademisierung des feministischen Wissens“ (S. 167).

Mit der Konzeption von Gender als „epistemisches Ding“ in Anlehnung an Hans-Jörg Rheinberger beschäftigt sich *Astrid Deuber-Mankowsky*. Dabei stellt sie die sex-

gender-Debatte in einen Zusammenhang mit der Entwicklung und Praxis von medizinischen, naturwissenschaftlichen und psychoanalytischen Verfahren, die Einfluss auf das „Gender-Paradigma“ (S. 172) nahmen. Als epistemisches Ding werde Gender selbst zum „Objekt des Wissens, das Wissen zum Objekt des Begehrens und die Erkenntnis zur Übung seiner selbst“ (S. 182). Im Kommentar erläutert *Eva Borst* das Konzept des „epistemischen Dings“ näher und weist darauf hin, dass nicht nur Gender, sondern auch Sex als solches behandelt werden sollte.

Edgar Forster, der einzige Mann in der Runde der AutorInnen des Bandes, führt die eher philosophische Frage nach Gender als Begriff und die politische Frage nach Gender als Repräsentation zusammen. Für die Männerforschung – das gilt für die Frauen- und Geschlechterforschung aber sicherlich in analoger Weise – fordert er eine Re-politisierung, indem sie sich für „einen Arbeitsbegriff von gender entscheiden (muss), der die Geschichte des Zusammenhangs von Frauenbewegung, feministischer Theorie und Praxis, Gender Studies, Männerforschung und Männlichkeitspolitik thematisiert“ (S. 212).

Mit dem Verhältnis von Feminismus, Wissenschaft als Beruf und akademischer Wissensproduktion beschäftigt sich *Sabine Hark*. Dabei bringt sie die heterogenen Zeitverläufe von feministischer Theorieentwicklung, unterschiedlichen Generationen feministischer Forscherinnen und der Institutionalisierung feministischer Forderungen in der akademischen Wissenschaft ins Spiel, die die Frage nach Vergangenheit und Zukunft des Feminismus schwierig machen. Dabei konzipiert sie gerade diese „Ungleichzeitigkeiten und Gegenläufigkeiten“ (S. 228) als Grundlage zur Produktion feministischen und damit widerständigen Wissens. Dass seine Subversivität ein wesentliches Merkmal des Feminismus und seiner fortwährenden wissenschaftlichen Produktivität ist, hebt auch *Karin Priem* in ihrem Kommentar hervor.

Birgit Sauer geht von Forschungsgegenständen und Bedarfen der Politikwissenschaft aus, z.B. der Transformation von Staatlichkeit, und fragt aus dieser Perspektive nach der Zukunft der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Sie plädiert für eine „Gender-Plus-Forschung“ (S. 251), die Intersektionalitätsforschung und feministische politische Interventionen zusammenführt. *Edgar Forster* setzt sich auch in seinem Kommentar zu diesem Beitrag mit der Frage nach der politischen Repräsentation auseinander und schlägt vor, Demokratie mehr „in Begriffen von Partizipation, der politischen Intervention und des Aushandelns“ (S. 258) zu denken.

Insgesamt handelt es sich um einen ausgesprochen interessanten Sammelband, der nicht nur einen Überblick über die Entwicklungen der Frauen- und Geschlechterforschung bietet, sondern darüber hinaus die aktuellen Debatten kritisch reflektiert und weiterführende Anregungen gibt. Hervorzuheben ist dabei insbesondere die Rückbesinnung auf die politischen Implikationen der feministischen Forschung, die in manchen akademischen Debatten einem (de-)konstruktivistischen Relativismus zum Opfer fallen, die aber letztlich die besondere Perspektive der Frauen- und Geschlechterforschung ausmachen. Leider führt der Titel „Was kommt nach der Genderforschung?“ in die Irre, wird doch deutlich, dass wir uns mittendrin befinden: So lange Frauen in der Praxis nicht die gleichen Chancen haben wie Männer, braucht man über ein Ende der Frauen-, Geschlechter- oder Genderforschung nicht nachzudenken.

Zur Person

Sabine Schäfer, Dr., geb. 1967, Arbeitsschwerpunkte: Soziale Ungleichheit, Geschlechterforschung, Bourdieu, Journalismusforschung.

Kontakt: Research School „Education and Capabilities“, Universität Bielefeld, Universitätsstr. 25, 33615 Bielefeld.

E-Mail: sabine.schaefer@uni-bielefeld.de

Ulrike Vogel

Sigrid Metz-Göckel, Christina Möller, Nicole Auferkorte-Michaelis, 2009: *Wissenschaft als Lebensform – Eltern unerwünscht? Kinderlosigkeit und Beschäftigungsverhältnisse des wissenschaftlichen Personals aller nordrhein-westfälischen Universitäten.*

Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich. 216 Seiten. 19,90 Euro

Dieses Buch enthält die Ergebnisse einer empirischen Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Karrierebedingungen, Geschlecht und Kinderzahl beim gesamten wissenschaftlichen Personal der Universitäten Nordrhein-Westfalens, d.h. des akademischen Mittelbaus und der Professorenschaft. Grundlage sind einerseits Daten der zuständigen Behörden, die für 1994 und 2004 ausgewertet wurden, um Entwicklungen abbilden zu können, und andererseits Interviews mit wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit und ohne Kinder, um die statistischen Daten auch aus der persönlichen Erfahrung zu beleuchten.

Schon im Vorwort wird auf einen wichtigen Grund für die verbreitete Kinderlosigkeit in diesem Personenkreis hingewiesen: die Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse des wissenschaftlichen Mittelbaus, die vor dem Erreichen der Professur jede akademische Laufbahn an der Universität prägen. Die empirischen Ergebnisse, aus denen sich dieses Urteil ergibt, werden eingebettet in eine breit angelegte Einführung in Literatur zu Elternschaft und Wissenschaftskarrieren von Frauen und Männern unter unterschiedlichen Perspektiven, wie die Überschriften der Kapitel zeigen: Kap. 2 „Das Spannungsverhältnis zwischen Elternschaft und Wissenschaftskarriere“, Kap. 3 „Die asymmetrische Geschlechterkultur der Hochschulen und die Wissenschaft als Lebensform“, Kap. 4 „Zur (Un)Vereinbarkeit von Individualisierung und Elternschaft“, Kap. 5 „Partnerschaft und Elternschaft qualifizierter Paare“, Kap. 6 „Der Arbeitsplatz Hochschule – strukturelle Bedingungen und wissenschaftliche Karriere“, Kap. 7 „Die wissenschaftlichen Qualifizierungsphasen und Elternschaft“. Dieses Buch bietet also auch eine facettenreiche Einführung in den Stand der Forschung für Einsteiger sowie eine Zusammenstellung für Fachkundige.

Die methodische Grundlage der eigenen Untersuchung wird in Kap. 8 beschrieben: Die besondere Leistung dieser Untersuchung ist es, Personalstandsdaten des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) und Daten über Kinder vom Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) für die über 20 Universitäten des Landes Nordrhein-

Westfalen zusammengefügt zu haben. Auf diese Weise konnten für das gesamte wissenschaftliche Personal der Hochschulen des Landes zugleich Beschäftigungs- und Familienverhältnisse, einschließlich Zahl und Alter der Kinder, dargestellt werden. Für die leitfadengestützten Interviews mit Angehörigen des wissenschaftlichen Mittelbaus an zwei Universitäten des Landes konnten acht Frauen und neun Männer, d.h. je vier kinderlose Frauen und Männer sowie vier Mütter und fünf Väter, aus unterschiedlichen Disziplinen befragt werden (S. 106). Im Anhang finden sich Kurzporträts der Interviewten (S. 211 ff.).

Ergebnisse dieser Untersuchung für Nordrhein-Westfalen insgesamt werden in den Kapiteln 9 bis 11 dargestellt. Anschließend wird in Kap. 12 exemplarisch an der Universität Dortmund aufgezeigt, wie sich landesweite Verhältnisse an einer der Hochschulen des Landes wiederfinden lassen. Danach wird in Kap. 13 eine Bilanz der Untersuchung mit Ausblick auf die Zukunft gezogen.

Das umfangreiche Literaturverzeichnis erleichtert eine weitere Beschäftigung mit dem Themenbereich.

Die Ausführungen insgesamt sind detailliert und übersichtlich. So gibt es am Ende fast aller Kapitel Zusammenfassungen. Bei der Darstellung der Untersuchungsergebnisse findet sich ein sehr lesbarer Wechsel von Darstellungen quantitativer Daten, mit nicht zu vielen, aussagekräftigen Grafiken und eingestreuten, vertiefenden Interviewauszügen.

Einige Ergebnisse sind besonders eindrucksvoll: So sind z.B. 2004 im akademischen Mittelbau befristet Beschäftigte zu 80 Prozent, davon Frauen zu 82 Prozent und Männer zu 78 Prozent, kinderlos (S. 120). Insgesamt sind im Mittelbau 78 Prozent der Wissenschaftlerinnen und 72 Prozent der Wissenschaftler kinderlos, wobei im Untersuchungszeitraum die Kinderlosigkeit bei Männern um 5 Prozent gestiegen, bei Frauen um 0,7 Prozent gesunken ist (S. 125). Interessant ist auch im Rahmen dieser Untersuchung die Vermutung, dass die hohen Anforderungen an den Wissenschaftler, oder auch die Wissenschaftlerin, als ganze Person ein Selektionsinstrument gegenüber Außenseitern wie den Frauen sein könnten (S. 196).

Im Einzelnen regt dieses Buch in einigen Punkten zu weiteren Diskussionen an, so zu der Frage, wie der Begriff „Struktur“ in Beziehung zum Handeln der Betroffenen zu fassen wäre. Denn einerseits wird zwischen von außen definierten Strukturen und dem subjektiven Fühlen und Handeln einschließlich einer Organisationskultur unterschieden (S. 32f., 38, 53), andererseits aber finden sich, insbesondere bei Verweisen auf Bourdieu, Hinweise darauf, dass Betroffene durch ihr Handeln und ihre Vorstellungen Strukturen mit konstruieren (S. 42, 46, 56, 58). Insbesondere die Ergebnisse zur „gefühlten Kinderfeindlichkeit“, die dann durch Eltern doch nicht so stark empfunden wird (S. 67, 194) könnten in diesem Zusammenhang weiter diskutiert werden.

Zukünftig genauer zu überprüfen bleiben auf jeden Fall die Hinweise darauf, dass die Universität mit der Ausgrenzung von Familie und Kindern auch die „Lebenswelt“ bzw. Fragen des „guten Lebens“ ausgrenze (S. 21, 28, 52, 192). Hier wäre zu erforschen, inwiefern es für den Fortschritt der Wissenschaft selbst, und damit im eigenen Interesse der Hochschulen, wichtig wäre, in diesem Sinne auch Fragen der „Humanisierung der Universität als Arbeitsplatz“ (S. 197) Raum zu geben.

Dieses Buch überzeugt also nicht nur durch seine empirischen Ergebnisse sondern auch dadurch, dass es zu Diskussion und zukünftiger Forschung anregt. In diesem Sinne ist dem Buch eine breite Leserschaft zu wünschen.

Zur Person

Ulrike Vogel, Prof. Dr., TU Braunschweig (i.R.). Arbeitsschwerpunkte: Geschlechterforschung, Wissenschaftskarrieren von Frauen und Männern, Habitus im sozialen Feld von Beruf und Familie. Kontakt: Kötherberg 8, 38104 Braunschweig, Tel: 0531-361282. E-Mail: u.vogel@tu-braunschweig.de

Nicole Klinkhammer

Angelika Koch, 2008: *Allzeitverfügbar? Rechtsansprüche auf Teilzeit in der betrieblichen Praxis bei Hochqualifizierten*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 267 Seiten, 27,90 Euro

Berufstätige Eltern durch bessere Rahmenbedingungen in ihrer Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen, dies ist bereits lange die Forderung (frauen-)politischer AkteurInnen. In Anbetracht der öffentlichen Aufmerksamkeit, die diesem Thema geschenkt wird, kommt Optimismus auf: Ist die Anerkennung von Fürsorgearbeit – geleistet von Männern wie Frauen gleichermaßen –, die Pflege von bedürftigen Jungen und Alten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der unternehmerischen Handlungspraxis angekommen? Die qualitative Studie von *Angelika Koch* ist in diesem Themenspektrum einzuordnen, wengleich sich die Autorin in ihrer empirischen Untersuchung auf die Gestaltungsmöglichkeiten in der Vereinbarkeit von hochqualifizierter Beschäftigung (mit und ohne Führungsaufgaben) und Fürsorgeaufgaben konzentriert (S. 15). Die Betrachtung dieser Akteursgruppe ist besonders spannend, denn gerade Führungspositionen kennzeichnen überdurchschnittlich hohe Arbeitszeiten in Verbindung mit der Erwartung ständiger Verfügbarkeit für die betrieblichen Belange. Die Folge ist eine hohe Geschlechtersegregation in der Unternehmenshierarchie – sprich: Frauen bzw. Mütter finden sich nur selten auf den Chefetagen. Die ausgewählte Befragtengruppe kann demzufolge hinsichtlich der Frage der Familienfreundlichkeit in Unternehmen durchaus als eine Art Seismograph für die betriebliche Akzeptanz einer familien- oder fürsorgeorientierten Arbeitszeit- bzw. Personalpolitik gesehen werden.

Rechtliche Instrumente für eine Kombination von Fürsorgearbeit und hochqualifizierter Beschäftigung im Unternehmen stellen das im Jahr 2001 verabschiedete Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit sowie das Teilzeit- und Befristungsgesetz zur Verfügung. Da der Gesetzgeber damit erstmals Rechtsansprüche auf reduzierte Arbeitszeiten in und nach der Elternzeit geschaffen hat, ergeben sich, so Koch, neue Möglichkeiten der Arbeitszeitgestaltung für die Beschäftigten, auch und gerade auf den höchsten Ebenen der betrieblichen Hierarchie. Das Forschungsinteresse der Autorin richtet sich auf die Frage, ob und wie Personalverantwortliche und Mitglieder der betrieblichen Interessenvertretung diese Möglichkeiten umsetzen, welche Faktoren diese Umsetzung beeinflussen und wie sich Geschlecht in diesem Kontext auswirkt. Ziel der Studie ist es, neue Möglichkeiten bzw. auch Bedingungen für die Gestaltung der Kombination von Erwerbs- und Familienarbeit aufzuzeigen (S. 15).

Durch die prägnante und fachlich übersichtliche Einführung in die für diese Studie relevante Ausgangslage (Kapitel 1-3), wird die Leserin/der Leser gekonnt an die Konzeption der Studie, – Zielsetzung und Fragestellung sowie den theoretisch-analytischen Bezugsrahmen und die Methodik – herangeführt (Kapitel 4-5). Für Theorieinteressierte sind diese Kapitel bzw. deren Anwendung auf das untersuchte Forschungsfeld äußerst spannend. In dieser anspruchsvollen und wohl durchdachten Konzeption liegt eine besondere Stärke des Werkes: durch Einbezug des Bourdieuschen Habituskonzeptes sowie der Konzeptionalisierung sozialer Praxis auf der einen und dem theoretischen Verständnis von Geschlecht als Prozess- und Strukturkategorie auf der anderen Seite gelingt es der Autorin verschiedene Theorie-Linien ertragreich für die Analyse der sozialen Handlungspraxis der AkteurInnen zusammenzuführen.

Das Herzstück des Buches bilden die in Kapitel 6 vorgestellten Fallauswertungen. In einem mehrschrittigen Auswertungsverfahren wurden die insgesamt 37 qualitativen Interviews mit männlichen wie weiblichen Personalverantwortlichen des mittleren und oberen Managements sowie BetriebsrätInnen, die für den erforschten Themenbereich verantwortlich sind, sowie Betriebsratsvorsitzende und stellvertretende Vorsitzende in fünf Großbetrieben aus drei verschiedenen Branchen ausgewertet (S. 74). Nach einer inhaltsanalytischen Bearbeitung aller Interviews wurden vier vertiefende Fallrekonstruktionen vorgenommen (S. 85f.). Dabei bilden die anschaulich und mit interessanten Zitatausschnitten belebten Fälle das Ergebnis der vertiefenden Fallanalysen. Spätestens an diesem Punkt kommt auch die/der eher praxisorientierte Leserin/Leser zum Zuge. Jeder Fall, der für die exemplarische Darstellung eines spezifischen Handlungsmusters steht, wird unter Berücksichtigung des betrieblichen wie lebensgeschichtlichen Hintergrundes des Befragten eingeführt und entlang der zentralen Analyseerkenntnisse vorstellt. Einzelne Highlights sollen an dieser Stelle die Neugier für die eigene Lektüre wecken.

Eine der zentralen Erkenntnisse ist, dass unter dem enormen Anpassungsdruck entgrenzter Arbeitszeit und dem Mythos der „Allzeitverfügbarkeit“ Fürsorgearbeit für das gewählte Arbeitsmodell bzw. die berufliche Weiterentwicklung im Sinne eines betrieblichen Aufstiegs ausgeschlossen wird. Erwerbsarbeit ist Leben und Fürsorgearbeit nur hinderlich. Sie ist negativ besetzt, wird als fehlende Karriereambition gedeutet und weiterhin als Folie für geschlechterstereotype Zuschreibungen herangezogen. So bildet sich die Hierarchie in der Arbeitsorganisation über das gewählte Arbeitszeitmodell: Teilzeit wird auf der Ebene hochqualifizierter Erwerbstätigkeit ausgeschlossen und hat in der Regel eine Dequalifizierung zur Konsequenz. Die seit 2001 geltenden Rechte werden in der Handlungspraxis der betrieblichen AkteurInnen schlicht nicht thematisiert, sie sind tabu.

Die Zusammenhänge sind noch weitaus komplexer: So konnte Koch durch den Einbezug der lebensgeschichtlichen Dimension einer/s jeden Befragten den Einfluss der eigenen Biografie für die betriebliche Handlungspraxis und den daraus resultierenden Umgang mit den Teilzeitrechten herausarbeiten. Es ist die „Geschichte der Individuen“ (S. 239), die persönlichen Erfahrungen im gewählten Arbeits- und Lebensmodell, die das Handeln und die dort verankerten Wahrnehmungs- und Deutungsmuster prägen. So dient die von den Befragten konstruierte funktionale Trennung von Erwerbsarbeit und Fürsorge sowie die Abwehr der neuen Rechte auch dem „Selbstschutz“, nämlich das eigene Lebensmodell mit entgrenzten Arbeitszeiten und den damit verknüpften Kosten nicht infrage zu stellen. Es kann jedoch nicht davon ausgegangen werden, dass alle Hochqualifizier-

ten qua beruflich eingeschlagenem Pfad Fürsorgearbeit für sich ausschließen. Vielmehr basiert der berufliche Habitus entgrenzter Arbeitszeiten auf einem konfliktreichen und anstrengenden Anpassungsprozess. Es sind in der Regel die Frauen, die eigene familiäre Bindungs- und Fürsorgewünsche ausblenden und sich der gegebenen Struktur anpassen (S. 229). Spiegelbildlich gehört zu diesem Habitus die negative Besetzung des Wertes von Fürsorgearbeit als „weiblichem Modell des Selbstausschlusses von Karriere“ (S. 229). Zugleich wird betriebliche Praxis nicht infrage gestellt, was nach Koch verbunden ist mit Machtzuschreibungen und „der Deutung der betrieblichen Praxis als unveränderbar“ (S. 231). So konstruiert sich der Mythos der „Allzeitverfügbarkeit“ als hegemonialer Diskurs, der sich unter Ausschluss von Kritik und Gegenstimmen stetig reproduziert

Das Kapitel 7 schließt die Ausführungen der Autorin. Auf der Ebene der Umgangsmuster nimmt sie eine Typenbildung vor, mit der unterschiedliche Umgangsmuster in der Kombination von Erwerbs- und Fürsorgearbeit und dem daraus resultierenden Umgang mit den Teilzeitrechten herausgearbeitet werden. „Stoff“ zum Weiterdenken bietet die abschließende Reflexion hinsichtlich der Frage, welche Implikationen die Ergebnisse für eine „Politik der Rechte“ bieten. Grundlegend für die Möglichkeiten der Neugestaltung von Arbeit(szeit) in Kombination mit Fürsorge für Andere ist dabei eine Transformation wohlfahrtsstaatlicher Politik, die die „Anerkennung des gesellschaftlichen Wertes von Fürsorge und Fürsorgearbeit und die Anerkennung vielfältiger Differenz“ (S. 250) zur Voraussetzung hat.

Insgesamt legt die Studie von Angelika Koch in ihren Analysen eindrücklich die komplexen Wirkungszusammenhänge zwischen sozialen Handlungspraktiken in Organisationen, den Zuschreibungsprozessen von Geschlecht und dem Einfluss individueller Lebens- und Arbeitsmodelle offen. Dabei wirken die Erkenntnisse zum betrieblichen Umgang mit Vereinbarkeitsrechten eher ernüchternd: Von einer Anerkennung der Fürsorgearbeit als Ausdruck einer familienfreundlichen Arbeitswelt auf allen betrieblichen Ebenen kann nicht die Rede sein. Das Buch ist uneingeschränkt allen zu empfehlen, die betriebs- oder politikpraktisch wie wissenschaftlich Interesse an einer differenzierten Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen wie betrieblichen Umgangsformen von Vereinbarkeits-, im Sinne von Arbeits- wie Fürsorgerechten, ihren Restriktionen und vor allem ihren Potenzialen haben. Die Lektüre bietet damit viel Anregungspotenzial, stimmt teilweise nachdenklich und weist nicht zuletzt auf den Bedarf wissenschaftlich reflektierter bzw. sensibilisierter Arbeitszeit- und Geschlechterpolitik im Betrieb hin.

Zur Person

Nicole Klinkhammer, M.A., geb.1978, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Erziehungswissenschaft an der Universität Bonn und Aalborg (DK), danach u.a. wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut e.V., derzeit: Promotion an der Universität Halle-Wittenberg, Doktorandin in der Graduiertenförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung.
Kontakt: E-Mail: nicole.klinkhammer@gmx.de

Sigrid Metz-Göckel

Leonie Herwartz-Emden (Hrsg.), 2007: Neues aus alten Schulen – empirische Studien in Mädchenschulen.

Opladen: Barbara Budrich Verlag, 287 Seiten, 29,90 Euro.

Die Koedukationsfrage gilt nach einer breiten öffentlichen Debatte in den 1990er Jahren aus erziehungswissenschaftlicher und schulpolitischer Perspektive im deutschen Schulsystem als abgeschlossen. Umso überraschender ist daher die vorliegende Publikation, die das alte Thema Mädchenschulen und Geschlechtertrennung wieder aufgreift. Ihr liegt ein Forschungsprojekt zugrunde, das unter dem Titel „Schulkultur, Geschlechtersegregation und Mädchensozialisation“ von der DFG gefördert wurde. Ort der Untersuchung ist Bayern, das als einziges Bundesland weiterhin geschlechtergetrennte Schulen, sowohl öffentliche als auch private, im Bestand hat. Mädchenschulen stellen mit 0,5 Prozent der Schulen eine winzige Minorität dar, doch sind sie in den Großstädten insbesondere für Mädchen eine bemerkenswerte Alternative, die weiterhin bei den Eltern auf Interesse stößt. Diese noch bestehende Schulstruktur-Situation nahm das Forschungsprojekt zum Anlass, die achten und elften Klassen von drei Mädchengymnasien und drei vergleichbaren koedukativen Gymnasien genauer daraufhin zu untersuchen, welche Wirkungen monoedukative und koedukative Settings auf die Leistungskurswahlen, Selbstbeschreibungen, Berufswünsche und Lebensentwürfe der Schülerinnen und Schüler haben.

Bei der Koedukations-Thematik handelt es sich um ein z.T. dogmatisch aufgeladenes Feld. Nach problemlos erfolgter Einführung der Koedukation im westdeutschen Schulsystem, die in ungewohnter Autonomie den einzelnen Schulen überlassen und in den 1980er Jahren umgesetzt worden war, galt ihre Überlegenheit selbstverständlich gesichert, und ErziehungswissenschaftlerInnen taten das Ihrige, um diese Vorstellung aufrecht zu erhalten und kritische, als feministisch deklarierte Positionen an den Rand zu drängen. In den vorliegenden Studien, die in dieser Publikation zusammengefasst werden, wird deutlich, dass in konkreten Kontexten und Situationen Mono- oder Koedukation einen Unterschied machen können.

Das theoretische Interesse der vorliegenden Untersuchung richtet sich darauf, ob und inwiefern die Geschlechtszugehörigkeit in einer geschlechtshomogenen Umgebung prominent wird oder im Vergleich zur gemischtgeschlechtlichen in den Hintergrund tritt. Dabei ist eine Außenperspektive von einer Binnenperspektive zu unterscheiden. Nach außen stellen Mädchenschulen das Geschlecht sichtbar als Organisationsvariable heraus, betonen daher Besonderheiten der Geschlechter bzw. ihre Unterschiedlichkeit. Intern dagegen kann es ganz anders aussehen, zumal sich Mädchenschulen inzwischen auch strategisch ihrer ‚Besonderheit‘ bewusst sind und diese entweder nicht herausstellen oder positiv akzentuieren. Das leitet eine Umkehr der Argumentation ein: Mädchenschulen oder geschlechtshomogene Kontexte, so die kontroverse Gegenposition, können für die Interessen-Sozialisation und Selbstwertentwicklung von Mädchen förderlicher sein als koedukative. Konkret bezieht sich diese These auf geschlechtlich konnotierte Unterrichtsfächer als Jungen- und Mädchenfächer, die in geschlechtshomogenen Kontexten in ihrer polarisierenden und exkludierenden Wirkung für Mädchen relativiert

werden können. Die pädagogisch interessante Frage, was monoedukative Schulen zur Förderung von Mädchen und für ihre geschlechtliche Sozialisation leisten können, kehrt daher gängige Vorurteile um zur wissenschaftlichen Frage, ob Mädchenschulen einen Kontext bieten, in dem Mädchen geschlechtsneutraler, d.h. für ein breiteres Interessenspektrum sozialisiert werden können.

Die Kontroverse der Dramatisierung oder Entdramatisierung bzw. Selbstvergesessenheit der Geschlechtszugehörigkeit, bzw. des *doing* oder *undoing* gender, ist für die Koeduktionsdebatte zentral und liegt den im Folgenden dargestellten empirischen Teilstudien konzeptionell zugrunde.

Empirisch untersucht werden die Wirkungen differenzieller (geschlechtshomogener oder -gemischter) Umgebungen auf die SchülerInnen. Die Möglichkeit einer unterschiedlichen Wirkung geschlechtshomogener SchülerInnenkontexte ist geschlechtertheoretisch darin begründet, dass die Unterscheidung der zwei Geschlechter, die bereits beim Schuleintritt in den SchülerInnen verankert ist, durch ihre ständige Präsenz und Auseinandersetzungen in der Peer-Kultur – besonders in der Adoleszenzphase – verfestigt wird, da das Geschlecht markiert und damit salient gemacht wird, wenn auch nicht durchgehend. In einer geschlechtshomogenen Umgebung dagegen kann es zu einer Selbstvergesessenheit der Geschlechtszugehörigkeit und zu Ausdifferenzierungen innerhalb der einen Geschlechtergruppe kommen. Zwei weitere theoretisch wichtige Aspekte sind hier bedeutsam: Das soziale Geschlecht wird individuell als ein altersabhängiger Prozess und als sozial abhängige Variable verstanden.

Das Forschungsprojekt fokussiert die Mädchen und ist insofern ‚einseitig‘. Diese gewisse Schiefe wird bewusst in Kauf genommen, auch wenn es dem aktuellen Trend eher entspricht, den Jungen als den schulisch Benachteiligten mehr Aufmerksamkeit zu widmen. „Wir widmen uns dem Forschungsgegenstand mit einer engagierten Zielsetzung, um unvoreingenommene Potenziale, aber auch die ‚Kehrseite‘, nämlich mögliche nachteilige Auswirkungen dieser Schulform zu entdecken“ (S. 7), heißt es im Vorwort der Herausgeberin.

Das Forschungsprojekt wird von zwei miteinander verbundenden grundlegenden Hypothesen geleitet:

1. Geschlechtshomogene Lernumgebungen tragen zu einer Entlastung von alterstypischen Stressoren bei. Folglich sollen Mädchen, die an Mädchenschulen unterrichtet werden, auf mehr soziale wie personale Ressourcen zurückgreifen können und die Anforderungen seitens der Schule leichter bewältigen. Untersucht wird insbesondere die Selbstwertproblematik und ‚geschlechtstypische‘ Interessenentwicklung.
2. Die Kategorie Geschlecht verliert in monoedukativen Kontexten an Relevanz und somit bieten geschlechtshomogene Kontexte einen Raum, in dem statt der subtilen Benachteiligungen in der koedukativen Schule eine breite, geschlechtsuntypische Interessen- und Persönlichkeitsentwicklung möglich wird.

Neben einer sekundäranalytischen Übersicht zur Berufsorientierung von Mädchen von *Kerstin Wüstner* und einem theoretisch differenzierten psychologischen Artikel zur Geschlechtsregulation in naturwissenschaftlichen Fächern von *Ursula Kessels* besteht der vorliegende Band aus Beiträgen, die auf den Daten der vergleichenden Untersuchung der zwei Schultypen (koedukative Gymnasien und Mädchenschulen) basieren. Verena

Schurt, Wiebke Waburg und Sabine Roth widmen sich in mehreren Beiträgen den Themen „Geschlechtsspezifität oder Fachtypik“, der geschlechtlich konnotierten Schulfächerwahl, der geschlechtstypisierten Selbstbeschreibung sowie Berufswünschen, Traumberufen und Lebensplanung. Die Untersuchungen konzentrieren sich weitgehend auf die Entwicklungschancen von Mädchen in der nachpubertären Phase und darauf, inwieweit die Geschlechtersegregation geschlechtstypische Prägungen in der schulischen Leistungskurswahl, der Identitätsentwicklung, Berufsvorstellungen und Lebensentwürfen aushebelt oder verstärkt. Dahingestellt sei hier, ob die alternative Frage Geschlechts- oder Fachtypik sinnvoll ist und ob die Datenbasis ausreicht.

Die Daten zur Beantwortung der Forschungsfragen sind methodisch mit unterschiedlichen Verfahren ermittelt worden. Dies sind eine Befragung der Schüler/innen beider Schultypen, teilnehmende Beobachtungen von Mathematik- und Physikunterrichtsstunden, Gruppendiskussionen sowie der Einsatz eines Persönlichkeitsfragebogens, des Bem Sex Role Inventory „in einer von Schneider-Düker (1978) neu konstruierten deutschen Version (S. 205). Kontrolliert wurden institutionelle Differenzen der beiden Schulformen wie die soziale Herkunft und das kulturelle Kapital des Elternhauses. Hier unterscheiden sich die ausgewählten Schulformen nicht voneinander.

Die Ergebnisse werden entlang der institutionellen Varianten einer partiellen oder kompletten, einer befristet oder dauerhaften Geschlechtertrennung sowie einer pädagogisch motivierten und wissenschaftlich interessierten (strategischen) Geschlechter-Konstellationen in der Schule vorgestellt.

Die Ergebnisse der verschiedenen Untersuchungsteile dieses vergleichenden Schulforschungsprojekts sowie der internationale Überblick zur Koedukation und Monoedukation sind keineswegs einheitlich und konsistent, vielmehr heterogen und ambivalent. Dennoch erlauben die Befunde aus dem empirischen Projekt eine erstaunliche Schlussfolgerung (ohne Verallgemeinerung aufgrund der besonderen Situation in Bayern): „Die von uns berichteten Befunde (weisen) in dieselbe Richtung wie die Ergebnisse internationaler Untersuchungen: Mädchen können vom Besuch einer Mädchenschule profitieren“ (S. 37).

Dies gilt am meisten für das Interesse an Physik, differenziert auch für Mathematik. Die Befunde zu den Persönlichkeitseigenschaften deuten darauf hin, dass Mädchenschulen den Mädchen eine Art Moratorium bieten können, das sie von den „Zwängen und Beschränkungen aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit“ entlastet und bei den Elflässlerinnen zu einer tendenziell ‚androgynen‘ Selbstbeschreibung“ (S. 225) führt. Dieses Fazit ist in der Möglichkeitsform formuliert. Wovon diese Möglichkeiten abhängen, wird zusammenfassend nicht berichtet, wohl aber eine Fülle von Ergebnissen, die methodisch kontrolliert sehr vorsichtig für Vorteile und für Differenzierungen sprechen, auch gegenüber einer vermeintlich reflexiven Koedukation.

Hervorzuheben ist der verdienstvolle Literaturüberblick über neuere empirische und internationale Studien (quantitative und qualitative) sowie die partielle Darstellung von länderbezogenen Untersuchungen aus Staaten wie England, USA, Neuseeland, Nordirland u.a.m. Dieser Überblick ist dennoch nicht vollständig und lässt wichtige Untersuchungen vermissen, insbesondere zur Collegeforschung in den USA und in Deutschland, z.B. von Maria Anna Kreienbaum zur Mädchen- und koedukativen Schulforschung.

Kritisch sind einige Wiederholungen zu vermerken sowie der längliche Bericht über Studien, die trotz ihrer methodischen Fragwürdigkeit, geringen Aussagekraft und Generalisierungsweite referiert werden und ohne Bedeutung sind (S. 257-266).

Die vielen feinen Ergebnisse zeigen jedoch die Notwendigkeit einer geschlechterreflektierten und -differenzierten wissenschaftlichen Schulforschung. Das Buch ist mit Gewinn zu lesen und weiter zu empfehlen.

Zur Person

Sigrid Metz-Göckel, Prof. Dr. (em.), Technische Universität Dortmund. Arbeitsschwerpunkte: Bildungs- und Hochschulforschung: Koedukations- und Fachkulturforschung, Bildungs- und Wissenschaftskarrieren in geschlechterdifferenzierender Perspektive. Frauen- und Geschlechterforschung: Implementation des Gender Mainstreaming, Eliten und Frauen, wissenschaftliche Karrieren und Elternschaft.

Kontakt: Technische Universität Dortmund, HDZ, 44221 Dortmund,
E-Mail: sigrid.metz-goeckel@tu-dortmund.de